D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 90
Juli/August '77 DM 2,50

Russell-Tribunal über die Repression in der BRD

Erklärung des Arbeitsausschusses des SB

Nach einer langen Phase der Vorgespräche hat sich die Bertrand Russell Peace Foundation entschlossen, die konkrete Vorbereitung eines Dritten Internationalen Russell-Tribunals einzuleiten. Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros begrüßt den Entschluß der Russell Foundation, das Tribunal einzusetzen und erklärt, daß das Sozialistische Büro die unabhängige Arbeit des Tribunals und seines Sekretariats politisch und materiell unterstützen wird.

Die Repression in der Bundesrepublik, die auf die Disziplinierung der Lohnabhängigen zielt und auf die Linke schlägt, zeigt sich in vielen offenen und verdeckten Formen; ein Tribunal kann jedoch nur denen nachgehen, die sich in einem gerichtlichen Verfahren nachweisen lassen. Dies bedeutet die Stärke und die Beschränkung des Russell-Tribunals zugleich. Einerseits ermittelt es nach allgemein anerkannten und nachprüfbaren Verfahrensregeln, andererseits kann es zentrale Auswirkungen der Repression wie Einschüchterungen als Massenwirkung und ihrer verheerenden Folgen auf die Wahrnehmung und Durchsetzung demokratischer Rechte nicht in die Untersuchung mit einbeziehen. Gerade weil das Tribunal in der Form des ordentlichen Gerichtsverfahrens arbeitet, kann es nicht zu einem Forum politischer Einschätzung und strategischer Diskussion werden. Deshalb müssen das Tribunal und das Sekretariat völlige Unabhängigkeit gegenüber allen politischen Organisationen grundsätzlich bewahren.

Kampagne gegen die Atombombe 1962: Bertrand Russell spricht zu Dockarbeitern dpa

Diese Grenzen des Tribunals sind von allen, die es unterstützen wollen, einzuhalten und zu respektieren. Das Tribunal ist keine politische Ersatzorganisation, sondern will demokratische Rechte und Freiheiten, die Voraussetzung für Entfaltung individueller Emanzipation sowie politischer und gesellschaftlicher Alternativen sind, sichern helfen. Mit dieser Aufgabenstellung ist das Tribunal nicht der Vertreter von Interessen einer oder weniger politischer Richtungen und Gruppierungen, sondern es greift die fundamentalen Probleme all derjenigen auf, die für Erhaltung und Ausweitung demokratischer Rechte auch in Krisenzeiten eintreten. Das Tribunal wird so zu einer radikaldemokratischen Institution. Gerade weil wir als Sozialisten den radikaldemokratischen Anspruch eines solchen Tribunals ernst nehmen, ist auch das Sozialistische Büro aufgefordert, den Aufruf der Russell Foundation auf-

FORTSETZUNG SEITE 3

In dieser Ausgabe u.a.: Zum Russell-Tribunal über die Repression in der BRD • Zeitungsstreik in Bremen • Theater Wiesbaden – Krach im Musentempel • Ab- und Aufrüstung • Zum Abbau des Asylrechts • Hermann Josef Abs – Ein Sprachrohr Chiles • Zur Lage in der Türkei • Der Konstituierungsprozeß einer SB-Gruppe • Zionismus nach der Wahl • Diskussion über Sowjetgesellschaft • Entstehung und Struktur der Atomindustrie • Die Anti-AKW-Aktion in Seabrock/USA • Betroffenheit und Politisierung – Anmerkungen zur Geschichte der APO • Neues aus Göttingen • Gegen falsche Solidarisierung • Pfingsttreffen der alternativen Selbsthilfegruppen • Hochschulstreik in Hamburg • Bericht über ein Internationalismus-Seminar in Salecina

★ SOMMERPAUSE: DIE NÄCHSTE links KOMMT MITTE SEPTEMBER '77 ★

NEUES VOM RECHTSSTAAT

Staats-Vandalen

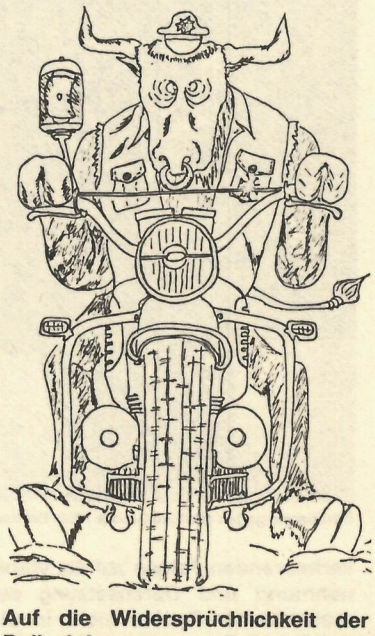
Jugendzentren und -wohnkollektive werden schon seit langem von den Instanzen des bundesdeutschen Polizeistaates als "Horte anarchistischer Umtriebe" verdächtigt, so daß Polizeiüberfälle bald schon zur Tagesordnung gehören. Mitte Mai 1977 wurde der Jugendhof in Odenthal-Kleve frühmorgens von Sondereinheiten der Polizei heimgesucht – beim Jugendhof handelt es sich um eine private Einrichtung für ehemalige "Fürsorgezöglinge". Mit entsicherten MP's, Äxten, Steigleitern und Schutzschildern drangen die Polizisten in das Haus ein und stießen die 15 Jugendlichen und zwei Betreuer aus dem Haus.
Im Haus selbst machten sich die Polizisten an ihr Zerstörungswerk, offiziell "Durchsuchung" genannt: Betten, Scheiben, Fußböden, Türen usw. wurden zerstört. Da die nur halbbekleideten Jugendlichen keinen Ausweis zur Hand hatten, wurden sie mit der Begründung, sie hätten ja keinen Ausweis, zur 13 km entfernten Polizeistelle in Gladbach gefahren – zwecks Identifizierung. Anschließend "durften" sie zu Fuß wieder nach Hause gehen.
Als das Kollektiv beim Innenministerium in Düsseldorf Beamte anforderte, die den von der Polizei angerichteten Schaden feststellen sollten, wurden sie ans Regierungspräsidium in Köln verwiesen. Von dort bekamen sie die Mitteilung: "Zu Ihnen ist das Ordnungsamt unterwegs, weil festgestellt worden ist, daß Sie nicht über einen ausreichenden Brandschutz verfügen!"
Den Grund für den Polizeiüberfall bekamen die Jugendhofbewohner von einem Journalisten mitgeteilt: Die Polizei habe aufgrund eines anonymen Anrufs den "Anarchisten" Werner Klar gesucht, der der Beteiligung am Buback-Mord verdächtigt wird.
(Quellen: Frankfurter Rundschau 27.5.1977, ID Nr. 179, Kölner Volksblatt 6/77)

Demonstranten müssen Polizisten bezahlen

Wer an Demonstrationen teilnimmt, gegen die Polizei eingesetzt wird (im Polizeistaats-Deutsch: "unfriedliche Demonstrationen"), muß nicht nur mit Polizeiknüppeln, Tränengas und drakonischen Strafen rechnen, sondern darf künftig womöglich noch die Kosten der Polizeiaktion tragen. Diese neue Form politischer Repression hat jüngst das Oberverwaltungsgericht Lüneburg ausgeknobelt.
Um auf den Mangel an Wohnungen und Jugendzentren hinzuweisen, hatten 1971 über 100 Jugendliche ein leerstehendes Haus in Hannover besetzt. In einem nächtlichen Großeinsatz – 400 Polizisten, gepanzerte Fahrzeuge, die das Tor niederwalzten – wurde das Haus geräumt.
Die Polizei präsentierte den Demonstranten später eine Rechnung in Höhe von 5.459,22 DM, die nach einem Widerspruch und einem Verwaltungsgerichtsurteil auf 3.470.-- DM reduziert wurde. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigte nun das Urteil. Danach müssen die Demonstranten die Kosten für den Transport der Polizisten, die Verpflegungskosten und die sogenannte Einsatzabfindung für die Beamten bezahlen.
Damit hat das Oberverwaltungsgericht dem Niedersächsischen Verwaltungskostengesetz eine neue Interpretation zugefügt. Nach diesem Gesetz müssen "Veranlasser" von Verwaltungsaktivitäten die Kosten übernehmen. Unklar war bislang, ob dies auch im Falle "unmittelbaren Zwangs" – z. B. bei Polizeieinsätzen gelte. Das Oberverwaltungsgericht hat dies bejaht.
Inwieweit diese Regelung auch in anderen Bundesländern, wo andere Verwaltungskostengesetze gelten, praktiziert wird, steht dahin. Zu rechnen ist aber damit, daß auch dortige Gerichte zu solchen Entscheidungen gelangen werden. Auf die Teilnehmer an der Demonstration gegen das KKW Grohnde (Niedersachsen) dürften damit hohe Geldforderungen zukommen.
(Quellen: Neue Hannoversche Presse 6.5.1977, FR 7.5.1977)

Ein deutscher Richter

Im Sommer 1975 kam es in Heidelberg zu gewaltsamen Einsätzen der Polizei, als zahlreiche Bürger dort gegen die geplante Erhöhung der Straßenbahngebühren demonstrierten. In der Folge wurden etliche Demonstranten von der Heidelberger Justiz zu drakonischen Strafen verurteilt. Aber auch Unbeteiligte wurden in Strafverfahren einbezogen. Einer von ihnen ist der 32-jährige Student Hajo Husmann. Er wurde auf dem Weg zur Universitätsbibliothek in einer Altstadtgasse, wo er Schutz vor der Brutalität der Polizei gesucht hatte, von einem Polizeitrupp überrascht, zusammengeschlagen und verhaftet.
Polizeibeamte behaupteten später als "Zeugen", Husmann habe an der "Spitze der Demonstranten" gestanden und habe bei seiner Festnahme Widerstand geleistet. Obwohl etliche Zeugen diese Aussagen widerlegten, wurde Husmann im Juli 1976 vom Schöffengericht zu 14 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.
Ende März 1977 kam es zur Berufungsverhandlung vor dem Landgericht. Auch dort stand die Schuld des Hajo Husmann von vorneherein fest. Ihm wurde weiterhin vorgehalten, er habe einen Tränengaskörper und einen Stein geworfen. Obgleich Husmann diese Vorwürfe zurückwies ("Es widerspricht meinen Prinzipien, mit Steinen und anderen Dingen um mich zu werfen") und ihn etliche Zeugen entlasteten, nahm das Gericht nur die Aussagen von Polizisten zur Kenntnis und verurteilte Husmann zu zwölf Monaten Knast.



Auf die Widersprüchlichkeit der Polizei-Aussagen z. B. bei Zeitangaben hingewiesen, erwiderte der Vorsitzende Richter Gutmacher arrogant: Man habe es bei Polizisten mit Volksschülern zu tun, die komplizierte Vorgänge nicht genau wahrnehmen und wiedergeben könnten. Zeitliche Angaben seien von keiner Seite ernst zu nehmen. Entlastungszeugen wurden von Richter Gutmacher von vorneherein wie Angeklagte behandelt. So wurde der Zeuge Michael Buselmeier, Mitarbeiter bei der "Heidelberger Rundschau", in folgendes Verhör genommen, das hier auszugsweise wiedergegeben wird:
Richter: "Sagen Sie heute die Wahrheit?" Zeuge: bekundet, daß er die Frage nicht versteht. – Richter: "Sie schreiben doch, um es vornehm auszudrücken, kritische Artikel über die Heidelberger Justiz in der 'Heidelberger Rundschau'. Entsprechen denn Ihre Äußerungen heute der Wahrheit?" – Zeuge: fragt zurück, wieso Kritik und Wahrheit sich ausschlössen. – Richter: "Sie haben hier keine Fragen stellen ... Wer der Heidelber Justiz ablehnend gegenüberst wird ja nicht gerade die Wahrh sagen".
(Quelle: Heidelberger Rundsch April 1977)

Mit Kanonen auf Spatzen

Wie sehr polizeistaatliches D ken schon in den Alltag ein gangen ist, bewiesen Ende 1977 die Stadtwerke Frankfurt. Schwarzfahrer unter den Fahr sten zu ertappen, postierte Kommunalunternehmen Kont leure vor den U-Bahn-Eingang Frankfurts Nordweststadt. Was cherlich nichts Neues ist. Neu Frankfurt war, daß zugleich Polizisten bereit standen, um – die Rechtfertigung der Stadtwe – bei Ausschreitungen einsch ten zu können.
Auf die Kontrollierten machte d – wie die "Frankfurter Rundsch zu melden wußte – freilich e den Eindruck, "daß in der No weststadt nach Terroristen d nach Schwarzfahrern gesuc werden sollte. Was Wunder, d in empörten Anrufen bei der "nicht selten das Wort vom 'P zeistaat' fiel". Auch einige Poliz beamte übten Kritik: Der Bür werde durch solche Methoden "z Kriminellen gestempelt".
(Quelle: Frankfurter Rundsch 26.5.1977)

Pressefreiheit gerette

Weil er vor der Kreisberufssch in Plön die KB-Organe "Arbei kampf", "Rebell" und "Blinkfeu verkaufte, wollte die Stadtverw tung des schleswig-holsteinisch Städtchens einem KB-Anhän eine Ordnungsstrafe von 100 aufbrummen. Er habe keine Re gewerbekarte gehabt, nörgelte Kommunalverwaltung. Das Am gericht Plön freilich verpflicht die Stadtverwaltung zur Aufhebu des Bußgeldbescheids: Die V schrift, eine Reisegewerbekarte besitzen, sei auf den Verkauf v Presseerzeugnissen nicht verwe bar. Denn Verteilung und Verk auch politischer Schriften auf fenlichen Straßen sind "Teil freien Meinungsäußerung und M nungsverbreitung ..."
(Quelle: Frankfurter Rundsch 24.5.1977)

ussell-tribunal

B-Erklärung

ORTSETZUNG VON SEITE 1

ugreifen, dem Russell-Tribunal ch den Prinzipien einer pluralischen Unterstützung zuzuarbeiin, eigene Vorschläge für die Konetisierung der Thematik des Triunals zu unterbreiten und zugleich e Unabhängigkeit des Tribunals respektieren. Wir meinen, auch e anderen demokratischen Kräfe alle Radikaldemokraten – ob Betrieben oder in Gewerkschafn, ob in Schulen, Hochschulen er Kirchen, ob in politischen, umanitären oder Jugendorganisaonen – sind aufgerufen, das ussell-Tribunal nach ihren Mögkeiten zu unterstützen, in ihm Wirkungsbereich zu erläutern d zu vertreten.

mit dies möglich ist, fordern wir s Sekretariat des Russell-Tribuls auf, seine Vorgehensweise d seine Entscheidungen für alle nsparent und damit erkennbar zu machen, damit Fehlinterpretationen vermieden und verläßliche Zusammenarbeit zwischen unterstützenden Kräften und dem Tribunal sowie seinem Sekretariat erreicht werden.

Aus der Aufgabenstellung des Tribunals ergibt sich, daß es seine Arbeitsbereiche nicht eng verstehen darf. Es muß durch seine Untersuchung das Ausmaß der politischen Repression in der BRD im ganzen sichtbar machen, damit die Menschen dieses Landes und der europäischen Nachbarländer erkennen, welche Gefahren mit der Repression in der BRD verbunden sind und daß nur entschlossener Widerstand aller diesen Gefahren begegnen kann.

Das Ausmaß der Repression läßt sich nicht allein aus der Behandlung der Berufsverbote im öffentlichen Dienst erkennen. Die politische Repression ist dabei, die gesamte Verfassung zu einer Verfassung der Exekutive zu wandeln, einer Verfassung der Repression, die auch in den formal privaten Organisationen ihre Fortsetzung findet. Es muß unter anderem ermittelt werden,

- **wie sich diese Repressionsmechanismen mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen in Gewerkschaften, Kirchen, privaten Schulen usw. hineinverlängern,**
- **wie sich durch Zusammenspiel von Staatsorganen und privaten Arbeitgebern die politische Repression in Betrieben und Büros ausweitet,**
- **wie die staatlichen Institutionen durch Gesetze und Rechtverordnungen die Meinungsfreiheit einschränken, die Verteidigung politisch Angeklagter behindern und kriminalisieren und politische Gegner als Kriminelle diffamieren,**
- **wie Gefangene als Menschen zerstört und ihre Rechte mißachtet werden,**
- **wie durch Ausweitung der Zugriffsrechte der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und privater Schutztruppen die Freiheitsrechte tendenziell aufgehoben werden,**
- **wie Rechte von Frauen, so bei Abtreibungen und Selbstorganisation in Frauenzentren, repressiv eingeengt werden**
- **und wie ausländische Arbeiter durch Gesetzgebung und Praxis ihrer sozialen und politischen Grundrechte beraubt werden.**

Eine Beschränkung des Russell-Tribunals etwa auf die Berufsverbote hieße, nur eine Eisscholle statt des Eisberges sehen. Um den Eisberg der gesamten politischen Repression sichtbar werden zu lassen, rufen wir alle, die in den Arbeitsfeldern, in den lokalen und Projektgruppen des SB arbeiten, auf,

- **das Russell-Tribunal über die Repression in der BRD bekanntzumachen und seine unabhängige**

SB-Spendenaufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals

Nachdem die Bertrand Russell Peace Foundation sich entschlossen hat, die konkrete Vorbereitung eines Dritten Internationalen Russell-Tribunals einzuleiten, das die Repression in der BRD zum Gegenstand hat, muß neben der Zuarbeit von Material, neben der öffentlichen Unterstützungsarbeit usw. vor allem auch sichergestellt werden, daß das Tribunal nicht der Gefahr ausgesetzt wird, daß es etwa aus finanziellen Gründen scheitert. Das Sozialistische Büro wird deshalb das ihm Mögliche dazu beitragen, das Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell-Tribunals sowie das Tribunal selbst finanziell zu unterstützen. Nach einer vorläufigen Schätzung, die das Sekretariat bekanntgegeben hat, müssen zur Finanzierung des Russell-Tribunals mindestens 200.000 DM aufgebracht werden. Bezahlt werden müssen u. a. die Publizierung der Materialien, eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, Reisekosten für die international zusammengesetzte Jury, Auslagenersatz für Zeugen und Gutachter, Saalmieten und nicht zuletzt Bürokosten, Telefon, Porto usw. Das Sozialistische Büro hat – ganz im Sinne des Konzeptes einer pluralistischen Unterstützung für das Russell-Tribunal – ein Sonderkonto "Russell-Tribunal" eingerichtet, dessen Spendeneingang ausschließlich für das Russell-Tribunal, sein Sekretariat *) und die Unterstützungsarbeit des SB für das Russell-Tribunal verwendet wird. Das SB ruft seine Mitglieder und politischen Anhänger auf, durch eine besonders große Spendenbereitschaft zur finanziellen Sicherung des Tribunals beizutragen.

Spenden sind zu überweisen auf das SB-Sonderkonto Russell-Tribunal bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Konto Nr. 17413263-12 (das Postscheckkonto der Bank lautet Frankfurt Nr. 172480-600).

*) Das Sozialistische Büro hat im Vorgriff auf erwartete Spenden bereits einen Betrag von DM 5.000 an das Sekretariat zur Vorbereitung des Russell-Tribunals überwiesen, damit dieses, zusammen mit den Spenden, die aus anderen demokratischen Organisationen, Vereinigungen usw. sowie von einzelnen aufgebracht wurden, in die Lage versetzt werden konnte, seine Arbeit aufzunehmen.

Konkrete Schritte für ein Russell-Tribunal

e Russell Foundation hat sich entschlossen, ein Tribunal über Verstöe gegen die Menschenrechte in der undesrepublik und West-Berlin rchzuführen. Zu seiner Vorbereiung hat sie ein fünfköpfiges Sekreriat benannt. Seine Mitglieder sind: en Diederich, Ernst Böttcher, Sestian Cobler, Thomas Dieckmann d Detlef Haritz.

em Sekretariat ist von der Russell oundation die Aufgabe übertragen orden, die notwendigen Schritte zu nternehmen, um das Tribunal vorbereiten. Es sammelt alle Unterlagen, aus denen sich Anhaltspunkte r mögliche Menschenrechtsverzungen ergeben. Das Sekretariat beitet mit allen in- und ausländihen Unterstützern des Russellbunals zusammen. Es setzt sich r eine breite Unterstützung des Trinals ein. Das Sekretariat hat weirhin die Aufgabe, die bedeutenden eldsummen zu sammeln, die zur urchführung des Tribunals benötigt erden.

as Sekretariat arbeitet unabhängig n allen Parteien und der Unterützungsbewegung. Es ist allein der ussell Foundation und später der ry gegenüber verantwortlich.

ach ihrem Aufruf vom 1. Februar 977 zur weltweiten Unterstützung nes Russell-Tribunals über die Reession in der BRD (siehe "links" ärz 1977) hat die Russell-Peace oundation gleichzeitig mit der Einetzung des vorläufigen Sekretariats ne knappe Erklärung abgegeben, e auf dem Aufruf vom 1. Februar ßt und in der es u. a. heißt:

Nach vielen Monaten der Diskuson und Planung befindet sich das der Bundesrepublik Deutschland zuhaltende Russell-Tribunal jetzt Stadium der konkreten Vorbereing. Dem Tribunal wird empfohlen, sich mit den Einschränkungen der Menschenrechte zu beschäftigen und sich auf spezifische Besonderheiten der westdeutschen Gesellschaft zu konzentrieren. Dazu werden gehören: Die Berufsverbote (die politisch bedingte Nichtbeschäftigung im weitgefächerten Sektor des öffentlichen Dienstes) und damit im Zusammenhang stehende und vergleichbare Einschränkungen der Menschenrechte in anderen Bereichen der Gesellschaft. Es wird empfohlen, daß zu diesen Maßnahmen gezählt werden sollen: Die Einschränkung der Grundrechte und des Rechts der politischen Meinungsäußerung sowie die Anwendung der §§ 88a und 130a STGB... Es wurde ins Auge gefaßt, daß die Mitglieder des Tribunals am Ende des Sommers in einer nichtöffentlichen Sitzung zusammentreten werden, um über das Arbeitsprogramm und den Zeitplan zu beschließen. Die Mitglieder des Tribunals werden im Sommer bekanntgegeben. Die Russell Foundation betont nachdrücklich, daß das Tribunal autonom handeln wird. Es wird sich seine eigene Leitung geben, selbständig die Komplexe der Untersuchung bestimmen und einen eigenen Mitarbeiterstab ernennen. Die das Tribunal konstituierenden Mitglieder werden von der Bertrand Russell Foundation gebeten, die Arbeit aufzunehmen. Ganz besonders betont die Foundation, daß das Tribunal nur abgehalten werden kann, wenn es in der kommenden Zeit auf breitester Ebene finanziell und praktisch unterstützt wird."

Das vorläufige Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell-Tribunals ist ab sofort unter folgender Adresse zu erreichen: Vorbereitungsgruppe Russell-Tribunal, Ahornstr. 5, D – 1000 Berlin 30, Telefon 030/211 91 38.

Stockholm 1967 – I. Russell-Tribunal über Vietnam dpa

Rom 1976 – II. Russell-Tribunal über Lateinamerika dpa

Arbeitsweise zu erläutern,

- das Tribunal mit den Beweisunterlagen über politische Repression und ihre Auswirkungen aus ihrem Bereich zu versorgen,
- durch Sammlungen und Spenden zur finanziellen Sicherung des Tribunals beizutragen,
- die Ergebnisse des Russell-Tribunals in Veranstaltungen, wo möglich und sinnvoll in Zusammenarbeit mit anderen, öffentlich bekannt zu machen.

Für Sozialisten ist die Unterstützung des Russell-Tribunals nur ein Teil ihrer Arbeit gegen die Repression. Daneben werden sie in ihren Lebens- und Arbeitsbereichen fortfahren, den Zusammenhang zwischen Repression und den Reproduktionsmechanismen dieser Gesellschaft anhand der dort gewonnenen Erfahrungen sichtbar zu machen und den Widerstand gegen Unterdrückung zu organisieren.

Hamburg, 25./26. Juni 1977

SOZIALISTISCHES BÜRO
ARBEITSAUSSCHUSS

Informationen zum Russell-Tribunal

Wer war Bertrand Russell? Bertrand Russell, 1872-1970, war ein englischer Philosoph und Nobelpreisträger, der Zeit seines Lebens für Frieden und Demokratie eintrat. Während des 1. Weltkrieges wurde er als Wehrdienstgegner von den englischen Behörden verfolgt. Nach dem 2. Weltkrieg war er einer der entschiedensten Kritiker des Atomkriegs und der atomaren Gefahr. Er engagierte sich aktiv für politische Gefangene in mehr als 40 Staaten mit unterschiedlichsten Gesellschaftsordnungen. Ebenso wandte er sich gegen Folter und Unterdrückung, Mißachtung der Menschenrechte und Ausbeutung der 3. Welt. 1966 initiierte B. Russell ein Tribunal gegen die Kriegsführung der USA in Vietnam. Gemeinsam mit Jean Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Lelio Basso, Isaac Deutscher und dem früheren Präsidenten der Republik Mexiko, Cardenas, leitete er in London und Stockholm die beiden Tribunale gegen den Vietnamkrieg. Nach gründlichen Recherchen und umfassenden Zeugenanhörungen erfolgte die Verurteilung der völkermordenden Kriegspolitik der USA auf der Basis der Menschenrechte und der UN-Charta. Sie trug mit dazu bei, das Gewissen der Weltöffentlichkeit zu wecken und damit den Krieg abzukürzen.

Was ist die Betrand Russell Peace Foundation? Um zu gewährleisten, daß der Kampf für Frieden und Demokratie auch nach seinem Tode fortgeführt wird, gründete Russell gemeinsam mit seinem Freund Christopher Farley die Foundation. Im Gegensatz zu anderen Stiftungen ist sie jedoch finanziell nicht in der Lage, aufwendige Kampagnen zu finanzieren. Sie will dies auch gar nicht, sondern hat sich vielmehr zur Aufgabe gesetzt, ihr hohes moralisches und politisches Ansehen in die Waagschale zu werfen, um für den Frieden und die Demokratie zu kämpfen. So führte sie 1975 unter dem Vorsitz von Lelio Basso das Tribunal über die Folter in Lateinamerika durch und mobilisierte die Welt gegen die tausendfachen Menschenrechtsverstöße durch die lateinamerikanischen Militärdiktatoren.

Warum ein Tribunal über die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik? Anders als bei den beiden ersten Malen wird sich ein Russell-Tribunal diesmal nicht mit der Kriegspolitik und der Folter in der 3. Welt auseinandersetzen, sondern diejenigen Zustände in einem hochentwickelten Staat, der BRD, untersuchen, die gegen die Menschenrechte oder die im Grundgesetz verankerten Grundrechte verstoßen könnten. Verdachtsmomente für solche Verstöße existieren zur Genüge: die Berufsverbote, die Zensurparagraphen, die Abhör- und Lauschangriffe, die Einschränkungen der Rechte von Verteidigern und Angeklagten. All dies hat in der Bundesrepublik eine Situation geschaffen, in der die fundamentalen demokratischen Freiheitsrechte angegriffen werden, in der sich undemokratische Verhältnisse herausbilden, die die Kritik aller Demokraten finden müssen. Deshalb hat sich die Foundation zur Vorbereitung ihres neuen Tribunals mit dem Aufruf vom 1. Februar 1977 entschlossen (siehe "links", März 1977).

Wie verläuft ein Russell-Tribunal? Die Foundation wird Ende September eine unabhängige Jury einsetzen. Weder diejenigen, die im In- und Ausland das Tribunal untersützen, noch die Foundation selbst werden urteilen. Vielmehr werden international angesehene Persönlichkeiten sich gründlich mit Zeugenaussagen und Dokumenten befassen und anschließend nach den Kriterien der Menschenrechte zu einem Urteil gelangen. Es wird von Parteilinien unabhängig und unbeeinflußt und deshalb von großem moralischen und politischen Einfluß sein.

kommentare

Neues im Fall Heinz Brandt

Der Atomfilz, ÖTV-Bezirksleiter, SPD-Landtagsabgeordneter und Aufsichtsrat der Nordwestdeutschen Kraftwerke, Hans Schwalbach hat gegen Heinz Brandt Strafanzeige wegen Beleidigung und übler Nachrede erstattet. Obwohl Heinz Brandt, wenn er vom Atomfilz sprach, nie auch nur einen Namen nannte, fühlte Schwalbach sich angesprochen.

Der Vorstoß des Herrn Schwalbach zeigt, daß der Atomfilz in der letzten Zeit zunehmend nervöser geworden ist. Mit einiger Vorsicht kann festgestellt werden, daß sich die Atomprofiteure und ihre Helfer in Parteien und Gewerkschaftsbürokratie zur Zeit in der Defensive befinden. Trotz der Allparteieneinigkeit über den Ausbau der Atomindustrie im Bundestag und dem DGB-Beschluß vom April ist nicht zu übersehen, daß sich die Hindernisse für den Bau der Atomkraftwerke vermehrt haben. Es gibt nicht nur die Gerichtsbeschlüsse zu Wyhl und Grohnde.

Das gewachsene Bewußtsein der Bevölkerung über die Gefahren der Atomindustrie läßt es fraglich erscheinen, ob ohne heftigen Widerstand in der BRD überhaupt noch ein Atomkraftwerk gebaut werden kann, der heiße Herbst für die Wiederaufbereitungsanlage Gorleben ist schon vorprogrammiert.

Die leichte Verunsicherung bei der Regierung läßt sich daran ablesen, daß sich die dortigen Atomtechnokraten von ihren geliebten Hochrechnungen zur Kernenergie trennen wollen und einem "flexibleren" Konzept das Wort reden.

Mit dem Ausschlußverfahren gegen Heinz Brandt hatte der Atom vor einiger Zeit noch gehofft, Exempel für die innergewerksch lichen Gegner der Atomindus statuieren zu können; dieser V such hat sich bisher als unta lich erwiesen. Durch das Ver ren gegen Heinz Brandt hat n die Diskussion über die Kerne gie in den Gewerkschaften e noch angeheizt. Als unerwüns ter Nebeneffekt wird am Beis Heinz Brandt zunehmend die I xis gewerkschaftlicher Unver barkeitsbeschlüsse zum Disk sions-Thema (s. die zunehme Solidarisierung mit Heinz Bran In der IG Metall scheint man genblicklich ein wenig aufs wiegeln bedacht zu sein. Da treten dann aber einige peinli Einzelheiten über gewerksch liche Beschlüsse und Verwaltun praxis zu Tage. So war zu hö daß Heinz Brandt bei einem A schluß die Betriebsrente für ne Tätigkeit als Redakteur der tung "Metall" nicht gestrichen w den würde; schließlich habe die werkschaft eine gesetzliche sicherung von Betriebsren selbst erkämpft, die ein umstan loses Streichen bei Entlassun oder unbotmäßigem Verhalten n erlaubt. Da bleibt dann allerdi die Frage offen, weshalb diese setzliche Regelung in den For lierungen der entsprechenden stimmungen der IG Metall n keinen Eingang gefunden hat.

IG Metall sollte einmal erklär ob ihre Betriebsrente eine Betrie rente im Sinne des Gesetzes Vielleicht hat sie sich dazu halb noch nicht klar geäußert, sie sich damit eines Disziplin rungsinstruments gegenüber ih Funktionären begeben würde.

Weiter hat man bestritten, Heinz Brandt mit seinem IG tall-Ausschluß automatisch dem Schriftstellerverband in IG Druck und Papier hinausflö Es gibt einen IG Metall-Gehe beschluß, der besagt, daß ein einer Gewerkschaft Ausgeschl sener in keine andere DGB-Gewe

Anzeige

Betrifft: INNERGEWERKSCHAFTLICHE DEMOKRATIE
FALL HEINZ BRANDT

'INITIATIVE GEGEN DIE VERTEUFELUNG INNERGEWERKSCHAFTLICHER KRITIK – FÜR EINSTELLUNG DES UNTERSUCHUNGSVERFAHREN GEGEN HEINZ BRANDT"

Im Rahmen der Informationsrabeit der Initiative wird in Form der 'Infos' in unregelmäßigem Abstand über den Stand der Solidaritätsarbeit, der Entwicklung des Verfahrens, Medienecho und Hintergrundinfromation herausgegeben.

BISHER ERSCHIENEN:

INFO Nr. 1: enthält u.a.: Einschätzung des Verfahrens, Dokumentation der Vorwürfe, Rede Heinz Brandt in Itzehoe und Gorleben, Atomfilz und IG Metall

INFO Nr. 2: enthält u.a. erste Bilanz der Unterschriftensammlungen, Überblick über Solidaritätsmaßnahmen, Echo in Presse, Funk und Fernsehen, Information zur Entwicklung der GEW Berlin

Bestellungen:
Frieder Stichler Gerauerstr. 51 6000 Frankfurt/Main 71
(Über diese Anschrift kann auch weiteres Informationsmaterial, Unterschriftenlisten usw. bezogen werden)

Bestellungen möglichst ab 10 Exemplaren zum Weitervertrieb – Preis pro 'Info' 0,50 DM

Anti-Atom-Camp in Gorleben

om 16. Juli bis zum 13. August ndet auf dem Bauplatz für die ge-lante Wiederaufbereitungsanlage orleben-Gartow ein internationales ommercamp statt. Vorhaben und iele des Camps sind, neben denen, e die Teilnehmer hoffentlich viel-ltig mit einbringen:

gemeinsame Informationen und Widerstandsformen praktisch zu erar-eiten (z. B. die Darstellung in ver-chiedenen Medien und eine Art Wyhler "Volkshochschule"),

damit voneinander Fähigkeiten zu rnen, die es uns ermöglichen, den Widerstand dort besser und intensi-er zu machen, wo wir täglich leben nd arbeiten,

Urlaub zu machen, uns zu erho-n und so die Notwendigkeit zur rhaltung der betroffenen Landschaft u unterstreichen,

einen engen Kontakt herzustellen wischen den Campteilnehmern und er ansässigen Bevölkerung, um sich gegenseitig zu informieren und von-einander zu lernen.

Koordiniert wird die Organisation des Camps vom Bund deutscher Pfad-finder; der BDP will allerdings nicht als Oberorganisator auftreten, son-dern die Organisierung den Teilneh-mern weitgehend selbst überlassen. Die Teilnahme sollte mindestens 1 Woche betragen, besser noch 2. Die Kosten betragen für 14-tägigen Auf-enthalt DM 200,-- (Unterkunft, täglich eine warme Mahlzeit sowie Kaffee/ Tee). Bei der Anmeldung muß eine Anzahlung von DM 50.-- geleistet werden, die bei einer Absage dann aber nicht zurückerstattet werden kann.

Weitere Informationen und Anmeldung: Bund deutscher Pfadfinder im BDJ-Bundeszentrale, Hamburger Allee 49, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/777010. Konto: Dresdner Bank Frankfurt Nr. 4900959 – Stichwort Anti-Atom-Camp 77.

chaft mehr eintreten kann. Offen-ar erstreckt sich dieser Beschluß ber nicht auf die Handvoll von ällen von beruflich bedingter ge-erkschaftlicher Doppelmitglied-chaft z.B. der Redakteure gewerk-chaftlicher Verbandzeitungen; die-e werden bei Ausschluß aus einer ewerkschaft nicht automatisch us der anderen, der sie angehören, usgeschlossen.

n übrigen – so war zu hören – alle die Itzehoer Bemerkung randts möglicherweise unter die lausel des Schriftstellerverban-es, nach der literarische Äuße-ungen völlig frei und uneinge-chränkt getan werden dürfen, d.h. icht zum Anlaß für Ausschluß-erfahren genommen werden kön-en. Da drängt sich natürlich die rage auf, warum dies nur für li-erarische Äußerungen von Schrift-tellern gilt.

Während die Gewerkschaftsspitze ffenbar versucht, mehr schlecht s recht die Angelegenheit her-nterzuspielen, schlägt der Atom-lz um sich. So war von den An-ältern Schwalbachs im Zusam-enhang mit dem Strafantrag ge-en Heinz Brandt zu hören, dieser ersuche den Eindruck zu erwek-en, er würde wieder einmal grund-s verfolgt, "wie es früher gesche-en sein mag" (!). Der infame Satz mmt die Tradition einer alten chmutzkampagne gegen Heinz randt wieder auf. Als dieser vom taatssicherheitsdienst der DDR erschleppt und in Bautzen inhaf-ert wurde, liefen durch die BRD e ungeheuerlichsten Gerüchte ber ihn: er sei ein CIA- oder gar oppelagent, der sich zu Unrecht s Opfer fühle. Die Herren An-älte scheinen darauf anspielen u wollen.

amit aber nicht genug: der ÖTV-ezirk Nordwest, Hochburg chwalbachs, hat in einer Presse-klärung die Atomgegner mit den azis verglichen, d. h. auch den Z-Häftling Heinz Brandt. Er kün-gte eine Strafanzeige gegen den "stern" an, in dem am 11.11.76 Schwalbach tatsächlich als Atom-filz bezeichnet wurde.

Man wird jetzt verhindern müssen, daß vom Kern des Konflikts ab-gelenkt wird. Es geht dabei nicht um die Person Heinz Brandts, noch nicht einmal um Schwalbach und Konsorten. Es geht darum, ob die Gewerkschaftsbürokratie sich auch dort zum offenen Komplizen des Kapitals macht, wo dieses sich anschickt, unsere Lebensbasis un-widerruflich zu zerstören. Es geht um die Unterdrückung innerge-werkschaftlicher Kritik an dieser Komplizenschaft. JENS HUHN

Zeitungsstreik in Bremen

Am 2. Juni trat die Belegschaft der beiden großen Bremer Tages-zeitungen – Weser-Kurier und Bre-mer Nachrichten – aus einem scheinbar geringfügigen Anlaß in einen Arbeitskampf, dem mittler-weile exemplarische Bedeutung nicht nur für die strukturkrisenge-schädigte Druckindustrie zukommt: Nachdem Bremens Zeitungsmo-nopolist Meyer die am 1. April in Kraft getretene Tariferhöhung zunächst einen Monat ignoriert hatte, wurde für rund 100 Ange-stellte und Redakteure der insge-samt zirca 1000 Beschäftigten mit der Abrechnung vom 31.5. klar, daß die Tariferhöhung mit den über-tariflichen Zulagen verrechnet worden war, selbstverständlich in unterschiedlicher Höhe, um die Kollegen gegeneinander auszu-spielen. Die Belegschaft forderte auf einer vorgezogenen Betriebs-versammlung am 2.6. die Rücknah-me der Anrechnung und schickte eine Delegation zur Geschäftslei-tung. Die "Überlänge" der Be-triebsversammlung und das War-ten der Belegschaft auf das Ver-handlungsergebnis interpretierte der Verleger selbstherrlich als "wilden Streik" und sperrte die Belegschaft aus.

Die Belegschaft wurde von dieser Reaktion, das kann man ohne Ein-schränkung sagen, überrascht. In die Auseinandersetzung um die Anrechnung ging sie nicht mit dem Willen zum Streik, zumal die Nicht-anrechnung der Tariferhöhung auf die Zulagen für die Mehrzahl der Beschäftigten gesichert war. Sie wurde zum Arbeitskampf ge-zwungen.

Die Aussperrung brachte dann al-lerdings das zustande, was durch die unterschiedliche Anrechnung verhindert werden sollte: sie stell-te die Solidarität der gesamten Belegschaft her, der Setzer und Drucker mit den hauptsächlich Be-troffenen, den Redakteuren und dem übrigen "nichttechnischen Personal". Die Rücknahme der Aus-sperrung nach drei Tagen konnte den Willen der Belegschaft, ihre Forderungen durchzusetzen, nicht mehr brechen. Seit nunmehr zwei Wochen befindet sie sich im Streik. Ihre zentralen Forderungen lauten: "Keine Anrechnung der Tarifer-höhung! Keine Maßregelung infol-ge der Teilnahme am Streik!"

Offiziell und formal kann der Streik von der IG DRUPA nicht unter-stützt werden, da dies Schadens-ersatzansprüche des Verlegers zur Folge hätte, die nach herrschen-der Rechtsprechung mit Sicher-heit Erfolg hätten. Die Belegschaft erhält also keine Unterstützung aus der Gewerkschaftskasse. Der Streikbereitschaft tat dies bisher keinen Abbruch, obwohl ein gro-ßer Teil der Belegschaft nicht ein-mal das Maigehalt erhalten hat. Für die Beschäftigten der beiden Bremer Tageszeitungen ist die Er-fahrung nicht neu, daß Tariferhö-hungen nicht unbedingt auch in ihrer Lohntüte sich niederschla-gen. Bereits im Frühjahr 1974 hat-ten Redakteure und Techniker den Verleger nur durch einen kurzen Warnstreik von der Anrechnung der Tariferhöhung abbringen kön-nen. So auch vor einem Jahr. Im Druckerstreik 1976 sperrte Verle-ger Meyer die Belegschaft entge-gen der Empfehlung des Bundes-verbandes Druck im Interesse ei-nes "guten Betriebsklimas", wie er verkünden ließ, nicht aus. Da-für wurde er von der Gewerk-schaftsführung im Schwerpunkt-streik trotz heftiger Kritik der Kol-legen merklich geschont. Seine Antwort auf die erkämpfte Tarif-erhöhung: dem technischen Per-sonal wollte er die Hälfte durch Anrechnung auf die Zulagen wie-der wegnehmen. Erst durch einen dreitägigen spontanen Streik konn-te die Belegschaft einen Teilerfolg erringen: Für das technische Per-sonal gab Verleger Meyer eine Er-klärung ab, daß Tariferhöhungen nicht auf die betrieblichen Zula-gen angerechnet werden.

Vordergründig erscheint es über-raschend, daß es trotz vielfältiger Widrigkeiten zu einem Streik der gesamten Belegschaft gekommen ist. Gegen – zumal nicht legali-sierte – Kampfmaßnahmen spre-chen ja nicht nur Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit in der gegenwärtigen Krise mit ihren ent-solidarisierenden Auswirkungen.

Foto: Bremer Blatt

Darüber hinaus sollte in dem be-sonderen Fall des Bremer Konflikts nur ein kleiner Teil der Belegschaft von den faktischen Gehaltskür-zungen betroffen werden – ein Teil der Belegschaft zudem, der in vergleichsweise geringem Maß gewerkschaftlich organisiert ist und durch die Rationalisierungs-maßnahmen im Gefolge der Fu-sion von Weser Kurier und Bre-mer Nachrichten in den letzten Jahren erheblich unter 'Freiset-zungen' gelitten hat und entspre-chend geschwächt wurde.

Wenn trotz dieser Widrigkeiten die gesamte Belegschaft den Konflikt aufnahm, so läßt sich dies nur zu einem geringen Teil aus der eigentümlichen Herr-im-Hause-Politik des Verlegers erklären: Die Geschlossenheit der Belegschaft wie auch die außerordentliche Här-te, in der von beiden Seiten der Konflikt ausgetragen wird, ergibt sich zum wesentlichen Teil aus der Bedrohung von Arbeitsplatz-sicherheit und Qualifikationsni-veau durch die geplante Einfüh-

BETRIFFT: ALTHUSSER

Louis Althusser
Ideologie und ideologische Staatsapparate

POSITIONEN 3 VSA

196 Seiten; DM 14,80

Louis Althusser
Elemente der Selbstkritik
Mit einem Vorwort von Peter Schöttler; 112 Seiten; DM 8,–

Horst Arenz/Joachim Bischoff/Urs Jaeggi (Hg.)
Was ist revolutionärer Marxismus?
Kontroverse über Grundfragen revolutionärer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis;
190 Seiten; DM 14,–

Projekt Klassenanalyse
LOUIS ALTHUSSER
Marxistische Kritik am Stalinismus? 176 Seiten; DM 12,–

Etienne Balibar
Über die Diktatur des Proletariats
Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF.
178 Seiten; Paperback; DM 16,–

Dominique Lecourt
Proletarische Wissenschaft?
Mit einem Vorwort von Louis Althusser; 220 Seiten; Paperback; DM 14,80

Dominique Lecourt
Kritik der Wissenschaftstheorie
Marxismus und Epistemologie (Bachelard, Canguilhem, Foucault); 124 Seiten, DM 12,–

Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik
Diskussion in der KPF
Mit Beiträgen u.a. von Lucien Seve, Francis Cohen, Waldeck Rochet, Christine Buci-Glucksmann, Nicole E. Thevenin, Dominique Lecourt, Etienne Balibar, Georges Labica. 196 Seiten; Paperback; DM 14,80

VSA, Eiffestraße 598
2000 Hamburg 26
Vertrieb: VSA,
Erkelenzdamm 7
1000 Berlin 36

VSA

rung neuer Technologien. In den nächsten 5 Jahren soll eine Fotosatzanlage angeschafft werden, die ein Drittel oder gar die Hälfte des technischen Personals überflüssig machen wird und dem Unternehmer die Ersetzung von Facharbeitern durch Angelernte erlaubt. Geschlossenheit und Härte der Belegschaft ebenso wie die dem Konfliktanlaß kaum angemessene Halsstarrigkeit des Unternehmers müssen also als Momente einer Kraftprobe angesehen werden, in der die Durchsetzbarkeit von kapitalistischen Rationalisierungsstrategien gegen die Belegschaft vorgezeichnet wird. Bereits der Druckerstreik 1976 bedeutete den Bremern mehr als nur ein Kampf um Zehntelprozente; in ihrer inoffiziellen Dokumentation über den Streik von 1976 schreiben sie: "Vor dem Hintergrund früherer Auseinandersetzungen und der Gefahr, einem Meyer, der eines Tages den Fotosatz einführen wird, schutzlos gegenüberzustehen, hatten sich die meisten Kollegen schon vorher entschieden, im Zweifelsfall einem solchen Machtkampf nicht auszuweichen. Die Bedingung, daß bis auf wenige bekannte Streikbrecher sich niemand ausschließt, war gegeben."

Bereits der Streik 1976 ging auch um Arbeitsplatz- und Qualifikationssicherung. Die Gewerkschaft trägt der Prinzipialität des für die Druckerbranche insgesamt bedeutsamen Machtkampfes dadurch Rechnung, daß sie den Kollegen, soweit rechtlich möglich, Unterstützung gibt.

Von Beginn des Arbeitskampfes an war die Information der Öffentlichkeit über Stand und Verlauf des Konfliktes von ganz entscheidender Bedeutung. Denn von vornherein war der Belegschaft von BN und WK klar, daß sie die Auseinandersetzung auf sich allein verwiesen nicht erfolgreich durchstehen konnte, sondern angesichts der rechtlichen Bindungen der IG DRUPA der aktiven solidarischen Unterstützung der Öffentlichkeit bedurfte.

Mit einer Serie von Flugblättern reagierte die Belegschaft auf die tendenziöse Darstellung des Verlegers, ein kleiner Teil der Belegschaft verfolge seine egoistischen Interessen gegen den Willen und auf Kosten der Gesamtbelegschaft. Durch ihre Flugblattaktionen gelang es der Belegschaft bislang, ihren Standpunkt überzeugend darzustellen. Dabei leistete das "Bremer Blatt" – eine zum Bremer Pressemonopol alternative Zeitung – einen nicht unwesentlichen Beitrag: in vier auflagenstarken Extrablättern kam die Belegschaft zu Wort und warb für materielle und immaterielle Unterstützung.

Eine in diesem Ausmaß wohl kaum erwartete Welle der Sympathie stärkte den Streikenden den Rükken. In kürzester Zeit gingen aus dem regionalen wie überregionalen Bereich eine Fülle von Spenden ein (über 60.000 DM in 10 Tagen), die eine materielle Basis für Notlagenhilfe schufen und auch den Durchhaltewillen stärkten, gegenüber der unverhohlenen Drohung des Verlegers Meyer: "Meine Streikkasse reicht für ein halbes Jahr!" auszuharren. Derartige Kraftsprüche à la Meyer: "Ich gehe bis zur Einstellung beider Zeitungen" riefen selbst den Widerstand der um den sozialen Frieden besorgten bürgerlichen Presse hervor. Als "Figur des Frühkapitalismus" (SZ 10.6.), in der Zeit des sozialen Rechtsstaates gleichsam ein Fossil aus vergangenen Tagen, wurde der Konflikt zwischen Meyer und der Belegschaft praktisch als Betriebsunfall des Kapitalismus dargestellt, den es ebenso wie die harte Auseinandersetzung in Erwitte um des ungestörten Fortgangs der Kapitalakkumulation willen unter allen Umständen zu vermeiden gelte.

Diese eher personalisierende, den Kern der Auseinandersetzung ausblendende und damit letztlich entpolitisierende Darstellung des Konflikts gilt es im Laufe der anhaltenden Auseinandersetzung in WK und BN zu überwinden und im Besonderen dieser Auseinandersetzung das Allgemeine herauszuarbeiten: daß nämlich am Kampf gegen Meyer gar nicht der Kampf gegen den Menschen Meyer das Entscheidende ist. Nur wenn dies gelingt, wird es auch möglich sein, breitere aktive Unterstützung aus den Betrieben zu gewinnen; sie ist erforderlich nicht nur jetzt im Kampf der Belegschaft von BN und WK gegen die Teilanrechnung der Tariferhöhung, sondern auch und gerade wenn es um das Ganze geht, den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung. In diesem Sinne heißt es in einem Flugblatt der streikenden Ko
gen: "Und noch etwas: je m
der Zeitungskonzern einsp
desto eher wird er Arbeitsplä
wegrationalisieren. Und wir w
len nicht noch mehr Arbeitsl
in Bremen. Denn die Profite
heute schaffen die Arbeitslos
von morgen."

Mittlerweile ging der Arbeitskam
zu Ende. Nach genau drei Woch
stimmten 175 gegen 135 Kolleg
einem von Gewerkschaft und G
schäftsleitung ausgearbeitet
Kompromiß zu. Trotz eines
genüber dem letzten Jahr wese
lich härter und länger geführ
Kampfes konnte längst nicht d
gleiche Ergebnis erreicht werd
Das erklärte Ziel, Nicht-Anrechnu
der Tariflöhne auf die Zulag
wurde nur sehr begrenzt erreic
Eine negative Veränderung der Z
lagen durch die Geschäftsleitu
wird von der Prüfung der individu
len Zulagen der betroffenen Ko
gen abhängig gemacht. Da
handelte sich der Betriebsrat
die Zukunft ein Anhörungsrecht
Änderung der übertariflichen Z
lagen ein. SB-INITIATIVE BREM

Solidarität

Von der Arbeitsgruppentagung zur Gewerkschaftsfrage wurde an die ausgesperrten Beschäftigten beim Bremer Weser-Kurier und den Bremer Nachrichten folgende Solidaritätserklärung abgeschickt: "Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, die sich am 11./12. Juni 1977 zu einer Tagung über Probleme und Perspektiven der Gewerkschaftsarbeit von Sozialisten versammelt haben, bekunden ihre Solidarität mit eurem Kampf gegen Lohnabbau und Aussperrung. Zur Unterstützung eures Kampfes überweisen wir euch DM 2.000.-- aus dem Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros ..."

Die Kollegen beim Weser-Kurier und den Bremer Nachrichten brauchen auch weiterhin materielle Unterstützung, auch dann, wenn der Streik bei Erscheinen dieser "links" bereits beendet sein sollte. Deshalb rufen wir auf zu Sonderspenden "Zeitungsstreik Bremen" an den Arbeiter-Sodiraritäts-Fonds, Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17413263-11.

GEW Hamburg: 80 Prozent für Warnstreik – und nun?

Zum dritten Mal haben in Hamb
vom 10.-14. Juni Lehrer über
Durchführung eines eintägig
Warnstreiks eine Urabstimmu
durchgeführt. Unmittelbarer A
laß zu dieser für Beamte in un
rem Staat noch immer ungewö
liche Maßnahme war die Ver
schiedung des 6. Besoldungs
höhungsgesetzes durch den B
destag. Dieses Gesetz sah e
bundeseinheitliche Regelung
Stufenlehrerbesoldung vor u
hatte zur Konsequenz, daß entsp
chend seines § 77 alle Lehram
anwärter anteilig nach A 12 bes
det werden und weiter, daß Stuf
lehrer für die Primarstufe und
Sekundarstufe I in die Besoldun
gruppe A 12 eingeordnet w
den.

Nun bedeuteten diese geplan
gesetzlichen Bestimmungen
Hamburger Lehrer gravierend
Eingriffe in ihre bisherige Bes
dung als für Lehrer anderer B
desländer, werden doch in Ha
burg Lehramtsanwärter aller Sch
stufen und -arten einheitlich
teilig nach A 13 bezahlt und
halten doch alle Lehrer (Volks- u
Realschullehrer seit 1974 nur
Hamburger Ausbildung) ein Gru
gehalt von A 13. (Diese einh
liche A 13-Besoldung erkämpf
die Hamburger Lehrer 1970
ihrer ersten Urabstimmung.)

Nun drohte Verschlechterung
ser – zugegebenermaßen re
tiv privilegierten – Position.
nächst waren durch das 6.

oldungserhöhungsgesetz nur
e Lehramtsanwärter und die zu-
ünftigen Stufenlehrer betroffen –
arum also sollten die 'alt-einge-
essenen' Kollegen da bereit sein,
einen Warnstreik einzutreten?
Hier gelang es der GEW sehr
ut, den Kollegen die 3. Eskala-
onsstufe, Einfrieren der Gehälter
ler Volks- und Realschulkollegen
s das Niveau von A 12 erreicht
t, als konkrete Gefahr aufzuzei-
en und die bildungspolitischen
onsquenzen deutlich zu machen:
Zementierung des dreigliedrigen
chulsystems über die Stufenleh-
rbesoldung;
zu erwartende Verschlechterun-
en der Lehrerausbildung.
en Anfängen wehren! Sich nicht
mmer wieder mit hohlen Reden
ertrösten lassen! Solidarität mit
en unmittelbar Betroffenen ent-
ält auch ein Stück Selbsthilfe und
elbstverteidigung! So und ähn-
ch müssen die impliziten Gedan-
engänge bei den Kollegen gewe-
en sein, als sie sich letztlich mit
reiter Mehrheit für einen Warn-
treik entschieden. Einer solchen
ositiven Entscheidung standen
nd stehen jedoch massiv jahr-
ehntelang geprägtes Beamten-
ewußtsein, Staatsloyalität und
icht zuletzt eine idealistische Ge-
ellschaftsauffassung bei dem
rößten Teil der Lehrerschaft ent-
egen.
er Streik war notwendig gewor-
en – darüber gab es keine Mei-
ungsverschiedenheit: bei nur
Gegenstimmen und einer Enthal-
ung beschlossen ca. 500 Vertrau-
nsleute am 26. Mai, die Einlei-
ung einer Urabstimmung bei der
EW-Bund zu beantragen.
useinandersetzungen gab es
edoch bei der Festlegung des
treikziels. 1 oder 3 Streikziele?
ur gegen Besoldungsverschlech-
erung oder auch für kleine Klas-
en und Einstellung aller Lehrer?
s blieb bei einem Streikziel –
er Landesvorstand saß am länge-
en Hebel, konnte, nachdem sei-
e Argumente nicht überzeugt hat-
en, den entscheidenden Trumpf
us dem Ärmel ziehen: der Bun-
esvorstand wird die Urabstim-
ung aus rechtlichen Gründen ab-
ehnen (Verbot von politischen
treiks), wenn ökonomische und
ildungspolitische Ziele verknüpft
erden. Zähneknirschend fügten
ich diejenigen, die die guten Ar-
umente auf ihrer Seite hatten,
enn die Urabstimmung und den
treik gefährden wollte keiner.
o wurde als Streikziel beschlos-
en: "Abwehr der in § 77 des
Besoldungserhöhungsgesetzes
orgesehenen Besoldungsrückstu-
ng und der drohenden Auswir-
ungen auf die gesamte Lehrer-
esoldung und -ausbildung." Zwar
ar Frister auch dieses Streik-
el zu weit gefaßt, er hätte am
ebsten nur über die Ablehnung
es § 77 die Urabstimmung durch-
eführt, jedoch konnte sich der
amburger Landesverband durch-
etzen.
Widerstände gegen die Urab-
timmung gab es in erster Linie
cht innerhalb der GEW, son-
dern von außen. Schulbehörde und Springerpresse bildeten eine Einheitsfront. Die Springerpresse, dreifach stark in Hamburg mit "Welt", "Hamburger Abendblatt" und "Bild", machte in einer massiven Kampagne gegen die in ihren Augen sowieso viel zu linken GEW-Lehrer Stimmung. "Lehrer-Streik? Auch das noch!" "Elternkammer: Rechtswidriger Streik stört den Schulfrieden" "Bildungspolitik auf dem Rücken der Kinder" "Senatsbeschluß: Klage, falls die Lehrer streiken"

Der Landesschulrat Neckel tat sich mit Einschüchterungsversuchen hervor, indem er in einem Brief an die Schulleiter schon die Urabstimmung als ungesetzlich bezeichnete (obwohl diese Frage rechtlich offen ist) und mit Gegenmaßnahmen drohte. Er verbot das Aushängen oder Verteilen von Plakaten und Flugblättern in schulöffentlich zugänglichen Räumen. Die GEW ging offensiv dagegen vor: das Lehrerzimmer sei nicht schulöffentlich, sondern nur für Lehrer zugänglich. Konsequenz: in vielen Schulen gab es hierüber Kontroversen mit Schulleitern, die Plakate entfernten, die aber meistens von den Vertrauensleuten wieder aufgehängt wurden. Nur in einem Fall kassierte der Schulleiter die Wahlurne nebst Zählliste. Die Kollegen protestierten und setzten die Herausgebe der Urne durch. Um die vielfältigen Angriffe von außen gegen den geplanten Streik nicht zu einer Einschüchterung und Zersplitterung der Kollegen und damit zur Ablehnung des Warnstreiks führen zu lassen, war eine starke innergewerkschaftliche Mobilisierung und Vereinheitlichung nötig. So wurden Betriebsgruppen aufgefordert, bis zur Urabstimmung wöchentlich zu tagen, Kreisvertrauenskonferenzen entwickelten Möglichkeiten, um bei der Urabstimmung wirklich alle Schulen, auch die mit geringem gewerkschaftlichem Organisierungsgrad zu erreichen, die Arbeitskampfleitung stand telefonisch ständig für Auskünfte (besonders rechtlicher und organisatorischer Art) an verunsicherte, eingeschüchterte und schwankende Kollegen bereit, eine Arbeitskonferenz organisierte den Informationsfluß unter den Schulen. Diese und viele kleine Basisaktivitäten, ungezählte Gespräche und Telefonate und nicht zuletzt die zahlreichen schriftlichen Informationen des Landesvorstandes führten dazu, daß fast alle Kollegen in einen Diskussionsprozeß verwikkelt wurden, der die positive Entscheidungsfreudigkeit förderte.

Ungetrübt war die innergewerkschaftliche Diskussion jedoch bei weitem nicht, hatte doch der Hauptvorstand beschlossen, erst am 25. 6. über die Genehmigung des Warnstreiks zu beschließen, wogegen die Hamburger Landesvertreterversammlung die Eingliederung des Streiktags in eine Aktionswoche vom 20.-24.6. vorsah. Viele Kollegen fürchteten, die Herausschiebung des Streiktags würde die durch die Urabstimmung erreichte Mobilisierung wieder abflauen lassen und sie nahmen an, daß Frister und der Bundesvorstand ein Verschiebung des Streiks auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vor hätten. Andererseits schien es vielen Kollegen demoralisierend, wenn während der Urabstimmung eine Auseinandersetzung zwischen Bundes- bzw. Landesvorstand und einem Teil der Mitglieder entstanden wäre. So wurde also, unter anderem bei einer stark besuchten Protestveranstaltung mit Frister, Wohlverhalten und innergewerkschaftliche Einheit nach außen demonstriert. Sicherlich war unter anderem eine solchermaßen demonstrierte gewerkschaftliche Einigkeit ein Grund für die Unterstützung des Warnstreiks mit knapp 80%.

Jedoch schon unmittelbar nach dem positiven Ergebnis der Urabstimmung wurde der Verdacht einer Verfilzung zwischen gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären (hier: Frister) und SPD bestärkt: so gab die SPD bekannt, daß ihre Bundestagsfraktion in der entscheidenden Lesung zum 6. Besoldungserhöhungsgesetz folgende Änderungsanträge einzubringen gedächte: Streichung des § 77; Besoldung aller Anwärter des öffentlichen Dienstes einheitlich nach A 12; Regelung der Stufenlehrerbesoldung durch die Bundesländer ab Herbst 77. Diese Punkte decken sich zum Teil genau mit den Streikzielen, die Frister dem Hamburger Landesverband vorgeschlagen hatte (Streichung des § 77 und einheitliche Regelung der Anwärterbezüge).

Die Beantwortung der Frage "Zufall oder nicht?" erübrigt sich hier. Offensichtlich sind die Informations- und sonstigen Kanäle zwischen SPD und Gewerkschaftsführung eng genug, um gezielt an den Versuch zu gehen, die Wut der Lehrerschaft zu steuern und zu kanalisieren.

Die endgültige Entscheidung bestätigt im wesentlichen die Anträge der SPD-Fraktion. Für die Streikpläne war das eine fatale Situation:

- das Streikziel bezüglich der Anwärterbezüge war nicht erreicht (obwohl formal der § 77 gestrichen war);
- die Stufenlehrerbesoldung wurde den Ländern überlassen (die Entscheidung blieb also offen).

Folge: Viele Kollegen waren verunsichert, hatten mit einem so uneindeutigen Ergebnis nicht gerechnet – im Grunde waren wir gezielt ausgetrickst worden.

In dieser Situation machte die Arbeitskampfleitung den Versuch, ein eindeutiges Ergebnis zu erreichen, indem sie vom Hamburger Bürgermeister Klose ultimativ eine Stellungnahme zur Stufenlehrerbesoldung und -ausbildung und zur drohenden Rückstufung der Volks- und Realschullehrer (und der Anwärter) forderte. Klose ließ über den Schulsenator Apel antworten, daß er keine festen Zusagen machen könne und wolle. Daraufhin beantragte die Arbeitskampfleitung beim Hauptvorstand die Genehmigung des Warnstreiks und berief eine Vertrauensleuteversammlung ein. Bei Redaktionsschluß dieser "links"-Ausgabe war die Lage weiterhin unsicher:

- Sollte es zu keinem Warnstreik kommen, hätte zentralisierte gewerkschaftliche "SPD"-Macht sich gegen die Arbeitskampfleitung des Landes und den breiten Streikwillen der betroffenen Kollegen durchgesetzt.
- Sollte tatsächlich gestreikt werden, ist das als Sieg der Basis gegen zunehmende Zentralisierungsbestrebungen und Ordnungsbemühungen der Gewerkschaftsspitze zu interpretieren.

SB-ARBEITSFELD SCHULE, HAMBURG

Theater Wiesbaden Krach um Musentempel

Die Anregungen des SB-Pfingstkongresses 76 führten zur Gründung einer Initiativgruppe-Theater, welche sich einige Male traf. Dabei tauchte in den Diskussionen immer wieder das Problem auf: Wie sind die Erfahrungen mit heutiger Theaterarbeit in einen allgemeinen kulturpolitischen Zusammenhang innerhalb des SB zu stellen, um sie dadurch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Inzwischen ist diese Frage von den aktuellen politischen Ereignissen überrollt worden.

Der "Fall Wiesbaden" beginnt zu einem exemplarischen Beispiel für parteipolitische Übergriffe auf die bis jetzt immer noch in Art. 5 Abs. 3 GG garantierte Kunstfreiheit zu werden. Hatte bisher die gesellschaftliche Inselstellung der Theater dazu geführt, daß die innere Entwicklung von künstlerischer Mitsprache und Mitbestimmung von der allgemeinen politischen und ökonomischen Entwicklung scheinbar abgelöst stattfand, so hat inzwischen die zunehmende politische und ökonomische Unterdrückung den Zusammenhang von sozialistischer Arbeits- und Lebensform in den Vordergrund gerückt. Auf diesem Hintergrund sind auch die Versuche des Wiesbadener Theaters zu sehen, neben der Konsolidierung nach innen erste Schritte für einen überregionalen Informations- und Erfahrungsaustausch der Theater untereinander in Angriff zu nehmen.

Den folgenden Ausführungen liegt die These zugrunde, daß künstlerische Mitbestimmung am Theater nicht nur Angelegenheit staatlicher Subventionspolitik sein kann (so daß der Rechtsträger des Theaters mit dem Geldhahn auch jeweils die Mitbestimmung abdrehen kann), sondern daß die Mitbestimmung auch unmittelbar Bestandteil

der künstlerischen Arbeit selbst ist.
Diese Einschätzung hat dazu geführt, daß sich seit Beginn der neuen Intendanz 1975, welche mit einem durch den Umbau des Staatstheaters bedingten räumlichen Provisorium zusammenfiel, ein bescheidenes Mitsprachemodell, das gleichwohl vom hessischen Kultusminister nicht institutionalisiert wurde, in der Praxis in Richtung auf eine künstlerische Mitbestimmung zubewegte.
Diese Entwicklung erreichte jetzt einen vorläufigen Höhepunkt, als am 26.5.77 die CDU-Fraktion mit ihrer neugewonnenen Mehrheit in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen von FDP und SPD, jedoch im Einvernehmen mit dem städt. SPD-Kulturdezernenten, einen Antrag auf fristlose Kündigung des Intendanten durchsetzte.
Die Begründungen für diesen Antrag entbehren jeder sachlichen Grundlage, da sie sich auf Unterstellungen, unkritische Übernahme von Pressemeinungen, Kantinengerede und sogar auf Unwahrheiten stützten. Zu den Vorwürfen, die mangelnde Führungsqualität des Intendanten, organisatorische Mängel und finanzielle Fehlentscheidungen beinhalten, hat der Intendant inzwischen in einem öffentlichen Schreiben Stellung genommen, in welchem er die Vorwürfe sachlich widerlegt und darüber hinaus die parteipolitischen Interessen aufzeigt, die hinter einem derartigen Antrag stehen.
Neben dem offenkundigen Einfluß, den die Politiker damit auf die künstlerische Entscheidungsfreiheit des Intendanten nehmen wollen, zeigt dieser Antrag auch, daß die traditionelle monokratische Intendantenverfassung sich in einem innerbetrieblichen künstlerischen Demokratisierungsprozeß tendenziell selbst aufhebt. Von daher entsteht die paradoxe Situation, daß der Kampf um die künstlerische Mitbestimmung sich nicht mehr wie in den Zeiten, da das Wiesbadener Theater erst nassauisches und nach 1866 preußisches Hoftheater war, gegen den Intendanten als staatliche Instanz richtet, sondern mit ihm und auch für den Intendanten gegen Übergriffe von Seiten der Parteipolitiker ausgefochten wird.
Es lohnt sich, einen Blick auf die Hintergründe und die Entstehung dieser kulturpolitischen Auseinandersetzung zu werfen, die nicht nur von großer Aktualität ist, sondern auch als Warnung zu verstehen ist, die Einschränkungen, ja sogar Zurücknahmen der verfassungsmäßig garantierten Rechte in dem künstlerischen Bereich nicht länger in Kauf zu nehmen.
Noch 1970 herrschten am Wiesbadener Theater Zustände wie in Hoftheaterzeiten: Der Intendant entschied allein und hinter verschlossenen Türen, die Abhängigkeit und Anpassung der Schauspieler waren total. Eine erste Forderung des künstlerischen Arbeitskreises nach Offenlegung aller wichtigen Entscheidungen über Etat, Gagen, Spielplan, Besetzungen, Kündigungen und Engagements wurde zur Mutfrage. Zwei Exponenten der Mitsprache wurde Ende der Spielzeit 1971/72 gekündigt. Getragen von der allgemeinen Unmutswelle im Ensemble, wurde 1971/72 mit dem Intendanten ein Mitsprachemodell ausgehandelt, in dem die künstlerischen Gremien für Musiktheater und Schauspiel lediglich Vorschlagsrechte hatten; der Intendant traf seine Entscheidungen nach wie vor allein. Dennoch bedeutete dieser erste Schritt für einen verkrusteten und konservativen Staatstheaterbetrieb sehr viel, da diese Vereinbarung gegen den offenen oder latenten Widerstand der Intendanz, Verwaltung, der Kultusbürokratie und der Presse durchgesetzt wurde. Der hessische Kultusminister machte damals schon die Institutionalisierung des Modells von einem Erfahrungsbericht abhängig.
Der neue Intendant wurde nicht zuletzt deswegen vom Ensemble befürwortet, weil er für die Mitsprache eintrat. Zwischen ihm und dem Personalrat wurde eine Zusatzvereinbarung getroffen, welche die Mitsprache regelte. Der neue Kultusminister ließ auch diese Vereinbarung lediglich zur Erprobung zu – nach bereits vier Jahren Mitsprachepraxis! Er forderte nach einem Jahr (1976) Erfahrungsberichte von Intendant, Schauspiel- und Opernensemble an, die alle positiv ausfielen. Dennoch lehnte der Kultusminister im Frühjahr 1977 aus juristischen Gründen eine verbindliche Institutionalisierung der Mitsprache ab. Inzwischen geht die Praxis, besonders im Schauspiel, weit über die vereinbarte Mitsprache hinaus. Sie hat de facto Mitbestimmungsformen angenommen, da das gesamte Ensemble in Vollversammlungen Entscheidungen über Spielplan, Regie, Besetzungen, Bühnenbild, Engagements vorbereitet, welche dann in gemeinsamer Beratung mit dem Intendanten von diesem getroffen werden.
Es läßt sich hieraus ersehen, daß zwischen der rechtlichen Absicherung des Mitsprachemodells und einer an der Basis praktizierten Mitbestimmung eine große Kluft besteht. Auf diesem Hintergrund sind die seit dem Beginn der neuen Intendanz schwelenden Konflikte um die politischen Sonderprogramme und Stücke des Wiesbadener Schauspiels zu sehen, die jetzt zu dem erwähnten CDU-Antrag auf fristlose Kündigung des Intendanten führten. Stein des Anstoßes war im letzten Jahr "Die Freiheit stirbt zentimeterweise", ein Programm über den Radikalenerlaß. Bereits anläßlich dieser Aufführung wurde schon unter der damaligen SPD-Mehrheit der Intendant aufs schärfste angegriffen und ihm sogar nahegelegt, seinen Posten gegen eine beträchtliche Abfindung zur Verfügung zu stellen.
Weitere Angriffe lösten in dieser Spielzeit "Die Sonntagskinder" von Gerlind Reinshagen aus mit dem dazugehörigen Sonderprogramm über antifaschistischen Widerstand "nicht alle sind tot, die begraben sind", und schließlich die "Wiedergutmachung" von Michael Schneider. Bemerkenswert ist die Übereinstimmung zwischen der damaligen und der heutigen Kampagne, welche bezeichnenderweise wiederum nach der Uraufführung eines politischen Stückes „Die Wiedergutmachung" – eine kritische Aufarbeitung der Restauration in Westdeutschland zwischen 1945 und 1949 – erfolgte.
Die von dem CDU-Abgeordneten vorgebrachten Anschuldigungen zielen in zwei Richtungen: Einmal wird die künstlerische Entscheidungsfreiheit des Intendanten direkt angegriffen, was Kündigungen, Besetzungen, Spielplangestaltung und Aufbau des Ensembles anbelangt, oder es werden organisatorische und finanzielle Fehlleistungen in den Vordergrund geschoben, wobei übersehen wird, daß finanzielle Entscheidungen des Intendanten innerhalb des Etatrahmens immer auch künstlerische Entscheidungen beinhalten. Hinter dieser Kompetenzüberschreitung von Seiten der Kulturpolitiker werden genau jene Interessen sichtbar, die von der CDU ausdrücklich ausgeklammert w den: "Man spricht 'ideologiefr von Management, Organisatio Finanzen und meint die kritisch Inhalte künstlerischer Arbeit, im Theater als Medium der Öffe lichkeit seit jeher politisch brisa waren." (Aus der Stellungnahm des Intendanten zu den CDU-V würfen, S. 1).
Bezeichnend für die Methode, w diese parteipolitischen Intere sen durchgesetzt werden sollen, die Tatsache, daß man zunäch einmal versuchte, dem Intenda ten seine vertraglichen Rechte die beträchtliche Summe v 10.000.--DM abzukaufen. "Offenb mißtraut man der Beweiskraft zusammengetragenen Vorwür Als das mißlingt, schreckt m selbst vor schwerer künstlerisch Schädigung, übler Nachrede R mord nicht zurück." (ebendort, S. Die Tatsache, daß innerhalb ein ausgewogenen bürgerlichen Spi plans die kritische Auseinand setzung mit unserer heutigen G sellschaft auf derart heftigen W derstand reaktionärer Kreise stö läßt uns vermuten, daß hier oft zitierten "Ausgrenzungsm chanismen" des bürgerlich Theaters zwar nicht aufgehob aber tendenziell doch in Frage stellt werden. Denn genausov nig wie die politischen Inhalte kün lerischer Produktion unabh gig von ihren ästhetischen F men gesehen werden können, auch die Art und Weise, wie d Ensemble gemeinsam zu pol schen Stücken Stellung nimmt, in Verbindung mit der Entwicklu einer künstlerischen Mitbesti mung innerhalb der Probearbeit sehen. Daher zielen die gesch derten Angriffe auf die künstle sche Freiheit, nicht nur auf politische Aussage von Stück sondern vor allem darauf, wie d se Aussagen auf der Bühne sin lich gemacht werden, d. h. w Menschen sich auf der Bühne einander verhalten, indem hinter rer Darstellung zum "Vor-Sche kommt, daß Theater nicht nur Möglichkeit hat, gesellschaftlic Verhältnisse zu zeigen, wie sie si sondern auch, wie sie sein kö ten.
"Voraussetzung dafür ist aber, d die Schauspieler die von ihr dargestellten Utopien eines frei selbstbestimmten Lebens z praktischen Bestandteil ihrer beit machen." (Aus den 'Wies dener Thesen" anläßlich der V anstaltung "Stimmt die Mitbest mung?" am 1. Mai 1977 in Frankf

CLAUDIA SIEDE-HILL
HERMANN WÜNDR

DER STAATSBÜRGER ALS SICHERHEITSRISIKO?

Zu Struktur, Funktionsweisen und Entwicklung der "Inneren-Sicherheits-Politik" in der BRD
Von Johannes Schnepel
herausgegeben von der Arbeitsgruppe "Innere Sicherheit" der Marburger "Christen für den Sozialismus"
32 Seiten, nur gegen Voreinsendung von DM 2.-- (in Briefmarken) oder auf unser Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 235381-604 (Bettina Groh)
Adresse: Bettina Groh, Austr. 1, 6482 Bad Orb

Ab- und Aufrüstung

Am 21. Mai demonstrierten in Bremen, Essen, Frankfurt und München Zehntausende für die Beendigung des Wettrüstens, etwa doppelt so viele wie bei der Bonner Demonstration im Vorjahr. Weder die Ausschlußdrohungen der SPD-Führung, noch die Kampagne der bürgerlichen Presse gegen das "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" konnten zahlreiche Sozialdemokraten und Liberale davon abhalten, an der Demonstration teilzunehmen. Im Gegenteil, die Denunziationen und die Angriffe gegen das Komitee und gegen die Demonstration forderten offenbar Widerstand und Solidarität auch bei jenen heraus, die mit den Zielen des Komitees nicht viel im Sinne haben, sicherlich auch bei vielen Sozialisten. Das Komitee und die Abrüstungsdemonstration waren recht zufällig ins Rampenlicht der Öffentlichkeit geraten, nicht weil die Abrüstung plötzlich als dringendes oder drohendes Problem empfunden wurde, sondern einzig und allein wegen des von allen Beteiligten hochstilisierten Präzedenzfalles eines Aktionsbündnisses zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten – im bundesrepublikanischen und letztlich auch im (politisch allein bedeutsamen) westeuropäischen Rahmen. So mußte ausgerechnet die Eröffnung eines Karl-Marx-Hauses in Trier für die (wenn auch niemanden überraschende) Mitteilung herhalten, daß die deutsche Sozialdemokratie kein "politisches Obdachlosenasyl" für Leute sei, die von Karl Marx' Lehre auch in der Gegenwart politisch noch etwas halten.

Die Jusos entdeckten zum Behufe der Demonstration antikapitalistischer Bündnisaktivität die Abrüstung, die DKP faßte dies ganz als ein Musterbeispiel für ein Aktionsbündnis auf (UZ vom 29.3.), die brave Frankfurter Rundschau forschte eifrig nach der DKP-Unterwanderung von Niemöllers Friedensscharen und ereiferte sich doppelzüngig über jene, die zum Kriege rüsten, gleichzeitig das atomare Patt des Schreckens" preisend, "das Europa seit 1945 im Ende den Frieden bewahrt hat" (21.5.).

Eine ganz andere Sache als die Parteibündelei ist die beachtliche Resonanz des Aufrufes zur Abrüstungsdemonstration. Wie ist sie zu erklären? In der Geschichte der Bundesrepublik gibt es eine lange Tradition der Antikriegsbewegung. Zunächst als Bewegung gegen die Wiederaufrüstung insgesamt, dann als Anti-Atomtod-Bewegung und schließlich als Ostermarsch-Bewegung, die ein breites Spektrum des bürgerlichen Pazifismus und des sozialistischen Antimilitarismus mobilisierte, ohne sich an traditionelle Organisationen oder Parteien zu binden. Viele Sozialisten bürgerlicher Herkunft gingen zunächst durch die Schule dieser Bewegungen, lernten die Widerstände gegen ihre Abrüstungsbestrebungen gesellschaftsanalytisch und politisch zu begreifen und verallgemeinerten ihre Erfahrungen. Eine der Wurzeln des Sozialistischen Büros reicht in diese Zeit vor der Studentenbewegung zurück.

Mit dem Aufkommen der Studentenbewegung und mit der Überlagerung der Abrüstungsproblematik durch die Kampagne gegen die Notstandsgesetze, deren antimilitaristischer Aspekt sich im sprunghaften Anstieg der Kriegsdienstverweigererzahlen äußerte, verlor die Ostermarschbewegung an Resonanz. Auch der Versuch, ihre Zielsetzung politisch zu erweitern ("Kampagne für Demokratie und Abrüstung"), scheiterte. Der direkte Widerstand gegen die Militarisierung durch Kriegsdienstverweigerung schien wirkungsvoller als der Appell an die Regierung, endlich Abrüstungsmaßnahmen einzuleiten. Der Rest der Kampagne geriet in die Hände der DKP und vegetierte einige Jahre dahin.

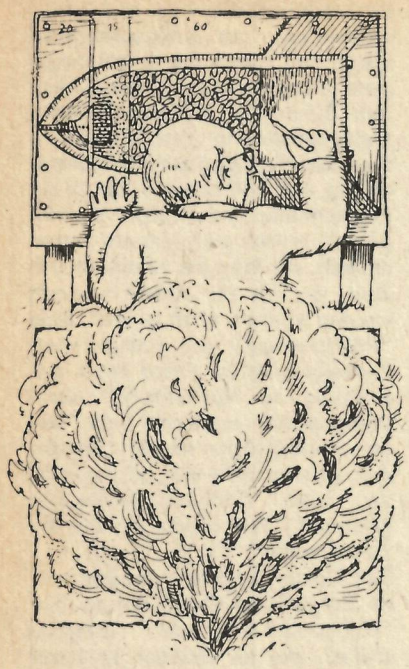
Vollends wurde einer eigenständigen Abrüstungsbewegung außerhalb der Parteien der Boden entzogen durch die Euphorie für die Entspannungspolitik der Brandt-Heinemann-Ära. Abrüstung schien nun nicht mehr die Voraussetzung für eine Besserung des Verhältnisses zu den osteuropäischen Völkern und Staaten, sondern umgekehrt, politische Entspannung galt nun als ein erster Schritt zur Abrüstung.

Für das Aufkommen einer neuerlichen Abrüstungsbewegung gibt es zweierlei Gründe. Aus der Entspannungspolitik ist die Luft heraus; sie ist zur Routine geworden. Vor allem aber zeigte sich, daß außenpolitische Entspannung nicht notwendig mit innenpolitischer Entspannung, mit der Erweiterung der Chancen für soziale und politische Reformen und mit dem Abbau von Antisozialismus und Antikommunismus gekoppelt ist. Im Gegenteil, wie Entspannungspolitik nach herrschender Ansicht im Westen wie im Osten militärische Stärke und "Sicherheits"-Politik nach außen voraussetzt, so erfordert sie nach innen den Ausbau des polizeilichen "Sicherheits"-Apparates und der antikommunistischen (im Osten der antikapitalistischen und antidemokratischen) Abgrenzungsideologien. Der Zusammenbruch der Reformpolitik und die Neuformierung des praktischen Antikommunismus durch die Berufsverbots-Praxis einerseits und die Stagnation der Entspannungspolitik andererseits, die keine Neigung besitzt, sich auf das Feld der Rüstungen zu begeben, sind der eine Grund für die neuerliche Abrüstungsbewegung.

Der andere Grund liegt in der Entmotivierung der Kriegsdienstverweigerung durch die politisch-soziale Integration des Zivildienstes und durch die zunehmende Professionalisierung des Militärdienstes. Die Hoffnung auf eine Schwächung des Militarismus durch die massenhafte individuelle Verweigerung erwies sich nun als unrealistisch, der Weg bis zu einer KDV-Zahl, die für die Armee relevant werden könnte, noch zu weit. Eine "Politisierung" der Kriegsdienstverweigerung im Sinne einer Anpassung an "realistische" Abrüstungspolitik erscheint unter diesen Bedingungen wieder attraktiv. Auf welche Ziele hin ist nun diese neue Abrüstungsbewegung orientiert? Wie sollen wir uns dazu verhalten?

Das Kölner Komitee verdankt seine Entstehung den Impulsen des "Weltkongresses der Friedenskräfte", der im Oktober 1973 mit riesigem Aufwand in Moskau veranstaltet worden war. Die Komitee-Arbeit steht im Rahmen der von den europäischen Kommunistischen Parteien angestrebten Mobilisierung der Öffentlichkeit in den kapitalistischen Ländern für die Unterstützung der Abrüstungsinitiativen der WVO-Staaten auf den verschiedenen Ebenen der bi- und multilateralen Regierungspolitik; außerdem dient diese Friedenspropaganda der innenpolitischen Absicherung der Entspannungspolitik in den WVO-Staaten selbst. Formal tritt das Abrüstungskomitee mit der Forderung nach gleichgewichtigen, durch die Regierungen auszuhandelnden beschränkten Abrüstungsmaßnahmen auf. Dadurch findet es auch die Unterstützung von Pazifisten, die den Gesellschaftsordnungen gegenüber indifferent sind, von bürgerlichen Demokraten, die nichts Grundsätzliches gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung einzuwenden haben und von parteiunabhängigen Sozialisten, die in der militärischen Entspannung eine Voraussetzung für die Entfaltung sozialistischer Bewegungen im Westen und im Osten erkennen. Diese nichtkommunistischen Mitglieder und Sympathisanten des Abrüstungskomitees nehmen die formalen Aufforderungen zur paritätischen Abrüstung im Westen wie im Osten beim Wort. "Stoppt das Wettrüsten" ist eine solche Parole, die sowohl dem Bedürfnis nach paritätischer Kritik am Rüstungsverhalten in Ost und West entgegenkommt, die aber auch mit der KP-Politik vereinbar ist. Denn im KP-Verständnis gilt das Wettrüsten nicht als Produkt eines Wettbewerbs zwischen zwei im wesentlichen gleich starken Rüstungskomplexen und Rüstungswirtschaften, sondern als kapitalistisch verursacht. (Der chinesisch-sowjetische Rüstungswettlauf von enormen Ausmaßen bleibt sowohl praktisch wie auch theoretisch außerhalb der gängigen Abrüstungspropaganda.)

Trotz einiger allgemeiner, paritätisch interpretierbarer Parolen



Nach jahrzehntelanger Abrüstungspropaganda genügt eine einzige Politbüro-Sitzung, um eine Richtungsänderung um 180 Grad zugunsten der Rüstung durchzusetzen.

Die taktische Abrüstungspolitik – in den internationalen Beziehungen zwischen bürgerlichen Staaten entweder ein Instrument der Hegemonialmacht zur Abwehr von Rüstungsanstrengungen aufstrebender Mächte oder ein Instrument der schwächeren Mächte gegenüber den aufrüstenden Hegemonialmächten – ist in der Arbeiterbewegung ein Relikt der Zeiten, in denen eine Unterscheidung zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kriegsparteien und Kriegszielen einen historischen Sinn hatte, also bis in die fünfziger Jahre. Das den Klassencharakter explizit oder implizit in den Vordergrund stellende Verhältnis zur Rüstung und zum Krieg konnte bis dahin immer voraussetzen, daß ein Krieg zwar fürchterlich sei, aber ein barbarischer Frieden auf die Dauer noch unmenschlicher. Es konnte ebenfalls immer sicher sein, daß der größte Teil der Menschen Sieg und Niederlage überleben würde. Diese Prämissen gelten jedoch für einen mit allen militärischen Mitteln ausgetragenen Großkrieg nicht mehr, dessen Wirkung klassenneutral ist, weil er alle kämpfenden und nichtkämpfenden Klassen in die völlige Vernichtung einbezieht. Deshalb ist die nach traditionellem Muster klassenspezifisch differenzierende Kriegs- und Abrüstungspolitik aller kommunistischen Parteien – ob ostkommunistischer, eurokommunistischer, trotzkistischer oder maoistischer Richtung – genausowenig akzeptabel wie die der bürgerlichen Parteien, die die formale Anerkennung und Gleichberechtigung aller nationalen "Verteidigungsanstrengungen" beinhaltet.

Die historisch neuartige Situation eines möglichen total vernichtenden Krieges und gleichzeitig permanent stattfindender Kleinkriege außerhalb Europas unter herkömmlichen Bedingungen, die weiterhin eine Differenzierung nach dem Klassencharakter dieser Kriege erfordern, macht ein Verhalten der Sozialisten und Kommunisten in der Abrüstungsfrage außerordentlich schwierig.

Als historische Materialisten haben wir die unterschiedliche sozioökonomische Bedingtheit von Rüstung im Kapitalismus und im Etatismus in Rechnung zu stellen. So wirkt sich zur Zeit im Westen die ökonomische Krise dahingehend aus, daß sowohl die arbeitsintensive konventionelle Rüstung als auch die forschungsintensive nukleare und elektronische Rüstung intensiviert werden und die Abrüstungsverhandlungen scheitern lassen, während im Osten die ökonomische Krise in der zivilen Wirtschaft und der bisher überdurchschnittlich hohe Aufwand für Rüstung eine objektives Interesse an partieller Abrüstung konstituieren.

bleibt die konkrete Kritik des Abrüstungskomitees und der kommunistischen Weltfriedensbewegung völlig auf die kapitalistischen Rüstungskomplexe und Rüstungspolitik beschränkt. Die etatistische Rüstungspolitik wird hingegen weder von den westlichen, noch gar von den östlichen Friedens- und Abrüstungskomitees auch nur mit einem Wort kritisiert; die Abrüstungsforderungen dieser Komitees weichen in keinem Deut von denen der regierenden Kommunistischen Parteien ab. Die Rüstung der WVO-Staaten gegen andere kommunistisch regierte Staaten (China, Jugoslawien, auch Rumänien) und gegen potentielle soziale Bewegungen in diesen Staaten selbst wird mit keinem Wort erwähnt. Die Frage, weshalb die sowjetische und die WVO-Rüstung auch über das Maß eines als notwendig erachtbaren Verteidigungs- und Abschreckungsminimums hinausgeht, wird nicht aufgeworfen. Ziel der Komiteepolitik ist es also, die kapitalistische Rüstung zu schwächen, ohne die etatistische Rüstung zu beeinträchtigen, langfristig also die Veränderung der internationalen militärischen Kräfteverhältnisse zugunsten des "realen Sozialismus" zu unterstützen. Entsprechend wird auch die Funktion der Komitee-Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern in der osteuropäischen Literatur bewertet.

Darüber hinaus besteht selbstverständlich ein kurzfristiges und legitimes Ziel der Komiteepolitik darin, ein politisches Rekrutierungsfeld für die DKP zu eröffnen und die DKP als politischen Koalitionspartner für links-bürgerliche Parteien zu profilieren.

Das taktische Verständnis parteikommunistischer Abrüstungspolitik wird besonders deutlich im jüngsten Schwenk der KPF zur Befürwortung der französischen Nuklearstreitkräfte mit dem wahltaktischen Argument und sicherlich auch ernsthaft verfolgtem Teilzweck der Eindämmung des bundesdeutschen politisch-ökonomischen Hegemonialeinflusses.

Wir können also weder die gängige Analyse der paritätischen Rüstungskomplex-Analyse und ihre notwendigen politischen Schlußfolgerungen akzeptieren, noch die traditionelle sozialistische klassenpolitische Relativierung des Krieges und der Rüstung unter den historisch neuartigen Destruktionsverhältnissen fortsetzen. So wenig die zivile Radioaktivität in den "Händen des Volkes" statt in kapitalistischen Händen weniger mörderisch wirkt, so wenig läßt sich die faktische Vorbereitung auf den nuklearen gerechten Volkskrieg rechtfertigen. In unserem Jahrhundert gibt es nun einmal Dinge, die sich nicht durch das Adjektiv "sozialistisch" und durch die Diffamierung als "formal", weil klassenunspezifisch, oder "idealistisch" umwerten lassen – von den Konzentrationslagern bis zu den millionenmordenden Friedensstreitkräften.

Die Politik des SB in diesen Fragen ist bisher mies, weil politisch den Problemen ausweichend oder nicht reflektiert. Wir sollten die nächsten Monate nutzen, um 1978 gezielter in der Abrüstungsbewegung mitwirken und unsere politische Position im Unterschied zur sozialdemokratischen und parteikommunistischen zu präzisieren. Dies ist nur im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung u den "realen Sozialismus" und u das Verhältnis zur DKP möglic denn letztlich ist die Militär- u Abrüstungsfrage die Zuspitzu der Frage unseres Verhältniss zu den bestehenden Gesellschaft systemen und ihren staatstrage den Parteien. **EGBERT JA**

Gewaltloser Marsch für Entmilitarisierung

Als abstrakte Konzepte wurden Frieden, Abrüstung und Menschenrechte in den letzten Jahren anerkannt. Im gleichen Zeitraum haben aber Kriegsvorbereitung, Waffenhandel und das Wettrüsten stetig zugenommen. Die Menschenrechte werden trotz der KSZE-Dokumente weitgehend mißachtet, im Osten und Westen sind Rechtsbrüche eine alltägliche Erscheinung.

Militarisierung, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, die Produktion von Massenvernichtungswaffen, gewaltsames Eingreifen gegen Bürgerinitiativen, die Unmöglichkeit des politischen Systems, menschliche Bedürfnisse zu erfüllen – die Entwicklung unseres politischen und sozialen Lebens ist geradezu alarmierend. Ein besonders absurder Punkt ist der übereilte Bau und Export von Kernkraftwerken.

Diese Liste von Krankheiten könnte beliebig verlängert werden. Entscheidend ist, daß Frieden, Menschenrechte und die Schaffung einer gerechten und menschlichen Weltgesellschaft nicht den Regierungen und den traditionellen Parteien überlassen werden können. Der heutige Militarismus geht weit über die "Verteidigung" hinaus, er ist ein komplexes System mit politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen, in das alle Regierungen und politischen Parteien tief verwickelt sind.

Deshalb müssen Menschen aller Länder mit Geduld und Standfestigkeit eine sichtbare internationale Bewegung aufbauen, um wirkliche Abrüstung, einen dauerhaften Frieden und eine sozial gerechte Gesellschaft erreichen. Diese Aufgabe beinhalt regelmäßige offene Zusammenkün te und große originelle Aktionen, u untereinander und mit der Öffentlic keit ins Gespräch zu kommen, u unsere Ideen zu verbreiten und u an Zahl und Einfluß langsam zuz nehmen.

Dieses Bedürfnis motivierte über 10 Leute aus 15 Ländern, im vergang nen August eine Woche lang a "Internationalen gewaltlosen Mars für Entmilitarisierung" von Metz na Verdun teilzunehmen. Vom 14. b 21. Juli 1977 ist nun ein zweit Marsch vorgesehen.

Der Marschverlauf des 2. Internati nalen Gewaltlosen Marsches: Hagu nau (F) – Landau (BRD) – Laute bourg (F) ist uns auferlegt word durch unsere Opposition

- gegen die geplante Stationieru von Pluton-Atomraketen in Haguena Oberhoffen,
- gegen die Existenz des französchen Militärgerichts in Landau,
- gegen das geplante Kernkraftw in Lauterbourg,

Durch seinen Verlauf im deutsc französischen Grenzgebiet wend sich der Marsch,

- gegen die Zunahme von Kase nen und Militärgelände im Elsaß,
- gegen die Anwesenheit französcher, britischer, amerikanischer u anderer Besatzungstruppen Deutschland,
- gegen die Grenzen.

Deutsche Koordination: Rola Diers, Schöneberger Weg 14, 70 Sindelfingen, Tel.: 07031/86210.

Zum Abbau des Asylrechts

Der Flüchtlingskommissar der V einten Nationen versuchte zu r ten, was noch zu retten war. Do auch er konnte sie nur noch a schieben, nicht aber mehr verh dern, die Beerdigung eines klas schen Grundrechts bürgerlich-d mokratischer Staaten. Am 11. Mä dieses Jahres wurden die Übe reste des Grundrechtes auf po tisches Asyl zu Grabe getrag Die große Koalition der Totengr ber machte darüber kein groß Aufheben: Einstimmig und oh Diskussion faßte der Bundes auf Initiative des Bundesinnenm nisteriums die entsprechenden E

chlüsse. Formell wurde lediglich die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes geändert. Unter dieser unscheinbaren begrifflichen Decke jedoch erhielt das Asylrecht die letzte Ölung.

Wenn im folgenden dieser Baustein im Prozeß des Abbaus von Grundrechtspositionen analysiert wird, so sollte man sich vergegenwärtigen, daß das Asylrecht am Anfang bürgerlich-demokratischer Staaten zu deren essentiellen Bestandteilen gehörte. Die Veränderungen im Asylrecht stehen nicht nur für sich selbst, sondern sie zeigen die Entwicklung politischer Liberalität und Rechtsstaatlichkeit überhaupt an. Der Verfall des Asylrechts deutet auf den Verfall demokratischer Positionen insgesamt hin.

Auch in der Gründungsphase der Bundesrepublik wurde das politische Asylrecht als zentrales Verfassungselement anerkannt. Das Grundgesetz bestimmt kurz und knapp: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Eine Verwirklichung dieses Rechtes durch Kampf "gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung" sollte ausschließlich durch das Bundesverfassungsgericht erfolgen. Im Parlamentarischen Rat herrschte Einvernehmen darüber, daß die Begriffe der "politischen Verfolgung" sowie des "Asylrechtes" weit auszulegen seien. Aus einem Grund der Vernichtung Andersdenkender sollte ein Zufluchtsort vor politischer Verfolgung werden. Selbst Personen, die "sich in ihrer Heimat aktiv gegen die Demokratie eingesetzt haben", dürfte die Aufnahme nicht verwehrt werden. Auch vor der hier analysierten Rechtsverschlechterung hatte das Asylrecht mit diesen Intentionen des Verfassungsgebers nicht mehr viel gemein. Die Verwaltungspraxis, gedeckt durch die Verwaltungsgerichte, nahm von Anfang an auf diese auf den Trümmern des Faschismus geborenen Absichten keine Rücksicht. Vielmehr wurde das Asylrecht auf zwei Ebenen ausgehöhlt, auf der Ebene der Verfahren zur Anerkennung als Asylberechtigter und auf der Ebene des Ausweisungsschutzes von Asylberechtigten.

So schlug sich die bundesdeutsche Kommunistenverfolgung unmittelbar in dem Anerkennungsverfahren nieder. Das Asylrecht als Recht Andersdenkender wurde damit auf den Kopf gestellt. Tatsächlich konnten in der Regel zwar antikommunistische Ostblockflüchtlinge, nicht aber Personen, die im befreundeten kapitalistischen Westen politisch verfolgt wurden, (Vietnam-Deserteure, Black Panther) mit der Anerkennung als Asylberechtigte rechnen. Aufgrund dieser Einpassung des Asylverfahrens in das staatliche Feindbild näherte sich das Asylrecht im Ergebnis – wenn auch nicht vollständig, so doch in erheblichem Maße – einem Schutzrecht für ausländische Antikommunisten an (ca. 90% aller bisher in der BRD anerkannten Asylberechtigten kommen aus Ostblockstaaten).

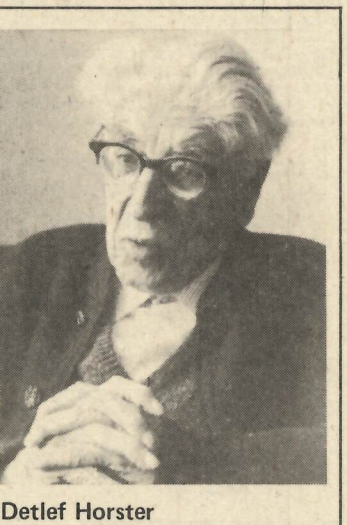
Neben dieser politischen Ausrichtung des Anerkennungsverfahrens wurde auch der Ausweisungsschutz von Asylberechtigten ausgehöhlt. Das Ausländergesetz erlaubt – entgegen Sinn und Wortlaut des Grundgesetzes – sogar die Abschiebung politisch Verfolgter in den Staat, in dem sein Leib und Leben gefährdet ist, wenn der Betroffene wegen eines besonders schweren Verbrechens verurteilt worden ist oder eine "Gefahr für die Sicherheit" darstellt (§ 14 Abs. 1 S. 2 AuslG). Unter letzteren Begriff subsumieren die Kommentare bereits die begründete Vermutung, daß ein Asylant "sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung" betätigt. Die Ausweisung und Abschiebung in einen Nichtverfolgerstaat erlaubt das Ausländergesetz bereits bei Vorliegen "schwerwiegender Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" (§ 11 Abs. 2 AuslG), also aus Gründen des allgemeinen Polizeirechts. Sowohl bei Abschiebung in einen Verfolgerstaat wie auch bei Abschiebung in einen Nichtverfolgerstaat wird das Asylrecht praktisch vernichtet. Dem Verfahren zur Anerkennung als Asylberechtigter entspricht dabei kein Verfahren zur Aberkennung dieses Rechtes. Weder ist vorgesehen, daß das Asylrecht ausschließlich durch Gerichte – vom Bundesverfassungsgericht ganz zu schweigen – entzogen werden darf, noch muß der Ausweisung und Abschiebung in jedem Fall eine gerichtliche Verurteilung vorausgehen. Damit wurde bereits durch das Ausländergesetz (1965) die Vernichtung des Grundrechts auf Asyl in verfassungswidriger Weise in das Ermessen der Ausländerbehörde gestellt.

Ein gewisser Schutz ist politisch Verfolgten allerdings dadurch gewährt, daß die Ausweisungsverfügung nicht – wie bei anderen Ausländern relativ leicht möglich – für sofort vollziehbar erklärt werden darf. Den Betroffenen ist damit die Möglichkeit eingeräumt, die Verwaltungsgerichte anzurufen und zumindest für die Verfahrensdauer im Inland zu bleiben. Das gilt auf jeden Fall für diejenigen politisch Verfolgten, die bereits als asylberechtigt anerkannt worden sind. Viele Verfolgte stellen einen Asylantrag aber erst, wenn die Gefahr besteht, daß gegen sie aufenthaltsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden. Das hat seinen guten Grund: Die Geheimdienste faschistischer Staaten gehen in der Bundesrepublik einer relativ ungestörten Tätigkeit nach und sammeln dabei auch Informationen über Asylanträge. Daß sie sich dabei auch auf den deutschen Verfassungsschutz stützen können, ist erst kürzlich anhand des persischen SAVAK in Erinnerung gerufen worden. Für die betroffenen Ausländer ist es daher nicht ungefährlich, in der Bundesrepublik politisches Asyl zu beantragen. Perser etwa müssen mit Repressalien gegen ihre in der Heimat lebenden Verwandten rechnen. Ob man einen Asylantrag stellt oder nicht, entscheidet sich häufig als Ergebnis einer Abwägung des eigenen Risikos mit dem der Familie oder der Freunde in der Heimat. So lange der Aufenthalt in der Bundesrepublik auch ohne Asylrecht unproblematisch ist, spricht alles dafür, den Antrag nicht zu stellen. Die Antragstellung ist dann erst das letzte Mittel, das man wählt, wenn der Aufenthalt in der Bundesrepublik ansonsten nicht mehr gesichert erscheint.

Die Frage, wie der Staat aufenthaltsrechtlich mit Ausländern umgeht, die einen Antrag auf Asyl gestellt haben, ohne daß ein Bescheid vorliegt, ist daher einer der neuralgischen Punkte des gesamten Asylrechtes. Bis zum März dieses Jahres stellte die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz die Antragsteller mit den anerkannten Asylanten gleich. Antragsteller genossen damit den gleichen – gemessen an den Verfassungsbestimmungen zwar reduzierten, im Vergleich zu der Rechtslage der übrigen Ausländer aber erheblich erweiterten – Ausweisungsschutz wie Asylanten.

Bild: Rose

Diese Gleichstellung wurde am 11. März beseitigt. Schon seit geraumer Zeit war der Bürokratie die steigende Zahl der Antragsteller, vor allem aus arabischen Staaten, ein Dorn im Auge. Vorgeschoben wird häufig die Klage, daß an diese Ausländer Sozialhilfe gezahlt werden müsse, daß sie also dem Steuerzahler auf der Tasche lägen. Das "großzügigste Asylrecht", so heißt es, übe einen Sog aus, der nicht zu verkraften sei. In der Realität jedoch ist die Bundesrepublik eher unterproportional an der Aufnahme politisch Verfolgter in Europa vertreten. Das zeigt sich auch in der relativ geringen durchschnittlichen Anerkennungsquote in der Bundesrepublik, die mit rund 40% diejenige fast aller europäischer Staaten unterschreitet (Schweiz: 85,6; Frankreich: 85,5; Dänemark: 59,2). Hinter der offiziellen Argumentation verbirgt sich das Unbehagen daran, daß sich die Struktur der Antragsteller in den letzten Jahren deutlich geändert hat. In zunehmendem Maße stellen Ausländer aus der Dritten Welt Asylanträge, während der Anteil der Ostblockflüchtlinge relativ abgenommen hat. Nun werden zwar im Rahmen der traditionellen antikommunistischen Asylpraxis fast alle Flüchtlinge aus Osteuropa anerkannt, während von den Verfolgten aus der Dritten Welt – in der Regel Antifaschisten – nur rund ein Zehntel einen positiven Bescheid erhalten. Während des Asyl-



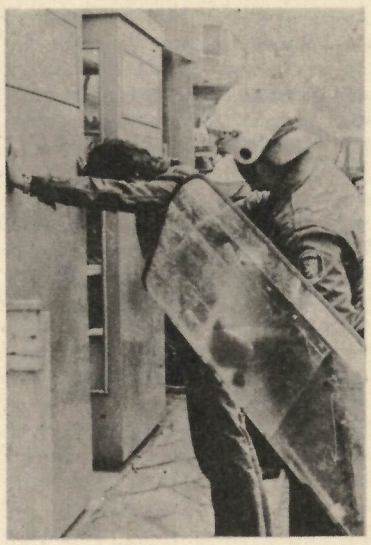
Detlef Horster
Bloch zur Einführung
mit einem Vorwort von Oskar Negt und 15 Fotos aus dem Leben Ernst Blochs.
Broschur, 80 Seiten 5,- DM

Dieses Buch will eine Hilfe sein, die den Zugang zur Philosophie Ernst Blochs erleichtert. Überdies wird hier das gängige Urteil widerlegt, Bloch stünde nicht in der Erbfolge von Marx. „...Diese Schrift ist nicht nur eine gute Einführung in Bloch, sondern eine gelungene Hinführung des philosophisch Interessierten zur marxistischen Philosophie insgesamt."(Vorwort O. Negt)

Im Buchhandel oder gegen Vorauszahlung (+ 1,- Vers.kosten) bei
SOAK Verlag 3000 Hannover
Am Taubenfelde30,Tel.17618

verfahrens aber sind diese Ausländer in den aufgezeigten Grenzen vor der Ausweisung geschützt. Seit einiger Zeit wird nach Wegen gesucht, diesen Schutz einzuschränken: In der Öffentlichkeit verbreitete die Ausländerverwaltung das Bild des Asylschwindlers. Die Diskrepanz zwischen tatsächlichen Anerkennungen und den Anträgen wurde auf diese Weise nicht als Ergebnis politisch motivierten Verwaltungshandelns, sondern als Produkt des Mißbrauchs eines allzu großzügig eingeräumten Rechtes erklärt. In der Änderung der Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz vom März dieses Jahres hat diese Mißbrauchsvermutung Eingang in die Verwaltungsrichtlinien gefunden. Danach darf die Ausländerbehörde, "wenn die Anerkennung als Asylberechtigter offensichtlich rechtsmißbräuchlich begehrt wird", so behandeln, als ob kein Asylantrag vorliegt, wie jeden anderen Ausländer also. Anstelle der Ausweisungsrestriktionen bei politisch Verfolgten tritt dann die freie Ausweisungskompetenz, die die Ausländerbehörde allen übrigen Ausländern gegenüber besitzt (z. B. wegen Annahme von Sozialhilfe, Auslaufens einer Aufenthaltserlaubnis, bei Beeinträchtigung "erheblicher Belange der BRD"). Selbst der Anordnung der sofortigen Vollziehung der Ausweisungsverfügung und damit der Beseitigung des gerichtlichen Suspensiveffektes steht bei Annahme eines "besonderen öffentlichen Interesses" – das regelmäßig leicht zu konstruieren ist – nichts mehr im Wege. Die geänderte Verwaltungsvorschrift stellt der Ausländerbehörde überdies ausdrücklich frei, bei Mißbrauchsvermutung den betroffenen Ausländer auch in einen Staat abzuschieben, in dem nach dessen Angaben sein Leib und Leben gefährdet ist (Nr. 3a zu § 19 VwvAuslG).

Was unter "Rechtsmißbrauch" zu verstehen ist, überläßt die Verwaltungsvorschrift weitgehend den Ausländerbehörden selbst. Es werden nur "Anhaltspunkte" gegeben, die "unter anderem" gelten. Damit ist die bisherige Trennung von Ausweisungs- und Asylverfahren aufgehoben. Der Ausländerbehörde, der Ausweisungsinstanz also, wird das Recht eingeräumt, das Asylrecht bereits im Vorfeld des Antragsverfahrens zu vernichten. Sie kann aus eigener Kompetenz die ihr im Asylrecht gesteckten Schranken beseitigen, denn sie allein konstatiert den Mißbrauch, der ihre freie Ausweisungsbefugnis begründet. Die Ausländerbehörde kann daher ihren Verwaltungsakt auf eigene Mißbrauchsvermutungen stützen, braucht nicht mehr deren Bestätigung im Asylverfahren abzuwarten.



Polizei und der persische Geheimdienst SAVAK bedrohen die Teilnehmer des CISNU-Kongresses (Januar 1977 in Frankfurt)

Bereits die in der Verwaltungsvorschrift vorgegebenen Mißbrauchskriterien treffen einen zentralen Nerv des Asylrechts: Die Vorschrift belegt Asylanträge, die nach längerem Aufenthalt im Zusammenhang mit ausländerrechtlichen Maßnahmen gestellt werden, mit dem pauschalen und für den einzelnen unter Umständen lebensbedrohenden Mißbrauchsverdacht und qualifiziert die Bemühungen um aufenthaltsrechtliche Sicherung in diesem Fall als "asylfremd". Daß Ausländer aufgrund der politischen Umstände, vor denen ja gerade das Grundrecht auf Asyl einen Schutz bieten sollte, gezwungen werden, erst als letztes Mittel den Asylantrag zu stellen, um nicht Repressalien gegen Familien und Freunde in der Heimat hervorzurufen, wird ignoriert. Den politischen Instanzen ist diese Tatsache durchaus bekannt. Dieses Verhalten trotzdem zu sanktionieren und politisch Verfolgte ungeschützt den weiten Machtbefugnissen der Ausländerbehörden auszuliefern, heißt politische Opportunität vor Rechtsstaatlichkeit zu stellen und in der Praxis das Leben von Antifaschisten dem Versuch zu opfern, der antikommunistischen Tradition der bundesdeutschen Asylrealität zu wahren.

KNUTH DOHS

kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(7/1) **Hafenarbeit in Bremen** – eine wissenschaftliche Untersuchung zur Situation im Hafen und den Problemen der Hafenarbeit. Bezug: Redaktion Kooperation, Uni Bremen, Achterstr., 28 Bremen 33

(7/2) **Amos-Kritische Blätter aus Westfalen** Nr. 1/77 enthält: Interview zur Sturkturkrise im Ruhrgebiet, AKW-Probleme der Entsorgung und andere Berichte; 30 S/DM 2,--. Gegen Voreinsendung in Briefmarken zu beziehen über Amos-Redaktion, Querenburger Höhe 287, 463 Bochum

(7/3) **Fluchblatt** Nr. 27 enthält u. a. Frau und Kirche, Großunternehmen Kirche, Kirche und Arbeiter; 37 S. Gegen eine Spende zu beziehen bei Fluchblatt-Redaktion, Madergasse 1-3, 74 Tübingen

(7/4) **Neue Stadtzeitungen**: a) **Kreuznacher Stadtblatt,** Bezug über Friedrich Druckemüller, Im Weyroth 25, 655 Bad Kreuznach; b) **Spökenkieker** – Kieler Stadtzeitung. Bezug: J. Myrau, Walkerdamm 14-16, 23 Kiel

(7/5) **KKW-Materialien: Schulungsmaterial** für das Sommerlager mit Adressen, Literaturhinweisen, Medien und Referenten. Bezug: BDP/BDJ, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt 90; b) Bielefelder **Postkarten gegen Atomenergieanlagen** (6 Motive) Mindestabnahme 10 Stück, Preis DM -.40/ pro Stück, Bezug: H. Ciesla, Postfach 3310, 48 Bielefeld 1; c) **Katalyse Nr. 5** "Kernenergie und ihre Alternativen", 66 Seiten, Bezug: Katalyse, Karl Barth Haus, Wittenberg Str. 14-16, 43 Essen 1

(7/6) **Materialien zur und gegen Repression:**

- **Bürgerliche Theorie und politische Repression – zur Theorie und Praxis des Faschismusexperten E. Nolte. Mit Beiträgen von Agnoli, Haug u. a., 70 S./DM 1,50 gegen Voreinsendung zu beziehen über: Arbeitskreis Geschichtswissenschaften und Politik, Droysenstr. 15, 1 Berlin 12**
- **Verhaftete Drucksachen – Zensur in deutschen Haftanstalten,** gegen Voreinsendung von DM 3.-- bei der Initiativgruppe P. P. Zahl, Mylliusstr. 58, 6 Frankfurt zu beziehen;
- **Ministerpräsident Albrecht und die Folter** – eine Dokumentation und Einschätzung der Arbeitsgruppe Folter an der FHS Ostfriesland, Steinweg, 297 Emden, Fachbereich Sozialwesen;
- **Demokratische Initiative Aachen** – Lageeinschätzung, Selbstverständnis und Aufgabenbereiche, Kontakt: A. Evers, Elsaßstr. 55a, 51 Aachen;
- **Zwielicht** – Hintergründe und Dokumente zum dreijährigen Berufsverbot gegen Lehramtsanwärter Josef Maria Metzke (siehe Juni-"links"), Bezug: GEW, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 1 Berlin 30;
- **Dokumentation Jugend und Polizei** (Artikelsammlung). Gegen Vorauszahlung von DM 2.-- K.H. Hufnagel. Spreuerstr. 27, 7251 Mönsheim

(7/7) **Rundbrief der Mediencooperation Dritte Welt** – dient dem Erfahrungsaustausch der Aktionsgruppen im Umgang mit professionellen Medien und Eigenproduktionen. Der Rundbrief kostet DM 2,--, 6 Nummern erscheinen im Jahr. Vorauszahlung Kto.-Nr. 901-161729 Stadtsparkasse München – Stichwort: Medien-Coop, Kontakt: Elisabeth Dopheide, Clemensstr. 120, 8 München 40

(7/8) **Kirche in Lateinamerika** – Sondernummer der Chile Nachrichten, 152 S./Solidaritätspreis DM 5.--. Gegen Vorauszahlung auf Postscheckkonto Elfriede Kohut, Nr. 380087-108, Berlin-West, Kontakt: Chile Nachrichten c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12

(7/9) **IRAN Report** April 77 berichtet ausführlich über die Zusammenarbeit von SAVAK und Verfassungsschutz, 78 S./DM 3.--. Gegen Voreinsendung zu beziehen bei CISNU, Postfach 16247, 6 Frankfurt 16

(7/10) **Brasilien Materialien** Nr. 12/13 – aktuelle Analysen und Informationen aus Brasilien. Bezug: KSG Bochum c/o Klaus Michaelis, Querenburger Höhe 286, 463 Bochum

(7/11) **Verkaufe folgende Zeitschriften**: a) Blätter f. dt. und intern. Politik Jg. 64-76 (DM 200.--); b) Marxismus-Digest Nr. 1-28 (DM 80.--); c) Gesellschaft – Staat – und Erziehung Jg. 64-72 (DM 60.--). Telefon 0611/444 973

FILM/THEATER/KULTUR

(7/12) Neue Filme im Verlagsprogramm des **Zentral-Film-Verleih** z. B. "Wachsam Tag und Nacht" – Ein Film der IGM-Vertrauensleute der VFW-Fokker, Speyer, Dokumentarfilm, 16 mm/ 45 min. sw/Lichtton. Programm anfordern: ZFV, Karl Muck Platz 9, 2 Hamburg 36

(7/13) **Die politische Lithographie im Kampf um die Pariser Kommune.** Eine Ausstellung im Foyer des Schauspiel Frankfurt bis zum 10.7. von 17.30-22.00 Uhr. Eintritt frei, Führung für Schulklassen und Gruppen nach Vereinbarung. Tel. 0611/2562537

(7/14) **Rockgruppe Checkpoint Charlie** mit ihrer neuen Rockrevue "Blutsturz", wer Informationen haben will, wende sich an: Joachim Krebs, Liegnitzerstr. 4a, 75 Karlsruhe/Waldstadt, Tel. 0721/ 684514

(7/14a) Wir brauchen **Anschriften** von Künstlern aller Art, Songgruppen, Bands, Kabarettisten, Polit-Clowns, Liedermachern, Chören, Interpreten, Theaterspielern und -gruppen, also alles, was der (politischen) Kommunikation dienstbar gemacht werden kann, ob Laien oder Profis. Dieses Verzeichnis wird vervielfältigt und allen, die uns dabei geholfen haben, zur Verfügung gestellt. Also schreibt Adresse, Telefonnummer, Was machen sie? Was kosten sie? Zuschriften an: Gruppe "Gegenkultur im SZ", Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(7/14b) Die erste Schallplatte von Schwulen "Mannstoll". Gegen Voreinsendung von DM 18.-- über Brühwarm, Hoepen 10, 2 Hamburg 62 zu beziehen

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(7/15) Wohnkollektiv für heim- und strafentlassene weibliche und männliche Jugendliche in München sucht ab 1.10.77 **1 Erzieher oder Sozialarbeiter.** Voraussetzung: Erfahrung in der Jugendarbeit und evtl. therapeutische Erfahrungen. Wohnkollektiv Ottlmairstr. 1, 8 München 82, Tel. 089/49 59 43

(7/16) Für eine fachübergreifende Praxisgemeinschaft in einer Großstadt am Rande des Ruhrgebiets suchen wir noch **1 Kinderarzt(in), 1 Allgemein-Mediziner(in), 1 Zahnmediziner(in).** Anfragen unter Chiffre 7/16 an Sozialistisches Büro

(7/17) Dringend gesucht: **Übersetzer (englisch/ deutsch)** einer 120 seitigen Broschüre über die iranische Arbeiterbewegung, Evtl. arbeitsloser Genosse könnte eine kleine Vergütung aus dem Rotarbeitsfonds des SB erhalten. Anfragen: Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(7/18) Suche **Buchhändler(in)** für den Aufbau eines linken Buchladens in einer Provinz-Unistadt. Anfragen unter Chiffre 7/18 an Sozialistisches Büro

(7/19) **Erzieherin** (24) sucht Stelle im Raum Rhein-Main, 5 Jahre Berufserfahrung mit Kinder-, Hort- und Schülergruppen, sowie Eltern- und Teamarbeit. Anfragen unter Chiffre 7/19 an Sozialistisches Büro

(7/20) **Berufsschullehrer** (Pädagogik, Politik, Wirtschaft, Englisch und lange Zeit in Juso-Schülerarbeit und Schülerselbstverwaltung) hat genug vom Erziehungskrieg, der Verrechtlichung, der Krankheit Schule. Was ich gerne machen würde: Jugend- u, Erwachsenenbildung, alternative Projekte, Sozialpädagogenausbildung, sozialistische Bildungsarbeit. NRW und Norddeutschland bevorzugt. Wer weiß was – Hinweise unter Chiffre 7/20 an Sozialistisches Büro

(7/21) **Sozialpädagoge** sucht im Raum Köln-Bonn-Aachen Stelle im Berufsanerkennungsjahr sofort oder Sept./Okt. Bevorzugt freie Initiative in der Kinder-, Jugend- oder Gemeinwesenarbeit. Joachim Herder, Christian-Gau-Str. 17, 5 Köln 41

(7/22) Suche im August/September eine Arbeitsmöglichkeit in einem (alternativen) **Projekt im Ausland** u. U. auch in der BRD. Wer weiß was? Hinweise unter Chiffre 7/22 an Sozialistisches Büro

ARBEITS-/WOHN- UND FREIZEITKONTAKTE

(7/23) Wir haben auch am längerfristigen Zusammenleben Interesse. Wir sind bisher 4-5 Leute, die nach Abschluß des Studiums vorhaben, außerinstitutionelle Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit mit Landwirtschaft in Verbindung zu bringen. In unserer Altbauwohnung sind noch **zwei Zimmer frei.** Kontakt Christoph nach 19.00 Uhr unter Tel.-Nr. 05309/5500

(7/24) Holländer sucht für das Studienjahr 1977/ 78 ein Zimmer in Düsseldorf, vorzugsweise in einer **Wohngemeinschaft**. Harrie Mazeland, St. Annastr. 79, Nijmegen/Holland, Tel. 080/220483

(7/25) Student, 23 J. sucht zum Spätsommer Platz in einer **Wohngemeinschaft** in Westberlin. G. Stanitzek, Herthastr. 17, 5 Köln 51

(7/26) In einer **Wohngemeinschaft** (4 Erw./2 Ki.) werden zum 1.8./1.9. zweieinhalb Zimmer frei, Haus in Schwalbach bei Frankfurt, Nähe S-Bahn, Tel. 06196/3840

(7/27) Wer kann **Strafgefangenen** bei der Finanzierung einer Ausbildung über Fernkurse behilflich sein? H. Adolf Hammer, Limburger Str. 122, 6252 Diez

(7/28) "Sozialpädagoge sucht Kontakt zu Adresse von kleinen **selbstverwalteten Heim Familien- oder Wohngruppen** mit Kindern, gendlichen oder Behinderten (Raum Schlesw Holstein/Niedersachsen/Großraum Hambu zwecks Informationsaustausch bzw. Mitarb Yves Rathenau-Kuntze, 2000 Hamburg 76, Langenzug 8."

(7/29) Arbeitsgruppe möchte **alternative Proje der Jugendarbeit** (Jugendarbeitslosigkeit, Su kranke) kennenlernen. Wir sind an Informatio und Einblick in die Praxis interessiert. Kont Gerlinde Jonas, Jahnstr. 54, 61 Darmstadt

MATERIALIEN GESUCHT

- Repression an Schwulen in der BRD Materialien über die ehem. Rotzschwul, F Schwule Fraktion, Postfach 100543, 42 Oberh sen 1
- Kursbuch Nr. 22 und 25 Wolfgang Radtke, Schefflerstr. 23, 33 Bra schweig, Tel. 0531/692526
- Thema: Frauenwohngemeinschaften
- Thema: Einführung in die Arbeitsweise Schülerreferats in einer 10. Klasse des Gym siums im Fach Englisch. Rolf Lappenbusch, L goerstr. 77, 4737 Lage-Lippe, Tel. 05232/61
- Berichte, Dokumente, Flugblätter etc. zu Sc lerstreiks, Sigrid Meurer, Braker Str. 55, 48 Bi feld 16

TERMINE

- 4.7. Osnabrück
6.7. Hannover
7.8. Bremen **Brühwarm bringt Männerchan** mit Musik von Ton-Steine-Scherben. Informatio Brühwarm, Hoepen 10, 2 Hamburg 62
- 14.-21.7. **2. Intern. Gewaltloser Marsch Entmilitarisierung** (Frankreich, BRD), Deuts Koordinationsstelle: Roland Diers, Schönbe Weg 14, 7032 Sindelfingen, Tel. 07031/86
- 16.7.-13.8. **Internationales Sommercamp** geplanten Bauplatz der WAA in Gartow-G ben. Nähere Informationen: BDP/BDJ, H burger Allee 49, 6 Frankfurt 90
- **Bremen:** Treffen der **Lehrerinitiative** am 1 1977, 20 Uhr im Naturfreundehaus Buchst

Ein Sprachrohr Chiles

Junta-Presse zu Hermann Josef Abs

Wenn in einem Land wie Chile die Kaufkraft der Löhne so stark sinkt nd die Arbeitslosigkeit so ansteigt, aß große Teile der Bevölkerung vor Hunger nicht mehr aus noch ein issen, und wenn die Wirtschafts-olitik, die das bewirkt, schließlich och darauf hinausläuft, daß die Zah-ungsbilanz des Landes ausgeglichen ird, dann schlagen die Herzen der Techniker" vom Internationalen Wäh-ungsfonds und der Theoretiker von er Chicago School of Economics öher. Der Begeisterung über die Gesundung der Wirtschaft", die "Ver-esserung" der finanziellen Situation, en "wirtschaftlichen Aufschwung" ind keine Grenzen gesetzt, auch enn dieser Prozeß der angeblichen Gesundung zu schweren Verlusten in der Produktion und Investition führt.

Begeistert sind auch die großen internationalen Privatbanken. Und mit der Begeisterung wächst ihr Appetit. Denn wo die Zahlungsbilanz ausgeglichen ist, da ist auch was zu holen, da geht man kein Risiko ein. Mag die Direktinvestition von produktivem Kapital weiterhin gefährlich sein in einem Land, in dem mit einer Politik weitgestreuten Hungers und selektiven Terrors regiert wird, Kredite sind ungefährlich, weil auch nachfolgende Regierungen sich nicht weigern werden, sie zurückzuzahlen.

Wo die nordamerikanischen Privatbanken ihr Geschäft machen, wollen auch die deutschen nicht fehlen. Schon Anfang Dezember 1976 hatte die Deutsch-Südamerikanische Bank, eine Tochter der Dresdner Bank, der Militärdiktatur einen Kredit über 50 Millionen DM für den Kauf von Kapitalgütern eingeräumt. Mitte April 1977 konnte nun Zentralbankpräsident Alvaro Bardón von einer Reise, die ihn in 18 Tagen durch Spanien, Belgien, die Bundesrepublik, die Schweiz und Frankreich geführt hatte, berichten, das Chile-Bild der europäischen Finanzkreise sei "viel besser als früher". Sichtbares Zeichen des verbesserten Image war ein weiterer Kredit über 50 Millionen DM für den Kauf von Kapitalgütern, den Bardón am 6. April bei der Deutschen Bank in Frankfurt einheimsen konnte. Der Vertreter der Deutschen Bank in Chile durfte gleichzeitig erklären, daß es damit nicht genug sei, sondern daß man im Mai über weitere Kredite verhandeln werde.

Daß diese Politik der Deutschen Bank schon nicht mehr nur das Ergebnis eines nüchternen Kalküls, sondern Ausdruck innigster Übereinstimmung und Freundschaft zwischen den Direktoren der Deutschen Bank, den in Chile regierenden Militärs und ihren wirtschaftspolitischen Beratern ist, dürfte spätestens aus der Art und Weise hervorgehen, wie Hermann Joseph Abs, Ehrenpräsident der Deutschen Bank, bei einem Kurzbesuch in Chile empfangen wurde und

Lateinamerika-Konto des Sozialistischen Büros

Seit dem Militärputsch in Chile sind nzwischen fast 4 Jahre vergan-en. In dieser Zeit konnte – ent-egen allen Erwartungen – nicht ur das Terrorregime des General inochet sich stabilisieren, son-ern es haben sich in Lateiname-ika weitere Entwicklungen hin zu iner kontinentalen Verallgemeine-ung terroristischer Herrschafts-ormen vollzogen. Nach dem Putsch n Argentinien und der rapiden echtsentwicklung in Peru ist heu-e nahezu der gesamte Kontinent eaktionären Militärdiktaturen un-erworfen. Lateinamerika droht zu-ückzufallen in eine politische Stein-eit.

Die allgemeine Entwicklung die-es Kontinents während der letz-en Jahre geht in eine eindeutige ichtung. Fast überall setzt sich in Modell der Kapitalakkumula-on durch, dessen wesentliche ennzeichen der systematische usschluß der Massen von gesell-chaftlichem Reichtum und poli-scher Entscheidung, sowie die onzentration der wirtschaftlichen nd politischen Macht sind. Gemäß iesem Modell ist wirtschaftliches achstum langfristig nur als Er-ebnis von Investitionen des in-nd ausländischen Großkapitals öglich. Um diese Investitionen zu rreichen, ist es notwendig, Be-ingungen zu schaffen, die hohe rofite erlauben. Dazu gehören or allem die bewußte Wiederein-liederung der nationalen Ökono-ie in die internationale Arbeits-eilung, die Beschränkung des taatlichen Wirtschaftssektors auf ine Dienstleistungsfunktion ge-enüber dem Privatkapital und ei-e drastische Senkung der Real-öhne.

Diese Bedingungen lassen sich ber nur auf der Grundlage einer ombination von wirtschaftspoli-schem "Liberalismus" und poli-tischer Repression herstellen. Die Militärdiktaturen haben keine andere Aufgabe, als dies beides durchzusetzen. Die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie, die Abschaffung von demokratischen Rechten und Freiheiten, die Unterdrückung von unabhängigen Gewerkschaften und politischen Parteien, die Errichtung von Konzentrationslagern und Folterzentren, die systematische Mißachtung von Menschenrechten und die Internationalisierung des Terrors und der Repressionsapparate – alle diese Erscheinungen sind kein Zufall, sondern notwendiger Bestandteil eines wirtschaftspolitischen Projekts, innerhalb dessen der Massenkonsum nicht als Bedingung, sondern nur als kostspieliges Hindernis des wirtschaftlichen Wachstums verstanden wird. Der regelrechte Klassenkrieg, den die Bourgeoisien Lateinamerikas – gestützt auf die Bajonette des Militärs – zur Durchsetzung der Interessen des in- und ausländischen Großkapitals gegen die Völker des Kontinents führen, nimmt immer mehr die Dimensionen eines Genozids an. Denn Opfer dieses Krieges sind nicht allein die Zehntausende, die im Widerstand gegen die Diktatur gefallen sind oder in den Gefängnissen und KZ's gefoltert und ermordet wurden und werden, sondern auch die Hunderttausende, Erwachsene wie Kinder, deren materielle Existenz, deren Gesundheit und deren individuelle wie kollektive Würde und Identität durch Überausbeutung, Hunger und permanente Unterdrükkung und Erniedrigung zerstört werden.

Angesichts dieser Situation einer Chilenisierung Lateinamerikas muß unsere politische wie materielle Solidarität, die in der Vergangenheit vor allem auf Chile konzentriert war, heute und für die Zukunft zunehmend eine kontinentale Perspektive gewinnen. Die Erkenntnis, daß der Widerstandskampf des chilenischen Volkes von den objektiven Bedingungen her mehr denn je in einem engen Zusammenhang mit dem Kampf der anderen Völker Lateinamerikas zu sehen ist, hat in letzter Zeit in verschiedenen Bereichen der Solidaritätsarbeit in der BRD und Westberlin konkreten Ausdruck gefunden: So haben einige der noch bestehenden Chile-Komitees ihre Aktivitäten auch auf andere Länder Lateinamerikas ausgedehnt; so ist eine verstärkte Tendenz zur Kooperation und Koordinierung von (zumeist länderspezifischen) Lateinamerika-Gruppen festzustellen; und so orientieren auch die "Chile-Nachrichten" ihre publizistische Konzeption und Berichterstattung zunehmend hin auf einen Lateinamerika-Informationsdienst.

Im Zuge dieser inhaltlich bestimmten Neuorientierung der Chile- bzw. Lateinamerika-Solidaritätsarbeit haben wir uns entschlossen, unser bisheriges Chile-Konto in ein Lateinamerika-Konto umzuwandeln. Neben dem Widerstand in Chile, dessen materielle Unterstützung für uns weiterhin die Priorität haben wird (allein in den letzten Monaten wurden wieder DM 13.500 an Gruppen der chilenischen Linken direkt nach Chile geleitet), sollen über dieses Lateinamerika-Konto – je nach vorliegenden Anforderungen – auch Organisationen und Projekte in anderen Ländern Lateinamerikas finanzielle Hilfe erhalten. In letzter Zeit haben wir bereits – als Direktspende des SB – jeweils DM 2000 an den Widerstand in Argentinien und an die Belegschaft einer Textilfabrik in Kolumbien, die seit über einem Jahr in einem Arbeitskampf steht, überwiesen. Solche Formen der materiellen Unterstützung sollen zukünftig über das Lateinamerika-Konto laufen. (Es wäre sicherlich weder politisch sinnvoll noch effektiv, für jedes Land oder gar für einzelne Projekte ein gesondertes Konto einzurichten – ganz abgesehen von dem organisatorisch-bürokratischen Aufwand, der damit verbunden wäre.) Wir werden in "links" in regelmäßigen Abständen darüber berichten, in welche Länder bzw. an welche Organisationen und Projekte die eingegangenen Spenden weitergeleitet wurden. Wie bisher, werden wir bei der Verteilung und Überweisung der Spendengelder eng mit dem Chile-Komitee Westberlin zusammenarbeiten.

Angesichts der Tatsache, daß die im Kampf bzw. im Widerstand stehenden Genossen in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas nach wie vor und verstärkt unsere materielle Solidarität brauchen, möchten wir dringlich auffordern, auf unser Lateinamerika-Konto zu spenden. Unsere Spenden können in vielen Fällen helfen, zunächst einmal das materielle Überleben der Genossinnen und Genossen zu sichern, als primäre Voraussetzung für die Aufrechterhaltung, Verbreiterung und Organisierung des Kampfes um Befreiung und soziale Emanzipation.

Spenden können eingezahlt werden unter Kennwort "Lateinamerika-Solidarität" an Postscheckkonto Dr. Andreas Buro – Sonderkonto –, 33 Braunschweig, PSA Hannover, Konto Nr. 239848-309 oder an Bankkonto Hannelore Vack, 605 Offenbach, bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Konto-Nr. 17439961.

SOZIALISTISCHES BÜRO

★

sich empfangen ließ.
Abs erhielt die Ehrenbezeugungen, die man sonst nur einem Staatsbesuch zuteil werden läßt. Als Dank für all diese Ehrungen bekundete Abs seine Bewunderung für die Errungenschaften der Militärdiktatur und versprach, sich zum "Sprachrohr" Chiles gegenüber den deutschen Banken zu machen.
Der Bericht über diesen Besuch von Herrn Abs in Chile ist so entlarvend, daß er hier in vollem Wortlaut wiedergegeben werden soll. Die Stimme von Herrn Abs reicht nicht mehr sehr weit. Aber sie reicht aus für die kleinen Säle und Salons, wo, wie er selbst am besten weiß, die eigentlichen Entscheidungen fallen. Und was noch schlimmer ist, sie hat Gewicht in diesen Kreisen. Hier will und kann er Sprachrohr sein. An einer größeren Öffentlichkeit ist ihm gar nicht gelegen. Wir dagegen meinen, daß es wichtig ist, daß möglichst viele wissen, wer in der Bundesrepublik das Sprachrohr Pinochets ist.

Vertreter des deutschen Bankwesens in Chile

"El Mercurio", Santiago, den 16. April 1977. – Mit dem Präsidenten der Republik, General Augusto Pinochet, unterhielt sich gestern nachmittag der Ehrenpräsident der Deutschen Bank Hermann Joseph Abs, der gegenwärtig unserem Land einen dreitägigen Besuch abstattet.
An dem Treffen nahmen außerdem der Außenminister Carvajal, der deutsche Botschafter Joseph Strätling, die chilenische Botschafterin in Bonn, Lucia Gevert, der Finanzminister Sergio de Castro und der chilenische Konsul in Frankfurt, Bruno Schubert, teil.
Herr Abs, einer der einflußreichsten europäischen Bankiers, erklärte, er sei auf Grund der Zuneigung nach Chile gekommen, die er für unser Land verspüre, wo er zum ersten Mal vor fünfzig Jahren als Student gewesen sei. Andererseits steht das Institut, dessen Ehrenpräsident er ist, an der Spitze eines Bankenkonsortiums, das sich anschickt, der Corporación del Cobre einen Kredit über hundert Millionen Dollar zu gewähren. Die Deutsche Bank hatte kürzlich der chilenischen Zentralbank einen Kredit über 50 Millionen Mark für den Kauf von Kapitalgütern eingeräumt.

Beim Außenminister

Tagsüber hatte Hermann J. Abs ein aufgabenreiches Programm, das um 9.30 Uhr mit einem Besuch beim Außenminister Vizeadmiral Patricio Carvajal begann. Das Gespräch, das zwanzig Minuten dauern sollte, erstreckte sich über eine Stunde und verlief in einer Atmosphäre großer Herzlichkeit. Bei dem Treffen waren die chilenische Botschafterin in Bonn, Lucia Gevert, der deutsche Botschafter in Santiago, Erich Strätling, und der Chef des Protokolls, Guillermo Osorio, zugegen.
Anschließend erklärte Abs, er habe mit dem Außenminister über die internationale Situation im allgemeinen und über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gesprochen, die die ganze Welt und auch Deutschland getroffen haben. Ebenso habe man, wie er sagte, über die wirtschaftliche, politische und finanzielle Situation in Chile und über die Fortschritte gesprochen, die man im Lande entdecke.
Wörtlich erklärte er, er und der Minister Carvajal stimmten "darin überein, daß wir in einer Welt leben, in der niemand unabhängig ist und wo eine gemeinsame und gegenseitige Abhängigkeit von der Unterstützung besteht, die einer vom anderen braucht."
Auf eine Frage hin sagte er, die wirtschaftlichen Perspektiven Lateinamerikas im nächsten Jahrzehnt "erscheinen allgemein von Europa aus und besonders von Deutschland aus gut."
Als Bankier, sagte er, vermute er "eine positive Perspektive in Südamerika", und auf die weitere Frage eines Journalisten hin gab er an, daß die deutschen Investitionen nicht das Ziel haben, Einfluß auszuüben, und daß er schätze, daß die Kredite von Staaten an andere auch nicht diese Motive haben dürften.
Er erinnerte sich, daß er 1926 nach Chile als Student gekommen und 1938 wiedergekehrt sei.
Vom Außenministerium aus begab sich Abs zum Kolonialmuseum der Kirche San Francisco. Nach einem Rundgang erklärte er, daß es außerordentlich interessant sei und daß er sich "fasziniert" gefühlt habe.

Bei chilenischen Bankiers

Um 11 Uhr nahm er an einer Versammlung teil, die zu seiner Ehrung von der Chilenischen Bankenvereinigung unter dem Vorsitz von Javier Vial Castillo einberufen worden war. Bei diesem Akt in der Banco de Chile waren Präsidenten und Generalgeschäftsführer von 16 Privatbanken zugegen.
Javier Vial bereitete ihm einen offiziellen Empfang und gab dann einen Bericht über die Rolle, die das nationale Bankwesen in den letzten beiden Jahren gespielt hat. Er bezog sich auch auf die Periode, in der die Banken vom Staat kontrolliert waren, und erklärte schließlich, daß alle chilenischen Bankiers großes Vertrauen in die Zukunft des Landes hätten.
Danach bemerkte der Präsident der Banco del Trabajo, José Said, daß er es als große Ehre für das chilenische Bankwesen betrachte, Abs als Gast zu begrüßen, wobei er hervorhob, daß Chile das einzige südamerikanische Land sei, das er bei dieser Gelegenheit besuche.
Anschließend fand ein Treffen hinter verschlossenen Türen statt, bei dem Ideen über die Entwicklung des Bankwesens ausgetauscht und zahlreiche Fragen formuliert wurden. Herr Abs wies zum Beispiel darauf hin, daß in seinem Land eine Bank Kredite bis zum Zwanzigfachen des Eigenkapitals gewähren dürfe. Dieses Verhältnis ist beträchtlich höher als das, das in Chile gilt.
Neben anderen Persönlichkeiten waren der Vertreter der Deutschen Bank in Chile, Wilfried Kriklaus, der Direktor von Mercedes Benz, Klaus Cartal, und der persönliche Berater von Abs, Hans Georg von Ressing, anwesend.
Danach begab sich Herr Abs zu einem Mittagessen in der Zentralbank, das von Finanzminister Sergio de Castro gegeben wurde.
Anwesend waren der Außenminister Vizeadmiral Patricio Carvajal, der Wirtschaftsminister Pablo Baraona, der Vizepräsident der Zentralbank Sergio de la Cuadra, der Staatssekretär des Außenministeriums Major Jaime Lavin, die Botschafterin Lucia Gevert, der Superintendent der Banken Miguel Ibánez, der Direktor der Zentralbank für internationale Angelegenheiten Julio Lagos, der Staatsanwalt Roberto Guerrero, der Präsident der Chilenischen Bankenvereinigung Javier Vial und der chilenische Generalkonsul in Frankfurt Bruno Schubert.
Am Nachmittag begab sich Abs zum Gebäude Diego Portales, um mit dem Präsidenten der Republik zu sprechen, und abends gab der Botschafter Deutschlands in seiner Residenz einen Empfang für ihn.
Heute wird er sich nach Valparaiso und Vina del Mar begeben. Morgen früh wird er nach Deutschland zurückkehren.
Herr Abs wird als einer der wichtigsten europäischen Bankiers betrachtet und macht als solcher ständig Reisen um die Welt. Neben anderen Persönlichkeiten der heutigen Welt hat er zum Beispiel freundschaftliche finanzielle Kontakte zum Schah von Iran entwickelt.
Geboren im Jahr 1901, begann er 1923, in europäischen Banken zu arbeiten. 1929 vertraute ihm das angesehene Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. einen Führungsposten an, sechs Jahre später war er Gesellschafter der Bank. Im Alter von 37 Jahren trat er als jüngstes Mitglied in das Direktorium der Deutschen Bank ein, wo er die Außenhandelsdirektion übernahm. (Siehe zu dieser Stelle die untenstehende Fußnote der "links"-Redaktion). Obwohl es sein Wunsch war, keine öffentlichen Posten zu übernehmen, akzeptierte er bei verschiedenen Gelegenheiten heikle Missionen, die ihm von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland aufgetragen wurden. 1948 organisierte er die Schaffung des Wiederaufbaukredits. Am Anfang der fünfziger Jahre leitete er mit viel Erfolg die deutsche Delegation bei den Londoner Verhandlungen über die Regelung der deutschen Auslandsschuld. Damit half er, die entscheidende Grundlage für die Wiederherstellung des ausländischen Vertrauens in die Bundesrepublik und der deutschen Kreditfähigkeit für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu schaffen. Ebenso war er ein sehr umworbener Ratgeber für Probleme der Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Deutscher Bankier

"El Mercurio" – Santiago, den 16. April 1977. – Der Ehrenpräsident der Deutschen Bank, Hermann Joseph Abs, reiste gestern nach einem dreitägigen Besuch Chiles nach Frankfurt zurück. Auf dem Flughafen wurde er vom Vizepräsidenten der Zentralbank, Sergio de la Cuadra, verabschiedet.
Doktor Abs, in Politik und Wirtschaft eine Persönlichkeit von europäischem Rang, verbrachte den Sonnabend in Vina del Mar.
Während seiner Unterhaltung mit Persönlichkeiten der chilenischen Handelsbanken versprach Doktor Abs gegenüber den deutschen Privatbanken als Sprachrohr zu dienen, um Kreditmöglichkeiten zu eröffnen.
Entnommen – leicht gekürzt – aus CHILE-NACHRICHTEN, Nr. 49 vom 28.4.1977; Adresse c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12.

Fußnote der "links"-Redaktion zur Biographie von Hermann Joseph Abs lt. vorstehendem Abschnitt "Bei chilenischen Bankiers": Die dezente Lücke in der geschäftlich-politischen Biographie Hermann Joseph Abs' ist u. E. seinen Verdiensten, die er sich im Faschismus erworben hat, durchaus unangemessen; findet diese "fruchtbare" Periode des Bankiers doch auch oben nur unter "Erinnerungen" verschämte Erwähnung. Wer dies bedauerliche Versäumnis nachholen will, erhält Auskunft bei Eberhard Czichon: Der Bankier und die Macht, Köln 1970, Pahl-Rugenstein-Verlag.

Freiheit für R. Campos

Raul Guillermo Cornejo Campos, 30 Jahre alt, ist einer von etwa 3000 von der chilenischen Junta verschleppten Chilenen. Er war Psychologiestudent an der Universidad de Chile. Wegen seiner politischen Haltung und seiner Mitgliedschaft im MIR wurde er nach dem Putsch erbittert verfolgt. Die Geheimpolizei DINA griff zu allen erdenklichen grausamen Mitteln, um ihn zu fassen. Seine Eltern, seine Schwiegermutter und mehrere Verwandte und Freunde wurden mehrere Monate gefangen gehalten und gefoltert, um seinen Aufenthaltsort zu erpressen, ebenso seine Frau und seine fünfjährige Tochter. Viviana, die Frau Rauls, ist als Folge der Folterungen halbseitig gelähmt. Am 15.6.1976 wurde Raul in der bulgarischen Botschaft, in die er sich geflüchtet hatte, von Mitgliedern der DINA verhaftet. Auf Intervention von Teilnehmern der OAS-Konferenz in Santiago freigelassen, wurde er kurze Zeit darauf wieder festgenommen. Seither ist er verschwunden.
Protestbriefe können adressiert werden an:
Chilenische Botschaft, Kronprinzenstraße 20, 5300 Bonn-Bad Godesberg
Sr. J. M. Eyzaguirre, Presidente de la Corte Suprema de Chile. Corte Suprema de Justicia, Santiago/Chile
Herrn Innenminister General C. R. Benavidez, Edificio Diego Protales, Santiago/Chile
Westdeutsche Kontaktadresse: Chile Arbeitsgruppe, Hügelstraße 2, 753 Pforzheim.

Zur gegenwärtigen Situation in der Türkei

Bericht eines Genossen aus der Türkei

Der folgende Beitrag, eingesandt von einem Genossen aus der Türkei, schildert die dortige politische Situation, die gekennzeichnet ist durch zunehmenden faschistischen Terror und – Hand in Hand damit – durch zunehmende staatliche Repression. Der Beitrag wurde uns bereits im April zugeschickt, ist also vor dem Blutbad während der 1. Mai-Demonstration in Istanbul verfaßt.

Um die politische Entwicklung in diesem Land deutlich zu machen, vorweg einige Informationen aus jüngster Zeit: Von März 1971 bis Oktober 1973 regierte in der Türkei ein faschistisches Militärregime mit einer Zivilregierung als Fassade. Nachdem sich die Militärs zurückgezogen hatten, schien zunächst eine Phase der Demokratisierung anzulaufen: Bei den Parlamentswahlen 1973 war die sozialdemokratische "Republikanische Volkspartei" relativ erfolgreich; zusammen mit einer rechten Partei bildete sie eine Regierungskoalition. Nach dem Zypern-Krieg 1974, der schon die Grenzen des Regierungsbündnisses gegenüber der Macht der Militärs gezeigt hatte, wurde die Volkspartei im April 1975 ausgeschaltet; an die Stelle der bisherigen Koalition trat ein Regierungsbündnis reaktionärer bis faschistischer Parteien, das bis zu den Wahlen vom 6. Juni alle Ansätze staatlicher "Demokratisierung" der Türkei zurückschraubte. Faschistische Kommandos terrorisierten seit April '75, mit Unterstützung der Polizei, fortschrittliche Gruppierungen. Betroffen davon waren Bauern, Arbeiter, aber auch Studenten und Lehrer. Dies alles vor dem Hintergrund, daß der Widerstand gegen das Elend auf dem Lande, aber auch gegen die Auswirkungen einer ökonomischen Krise in den Fabriken zugenommen hat. Dagegen setzten die Herrschenden ihre terroristischen Mittel ein. Eine vorläufige Einschätzung der Entwicklungstendenzen in der Türkei nach den Wahlen vom 6. Juni versucht der aktuelle Türkei-Kommentar auf der folgenden Seite.

Die "links"-Redaktion

BRD und Türkei

Selbst ein aufmerksamer Zeitungsleser wird in der westdeutschen Presse kaum Nachrichten über die heutigen Zustände in der Türkei finden. Dies ist vielleicht der Grund, weshalb auch die westdeutsche Linke kaum etwas über die heutige Türkei weiß, ganz im Gegensatz zum westdeutschen Kapital, welches die Türkei schon seit langem entdeckt hat: Es hat im Laufe des letzten Jahrzehnts nicht nur Millionen von türkischen Arbeitskräften importiert, sondern es nimmt auch in steigendem Maße anderweitig politischen und ökonomischen Einfluß auf dieses Land. So ist die Türkei bei einer westdeutschen Beteiligung von jeweils über 18% am türkischen Export und Import und bei einem westdeutschen Anteil von 15% an den ausländischen Investitionen im Jahre 1976 nicht nur ökonomisch von der BRD abhängig.

Die BRD nimmt auch erfolgreich politischen Einfluß. Sie 'vermittelt' im Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland; sie beliefert die türkische Armee mit Waffen (ein Vertrag über die Lieferung von 193 Leopard-Panzern und 6520 Milan-Raketen wurde im Januar geschlossen; weitere Waffengeschäfte in Höhe von 1,2 Milliarden Mark sind geplant). Sie nimmt aber auch auf anderen Wegen Einfluß: Anfang Januar weilte CDU-Innenminister Schwarz von Rheinland-Pfalz in Ankara. Er führte Gespräche mit dem Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden der reaktionären AP ('Gerechtigkeitspartei'), Herrn Demirel, stellte eine politische Gemeinsamkeit zwischen CDU und AP fest und vereinbarte eine weitere 'vertrauensvolle' Zusammenarbeit. Anfang Februar folgte ihm Werner Smoydzin, seines Zeichens ehemaliger Vizepräsident des Verfassungsschutzes und jetzt Leiter der Abteilung 'öffentliche Sicherheit' im Bundesinnenministerium. Er führte Geheimgespräche im türkischen Innenministerium und übergab dort verschiedene Berichte des Verfassungsschutzes über linke Türken in der BRD.

Reaktionäres Regierungsbündnis und faschistischer Terror

Um diese Vorgänge richtig bewerten zu können, muß man wissen, daß seit 1975 in der Türkei eine Koalitionsregierung von vier reaktionären bis eindeutig faschistischen Parteien existiert. Die AP, mit 30% der Stimmen bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 1973, ist die stärkste dieser Parteien. Sie wird von einem Teil des Industriekapitals, vor allem aber von jener Kompradorenbourgeoisie aus Kaufleuten und Spekulanten unterstützt, die den aufgeblähten Dienstleistungsbereich beherrscht. Die wichtigste Basis der AP sind aber die Großgrundbesitzer und reichen Bauern in den Dörfern, wo noch immer 57% der türkischen Bevölkerung leben. Über das Netz der traditionellen Abhängigkeiten kann die AP dort noch ein erhebliches Wählerpotential mobilisieren.

Der zweite Koalitionspartner, die MSP ('Islamische Heilspartei') mit 12% der Stimmen, propagiert ein "Zurück zum Islam" und fordert die Begrenzung ausländischer Investitionen, sowie die Förderung des lokalen Unternehmertums. Sie wird sowohl von strenggläubigen Bauern, Provinznotablen und Geschäftsleuten als auch von einigen proislamischen Technokraten unterstützt. Sie profitiert davon, daß seit Gründung der Republik durch Atatürk kaum etwas für eine wirkliche Verbesserung der Bildungschancen der sich noch am Islam orientierenden bäuerlichen Massen getan wurde.

Ankara im Februar 1977

Der dritte Koalitionspartner ist die MGP ('Nationale Vertrauenspartei'), eine Partei, die sich von der jetzigen großen Oppositionspartei CHP ('Republikanische Volkspartei') abspaltete, als diese vor einigen Jahren begann, einen sozialdemokratischen Kurs einzuschlagen. Die vierte Partei im Bunde, die faschistische MHP ('Partei der nationalistischen Bewegung') mit 3,4% der Wählerstimmen, propagiert und praktiziert unter ihrem 'Führer' Türkesch einen militanten Antikommunismus. Sie will die Vereinigung aller Türken vom Bosporus bis nach China. Wie alle faschistischen Parteien findet sie ihre Anhänger unter dem verarmenden Kleinhändler- und Handwerkertum in Kleinstädten. Zunehmend rekrutiert sie ihre militanten Anhänger aber auch aus jenem Teil der türkischen Jugend, der im Laufe der letzten Jahre aufgrund ökonomischer und sozialer Veränderungen aus traditionellen Bindungen herausgerissen wurde und nun arbeits-, identitäts- und perspektivlos in den türkischen Städten herumhängt.

Die Kommandos der MHP haben in den letzten zwei Jahren eine Terrorwelle entfesselt, der allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres zirca vierzig Menschen zum Opfer gefallen sind.

Den Faschisten geht es momentan darum, das traditionell links orientierte Erziehungswesen in den großen Städten des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen. Regierung und Kommandos praktizieren dabei eine perfekte Arbeitsteilung: die Regierung ersetzt liberale Schul- und Hochschulrektoren durch Reaktionäre oder Faschisten. Diese ermöglichen es den Kommandoangehörigen, sich als Studenten einzuschreiben und in die meist angeschlossenen Studentenwohnheime einzuziehen. Alle Schüler und Studenten, die sich dann nicht ausdrücklich für die Faschisten erklären, werden am Zugang zur Lehranstalt oder zu den Heimen gehindert. Schließen sich die antifaschistischen Studenten zusammen, um sich den Zugang zu erzwingen, so beginnen die Faschisten zu schießen. Meist greift in diesem Moment die Polizei ein, prügelt ihrerseits die antifaschistischen Studenten zusammen oder verhaftet sie. Auf dem Polizeirevier werden die Verhafteten im glimpflichsten Falle nur zusammengeschlagen, im schlimmsten Falle aber auch zu Tode gefoltert.

Solche Zustände haben dazu geführt, daß das türkische Erziehungswesen in weiten Bereichen zusammengebrochen ist. Die meisten Universitäten sind geschlossen. An den wenigen geöffneten Hochschulen wagen es viele Studenten aus Angst vor den Kommandos nicht, Lehrveranstaltungen und Prüfungen zu besuchen. Auch auf Lehrerbildungsanstalten, Mittelschulen und Berufsschulen hat die faschistische Terrorwelle übergegriffen, Mitte März wurde ein Berufsschüler in der westanatolischen Stadt Usak von Faschisten erschossen, mehrere Schüler verschwanden spurlos. Nachdem die Berufsschüler unter starker Anteilnahme der Bevölkerung eine Trauerfeier durchgeführt hatten, wurde in der darauffolgenden Nacht ihr Wohnheim von der Polizei be-

schossen. Ein junges Mädchen fand dabei den Tod, mehrere Berufsschüler wurden schwer verletzt.

Der faschistische Terror richtet sich nicht nur gegen Studenten und Schüler. Fast jeden Tag werden in der Türkei auch streikende Arbeiter und Mitglieder antifaschistischer Organisationen überfallen und ermordet.

Auch die liberale Presse bleibt nicht verschont: Am 19. März 1977 griffen in Istanbul Mitglieder der Jugendorganisation der AP das Redaktionsgebäude von 'Cumhuriyet', der angesehensten türkischen Tageszeitung, an und verprügelten deren Chefredakteur.

Die Regierungsparteien können und wollen offensichtlich nichts dagegen unternehmen. Denn, obwohl heillos untereinander zerstritten, sind sie sich doch einig im Antikommunismus und im Bestreben, ihre Pfründen zu erhalten. Man läßt den Kommandos des Koalitionspartners MHP freie Hand, hat man doch genug damit zu tun, so wie Ministerpräsident Demirel von der AP, der Bevölkerung vorzugaukeln, man baue die 'Große Türkei' auf. Er und sein Stellvertreter Erbakan von der islamischen MSP konkurrieren laufend um das Legen von Grundsteinen für Industrieprojekte, die dann allerdings meistens im Sande verlaufen, weil das Geld fehlt.

Ökonomische Krise und Widerstand

Inzwischen ist der Regierung offensichtlich auch auf ökonomischem Gebiet die Lage aus der Hand geglitten. Zur Zeit gibt es eine jährliche Inflation von 20%, bei einer Bruttolohnsteigerung von nur 18%. Das Jahr 1976 endete mit einem Zahlungsbilanzdefizit von 1800-2260 Millionen Dollar (je nach offizieller oder inoffizieller Schätzung). Das Zahlungsbilanzdefizit wäre noch weit größer gewesen, wenn die türkischen Arbeiter im Ausland nicht 983 Millionen Dollar in die Heimat transferiert hätten.

Auf die sich in Inflation, sinkenden Reallöhnen und katastrophalen Arbeitsbedingungen äußernde Wirtschaftsmisere reagieren die türkischen Arbeiter mit einer wachsenden Streikwelle. Ende März streikten fast 10.000 Arbeiter in 46 Betrieben. Darunter waren die 700 Arbeiter der Mannesmann-Röhrenwerke in Kocaeli (der größten westdeutschen Investition in der Türkei) und die 300 Arbeiter in Bursa. Die Mannesmann- und Siemensarbeiter waren Ende März schon drei Monate im Streik. Eine überaus lange Streikdauer ist das Kennzeichen fast aller türkischen Streiks. Die Unternehmen machen aufgrund der niedrigen Löhne offensichtlich so gute Profite, daß sie auch längere Streiks gelassen hinnehmen können.

Das sich in diesen langen Streiks zeigende Kampfbewußtsein ist umso höher zu bewerten, als die Arbeiter auf keine Unterstützung durch Streikkassen rechnen können. Ihre Streiks stützen sich demzufolge auf eine breite Solidarität von Verwandtschaft, von Nachbarschaften oder von ganzen Regionen. Die breite Solidarität verleiht jedem Streik über den Charakter eines ökonomischen Kampfes hinaus eine politische Dimension. Sichtbar wird dies auch daran, daß Streikparolen fast immer politische Forderungen ('Nein zur Regierung') enthalten.

Auch unter der kurdischen Bevölkerung des Ostens wächst der Widerstand gegen ökonomische und kulturelle Unterdrückung. Die Kurden fragen, weshalb ihre Gebiete die unterentwickeltsten sind, weshalb es dort keine Arbeit, keine Ärzte, keine Schulen, keine Straßen gibt. Sie fragen, weshalb die Kinder in den Schulen verprügelt werden, wenn sie ihre Muttersprache sprechen. Sie fragen auch, weshalb die ausländische Hilfe für die kurdischen Opfer des Erdbebens im letzten November nicht an die Betroffenen verteilt wurde.

Die rapide ökonomische Abwärtsentwicklung und die Unterdrückung der Kurden im Osten diskreditieren die Regierung im besonderen Maße. Kann der Bevölkerung der Terror an den Hochschulen noch als das Werk der Linken verkauft werden, so wird die Regierung von der Bevölkerung für die zunehmende Wirtschaftsmisere und von den Kurden für ihre Unterdrückung voll verantwortlich gemacht.

Hoffnungen auf die Sozialdemokratie

Die große linke Oppositionspartei, mit 33% der Stimmen bei den letzten Wahlen, ist die CHP ('Republikanische Volkspartei'), die unter ihrem Vorsitzenden Ecevit vor ein paar Jahren einen sozialdemokratischen Kurs eingeschlagen hat. Sie wird von einem Teil des Industriekapitals unterstützt, hat ihre Basis aber vor allem unter kleinen Beamten, Intellektuellen, Lehrern, wie auch überhaupt unter dem Kleinbürgertum der türkischen Großstädte. Allerdings wählen auch viele ärmere Dörfer traditionell republikanisch. In den letzten Jahren gelang es der CHP, das schnell wachsende städtische Proletariat an sich zu binden. "Ecevit, unsere Hoffnung" oder "Ecevit, Mann des Volkes", ist ein Parole, die von breiten Massen i den Großstädten mit fast schon mes sianischem Glauben angenomme wird.

In ihren wirtschaftspolitischen Vo stellungen sieht die CHP die Dö fer, wo noch immer 57% der Be völkerung leben, als Ausgangspun ihres Reformprogramms. Es wird ein umfassende Landreform propagier es sollen Kooperativen gegründ werden, es wird eine Sozialversiche rung für die Bauern versprochen. M Hilfe des sogenannten 'Volkssektor soll die industrielle Entwicklung de Landes gefördert werden: Kooperat ven, Gewerkschaften usw. solle überall im Lande kleinere Industrie betriebe gründen und dabei vom Sta unterstützt werden. Dieser 'Volkssek tor' soll neben dem privaten un staatlichen Sektor zur dritten Säu der türkischen Wirtschaftsentwick lung werden.

Eine Analyse dieses Konzepts würd sicherlich zeigen, daß es erheblich Schwachstellen hat, insbesonde

kommentar

Türkische Wahlen und ihre Folgen

Als diese 'links' in Druck ging, waren zwar schon die Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Türkei bekannt, unklar war jedoch noch immer, durch wen eine neue Regierung gebildetet werden wird. In den Wahlen hat die Republikanische Volkspartei (CHP) unter Ecevit die absolute Mehrheit um 14 Sitze verfehlt. Sie hat zwar beachtliche Stimmengewinne erzielt, aber dies gilt auch für die Gerechtigkeitspartei (AP) von Demirel, wie für die Faschisten der MHP. Verlierer waren die kleinen Parteien, einschließlich der türkischen Arbeiterpartei TIP, die nicht ein einziges Mandat erringen konnte. Unter den kleineren im Parlament vertretenen Parteien gibt es keine, die in ihren Zielsetzungen der CHP nahesteht. Schon Ecevits frühere Koalition mit der konservativen Heilspartei war politisch gesehen ein Unding. Doch welche Regierungsmehrheiten sich schließlich auch zusammenfinden werden, einige Punkte lassen sich jetzt schon mit ziemlicher Sicherheit angeben:

In der Türkei besteht ein beträchtliches faschistisches Potential, denn die AP kann sich nach wie vor auf eine breite Wählerschicht stützen. Diese ist gekennzeichnet durch die reaktionärsten Kräfte des Landes, die Großgrundbesitzer, und durch die rückständigsten Teile der Bevölkerung, die, meist auf dem Lande wohnend, in ihrer Abhängigkeit vom Großgrundbesitz den traditionalen Werten in völliger Unbildung und häufig noch Analphabeten, verhaftet geblieben sind. Diese Potentiale können mit konservativen und nationalistischen Parolen erreicht und mobilisiert werden. Welche große Rolle dabei gerade nationalistische Sentiments spielen, zeigt sich darin, daß auch die Ecevit-Partei solche chauvinistischen Gefühle unter dem Stichwort 'Ecevit, der Held von Zypern' für sich zu nutzen trachtete.

Wie immer auch die Regierung gebildet wird, sie wird keine starke Regierung sein, die die durch Ausbeutung, Armut und Terror geprägten Verhältnisse des Landes wesentlich verändern kann. Sie wird immer auf den Linien des faulen Kompromisses wandeln müssen. Auch von Seiten des Militärs sind keine eindeutigen Impulse zu erwarten, denn das Militär ist selbst gespalten in seinen Sympathien zu den beiden großen Parteiblöcken.

Aber auch wenn die CHP, durch welche Umstände auch immer – der Kauf von Abgeordneten soll auch in der Türkei üblich sein – regieren kann, sind nur bescheidene Reformen zu erwarten. Keineswegs werden von ihr die Startlöcher für die soziale Revolution oder auch nur für die Entwicklung des Landes nach den Bedürfnissen der türkischen Massen gelegt werden. Denn ihr wirtschaftliches Programm ist weitgehend unklar, und mehr auf Wählergunst als auf Machbarkeit zugeschnitten. Die Devisen- und Finanzlage des Landes ist katastrophal und die Verschuldung im Ausland hoch, Polizei und Administrationen sind zum erheblichen Teil von dem Personal der Gegenseite besetzt, und eine politisch bewußte, sozialistische Massenbasis besitzt die Partei nicht. Auch Ecevit zielt auf einen EG-Beitritt der Türkei und schlägt damit einen Weg der Entwicklung aus, der sich an den eigenen Bedürfnissen orientiert. Freilich könnte er ihn, auch wenn er das subjektiv wollte, nicht gehen, ohne eine revolutionäre Umgestaltung der bestehenden Herrschaftsstrukturen. Dafür fehlen aber seiner Partei alle Voraussetzungen. Eine CHP-Regierung hätte trotzdem einen für die Linke wichtigen Vorzug: sie würde schon aus Grün-

den der eigenen Sicherheit und e gener Entwicklungsmöglichkeite sich um die Sicherung eines Mi destmaßes an demokratische Grundrechten und Freiheiten i Lande bemühen. Daß sie dab aufgrund des großen faschist schen und reaktionären Potentia im Lande auf Schwierigkeite stoßen wird, ist schon erwäh worden. Trotzdem könnte mit pa tiellen Verbesserungen gerechn werden. Unter einer neuen Regi rung Demirel dagegen würde si der Terror voraussichtlich weit steigern, vor allem wenn dieser si aus Stimmenknappheit im Parl ment auf die faschistischen A geordneten der MHP stützen mü te. Die Großgrundbesitzer mit i rem reaktionären Anhang könn die Macht nur durch Terror siche – wenn auch nur auf Zeit, w das Beispiel Vietnam zeigt. Ei CHP-Regierung muß immer mit di sem Terror in der Form von Mi tärputschen oder Bürgerkrieg rechnen, auch wenn sie keine wegs die gesellschaftlichen Ve änderungen anstrebt, die etwa d Unidad Popular unter Allende Chile im Auge hatte.

Für die türkische Linke ist e Mindestmaß an demokratische Freiheiten zentrale Voraussetzu für ihre eigene Entfaltung. We sie auch in den meisten politische Perspektiven mit Ecevit nicht übe einstimmt, hat sie deshalb do alle Veranlassung, eine CHP-R gierung in dieser Hinsicht zu sti zen. Das kann aber nicht heiße auf eine Kritik der CHP-Politik verzichten. Denn nur durch ei systematische, öffentliche Kri kann die Linke Illusionen, die si seit Kemal Atatürk auf charism tische Persönlichkeiten in sein Nachfolge gerichtet haben, a fangen und kritisches Bewußtse fördern, das die Voraussetzung f die langfristige Verfolgung soz listischer Zielsetzungen auch der Türkei ist.

ANDREAS BU

was die Einflußmöglichkeiten privaten Kapitals im "Volkssektor" anbelangt. Wichtiger ist hingegen, daß dieses Konzept in den Augen weiter Bevölkerungskreise zumindest einen Weg anzugeben scheint, wie die großen ökonomischen Probleme des Landes bewältigt werden könnten.

Deshalb, und weil sie als einzige Partei dem Faschismus einen breiten Widerstand entgegensetzen kann, ist die CHP für viele, wenn nicht für die Masse der abhängigen Bevölkerung, die einzige Alternative zur jetzigen Regierung.

Linke Parteien und Basisorganisationen

Von den linken Parteien hat ansonsten nur noch die TIP ('Türkische Arbeiterpartei') einen gewissen Einfluß unter der Arbeiterschaft des Industriezentrums um Istanbul und in einigen kurdischen Gebieten. Die TIP war die erste sozialistische Partei, in deren

Parteiprogramm die Kurden als eigene Nation anerkannt wurden. Leider kümmern sich fast alle sozialistischen und kommunistischen Organisationen links von der CHP weitgehend nur um ihren eigenen Parteiaufbau und um die Abgrenzung von anderen Organisationen. Endlose Theoriediskussionen werden um die richtige Partei 'Leninschen Typus' geführt.

Natürlich gibt es auch in der Türkei die Spaltung in Moskau- und Peking-orientierte Gruppen. Erstere sind relativ stark in der Führung der linken Gewerkschaftsföderation DISK (etwa 600.000 Mitglieder) und in der Führung weiterer Berufsorganisationen vertreten, wo sie anscheinend recht rigoros mit den noch schwachen Maoisten um Einflußzonen kämpfen. So kam es beispielsweise bei einer großen antifaschistischen Demonstration der Lehrerorganisation TöB-DER Anfang Februar wegen Maoistenparolen gegen den 'Sozialfaschismus' zu einer Schießerei zwischen den Anhängern beider Richtungen, die vierzig Verletzte zur Folge hatte.

So beschränkt diese linken Parteien und Organisationen in ihrem gegenseitigen Hickhack und in ihren Chancen bei den Wahlen sind, so wenig scheinen sie auch auf die konkrete praktische Arbeit an der Basis der verschiedenen Massenorganisationen einwirken zu können.

Neben der DISK-Gewerkschaftsföderation ist die Lehrerorganisation TöB-DER die größte dieser Massenorganisationen. Sie hat überall im Lande ihre Zweigstellen, eine Mischung aus Gewerkschaftsbüro, Teehaus und Bibliothek. Ihre Büros sind oft der einzige Ort, wo nicht nur Lehrer, sondern auch Arbeiter, Bauern und vor allem Jugendliche zusammen diskutieren oder linke Bücher und Zeitschriften lesen können.

Dort wird auch konkrete Hilfe für die örtliche Bevölkerung organisiert. Nach dem Erdbeben vom November 1976 organisierte die TöB-DER Geld- und Kleidersammlungen und verteilte die Hilfsgüter über ihre Büros im Erdbebengebiet direkt an die betroffene Bevölkerung.

Ähnliche Funktionen wie die TöB-DER-Büros haben die langsam überall im Lande entstehenden 'Halkevleri' (Volkshäuser), eine Art von Nachbarschaftsvereinen. Hier sind es meist arbeitslose Jugendliche oder junge Arbeiter, denen es nicht genügt, kartenspielend in Teehäusern herumzuhängen, und die sich deshalb einen kleinen Raum mieten, um dort zu diskutieren und eine kleine Bibliothek einzurichten.

Inzwischen gibt es in der Türkei auch eine Frauenorganisation namens IKD ('Progressiver Frauenverband'). Die IKD-Frauen sind besonders stolz darauf, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder Arbeiterinnen sind. Der IKD hat vor einiger Zeit eine Kampagne zur Errichtung von Kinderkrippen an allen Arbeitsplätzen, wo Frauen arbeiten, begonnen, was in der patriarchalischen Türkei eine höchst revolutionäre Forderung darstellt.

Diese Organisationen sind der eigentliche Ort der Basisdiskussionen und Basisaktivitäten. Die meisten ihrer Mitglieder sind auch Sympathisanten oder Mitglieder der sozialdemokratischen CHP. Sie sind aber auch das "Feuer unter dem Arsch" dieser Partei, sie sind das eigentlich revolutionäre Potential in der Türkei. Vielleicht werden sie die CHP zu ihrer Partei machen können, vielleicht werden sie diese Partei auch hinter sich lassen müssen.

Mitglieder dieser Organisationen sind fast täglich das Angriffsziel von Faschisten. Sie werden beschossen und umgebracht, sie werden verprügelt, sie werden von der Polizei festgenommen und gefoltert. Um diese Genossen zu unterstützen, ist es notwendig, auch in der BRD eine breite Öffentlichkeit über die Zustände in der Türkei herzustellen.

Am Beispiel der documenta 6 zur Problematik bürgerlicher und "alternativer" Öffentlichkeit.

Medien und Kunst

Skulptur von Richard Serra

Beiträge und Gespräche von und mit: Frank Barth, H.-D. Baumann, Joseph Beuys, Volker Bley, P.O. Chotjewitz, Kevin Clarke, L. Colani, Rainer Diehl, Eberhard Fiebig, Michael Goos, Mascha Gruene, Jankowski, Hans Haacke, Felix Hofmann, Harry Kramer, Thomas Urban Müller, Oskar Negt, Lothar Romain, Manfred Schneckenburger, Rolf Schwendter, Harald Szeemann, Klaus Staeck, Charly Wimmel, Horst Wackerbarth.

Teil 1: Ausstellungskritik
Rundgang, Seh- und Vermittlungshilfe. 100 Künstler äußern sich zu ihren Arbeiten und deren Wirkung. Gespräche mit den verantwortlichen Organisatoren, kritische Rezensionen, Video, Fotografie, Skulptur, Malerei, Performance, Film.

Teil 2: Hintergründe
Kunst und Kapital, amer. Kunstmarkt und Einflüße auf die deutsche Szene. Verhältnis der BRD-Linken zu Kunst, Kultur und Medien. Kann die Linke etwas von einer internationalen, bürgerlichen Kunstaustellung lernen?
Emanzipatorische, künstlerische Medienarbeit in Betonwüsten. Kunst und § 88a. Emanzipatorischer Medieneinsatz in Institutionen? Das Bohrloch von Maria, ein Beispiel für einen Konflikt zwischen einer prestigesüchtigen Stadtverwaltung, einer intern. Kunstausstellung, einer Regionalmonopolpresse und Bevölkerungsinteressen. Künstler und Gesellschaft, die akzeptierte Spielwiese.
Frauen in der documenta. Hochschule für Creativität. Politische Künstler innerhalb der Documentaausstellung.

Teil 3: "Alternativen"?
Entwicklung, Funktionsbestimmung, Strukturen von "Gegenkultur". Video im Schülerstreik, Tvind, VH Whyler Wald, Radio Alice, alternative Kultur in San Francisco und New York, Kinomobil, die Brühwarmen, Rote Grütze, Literatur der Arbeitswelt, Frauenkunst, Gegenmedien, Stadtzeitungen, Stadtteilkunst, Asphaltaktivisten, John Heartfield, Strassenmaler, Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Polit-Plakate, Komm.-Zentren in der BRD, Künstler für Ökologie und gegen Atomkraft, Fassadenmaler, Feuerschlukker und Seiltänzer.

Erscheint am 24. Juni, 300 Seiten, Din A 4, ca. 200 Abbildungen, kartoniert, dm 14.80, Subskription bis 24.Juni für dm 10.- (zuzüglich Porto), bei Stadtzeitung und Verlag, Bebelplatz 149, D-35 Kassel.

Coupon

An Stadtzeitung und Verlag
Bebelplatz 149
D-3500 Kassel

Hiermit bestelle ich ..... Ex. Kunst und Medien
O zum Subskriptionspreis von dm 10.- (nur gültig, wenn die Bestellung bis 24. Juni eingegangen ist)
O zum Preis von dm 14,80 zuzüglich Porto
O Scheck liegt bei
O per Nachnahme auf meine Kosten
Name: .....
Anschrift: .....
Ort: .....
Datum: .....
Unterschrift: .....

Jerry Rubin DO IT! Szenarios für die Revolution

Als Jerry Rubins Buch ‚Do It!' Ende der 60er Jahre in den Vereinigten Staaten erschien, galt es als das Manifest der rebellierenden Jugend Amerikas, eine Kriegserklärung der jungen Generation an Elternhaus und Schule.

Das Buch schildert die Geburt der Jugendrebellion aus der Rock-Musik, die Befreiung von der sexuellen Unterdrückung, den Ausbruch aus dem ‚American-Way-of-Life'; es zeigt die Entwicklung eines Teils der Hippie-Bewegung auf, die durch die Verbindung mit den Ideen der Neuen Linken außerhalb der Parteien und Organisationen eine neue, undogmatische und spontaneistische Jugendbewegung auslöste, die in vielem das vorwegnahm, was heute in der BRD oder z.B. in Italien zum Inhalt der Alternativbewegungen gehört: Die sexuelle Revolution, die Zerstörung der Schulen, der Ausbruch aus dem Elternhaus, die Kriegserklärung an die etablierte Gesellschaft, die Forderung nach der Befriedigung der individuellen Bedürfnisse. All das gehörte zu den zum Teil bereits gelebten Forderungen der Yippie-Bewegung und verleiht diesem Buch eine permanente Aktualität.

263 Seiten viele Abb. 10 Mark

Übernahme vom Rowohlt Verlag

Trikont Verlag

Josephsburgstr. 16 8000 München 80

Der Konstituierungsprozeß einer SB-Gruppe

SB-Gruppe Nürnberg

Beschluß über ein Subjekt

Nach dem Ende der APO unterschied sich die Entwicklung der Nürnberger Linken nicht wesentlich von der im sonstigen Bundesgebiet: die verschiedenen bekannten Parteiansätze auf der einen Seite, auf der anderen Seite verstärkte DKP- und Juso-Orientierung und dazwischen eine Linke, die keinen dieser Wege gehen wollte. Bei dem notwendigen Versuch, weitere Möglichkeiten sozialistischer Politik zu klären und zu organisatorischen und praktischen Konsequenzen zu kommen, fand sich diese Linke erst Anfang 1975 zu einem lokalen kontinuierlichen Zusammenhang zusammen, dem sogenannten Donnerstagskreis.

Nach über halbjähriger Mitarbeit entschloß sich eine Handvoll Mitglieder, aus diesem lokalen Zusammenhang auszuscheiden und in Nürnberg eine eigene SB-Gruppe aufzubauen. Dabei ließen wir uns im wesentlichen von folgenden politischen Überlegungen leiten:

- Wir hatten einen unterschiedlichen Begriff dessen, was unter der *aktuellen Subjektrolle der Arbeiterklasse* zu verstehen sei und daraus folgend die Überzeugung, *daß wir selbst uns als politische Subjekte zu definieren hätten,* also auch für uns aktuell sozialistische Politik möglich sein müsse. Zugleich sahen wir die Notwendigkeit, uns in einem überlokalen, nationalen Zusammenhang zu organisieren, um die darin steckende politische Produktivkraft nutzbar zu machen, die ein lokaler Zusammenhang nicht ermöglicht.

Gerade in der Konsequenz, uns selbst auch aktuell schon als politische Subjekte zu begreifen, waren Voraussetzungen angelegt, die in die Konzeption, wie die Nürnberger SB-Gruppe aufzubauen sei, eingingen und von vornherein unsere Vorstellungen prägten:

- Zum einen war darin enthalten, daß wir je nach Maßgabe unserer aktuellen politischen Einsichten uns nicht von jedem beliebigen von außen, sei es lokal oder überlokal, vorgegebenen politischen Ereignis zum Reagieren nötigen lassen würden. Wir behielten uns vor zu entscheiden, welche politischen Ereignisse, welche Konflikte wir für wichtig genug hielten, um uns darauf aktiv zu beziehen.
- Zum andern war damit gegeben, daß wir, diese Handvoll Mitglieder, darauf aus sein mußten, zunächst eine politisch vereinheitlichte, in ihrem politischen Selbstverständnis relativ identische und homogene Gruppe aufzubauen.

Darin war jedoch nicht beinhaltet, daß wir während dieses theoretischen und politischen Klärungsprozesses, also des Konsolidierungsprozesses der Gruppe, darauf verzichten würden, nach außen aufzutreten, Veranstaltungen durchzuführen, uns zu bestimmten, von uns als wichtig erac teten politischen Entwicklungen ak zu verhalten. – Hierbei ist wich zu bemerken, daß diese Anfangsm glieder, die sich ab der Jahreswen 1975/76 daran machten, als po tische Gruppe, als SB-Gruppe-Nür berg zu schaffen, alle in den letzt Jahren in mehr oder minder orga sierten politischen oder gewerkscha lichen Aktivitäten steckten, aus den sie die Erfahrung über deren *Grenz* (nicht zu verwechseln mit: Unsinn keit!) mitbrachten. Von daher besaß sie zwar kein ausgearbeitetes Ko zept, wohl aber den Anspruch, ei den oben skizzierten Voraussetzu gen entsprechende politische Grup aufzubauen und die Hoffnung, d ein solcher Prozeß möglich sei.

Daß dieser Prozeß notwendig wide sprüchlich verlaufen würde, war u im Kopf klar, wie widersprüchli er jedoch dann wirklich verlief, hä keiner von uns sich träumen la sen.

Wir begannen also, uns auf das G samt-SB, d. h. auf die vom SB b reits laufende Antirepressionska pagne zu beziehen, da uns all einsichtig war, wie politisch notwend die Mitarbeit in diesem Zusamme hang war und beteiligten uns erstma als SB-Nürnberg an einer Veranst tung über die Notwendigkeit der Ve teidigung von Verfassungsposition (mit W. D. Narr).

Gleichzeitig hatte eine Arbeitsgrup begonnen, eine prinzipielle Kläru der Möglichkeiten und Grenzen v Gewerkschaftsarbeit zu unternehm

Beim Pfingstkongreß 1976 in Frankfurt

Selbstdarstellung von SB-Gruppen in "links"

Neben aktuellen Berichten aus Orten und Arbeitsfeldern, wie sie in den letzten Monaten verstärkt in "links" eingegangen sind (siehe auch den neu eingeführten Teil "Informationen – Berichte – Initiativen – Aktionen"), sollte ein anderer wesentlicher Bereich in "links" ausgedehnt bzw. überhaupt angefangen werden: Darstellungen der Konstitutionsprobleme und Erfahrungen und Schwierigkeiten in der politischen Organisierung. Dies nicht im Sinne einer bloßen Bestandsaufnahme dessen, was es gibt, sondern als politische Reflexion der eigenen praktischen Erfahrungen und Probleme mit der Organisierung, mit den beiden Organisationsansätzen (Arbeitsfelder und lokale Gruppe) usw. Durch derartige Beiträge, die von den Gruppen selber kommen müßten, könnte der Versuch gemacht werden, dem Auseinanderfallen einerseits in begrifflich-theoretische Strategiediskussion, stets in Gefahr sich abzuheben, und andererseits in ein Verkümmern des politischen Erfahrungsbegriffs zur bloßen Unmittelbarkeit Einhalt zu tun. Wir müssen derartige Widersprüche nicht nur aushalten, sondern sollten sie in "links" verstärkt thematisieren und darstellen – ohne den Fehler zu begehen, Organisierung bloß noch sektiererisch als von der gesellschaftlichen Realität abgelöstes Häkeln am eigenen Verein zu begreifen. Würden sich einzelne Gruppen (Arbeitsfeldgruppen, Projektgruppen, bereichsübergreifende lokale Gruppen) die Mühe machen, derartige reflektierte Erfahrungsberichte gezielt für "links" zu verfassen (sie dürften zugleich auch der eigenen politischen Selbstverständigung dienlich sein!), so würde nicht nur der Gebrauchswert von "links" zunehmen (man erführe mehr von den Problemen anderswo und nicht jeder müßte kenntnislos durch dieselben Fehler hindurch), zugleich könnten die politischen Probleme des produktiven Experimentierens, als das wir ja unseren Organisierungsprozeß noch immer begreifen, verallgemeinert werden. Auch würde damit der Begriff der politischen Ungleichzeitigkeiten nicht mehr nur immer beschworen, sondern politisch einsichtig und damit produktiv gemacht.

Als einen ersten Versuch, solchermaßen "Gruppenbilder" exemplarisch darzustellen, verstehen wir den an dieser Stelle abgedruckten Beitrag der Nürnberger SB-Gruppe. Dabei kann es unseres Erachtens nicht darum gehen, dieses oder jenes in "links" abgedruckte "Gruppenbild" als strategisches Konzept der Redaktion zu interpretieren. Vielmehr kommt es der "links"-Redaktion darauf an, gerade den oft so verschiedenartigen Gruppenbildungs- und -entwicklungsprozessen eine Darstellungsmöglichkeit zu verschaffen. Da die organisatorische Form den Inhalt der politischen Arbeit gewiß nicht weniger bestimmt als der Inhalt die Form, werden derartige "Gruppenbilder" gerade auch in ihrer formalen Darstellung unterschiedlich ausfallen. Insofe kann der Beitrag der SB-Grup Nürnberg zwar ein Beispiel sei er soll jedoch keinesfalls als a gemeingültiges Schema für de artige Selbstdarstellungen ander SB-Gruppen verstanden werde Wichtig ist es jedoch allemal, da es der schreibenden Gruppe g lingt, die subjektiven und objek ven Bedingungen, die für den e genen Konstituierungs- und A beitsprozeß bestimmend ware und sind, so zu vermitteln, da die vielen tausend Leser, die vie leicht von der Gruppe gerade de Namen kennen, das Wesentlich des Gruppenprozesses, der d dargestellt wird, nachvollziehe bzw. verstehen können.

Wir bitten Gruppen, die ihr "Grup penbild" für einen Beitrag in "links darstellen möchten, an die "links Redaktion zu schreiben, damit w über Umfang, Termin usw. konkr te Absprachen treffen könne

Die "links"-Redaktio

was für die Beteiligten nicht zu-
etzt hieß, ein gutes Stück eigener,
üngster Vergangenheit aufzuarbei-
en.
Der Versuch, die Diskussion um Ver-
echtlichung und Entrechtlichung
Kampf um Rechts- und Verfassungs-
ositionen) zusammenzubringen mit
Einsichten über diejenigen Organisa-
onen der Arbeiterbewegung, die den
Kampf um die rechtliche Fixierung
on Fortschritten für die Arbeiterklas-
e führen, machte uns klar, daß es
otwendig sei, systematisch den Zu-
ammenhang zwischen scheinbar rein
olitischem oder rein ökonomischem
Kampf zu klären. Die Formen, in de-
en diese Kämpfe organisiert werden
nd ihre Kampfziele sich nieder-
chlagen, waren uns nämlich ver-
ächtig geworden.
Damit fand unser politisch-theoreti-
ches Interesse erstmals den Ansatz
ür eine Gesamtkonzeption, die wir
nter der Flagge 'Reformismusdis-
ussion' vom Stapel ließen. Zunächst
egelte sie gegen den Wind.
Wir bereiteten also drei Gewerk-
chaftsveranstaltungen vor und führ-
en sie auch durch – nicht zuletzt
der Hoffnung, mit den dort aktuali-
erten Problemen gewerkschaftlicher
olitik (im Druckerstreik u. ä.) den
esten Einstieg für unsere Reformis-
usdiskussion gefunden zu haben.
er Kurs erwies sich zunächst als
ügerisch: uns schlugen die Wellen
ber dem Kopf zusammen; in unserer
ruppe begann der Wind aus gegen-
ätzlichen Richtungen zu blasen. Ein
eil unserer Gruppe stellte immer
ringlicher die Frage, was denn eine
olche Diskussion mit ihrem Bedürf-
s nach verbindlicher und praktischer
olitischer Arbeit 'vor Ort' zu tun
abe.
s begann die Zeit des aktuell un-
ersöhnlichen Konflikts zweier Bedürf-
s-Linien: wollten die einen von ihrer
nmittelbaren Betroffenheit' als einzig
öglichem Ausgangspunkt für ver-
ndliche politische Arbeit nicht ablas-
en, so bestritten die anderen, daß
ieser Weg möglich sei: Betroffenheit
önne nur dann zum auslösenden
oment für kontinuierliches und ver-
ndliches kollektives, politisches Han-
eln werden, wenn sie aus ihrer
nmittelbarkeit aufgehoben würde in
ne gemeinsame politische Selbst-
erständigung, also in eine theore-
sch-politisch wie organisatorisch ver-
ndliche Gruppe; folglich sei *zunächst*
e Reformismusdiskussion zu einem
orläufigen Ergebnis zu führen. Woll-
n die so Argumentierenden aber
ese Konsequenz praktisch werden
ssen, fiel sie unter das Verdikt
es 'abstrakten Akademismus'.
Was zunächst als unterschiedlicher
eg zum selben Ergebnis erschien,
ollte sich zu diesem Zeitpunkt im
ruppenprozeß als nicht zu vereinbarende Differenz in den politischen
onzeptionen erweisen. (Es muß sich
lerdings in der Zukunft zeigen, *wie*
ne Zusammenarbeit zwischen den
ch in diesem Moment trennenden
ositionen wieder möglich wird.) Auch
e gemeinsame 'massenhafte' Betei-
gung am Pfingstkongreß in Frank-
rt und an einem Anti-Repressionsfest
Nürnberg konnte die Widersprüche
cht verdecken. Also zogen wir auf's
and und veranstalteten zwecks Klärung, wie weiter vorzugehen sei, ein Wochenendseminar. Keiner konnte indes den anderen *überzeugen*, folglich fand die Klärung praktisch statt: ein Teil der Mitglieder zog aus und widmet sich seitdem vornehmlich 'spontanen' Aktivitäten, Sympathisanten erkannten kein SB mehr, sondern nur noch Querelen und wandten sich schaudernd ab, 'die' Frauen bezogen sich vorrangig auf ihre eigene Organisation und den Rest – also 'uns' – konnte nichts mehr davor bewahren, die politische Richtigkeit unseres Anspruchs zumindest für uns selber nachzuweisen. Wir hatten die Reformismusdiskussion zu führen.

Wir kommen zu Einsichten ...

Im Verlauf der oben dargestellten Auseinandersetzungen um das Vorgehen war von uns häufig die Forderung gestellt worden, die Reformismusdiskussion 'systematisch' zu führen. Dies scheiterte nicht nur daran, daß unterschiedliche Vorstellungen über 'die' Systematik des Reformismus existierten, sondern vielmehr daran, daß die einzelnen Diskussionsschritte und -schwerpunkte immer von unserem Erkenntnisinteresse, also unserem politischen Interesse, vorgeprägt und bestimmt waren. – Dies gilt auch für die Form der Darstellung in diesem Bericht: mögen sich die Schriftgelehrten darüber streiten, was die Systematik des Reformismus sei, wir stellen ihn gemäß unseren darin eingegangenen und sich entwickelnden politischen Einsichten dar. Es zeigte sich für uns, daß – nicht zuletzt durch die Legitimationszwänge, die Tragfähigkeit unseres Konzepts nachzuweisen – auch unter den oben beschriebenen Brüchen in der bisher nur diskontinuierlich geführten Reformismusdebatte bereits verallgemeinerbare und umsetzbare politische Ergebnisse erstritten worden waren. Dies erwies sich in der ersten Diskussion, in der wir uns wieder gemeinsam intensiv auf unser Problem: Reformismus bezogen (wesentlich angeregt durch: Modugno, E., Arbeiterautonomie und Partei, In: Jahrbuch Arbeiterbewegung 3, Frankfurt 1975, S 284 ff).

An der Gewerkschaftsdiskussion waren uns zwei zentrale Bestimmungsmomente für den Reformismus klar geworden: zum einen, daß der Reformismus keine moralisch verwerfliche politische Konzeption darstellt, der man abstrakt eine revolutionäre gegenüberzustellen hat, sondern vielmehr eine historische Notwendigkeit ausdrückt; und zum andern, daß dies nur dadurch begriffen werden kann, indem wir das bestimmte Verhältnis von Politik und Ökonomie in ihrer Trennung und in ihrem Zusammenhang zu klären suchen.
Die Lebensfähigkeit des Kapitals ist gleichzeitig der Zwang seiner Entwicklung, also der Zwang zur unausgesetzten Entfaltung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit.
Die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit – im Kapitalismus: als Produktivkraft des Kapitals erscheinend – ist aber nichts anderes als die Produktivkraft der ihm unterworfenen Produzenten. Die Entfaltung ihrer Produktivkraft macht einen qualitativen und quantitativen Anstieg in der Reproduktion der Ware Arbeitskraft ('Lebensstandard') erforderlich. Wenn also durch die Existenzweise des Kapitals vorausgesetzt war, daß eine materielle Besserstellung der Arbeiterklasse mit der Entwicklung des Kapitals einhergeht und diese Besserstellung für die Individuen sich in 'mehr Geld (Lohn)' ausdrückt (um mehr Waren zu kaufen, um damit mehr Bedürfnisse zu befriedigen), so ist es nicht etwa falsches, sondern diesem Zusammenhang entsprechendes und damit auf der Oberfläche 'richtiges' Bewußtsein, wenn die Vorstellungen der Individuen und der Klasse über die Verbesserung ihrer Reproduktion an Forderungen kleben, die innerhalb der kapitalistischen Strukturen verbleiben.
Es fiel uns somit wie Schuppen von den Augen, daß reformistisches Bewußtsein im Kapitalismus das 'natürliche' Bewußtsein ist – eine gravierende und geradezu erleichternde politische Einsicht, die die gesamte Ebene des moralischen Vorwurfs an die Arbeiterklasse, sich gefälligst revolutionär zu gebärden, ad acta legte. Wenn dies aber für die Arbeiterklasse *in ihrer ökonomischen Bestimmtheit* gilt, muß der gleiche Zusammenhang auch auf die Gewerkschaften als die Organisationen, die die so bestimmten Interessen organisieren, zutreffen. – Damit waren aber auch möglicherweise noch vorhandene Illusionen, daß 'die' Gewerkschaften an den Grundlagen des Systems rütteln könnten, gründlich zerstoben; die Gewerkschaften sind in Organisationsform und Funktion notwendig systemimmanent bestimmt. Sie können nicht *als Organisation* revolutionär werden. Diese prinzipielle Einsicht verleitet uns allerdings nicht zu dem Schluß, die Arbeit von Sozialisten *in* den Gewerkschaften – als dem "Sammelpunkt des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals" – für unwichtig zu halten.

... und neuen Problemen

Aber auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt und der revolutionären Organisationsform ließen wir uns nicht entmutigen, sondern folgerten konsequenterweise hoffnungsfroh: aber es gibt doch revolutionäre Parteien! Nicht, daß wir SPD oder DKP dafür gehalten hätten, aber wie stand es mit dem PCI oder der KPD in der Weimarer Republik?
Es drängte sich uns die Frage auf, auf welchem Boden und in welchen Formen sie sich – unabhängig von ihrem eigenen Selbstverständnis – bewegen.
Die traditionelle Arbeiterbewegung hat bisher ihren Ausdruck in doppelter Organisationsform gefunden: als Gewerkschaft und als Partei, die auf der je ihnen zukommenden Ebene den ökonomischen bzw. politischen Kampf zu führen hätten. In dieser Trennung ist aber die für die bürgerliche Gesellschaft charakteristische Trennung von Ökonomie und Politik reproduziert und damit objektiv – unabhängig vom Willen der politischen Subjekte – anerkannt. Dieser Widerspruch in der Organisationsform der Arbeiterbewegung ist Ausdruck des realen Widerspruchs der bürgerlichen Gesellschaft selbst, daß die Klassengegensätze, die ihre Grundlage in der Produktionssphäre haben, sich als solche nicht unmittelbar in die politische Sphäre umsetzen lassen. Sie bedürfen der Vermittlung. Vermittlungsinstanz ist dabei die Sphäre der Zirkulation, in der die Gegensätze der Produktion bereits ausgelöscht und in juristisch normierte, abstrakte Gleichheit von Rechtssubjekten umgewandelt sind. Auf der Grundlage solcher abstrakter Gleichheit kann sich der politische Wille nur in der Form der Repräsentation ausdrücken. Die Parteien müssen also nach dem Repräsentationsprinzip strukturiert sein. Der Zwang jeder Partei besteht also darin, daß sie, unabhängig von ihrem Selbstverständnis und ihrer Programmatik, die immanenten politischen Bewegungsformen einer bürgerlichen Gesellschaft in ihrer eigenen politischen Bewegung nachzeichnen muß. Dies vorausgesetzt, steht auch eine ihrem Anspruch nach revolutionäre Partei vor einem Dilemma: sie muß auf einer Ebene ihren ehrlich gemeinten Zweck – die Aufhebung der Klassengegensätze – verfolgen auf

MATERIAL ÜBER PORTUGAL

Die Portugal-Gruppe der Frankfurter Gesundheitsgruppe unterstützt seit Anfang 1975 PODER-POPULAR-Initiativen im Gesundheitssektor Portugals.
Während dieser Unterstützungsarbeit sind von uns verschiedene Materialzusammenstellungen und Erlebnisberichte veröffentlicht worden, zuletzt das

EXTRABLATT Nr. 2,

Es enthält die Erfahrungen und Arbeitsergebnisse von 4 Ärzten aus unserer Gruppe, die im vergangenen Jahr für ca. 6 Monate in zwei PODER-POPULAR-Initiativen (Cova da Piedade und Aveiras de Cima) mitgearbeitet haben. Dieses Extrablatt Nr.2 kann über unsere Kontaktadresse kostenlos bezogen werden, auch in größeren Mengen zum Weiterverteilen.
Außerdem noch:
1. DAS GESUNDHEITSWESEN IN PORTUGAL, Verlag 2000, 4 Mark, ist nach unserer Gruppenreise im November 1975 erschienen.
2. EXTRABLATT Nr.1, vom Apr. 1976. Enthält den damaligen Stand mehrerer Initiativen, über die auch in dem neuen Extrablatt Nr.2 berichtet wird.
Für Medizin in unterentwickelten Ländern benötigt man unbedingt: 3. von Maurice King: Medical Care in Developing Countries, das wir in begrenzter Zahl für 10.- abgeben können.

MATERIAL FÜR PORTUGAL

Unsere Spendenaktionen konnten bisher einen Wert von ca.200.000.- erreichen; eine genaue Abrechnung findet sich in dem neuen Extrablatt. Es fehlt auch weiterhin an Geld und Material!! Die Spendenkontonr.:

155 3301 300
Bank für Gemeinwirtschaft,Ffm

Kontoinhaber und Kontaktadresse:

Bernd Hontschik
Weberstr. 20
6000 Frankfurt/Main - 1

der die Klassengegensätze selbst nicht erscheinen können.
Nicht zuletzt aus dieser Einsicht erklärt sich die Skepsis der SB-Gruppe Nürnberg gegenüber allen Versuchen, aus dem SB eine Partei zu machen, will sagen: seine Struktur den traditionellen Organisationsformen anzuähneln. Wie´s anders aussehen kann, muß, soll ...? Eins allerdings scheint gewiß: Ansätze zur Aufhebung der Trennung von Ökonomie und Politik müssen in einer Organisation von Sozialisten enthalten sein.

Wir sind weiter als wir sind

Bereits hier wird sicher deutlich, daß die Reformismusdiskussion sich nie in abstrakte Systematik verlor, sondern die jeweils erreichten Einsichten immer auf politische Schlußfolgerungen zu beziehen suchte.
Dabei drückt die Synchronisierung unseres eigenen Diskussions- und Konsolidierungsprozesses mit aktuellen politischen Bewegungen in keinem Fall ein immer vorhandenes 'richtiges' Wissen der Nürnberger Gruppe aus. Vielmehr nötigte uns die politische und sachliche Brisanz der Reformismusdiskussion als Artikulationsversuch unseres eigenen politischen Interesses, jeweils zu aktueller politischer Problematik Stellung zu nehmen. – Daraus wird auch das politische Verhalten der Nürnberger Gruppe zu einem Entwicklungsabschnitt des Gesamt-SB verständlich, der durch die beiden Pole: Pfingstkongreß und Bundestagswahl markiert ist.
Für uns hatte sich im *Pfingstkongreß*, auch gerade im Zusammenhang mit den lokalen Vorbereitungen und Unterstützungsaktionen, ein gutes Stück unverwechselbarer SB-Strategie realisiert: kein 'Kampagnen-Sozialismus', der unabhängig von den Gruppendifferenzierungen verläuft, sondern eine Form der politischen Antwort, in die die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Aktivitäten in und um das SB ebenso einging wie der Versuch einer nicht nur reaktiven politischen Analyse.
In unserer Hoffnung, daß das SB aus der Erfahrung des Pfingstkongresses mit seiner Auswertung zwecks politischer strategischer Schlußfolgerungen beginnen würde, sahen wir uns indes enttäuscht. Die *Bundestagswahl* stand vor der Tür, und man ließ sie nicht nur herein, sondern empfing sie mit offenen Armen. In seinen Artikeln in der 'links' verlor das SB sich in analytischen 'Wenn ... dann' – Fein-Verästelungen, als ob der Verband bei dieser Wahl ein falsches Kreuz hätte malen können – wir stehen immer noch zum kürzesten und besten Wahl-Artikel in 'links': Pepsi- oder Coca-Cola!
Das SB war beim Pfingstkongreß objektiv (mal wieder) weiter gewesen, als seine Köpfe es subjektiv einzuholen vermochten. – Aber wegen der häufigen Mißverständnisse, die dieser Artikel auslöste, sei hier nochmals betont: wir waren und sind nicht der Meinung, daß Wahlen in jedem Fall bedeutungslos sind, und wir waren und sind auch nicht der Ansicht, daß uns eine über einen CDU-Wahlsieg vermittelte forcierte Repression gleichgültig lassen könnte. Wir waren uns allerdings sicher, daß – gerade bezogen auf diese von wem auch immer ausgeübte Repression – eine Organisation wie das SB andere Aufgaben zu erfüllen, nämlich die von ihm entwickelten politischen Ansätze voranzutreiben hätte; so wie dies jetzt – bei allen Widersprüchen – mit dem Russell-Tribunal versucht wird.

Die Partei im Reformhaus

Das Grundproblem von Wahlen überhaupt in der bürgerlichen Gesellschaft (alles schon gehabt in der APO!), inwieweit nämlich in ihnen gesellschaftliche Tendenzen zum politischen Ausdruck kommen, brachte uns auf die Differenzierung zwischen verschiedenen Spielarten des politischen Reformismus: wir unterscheiden fortan zwischen einem anständigen und einem pervertierten Reformismus.
Die für die bürgerliche Gesellschaft und ihre Politik konstitutive Verlaufsform der Organisierbarkeit und Organisierung von Klasseninteressen als reformistischen besagt indes noch nichts darüber, *wie weit* die Artikulation unmittelbarer Interessen, bewegender Lebensäußerungen der Arbeiterklasse damit ausgeschlossen sind:

die Politik der SPD und des PCI trennen ebensolche Welten wie die Mobilisierungsbereitschaft von DGB und CGIL. Wiewohl die soziale Basis aller dieser Organisationen wesentlich durch Arbeiter (Lohnabhängige) bestimmt wird, besteht der gravierende Unterschied in ihrer Politik (und ihrer Ideologie) darin, daß in der italienischen Entwicklung zumindest bisher die Organisationspolitik noch wesentlich von Lebensäußerungen der Klasse, also der Erhaltung der Klassenidentität geprägt ist.
Hierin spiegelt sich der Unterschied zwischen einem anständigen Reformismus und einem solchen (inwieweit ist er überhaupt noch reformistisch zu nennen?), dem das Auslöschen jeglicher Klassenidentität zugunsten von Sozialpartnerschaft und Allgemeinwohl zur alleinigen Aufgabe wird, der sich also als besserer Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft ausgibt als deren genuine Repräsentanten, die bürgerlichen Parteien, selber. Daran wird auch deutlich, daß der Reformismus nicht ausschließlich auf die Einschätzung verschiedener Organisationen der Arbeiterbewegung beschränkt sein kann, sondern in ihm wesentlich eine Dimension gesamtgesellschaftlicher Entwicklung verkörpert ist.
Bei allen unterschiedlichen Reformismen bleibt das politische Dilemma bestehen: Organisationen der Arbeiterklasse, die auf größere Teilhabe am Sozialprodukt einerseits, auf Teilhabe oder Übernahme der Regierungsgewalt andererseits ausgerichtet sind, können diesem Ziel ein gehöriges Stück durch Ermöglichung unmittelbarer Interessenartikulation (im Jargon: Mobilisierung der Basis) näherkommen. Es kommt aber unweigerlich der Entwicklungspunkt, sollte eine solche Strategie sich zunächst als erfolgreich erweisen, wo ihre politischen Mittel mit ihren politischen Zielen, in Widerspruch geraten, eben weil für die traditionellen Organisationsformen der Arbeiterbewegung 'autonome Klassenbewegungen' nur als Mittel – Mobilisierung der Basis – fungieren dürfen. Ist die politische Potenz einer traditionellen Partei der Arbeiterbewegung soweit gereift, daß sie sich zum Sprung auf die Regierung anschickt, so muß sie die 'Mobilisierung ihrer Basis' eindämmen und rückgängig machen. Es muß sich dann allerdings entscheiden, ob die selbständigen Bewegungen der 'Basis' die Instrumentalisierung durchbrechen können oder ob der Reformismus als Regierungsmacht sein Reformprogramm, das der Stärkung des nationalen Kapitals dient, erfolgreich durchsetzt – mit der und gegen die 'Basis' zugleich. Die Widersprüche, die sich aus einer solchen Konstellation ergeben, lassen sich derzeit exemplarisch im compromesso storico und – weiter gefaßt – in der Entwicklung des 'Eurokommunismus' ablesen.

Punkt und Schluß

Wir brechen hier die Darstellung ab. Bedeutung und Funktion der Refomismusdebatte zeigten sich für uns noch einmal an einem Wochenende, an dem die Ergebnisse aus verschiedenen Arbeitsgruppen innerhalb der allgemeinen Reformismusproblematik entfaltet und konkretisiert wurden. Damit hatte diese Diskussion ihr Ziel und ihre Grenzen erreicht (vorläufig): ihr Ziel als Medium politischer Selbstverständigung und Vereinheitlichung zur Gruppe, ihre Grenze in dem vorrangigen Bezug der Gruppe auf sich selbst. – In dieser Situation war es sowohl notwendig als auch möglich geworden, den Gruppenprozeß auf eine andere Ebene zu stellen: wir machten uns daran, ein Sozialistisches Zentrum in Nürnberg aufzubauen.
Mit dem *Aufbau des Zentrums* wollen wir auch nach außen identifizierbar werden: es soll zum kontinuierlichen politischen Arbeitsplatz werden und somit die materielle Voraussetzung dafür bilden, sowohl politisch-praktische Schlußfolgerungen aus dem inhaltlichen Konsolidierungsprozeß zu ziehen, als auch neue Ansätze zu entwickeln und in sich aufzunehmen.
In diesem Ansatz und den damit gemachten kurzfristigen Erfahrungen zeigen sich zugleich wesentliche Gefahrenmomente, die u. E. verallgemeinerbar gültig sind:
- in zunehmendem Maße müsse wir uns zu Anforderungen von außer die nicht von uns selbst gesetzt sin verhalten;
- Neu-Hinzukommende erleben de Konsolidierungsprozeß, der für un Voraussetzung für unser gegenwä tiges und zukünftiges politisches Han deln darstellt, zunächst nur als fe tiges Resultat; von daher hat es se ne Schwierigkeit, sie in diesen Zu sammenhang zu integrieren;
- die praktischen Aktivitäten bean spruchen uns momentan bis zur Gren ze unserer personellen und zeitliche Kapazitäten: Bauen, Streichen, Mö bel etc. besorgen; Russell-Tribuna unterstützen, Region mitaufbauen Stadtzeitung, Auseinandersetzung m dem SZ-Erlangen, Gewerkschaftsa beit, Mitarbeit in überregionalen Zu sammenhängen und dazu die Arbeit den vom SB-Nürnberg selbständ konzipierten Projektgruppen – put In den tausend Blumen, die zu Blühen gebracht werden wollen, dro das zarte Pflänzchen 'SB-Grupp Nürnberg' überwuchert zu werde oder anders: jener Zusammenhan kontinuierlicher politischer Selbstve ständigung, in dem die Gruppe ihrer jetzigen Form zum politische Subjekt geworden ist, droht durc diese Überbeanspruchung zu ze reißen, obwohl allen klar ist, daß der Lebensnerv jeder politische Gruppe sein muß.

Diese Spannung gilt es auszuhalte Wir können sie im Moment nicht au lösen. Das Ziel dieses Prozesse kann nur sein, daß die vielfältige Aktivitäten ihren politischen Bezug punkt in der Gruppe finden bz behalten. Sonst verkommen beide wie an anderen Gruppen ablesba die Gruppe zum technischen Koo dinationsausschuß, die Projekte zu nem bornierten Nebeneinander.
Es geht also um die Erhaltung u Weiterführung der politischen Ide tität der SB-Gruppe Nürnberg. Ide titätsfindung und -wahrung, gera auch als politische, ist ein lebendig Prozeß; er läßt sich nicht fixiere weder in festgelegten Grundkonze tionen, noch in formalisierten Verbin lichkeiten ...
Und schon sind wir beim Gesamt-S Nicht, daß wir jeder einzelnen Grup oder dem SB insgesamt ein Ablau schema politischer Selbstverstän gung andienen wollten – aber w bestehen auf der politisch-organisat rischen Brisanz der von uns g machten Erfahrungen: wir woll nichts mehr hören von formal-org nisatorischen Vereinheitlichungsm dellen. Der Vereinheitlichungsproz kann nur als politischer geführt we den, also durch die Abarbeit an halten auf allen Ebenen und in all Aktivitäten. Dann braucht man ein formal verbindlichen Organisation prozeß nicht mehr daneben oder sta dessen einzuführen! Schafft 'masse haft' lokale und überregionale *po tische Projekte*, die die Flurgrenz zwischen den Arbeitsfeldern üb steigen! Baut die *Regionen von g meinsamen Problemen* her auf, ni von formalen Zuständigkeiten! Es le die Eule, dieser Nachtvogel! Ihr T wird kommen!

Zionismus nach der Wahl

Dany Diner

Das Ergebnis der israelischen Parlamentswahlen hat politische Kräfte an die Oberfläche gespült, die sich den Vorstellungen der Planer einer pax americana im Nahen Osten entgegenstellen. Äußerungen Carters über einen Rückzug der Israelis auf die Grenzen vom Juni 1967 und die Schaffung einer palästinensischen "Heimstatt" in der Westbank und im Gaza-Streifen stehen die erklärten Ansprüche der israelischen Wahlsieger entgegen, die nur "befreite" Gebiete, nicht aber unterdrückte Palästinenser kennen. Es handelt sich hierbei – neben einer nationalbourgeoisen Fraktion – weitgehend um einen Block ideologisch motivierter rechtszionistischer Kräfte, um den ehemaligen Terroristenhäuptling Menachem Begin geschart, dessen Anhänger 1948 das Massaker im arabischen Dorf Dir-Yassin, dem palästinensischen Lidice, veranstalteten, und er sich aufgrund dieses "Sieges" (Begin) rühmt, die reale Bedingung für die Konstituierung des zionistischen Staates gelegt zu haben: die Flucht und Vertreibung der Mehrheit der palästinensischen Araber aus den Gebieten, in denen Israel nach 1948 exklusive jüdische Souveränität exekutiert.

Die Vorstellung, eine Regierungsübernahme Begins unterscheide sich substanziell von der bisher von Linkszionisten ("Arbeiterblock") ausgeübten Hegemonie, ist jedoch falsch. Denn die Gewalt, die der rechte Zionismus exekutierte, hatte der Linkszionismus durch eine "politische Ökonomie" der Kolonisation Palästinas bereits gesetzt. Der Linkszionismus, dessen verschiedene Fraktionen sich in der "Partei der Arbeit" sammelten, unterscheidet sich von seinem rechten Zwillingsbruder nur quantitativ. Kein anderer als Menachem Begin hat dies in aller zynischen Schärfe zum Ausdruck gebracht. In einer Diskussion mit Anhängern der linkszionistischen MAPAM antwortete Begin auf die Frage, wie Israel in den besetzten Gebieten seinen Willen einer Million Arabern aufzwingen wolle, mit einer Gegenfrage: "Und warum will die MAPAM ihren Willen den 350.000 Bewohnern des Gaza-Streifens aufzwingen, den sie doch auch behalten will? Von den Golan-Höhen, die die MAPAM für Israel fordert, sind 200.000 Araber geflohen. Wie wollen Sie ihnen Ihren Willen aufzwingen, damit sie in Syrien bleiben? Das gilt genauso für Ostjerusalem und die anderen Orte, die die MAPAM behalten will." Nach dieser von Begin aufgestellten Rechnung würde die MAPAM 900.000 Araber ihren Willen aufzwingen, während nach seinen annexionistischen Vorstellungen es sich um 1.300.000 zu unterdrückende Palästinenser handelt. "Man hat also das Recht" – so sagt er – "900.000 Arabern seinen Willen aufzuzwingen, aber bei 400.000 mehr macht man ein Riesengeschrei." (Yediot Aharonot vom 27.10.69).

Zur "politischen Ökonomie" des Zionismus

Der Wahlsieg der rechten Zionisten hat also weniger seinen Grund in extremen Meinungsverschiedenheiten territorialen Charakters; vielmehr ist er Folge eines inneren Erosionsprozesses der zionistischen Kolonisationsstruktur. Zentral ist hierfür die Durchsetzung des Kapitalverhältnisses und damit der Lohnarbeit, ein Verhältnis, das auch im südlichen Afrika die koloniale, exklusive weiße Herrschaft unterminiert. Die Lohnarbeit drängt tendenziell auf ein politisches System hin, das formelle Freiheit und Gleichheit aller Menschen – ohne Ansehen ihrer Herkunft – erforderlich macht. Nun hat der Zionismus, insbesondere der Linkszionismus, im Laufe seiner Kolonisationsgeschichte im Sinne der Errichtung eines exklusiven jüdischen Staates in Palästina zu verhindern gewußt, daß sich das Kapitalverhältnis voll durchsetzen kann und so alle – auch die Araber Palästinas – als Menschen bzw. Bürger mit in den gesellschaftlichen Zusammenhang einbezogen werden. Der "linke" oder sogenannte Arbeiterzionismus hat sehr wohl erkannt, daß ein exklusiv jüdischer Staat in einer am Ort vorgefundenen arabischen Bevölkerung nur durch ökonomische Segregation von Arabern und Juden möglich werden kann. Um also dem Prinzip der Lohnarbeit seiner gleichmachenden politischen Folgen wegen entgegenzuarbeiten, mußte die reine, auf Profit und Rentabilität ausgerichtete ökonomische Logik verhindert werden.

Hierfür wurden vom Arbeiterzionismus kollektive Produktions- und Distributionsformen eingeführt und ihnen entsprechende Institutionen errichtet, von denen die Histadrut-"Gewerkschaft" und die Kibbuzim die bekanntesten sind. Was dieses Kollektivismus wegen als Sozialismus erscheint und durchaus mit solchen Bewußtseinsformen aufgeladen war, ist seiner praktischen Substanz nach nichts anderes als ethnisch-jüdische Exklusivität. War vor der Staatsgründung 1948 unter dem britischen Mandat diese Struktur die Bedingung der exklusiven jüdischen Staatlichkeit, so fand im "normalen" Staat Israel mehr und mehr auch tatsächlich kapitalistische Logik Eingang in diese politische Struktur im ökonomischen Gewand.

Da die zionistische Eroberung Palästinas also im wesentlichen über ökonomische Formen erfolgte, konnte auch im israelischen Staat bisher ein Phänomen hervorgebracht werden, das für die Konstitution eines bürgerlichen Staates typisch ist: die Trennung von Politik und Ökonomie, von Staat und Gesellschaft wurde nicht vollzogen. Denn sollte die Ökonomie, d. h. Profitabilität und Rentabilität die zionistische Substanz verdrängen, dann ergäben sich freilich theoretisch zweierlei Möglichkeiten: Innere Auflösung des Zionismus durch die volle Einbeziehung der arabischen Bevölkerung als regulärer Lohnarbeiter, was einen Zusammenbruch des israelischen Staates als exklusiv jüdischen bedeuten würde, oder aber die Aufrechterhaltung der jüdischen Hoheit über die Palästinenser in Israel unter Anwendung zusätzlicher direkter Gewalt, mehr Unterdrückung, also offene Apartheid.

Die Bedingungen des Wahlergebnisses

Seit dem Juni-Krieg 1967 und dem mit ihm einhergehenden wirtschaftlichen Boom begann der Erosionsprozeß des Linkszionismus sich zu beschleunigen. Ein sich durchsetzendes Rentabilitätsdenken, Ausdruck der enormen Rezession der Jahre 1966/67, die schließlich auf eine Entscheidung zum Krieg drängte, führte billigere "arabische" Arbeitskraft verstärkt ein; der Binnenmarkt wurde durch die Einbeziehung der besetzten Gebiete ausgeweitet. Um darüber hinaus ausländischen Investoren Anreize zu bieten (Millionärskonferenz 1968), begann die herrschende "Partei der Arbeit" – damals schon in Koalition mit Menachem Begin, dem sie damit politische Hoffähigkeit bescheinigte –, ihrer Hegemonie sicher, in Staats- bzw. Histadruteigentum befindliche Unternehmen zu verkaufen, was wiederum der unentwickelten, schwachbrüstigen israelischen Bourgeoisie im Inneren Auftrieb gab. Daneben sah sie sich veranlaßt, auch ihre verbleibenden Unterneh-

Anmerkung zur "politischen Ökonomie" des Zionismus

Die Funktion der "politischen Ökonomie" des Zionismus läßt sich nicht besser darstellen als in den Worten eines berufenen Veteranen des Linkszionismus. David Hacohen, führendes Mitglied der "Partei der Arbeit", schilderte im November 1969 vor Parteimitgliedern der MAPAI (Fraktion der "Partei der Arbeit"), wie schwer es ihm während seiner Studienzeit nach dem 1. Weltkrieg in London fiel, seinen sozialistischen Kollegen aus anderen Ländern des "Commonwealth" den "zionistischen Sozialismus" zu erklären: "Ich mußte meinen Freunden über den jüdischen Sozialismus (Hacohen meint hier zionistisch, nicht jedoch jüdisch; diese Gleichsetzung ist für Zionisten typisch, für Antizionisten jedoch verwerflich; Anm. d. Ü.) streiten, mußte Tatsachen verteidigen, daß ich keine Araber in meiner Gewerkschaft – der Histadrut – akzeptierte; daß wir an Obstplantagen Wache hielten, um arabische Arbeiter zu hindern, dort Arbeit zu finden; daß wir Benzin auf arabische Tomaten schütteten; daß wir jüdische Hausfrauen attakierten und die arabischen Eier, die sie gekauft hatten, vernichteten; daß wir den jüdischen Nationalfonds (zionistische Bodenkauforganisation, deren Böden – gemeinsam mit den Staatsböden 97% des Bodens in Israel – nicht von Arabern bearbeiten werden dürfen. Anm. d. A.) hochjubelten, der Hankin (zionistischer Funktionär) nach Beirut schickten, um Land von abwesenden (d. h. nicht am Ort lebenden; Anm. d. A.) Großgrundbesitzern zu kaufen und die arabischen Fellachen (landlose Bauern; Anm. d. A.) vom Land vertrieb; daß es erlaubt ist, Tausende Dumans (türkisches Bodenmaß) von Arabern zu kaufen, aber verboten ist, einen einzigen jüdischen Dunam an einen Araber zu verkaufen ... All das zu erklären, war nicht leicht." (Zit. in "Ha´arez vom 15.11. 1969)

Die Funktion der kollektiven Siedlungen (Kibbuzim, Moschavim) sowie der kollektiven Produktions- und Konsumtionsgenossenschaften, soweit sie sich im Eigentum des Staates und/oder der zionistischen Organisationen befinden, ist bis heute die gleiche geblieben. "Arabische" Arbeit am zionistischen Boden ist verboten; wird sie dennoch ausgebeutet, so unterscheidet sie sich in ihrem Wert von der "jüdischen" Arbeit.

Literatur zum Thema "Zionismus": Eli Lobel: Entwicklung und Strukturen der israelischen Gesellschaft, in: Maxime Rodinson u.a.: Nahostkrise, edition etcetera, Basel, 1976; Isaak Deutscher: Die ungelöste Judenfrage, Rotbuch Verlag, Berlin, 1977; ISRACA-Info: Der Palästinenserstaat, SOAK, Hannover, 1974; Walter Hollstein: Kein Frieden um Israel, Frankfurt/M., 1972 (Fischer).

MERVE

STAATSTHEORIEN

Neuerscheinung:

Nicos Poulantzas/Ralph Miliband/Ernesto Laclau
KONTROVERSE ÜBER DEN KAPITALISTISCHEN KAPITALISTISCHEN STAAT 9 DM

Poulantzas und Miliband stellen Fragen nach der eigenen Wirkungsweise staatlicher Institutionen, nach der "relativen Autonomie" des Politischen im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Gleichzeitig werden wissenschaftstheoretische Grundfragen politischer Theoriebildung gestellt.

Ralph Miliband
MARX UND DER STAAT 2 DM

Toni Negri
ZYKLUS UND KRISE BEI MARX 5 DM

Toni Negri
KRISE DES PLANSTAATS, KOMMUNISMUS UND REVOLUTIONÄRE ORGANISATION 5 DM

Arbeitspapier
Dokumente und Analysen
zur politischen Strafjustiz seit 1945
AUSSCHLUß DER VERTEIDIGER
- WIE UND WARUM 6,80

MERVE
1 Berlin 15 Postfach 327

men der ökonomischen Logik weiter freizugeben als bisher üblich. Brüche im Parteiapparat zwischen politischer und technokratischer Bürokratie machten sich bemerkbar und sollten 1977 zur Gründung der Bewegung für "Demokratie und Veränderung – DASCH" führen. Die "Emanzipation" der Ökonomie von ihrer politisch-zionistischen Funktion – die Grundlage der exklusiven jüdischen Staatlichkeit über kollektive Produktions- und Distributionsformen – wurde mehr und mehr auf politischer Ebene deutlich. Fraktionen aus der "Partei der Arbeit", die schon früher ihre Unzufriedenheit (1965) organisatorisch bekundeten (RAFI-Partei mit Ben Gurion und Dayan), brachen endgültig aus und sollten später (1973) im rechten LIKUD-Block aufgehen. Aber auch innerhalb der Partei wurde die Spannung zwischen ihrer alten, nunmehr beendet erscheinenden Rolle als Kolonisationsagentur und gleichzeitig der einer staatstragenden Partei wirksam, die sich dem kapitalistischen Prinzip von Rentabilität und Profitabilität verpflichtet sieht.

Nach außen machte sich die Doppelrolle der "Ökonomie" in Form von Korruption, "Verfilzung" und Vetternwirtschaft bemerkbar. Was 60 Jahre lang als selbstverständlich und notwendig angesehen wurde, wenn z. B. Gelder aus dem Histadrut-Fonds über eine histadruteigene Bank und histadruteigene Krankenversicherung der Partei zuflossen, um bei Wahlen das gute Abschneiden der Partei und ihre weitere politisch-ökonomische Herrschaft zu garantieren, was wiederum über staatliche Subventionen und Vergünstigungen den histadruteigenen Unternehmen, Kibbutzim und Genossenschaften zukam, war jetzt nicht mehr den neuen gesellschaftlichen Bewußtseinsformen angemessen. Der Geist des Kapitalismus nagte an den Strukturen des Zionismus.

Zionistische Ökonomie und Gewalt

Die Kosten der zionistischen Struktur (Siedlungen, Einwanderung, Rüstung, etc.) und die gleichzeitige Aufrechterhaltung einer kapitalistischen Ökonomie verlangten vom israelischen Staat eine Einschränkung der sozialen Leistungen und eine verschärfte Ausbeutung. Insbesondere der Rückgang der Kapitalschenkungen (1966 etwa liefen die bundesdeutschen Wiedergutmachungszahlungen aus, was die benannte Rezession 1966/67 mit auslöste), die stattdessen als Investitionskapital ins Land kamen, ließ die Ausbeutungsrate im Inneren ansteigen. Die astronomischen Ausmaße des Außenhandelsdefizits (höchster im Weltmaßstab) sollten zumindest tendenziell gesenkt werden, der Kreditwürdigkeit wegen. Um den Wert der Ware Arbeitskraft zu mindern, wurden sukzessiv nach dem Oktoberkrieg, der die schwachbrüstige israelische Ökonomie schwer getroffen hatte, die Subventionen für Grundnahrungsmittel und andere elementare Bedürfnisse gestrichen, die Inflationsrate angetrieben. Die israelische Ökonomie näherte sich in den vergängenen Monaten bedenklich dem Kollaps. Streiks in Häfen und Flughäfen durchkreuzten Exportüberlegungen. Obendrein wurden Pläne bekannt, die israelische Ökonomie völlig auf den Export bzw. den Weltmarkt einzustellen, was einen Strukturwandel bedeuten würde, der mit einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit von 10% verbunden wäre – eine Perspektive, die in einem Einwanderungsland zum Zusammenbruch führen kann. Insbesondere die Streiks sollten durch Zwangsschlichtungen und notfalls mit Polizei- und Militäreinsatz beendet werden. Eine Exekutive, die dies zur Durchführung hätte bringen sollen, war jedoch nicht in Sicht.

Um Korruption, Streiks und den allgemeinen "Unordnung" ein Ende zu bereiten, trat eine neue politische Gruppierung auf: DASCH – "Bewegung für Demokratie und Emeuerung" – unter Führung des Archäologieprofessors Yigal Yadin, die aus einer Mischung von alten Werten und Forderungen nach technokratischer Effizienz und (institutioneller) Demokratie den israelischen Staat vor seinem – wie er bemerkte – durch "innere Fäulnis herbeigeführten Untergang" retten sollte. Seine Vorstellung, Israel in einen demokratischen Staat mit bürgerlicher Verfassung zu verwandeln, in dem Rechtsstaatlichkeit garantiert werden sollte. stieß schon allein von ihrem Anspruch her an eine elementare zionistische Schranke: denn sollte das Gerede von der Demokratie ernsthaft gemeint sein, dann hätte der Staat seinen "jüdischen Charakter", seine Exklusivität aufgeben müssen. Sollte aber die Exklusivität erhalten bleiben – und daran ließ auch Yadin keinen Zweifel – dann konnte er nicht demokratisch sein. Die Tendenz, die auf ein "geordnetes" Staatswesen hinauslaufen sollte und so sehr das öffentliche Bewußtsein besetzt hielt, zahlte sich für Yadin aus: 15 Sitze erhielt er im neuen Parlament; diese hat er der Partei der Arbeit abgenommen und verhalf somit der noch extremistischeren zionistischen Rechten zur Macht. Indem die Israelis aber Yadin wählten, nahmen sie Begin in Kauf, denn "innenpolitisch" unterscheiden sich der LIKUD und die DASCH kaum voneinander.

Die Folgen der Wahl

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß Menachem Begin bestrebt sein wird, seine Mehrheit im Parlament, über die er gemeinsam mit den nationalreligiösen Ultras, den Orthodoxen und Ex-General-Scharons zwei Sitzen verfügt, zu erweitern, weil damit wohl ein arithmetisches Übergewicht erlangt, aber keine reale Macht verbunden ist – man denke an die Histadrut, das Angebot an Dayan ist hierfür Indikator.

Begins Vorstellungen, im Unterschied zu seinen bürgerlich-kapitalistischen Bündnispartnern im Likud-Block, laufen nicht auf eine vollständige Kapitalisierung der zionistischen "politischen Ökonomie" hinaus; dafür ist das ideologische Moment zu stark. Vielmehr ist er darauf aus, die Unbeweglichkeit zum politischen Prinzip zu erheben, was heißt: kein Rückzug aus "heiligen Gebieten", womit er sich an Carters pax americana stoßen muß. Wie Südafrikas Vorster versucht er, sich den USA als westlichen Brückenkopf gewaltförmiger imperialistischer Interessen gegen den "Kommunismus" in der Region und über sie hinaus zu verkaufen – eine Ware, die wohl nicht mehr ganz der aktuellen Entwicklung im arabischen Osten entspricht, in dem die Waffen zu schweigen haben, wenn der Tausch blüht. Wie für das rassistische Südafrika ist auch für das zionistische

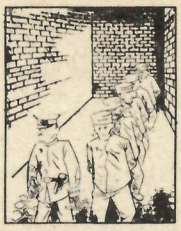
Israel die Zeit der imperialistischen "Konjunktu abgelaufen. Begin scheint es noch weniger a Vorster begriffen zu haben.

In diesem Sinne hat der israelische Wahlausgar Kräfte an die Oberfläche getrieben, die wohl de israelischen Verhältnissen entsprechen, der hist rischen Tendenz in der Region aber diametr entgegenstehen. Die nationale Bourgeoisie Israel deren primäres Interesse darauf gerichtet ist, en lich effiziente kapitalistische Verhältnisse gege die Hegemonie des Arbeiterzionismus, der israe chen "Sozialdemokratie", durchzusetzen und d Begin sowie seinesgleichen aus historischen Grü den an der Spitze duldet, ist nunmehr an ei apokalyptische Perspektive gekettet. Viel lieb würde sie den Chicago-Gangster Milton Friedma nach Israel holen, der nach chilenischem Must Ausbeutungsverhältnisse nach ihrem Geschma herstellen würde. Daß dabei die "ökonomisch zionistische Struktur zerstört wird und Israel n noch über offene Gewaltanwendung regiert würd die sich nunmehr nicht nur gegen die Paläs nenser, sondern aufgrund der sozialen Konflik auch gegen Juden richten müßte, kann sie nic sehen.

Sollte sich das System der Lohnarbeit völlig, al gesamtgesellschaftlich, durchzusetzen vermög und so Freiheit und Gleichheit, zumindest a Möglichkeit, Araber und Juden gemeinsam su sumieren, dann muß die zionistische Struktur ve gehen, wenn nicht zuvor Begin und seine G sinnungsgenossen den apokalyptischen Unte gang heraufbeschwören. Deshalb hat das Kapit dem Zionismus gegenüber eine durchaus zivi satorische Mission zu erfüllen. Freilich ist es me als fraglich, ob eine israelische Staatlichkeit si unter solchen Bedingungen überhaupt erhalt kann. Vielmehr ist ein israelischer Staat oh Zionismus unvorstellbar, da zionistische Strukt und israelische Staatlichkeit eins sind. Demnac bietet sich als einzige Möglichkeit für Araber u Juden im Bereich des ehemaligen Mandatsg bietes Palästina nur eine Perspektive an: d gemeinsame Zusammenleben jenseits national Ausschließlichkeit, was wiederum sozialistische Fo men zur Bedingung hat.

★

TRIKONT-Verlag



Staatsfeind, der ich bin
Ein Lesebuch zur politischen Justiz von 1914 bis heute — mit Texten und Beiträgen von Betroffenen

In den hier zusammengefaßten Beiträgen und Texten schildern unmittelbar Betroffene ihre Auseinandersetzung mit einer politischen Justiz, die in Deutschland eine lange Geschichte hat. Weimarer Zeit, Faschismus, Nachkriegsjahre bis heute: die Repression gegen Sozialisten, Demokraten, Andersdenkende hat Kontinuitat.
Texte von: Ernst Toller, Max Hoelz, Rosa Luxemburg, Heinz Brandt, Luise Rinser, Elfriede Kautz, Hans Christian Ströbele und Peter Paul Zahl.
Grafiken und Collagen von: George Grosz, John Heartfield, Jürgen Holtfreter u.a.
ca. 180 S. ca. 13 Mark

David Dickson
Alternative Technologie und Strategien der technischen Veränderung

Bis heute haben die technischen Fähigkeiten der Menschheit keine effektiven Lösungen für die dringendsten Probleme der Welt gefunden. Die hemmungslose Vernichtung der natürlichen Umwelt und die radikale Ausbeutung der Vorräte an Rohstoffen begründen die Notwendigkeit einer alternativen Technologie. Die Möglichkeiten, die Dickson aufzeigt, reichen von der Nutzung der Sonnenenergie zur Beheizung von Häusern bis zu neuen Formen der organischen Landwirtschaft.
ca. 250 S. ca. 20 Mark

Kleines KKW-Handbuch
Leitfaden für den Widerstand gegen Atomkraftwerke. Hrsg. von der Frankfurter Ökologiegruppe

Dieses Buch ist aus einer Informationsveranstaltung der Frankfurter Universität hervorgegangen. Es will im Anschluß an die aktuellen Ereignisse in Wyhl und Brokdorf die wesentlichen Aspekte und Argumente für eine Kritik an der Energieversorgung durch Atomkraftwerke aufzeigen. Das Handbuch will die wesentlichen Informationen über die Problematik, die durch den Bau und die Inbetriebnahme von Kernkraftwerken entstehen, allen zugänglich machen. In verständlichem Stil geschrieben und übersichtlich gegliedert, ist es gedacht für den praktischen Gebrauch in Bürgerinitiativen, Schulen und Ökologiegruppen.
ca. 120 S. ca. 7 Mark

Jerry Rubin DO IT!
Szenarios für die Revolution

Das bekannteste Buch der amerikanischen Jugendbewegung jetzt wieder erhältlich!
Übernahme vom Rowohlt Verlag.
278 S. 10 Mark

Henderson Dalrymple
BOB MARLEY
Reggae, Rastas, Rebellion

Reggae, die populäre Musik der Karibik seit den 60er Jahren, ist das Sprachrohr der unterprivilegierten Jamaicaner geworden. Sie wird inzwischen auch bei uns kapitalintensiv vermarktet. Bob Marley, der bekannteste Interpret, ist zu einer weltweiten Kultfigur geworden, in dem einige weiße Journalisten so etwas wie den braunen Bob Dylan sehen möchten und aus dessen Liedmaterial sich bereits etliche Popstars verwertungshalber ein paar Hits gepickt haben.
128 S. viele Fotos 10 Mark

Arno Münster
ARGENTINIEN — Guerilla und Konterrevolution

Argentinien steht nicht nur an der Spitze der noch unterentwickelten Länder, sondern schlägt auch alle Rekorde der sich entfaltenden Gewalt. Über 20.000 politische Gefangene schmachten in den Gefängnissen und KZ's des Militärregimes. Mehr als 1.000 Personen wurden seit der Machtübernahme durch die Junta ermordet.
Dieses Regime versucht vergeblich die solide in den Massen verankerte Guerillabewegung der MONTONEROS und der ERP zu vernichten. Nach dem Vorbild der vietnamesischen und algerischen Freiheitskämpfer entwickelt sich diese Guerillabewegung zu einer immer bedeutenderen Kraft.
246 S. 15 Mark

Frei bis zum BGH-Urteil: 'Bommi' Baumann
WIE ALLES ANFING
144 Seiten 10 Mark

Victor Serge
Geburt unserer Macht
Historischer Roman

Übers. von Peter-Paul Zahl
Die ‚Geburt unserer Macht' beginnt mit dem Aufstand in Barcelona 1917, der blutig niedergeschlagen wurde. Dem Erzähler, der mit Serge selber identifiziert werden kann, gelingt es zu fliehen. In Paris, auf dem Weg nach Rußland, wird er inhaftiert. Nach dem Waffenstillstand wird er nach Rußland entlassen, wo er sich wiederfindet in den Wirren der russischen Revolution. Der Schauplatz: St. Petersburg, eine kalte stille Stadt voller Haß.... und der Wille zu leben, die Macht zu erobern.
239 S. 15 Mark

Sharon R. Curtin
Niemand stirbt am Alter

Dieses Buch, sowohl belletristisch als auch soziologisch, zeigt auf, wie alte Menschen mit den Problemen des Alterns, der Isolation und der Verunsicherung leben. Curtin hält einen zornigen Aufstand für möglich, der die brutalen Schranken zerbricht, die alte Menschen außerhalb unserer Gesellschaft stellen.
142 S. 12 Mark

Gisela Bock
Die ‚andere' Arbeiterbewegung in den USA (I.W.W. The Industrial Workers of the World)

Die Massenbewegung ‚Industriearbeiter der Welt' prägte 20 Jahre amerikanische Geschichte. Bei uns wurden sie fast völlig verdrängt, da sie weder dem Verständnis von Partei noch Gewerkschaft entsprachen. Die I.W.W. war eine der wenigen Organisationen, in denen sich der moderne ‚Massenarbeiter' kämpferisch verwirklichen konnte: radikal, antiautoritär, gegen die Arbeit, für das Leben.
197 S. viele Abb. 15 Mark

Toni Negri
Massenautonomie gegen Historischen Kompromiß

Aufsätze Negris aus den letzten Jahren, Versuch einer theoretischen Einschätzung der italienischen Klassenkämpfe und der ‚Weltkrise'. Die Entwicklung des Linksradikalismus, der historische Kompromiß, politischer Lohn, Subkultur und Arbeiterbewegung, Eurokommunismus und Studentenkämpfe. Das Buch bezieht die jüngste Entwicklung der sozialen Auseinandersetzung in Italien mit ein.
ca. 200 S. ca. 15 Mark

Unsere Stimme
Schallplatten bei TRIKONT

Asphaltkonzert
LP US-25 18 Mark

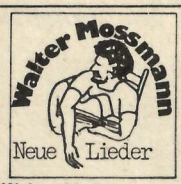
Vom MEK ist Tommi schon bekannt (unter anderm durch zwei Platten). Einsatzorte: Straßen, Jugendzentren, Veranstaltungen, Demos. Lieder, die Mut machen, radikalisieren, angreifen. Gesungen mit grimmigen Spott, Liebe, Haß, Herz und Klarheit. Z. T. in (verständlichem) bayerisch.

Tommi,
Fuchs, Du hast die Gans gestohlen, gib sie nicht mehr her
LP mit Textheft
US 15 — 18 Mark

Arbeitersache mit Tommi — Wir befreien uns selbst LP mit Textheft
US-1 18 Mark

Klaus der Fiedler und Toni Straßenmusik

KLAUS DER FIEDLER UND TONI sind (vor allem) Straßenmusiker in Köln.
LP mit Textheft US-13
18 Mark



Walter Moßmann
Neue Lieder
LP US-31 18 Mark

Neue Lieder (Arbeitstitel) von Walter Moßmann, bekanntgeworden durch seine Flugblattlieder zu verschiedenen Ereignissen und Situationen, gesungen an vielen Orten. Einige Titel: Schwangerer Mann/Balladen von: Anna Mack/Jaime/Routhier/Drei Esel/Weihnachtslied/Seveso/Arbeitslos/ Lied zu den politischen Gefangenen/Poder popular/Eine Hitz.

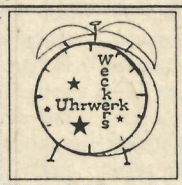
Walter Moßmann
Flugblattlieder
LP mit Textheft US-10
18 Mark

Oktober Uhrsprung
Politischer Konzertrock

Die Musik holt die Jugendlichen da ab, wo sie sich musikalisch „zu Hause" fühlen, und die Texte gehen auf politische Sachverhalte ein, die die Jugendlichen direkt betreffen. (FR)
LP US 0024 — 18 —

Warmer Südwind
Schwul
LP US-29 18 Mark

Ein warmer Südwind hat uns zusammengetragen und so bereiten wir die 1. schwule LP in deutscher Sprache vor. Texte und Musik sind ein Beitrag zur Schwulenkultur, zum aufrechten Gang in der Helle des Tages. Gegen Unterdrückung und Diskriminierung. Dieser Föhn wird den Geruch von Klappe in die Gosse fegen!



Wecker's Uhrwerk
LP US-31 18 Mark

Eine AGIT—ROCK-Band aus Wien. Fünf Unzufriedene, die nicht „nur" Musik machen können, sondern sie dazu mißbrauchen, wozu sie eigentlich da sein sollte: um zu verändern. Einige Titel: Oh Wohlstand/Mia san nima noamal/Ein ehrliches Liebeslied/Ich könnt der Urenkel von Franco sein/ Saufn, Fickn, Heilbaun.

Bodo Kolbe/Norbert Schamber
Merr speele de Bluus
LP US-28 18 Mark

HESSISCHER DIALEKT-BLUES

Mit eigenen Texten und Melodien, aber auch aus dem alten Blues und einheimischen Volksliedern. Sie leben im Ried (südlich von Frankfurt) und ihre Themen sind der Alltag dort, dem es an den Kragen geht: Verstädterung, Umweltzerstörung, einbetonierte Menschen.

Sparifankal Bayernrock

LP mit Textheft
US 18 — 18 Mark
Koproduktion mit APRIL

Kollektiv Rote Rübe presents

Die Songs aus den Stücken des Theaterkollektivs ROTE RÜBE:
Bravo, Bravo — Viva Italia — Frauenpower.
2 LPs mit Textheft
US 14 — 29 Mark

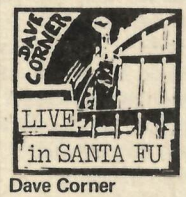
Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen (Hrsg)
Neue Lieder aus dem Dreyeckland
Wyhl+Marckolsheim+Kaiseraugst+Fessenheim

DoLP US-26/27 25 DM

Diese Zusammenstellung dokumentiert am ausführlichsten den Kampf der Bevölkerung im „Dreieckland" Baden, Elsaß, Nordschweiz gegen KKW und Umweltzerstörung und das Zusammengehen der alemannisch sprechenden Bevölkerung. So singen neben den bekanntem Moßmann, Buki, Born, Brumbt, Keck z. B. Die Singenden Winzerinnen und der MGV Weisweil u. a.

Jean Dentinger/Walter Moßmann/Gerald Walter/Francis Keck/ Francois Brumbt/Le Rue des Dentelles/Roger Siffer/Richard Weiss
Marckolsheim-Wyhl: Lieder im Freundschaftshaus

Der Kampf gegen Kernkraftwerke und Chemie in Liedern vom „Besetzten Platz"
LP US 23 — 18 Mark



Dave Corner
Live in Santa Fu
LP US-30 18 Mark

Ostern 1976 sang Dave vor Gefangenen im Hamburger Knast Fuhlsbüttel, genannt Santa Fu. Kein Star zog da eine Caritas-Show ab, vielmehr war Dave selbst 20 Jahre hinter Gittern und Mauern. Diese Erfahrung bestimmt seine Lieder, macht sie kompromißlos. Alte Lieder, die schon auf seiner (vergriffenen) ersten LP waren und Neue.

Ton Steine Scherben

* **Wenn die Nacht am tiefsten**
2 LPs US8/TSS3 — 22,50 Mark
* **Keine Macht für Niemand**
2 LPs US20/TSS 17
20 Mark
* **Warum geht es mir so dreckig:**
LP US21/TSS 13
15 Mark
Koproduktion mit APRIL

Karaxu mit Patricio Manns
Wer kommt mit mir?
Lieder aus dem chilenischen Widerstand

...Du hörst die Musik und weißt, wen Du vor Dir hast...
Schon der Gestus des Singens zeigt es, ob einer einen modischen oder einen echten Zorn gegen die bürgerliche Barbarei hat...
(Wolf Biermann über die Platte)
LP mit Textheft
US 6 — 18 Mark

Amparo, Biermann, Moßmann, Viglietti, Klaus der Fiedler, Toni, Eck, Tommi, El Camperol
Leben - Kämpfen - Solidarisieren

Live-Aufnahme der großen Spanien-Solidaritätsveranstaltung im Herbst 75, an deren Teilnahme Wolf Biermann in letzter Minute von DDR-Bürokraten gehindert wurde, er schickte ein Band.
2 LP's mit Textheft
US 12 — 25 Mark

poder popular
Lieder der portugiesischen Revolution.
LP mit Textheft
US 22 — 20 Mark

VERTRIEB

Die Generation amerikanischer Liedermacher:
DYLAN(Blind Boy Grunt)* OCHS*ANDERSEN* SEEGER*CHANDLER* LA FARGE*SPOELSTRA* PAXTON*KAPLAN* TURNER*ST.MARIE u.a.

Politische Lieder in authentischem Zusammenhang auf Broadside*-Platten.

Mit Texten,Noten und Übersetzungen.

jede LP kostet 19,50 M.

Broadside war das Magazin, in dem die Liedermacher in den 60-igern zuerst ihre Lieder veröffentlichten. Später wurde zur Unterstützung auch eine Plattenreihe bei Folkways-Records begonnen.
5 LP's aus dieser Reihe vertreiben wir:
Broadside I
L-109
Broadside Singer (III)
L-110
Broadside Reunion (VI)
L-111
Broadside VII
L-112
Phil Ochs Sings for Broadside
L-106

und außerdem:

alle LPs von APRIL/ Panther-Politrock/ Indianer/Italien: Bella Ciao/Lateinamerika: Viglietti/Spanien, Portugal, China, Frankreich....und viele Platten mehr!

10 JAHRE TRIKONT

Kostenlos anfordern: Buch-Almanach und Musikzeitung UNSERE STIMME. Kauft Bücher und Schallplatten in Läden des Verbandes Linker Buchhändler (VLB), anderen progressiven und alternativen Läden — Adressen bei uns — oder direkt vom Verlag. TRIKONT Verlag Josephsburgstr. 16 8000 München 80

diskussion

Zur Sowjetgesellschaft

2. Teil: "Die einzige Garantie gegen die Restauration ist die sozialistische Revolution im Westen" (Lenin) [1]

Rudi Dutschke

In seinem Beitrag "Das politisch ungeklärte Problem der Metamorphosen der asiatischen Produktionsweise" ("links", Juni 1977) hat Rudi Dutschke seine Kritik zum Charakter und zur Entwicklung der Sowjetgesellschaft bereits bis zum Hitler-Stalin-Pakt und dem mit dem Zweiten Weltkrieg von der Sowjetunion entwickelten Hegemonialanspruch auf ganz Osteuropa ausgeführt. Der hier abgedruckte zweite Teil dieses Artikels greift noch einmal auf einige Schlußpassagen des ersten Teils zurück und führt diese im Detail aus. Dadurch ergeben sich einige Überschneidungen bzw. Wiederholungen, die jedoch die im ersten Teil getroffenen Feststellungen untermauern helfen.

Die "links"-Redaktion

Ohne stehendes Heer, *ohne* Bürokratie, *ohne* Polizei, – damit steht und fällt eine reale sozialistische Entwicklung. War davon in Rußland sowieso nur in "Staat und Revolution" zu lesen und im Blitzschlag von 1917 kurz etwas zu sehen, so war nach der Zerschlagung des Kronstädter Aufstandes und der Eliminierung der NEP eine 'neue' Welt zurückgeblieben, eine ganz alte. In neomoskowitischer Herrschaftskontinuität, weiter verdünntem Sowjetöl und einem 'rot' getünchten "bürgerlich-zaristischen Gemisch" (2) des bürokratisch-despotischen Staatsapparates wird am Ende der 20er Jahre unter der Parteiführung (3) von Stalin damit begonnen, das Land neu zu *erobern*. Der Erbschaft der Februarrevolution und des Oktoberaufstandes (4) wird ein Ende bereitet mit Schrecken. Gerade weil die 'neu'-alte Herrschafts- und Eroberungsweise mit der von oben immer weniger geförderten NEP in grundlegendem Widerspruch stand. Millionen Bauern werden in den folgenden Jahren ermordet, vertrieben und neu festgenagelt in Stadt und Land. Millionen Tiere wurden von den Bauern abgeschlachtet, Ausdruck des Protests und der Verzweiflung.

Die despotische, vollständig antidemokratische Parteidisziplin in der nun von Stalin und seiner Mehrheit bestimmten Parteiführung machte es nur möglich, über ihre Texte etwas direkt zu erfahren, was im ZK 'diskutiert' wurde (5). Der Hinweis auf "militärisch feudale Ausbeutung der Landwirtschaft" von Bucharin ist allein bei Stalin (6) zu finden. Ein anderer wichtiger Bucharinscher Versuch, die Lage zu kennzeichnen, ist uns über einen Brief von Kamenjew an den sich in halber Verbannung befindlichen Sinowjew erhalten geblieben: "Er ist der neue Dschingis Khan", "*Er* wird uns erdrosseln" (7). Die damaligen russischen Kommunisten wußten noch etwas anzufangen mit dem Hinweis auf das mongolische Erbe. Bucharin war sich offensichtlich der ungebrochenen Kontinuität blitzartig bewußt geworden. Eine alte, unzerschlagene Herrschafts- und Eroberungsweise, die spezifisch moskowitische Produktionsweise, (8) steht hier zur Debatte. Für Wittfogel schließen sich asiatische Restauration und Industrialisierung aus (9), wir versuchten vielmehr nachzuweisen, wie sie unter pseudosozialistischen Floskeln einander bedingen. Doch darin erschöpft sich unsere Argumentation nicht. Das neu werdende Industrieproletariat bei der Stange zu halten und ausbeuten zu können, war die Aufgabe der Partei-, Staats-, Geheimdienst- und Militärbürokratie. Was war aber noch fundamental wichtig? Wir hatten schon im letzten Beitrag kurz auf den Weltmarkt verwiesen. Dazu muß mehr gesagt werden. Die Bedeutung des Weltmarktes für Rußland in der Zarenzeit und in der danach ist in den letzten Jahren wieder neu beachtet worden. Der äußerst spannende Beitrag von W. Spohn (10) versucht zwar methodisch diesen Kontext durchzuhalten, hält aber keineswegs konsequent die Kontinuität, die Brüche und die Fortführung der Verknotung von asiatisch-bürokratischem Despotismus und Staatskapitalismus durch. Wie kann er auch? Das Problem der asiatischen Restauration unter verdünnter bolschewistischer Flagge ist ihm bisher fremd. Das hat Auswirkungen auf seine Analyse. Er muß notwendigerweise die *Abhängigkeit* Rußlands vom Weltmarkt überziehen, aber die Benutzung desselben und der dort dominierenden Kapitalfraktionen, die als *Werkzeug* (11) durch die herrschende Klasse Rußlands unterschätzen. Das technische Werkzeug von außen einzuführen, diente in der russischen Geschichte immer dazu, die innere Herrschaft zu sichern und Eroberung zu ermöglichen. Die Geschichte und das reale Dasein der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz ist dafür ein exemplarisches Beispiel. Weder bürgerliche Demokratie noch die geschichtliche Stufe der rätedemokratischen Befreiung können sich unter solchen politischen und sozial-ökonomischen Bedingungen realisieren (12). (Ein idealer Zustand für Strauß, wir haben die Sonthofener Rede nicht vergessen.) Formal-legitimatorisch verkündete Stalin jedenfalls 1936 den "Kommunismus" (13), real dafür

nicht die objektiven Voraussetzungen habend, alles tuend, um gerade das zu verhindern. Vielmehr konstituierte sich immer fester eine *Monopolbürokratie*. Die "Versklavung der Arbeiterklasse", von der Bucharin 1919 in linkskommunistischer Überzogenheit gegen Lenin polemisierte, wurde in den 30er Jahren historische Realität. Die Herrschaftsweise erreichte damit einen Stand der 'Stabilität', und die Eroberungsweise müßte (!) sich weiter entwickeln. D. h. die Kriegs- und Rüstungsindustrie nahm wesentlich zu (14).

So wie die deutsche *Monopolbourgeoisie* im Bündnis mit der NSDAP aggressiv war, um ihre inneren Schwierigkeiten nach außen zu verschieben (Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals), so wurde die neue russische *Monopolbürokrat* tendenziell aggressiv, um ihre "innere Produktion schwäche" (G. Berkhahn) durch Eroberung au gleichen zu können (Herrschaftsschwierigkeiter Der deutsche Faschismus (nationalchauvinistisch 'Sozialismus') und "der großrussische Chauvini mus" (15) (nationalchauvinistischer 'Kommuni mus') mußten notwendigerweise gerade in d *Polenfrage* aufeinanderprallen. Die herrschend Klasse in beiden Staaten und ihre politische Ausdrucksformen wollten wieder einmal diese immer um seine Selbständigkeit kämpfende polnischen Volk, dem polnischen Staat, ein End bereiten. Der Ribbentrop-Molotow-Nichtangriff pakt hatte nicht umsonst sein Geheimabkomme Die Machtzonen wurden festgelegt, wer wen e obern darf. Im Rahmen dieses machtpolitische und völkerfeindlichen Kooperationsvertrages wu de natürlich die Konfrontation mit einkalkuliert. E war niemals der Vertrag von eroberungsfeind chen Mächten, es war niemals der Vertrag eine 'weise' vorausschauenden Stalin, der nur de deutschen Faschismus Widerstand leisten wollt Eine Woche nach dem deutsch-russischen Ve trag vom 23.8.39 griff die faschistische Arme Polen an, gut 2 Wochen danach okkupierte d 'rot' getünchte russische Armee Ost-Polen. W abgemacht. Am 23.9.39 kapitulierte Warscha von zwei Seiten her war Polen zerschlagen wo den.

Der weltweite Angriff des deutschen Faschismu gegen West-Europa und gegen Rußland wurd dann schließlich durch das Bündnis zwischen En land, Frankreich, Amerika und Rußland gestop und gewendet.

Neben dem ungeheuren Grauen für die Völke ergab sich als Resultat eine nicht voraussehba Zunahme der Interessen-Zone des US-Imperialis mus und des asiatisch-bürgerlichen Despotismu mit seinen 'linken' Floskeln.

Nach der Atlantic-Charta (1941) und der "Dekla ration über das befreite Europa" hatte es noc geheißen, allen Völkern nach ihrer Befreiun das gleiche Recht zuzusprechen, in souveräne Selbständigkeit "demokratische Einrichtunge nach eigener Wahl zu schaffen". Die Führun der demokratisch getünchten Armeen des Weste dachten daran so wenig wie die 'rötlich' gefärb te russische Armee.

Was geschah mit unserem Land? Über Tehera Yalta und Potsdam legten die neuen Supermäch te realiter ihre Interessenzonen fest. Dem US Imperialismus ging es um eine 'angemessen Rekapitalisierung und Amerikanisierung. Natü lich 'im Bündnis' mit den anderen westeuropä schen Großmächten. Ein Separatist wie Adenau und die mit ihm verbundenen Kapitalgruppe paßten den Amerikanern natürlich. Es ging ihne nie um eine deutsche Wiedervereinigung. Die i historisch nur noch als demokratische und so zialistische möglich. (Darum sind beide Seite fundamental dagegen.)

Konnte es dem ehemaligen Bolschewiken Stal nicht doch um mehr gehen, um Sozialismus Aufbau wenigstens in der Ost-Zone des Landes R. Lorenz verweist von einem methodisch gan anderen Ausgangspunkt darauf, daß eine despo tische Innenpolitik keine sozialistische Außen politik mit sich bringen kann: "Eine Fortsetzun dieser Politik in der Nachkriegsperiode ... müß jede autonome und damit vor allem jede sozia listische Entwicklung in Osteuropa unterbin den" (16).

Daß die systematische Spaltung Deutschlands für das Weltmachtverständnis der herrschenden Klasse Amerikas und Rußlands von elementarer Bedeutung war, bedarf keiner weiteren Erklärung. Ein *gespaltenes Dasein*, eine weitere Eliminierung eines geschichtlichen Klassenbewußtseins der deutschen Arbeiterklasse, die Verhinderung einer Wiedergewinnung, – dies war das Ziel und die Folge der Politik der Großmächte. Wir wurden befreit und gleichzeitig neu besetzt. Sich dieser Dimension bewußt zu werden, fällt den meisten von uns noch heute schwer.

Uns interessiert hier aber primär nur weiter der grundlegende Weg Rußlands nach dem 2. Weltkrieg. In Rußland wurden die Arbeits- und KZ-Lager nach dem Kriege nicht nur aufrechterhalten, sondern mit den im Kampf gegen den Faschismus so wichtigen Partisanen stark 'ergänzt'. In jeder Etappe ging es den Herrschenden um die Sicherung ihrer Herrschaftsweise und um die Verunsicherung des menschlichen Daseins der Arbeiter und Bauern. Um das Knechtschaftsverhalten wieder zu festigen, jede Selbsttätigkeit so schnell wie möglich zu brechen.

Im Buch von Medwedew kann verfolgt werden, wie Stalin und die ihn umgebende Herrschaftsmaschine nach seinem 70. Geburtstag (1949) keine Gelegenheit außer acht lassen, "Konterrevolutionäre", "Agenten des Imperialismus" usw. zu 'entdecken'. Sicherlich mag das etwas mit der "Altersschwäche" von Stalin zu tun haben: "der alte Despot wurde noch argwöhnischer". Aber das Wesen der Sache kann sich darin schwerlich erschöpfen. Sicher, die reale Daseins- und Herrschaftsgeschichte *einer* Persönlichkeit kann gerade in einem solchen System geschichtliche Differenzen mit sich bringen, aber nicht im geringsten prinzipielle Wendungen ermöglichen bzw. verhindern.

Stalin starb 1953. Starb aber damit eine geschichtlich gewordene Struktur? (17)

Die deutsche Arbeiterklasse der DDR nutzte die erste durch Stalins Tod freiwerdende Möglichkeit, um gegen die Normenschraube anzukämpfen. Die Erschießung deutscher Arbeiter durch die russische Armee ist so bekannt wie die Brechtsche Einschätzung dieses Klassenkampfes. (18). Als die innerparteilichen Auseinandersetzungen, genauer, die Geheimkämpfe um die Herrschaftsführung im *ZK-Reich der asiatischen Bürokratie* 1956 einen ersten Abschluß fanden und Chruschtschow dabei einige Wahrheiten und Halb-Wahrheiten preisgab, um andere Führungsgestalten loszuwerden, ging es ihm natürlich nicht um eine strukturelle Wendung des Systems. Die Irrationalität und Ineffektivität der Lager zu erkennen, war nicht schwer. Die Lager aufzulösen, einige bis dahin im Geheimkasten zurückgehaltene Lenin-Artikel preiszugeben, heißt doch nicht, mit einem politisch-ökonomischen System aufhören. Ein anti-dynamisches, ein stagnierendes System muß immer versuchen, den Abstand zum Niveau des Weltmarktes des Kapitalismus zu relativieren, neuere modernere Technologie aufzukaufen, um die eigene Herrschafts- und Eroberungsweise so weit wie möglich zu sichern (19). Wie der amerikanische und westdeutsche Imperialismus über "know how" und Kredite ihre Herrschaft und Eroberung betreiben. Eins ist im Unterschied dazu dem ZK-Reich der asiatischen Bürokratie bei Strafe ihres eigenen Untergangs verboten: ihre eroberten Gebiete frei werden zu lassen. Die Amerikaner mögen Zonen politisch verlieren, über "know how" und Kredite können sie aber noch ihre Profite und Einflüsse wieder hereinholen. Das ist so nicht in Rußland und den an es gebundenen Staaten. Woher sollte denn sonst der für die herrschende Klassenmaschine 'notwendige' Mehrheit herkommen? So war es von ihrem Klassenstandpunkt aus unvermeidlich, das sich freizumachen versuchende ungarische Volk, die ungarische Arbeiterklasse und ihre kommunistische Führung mit Panzern niederzuwalzen. Im Moskowiter Stil wurde ein Volksaufstand niedergeschlagen.

War es 1968 in der CSSR anders? An einem Punkt. 1968 war eine für den klassenkämpferischen Fortschritt des Sozialismus günstigerer Zeitpunkt denn in den Jahrzehnten vorher.

Eine sozialrevolutionäre Welle in den unterentwickelt gehaltenen Ländern, eine sozialistische Strömung besonders im französischen Mai, hatten eine neue Lage geschaffen. Das asiatische ZK-Reich der russischen Bürokratie wartete mit dem militärischen Eingriff nicht umsonst bis Ende August, die französische Welle war schon 'ausgeklungen', und das herrschende System stabilisierte sich. Wie Osteuropa viele Prager Frühlinge benötigt, um die demokratischen Traditionen zurückgewinnen zu können, jene Voraussetzungen, um die Realisierung des Sozialismus überhaupt möglich zu machen, so benötigen wir natürlich in Westeuropa gleichermaßen die politischen Klassenkämpfe der Einheit von Demokratie und Sozialismus. Die *Verknotung* der Kämpfe auf beiden Fronten ist unerläßliche Voraussetzung der gegenwärtigen Verteidigung und des künftigen Sieges. Sonst wird das Kontinuum der Niederlagen nicht gebrochen werden können. "Die Internationale erkämpft das Menschenrecht", diese Losung der internationalen Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts ist weiter aktuell für den sozialistischen Kampf. Nicht der "proletarische Internationalismus" des Herrn Breshnew. Die KPI, KPF, KPSp usw. wissen natürlich aus jahrzehntelanger Erfahrung, für Moskau heißt das Unterordnung und nicht Autonomie. Der Kampf um die Menschenrechte darf vor keiner Grenze halt machen, es ist immer in der heutigen Epoche der Kampf um Demokratie und Sozialismus. Wie weit es mit der "Demokratie" und dem "Sozialismus" in einem Lande ist, in welchem die Bauern erst 1974 einen Paß erhielten, um sich in etwa im Lande des ZK-Reichs bewegen zu können, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Robert Havemann (DDR), Adam Michnik (Polen), Peter Uhl (CSSR), Agnes Heller (Ungarn), Medwedew (UdSSR) usw. drücken demokratische und sozialistische Opposition aus. Reicht deren Daseinslage, reichen ihre Argumentationen und Informationen nicht aus, um in der Neuen Linken eine vollständige Klarheit in dieser Sache anzustreben? Die Verbrechen des US-Imperialismus haben wir zu einem Großteil als solche erkannt und bekämpft. Warum fällt es so vielen von uns noch immer schwer, Knechtschaftsverhältnisse als Verhältnisse der Staatssklaverei im Marxschen Sinne zu benennen? Kuron u. Michnik z. B. fordern von uns Solidarität, *nicht* von den Rechten. Wenn wir versagen, so wird die Niederlage uns alle berühren. Für die *CDU/CSU* wäre es ein gefundenes Fressen, um ihre *abenteuerlichen Pläne des Großmachtchauvinismus* voranzutreiben. Arbeitslosigkeit durch Erhöhung der konventionellen Rüstung zu beseitigen und Erweiterung des militärischen Sektors wäre mit Sicherheit ein Hebel der Reaktion in schweren Krisenperioden.

Jeder Sozialist ist für Entspannung, ist sich aber darüber klar, daß Entspannung ohne *Entmilitarisierung*, ohne Rückgewinnung von Demokratie und sozialistischer Weiterentwicklung dazu verurteilt ist, in eine zunehmend gefährliche Lage hineinzugeraten. Die Ost-West-Verträge über die Grenzen und Helsinki bzw. Belgrad sind per se nicht die geringste Garantie für einen Frieden in Mitteleuropa. So wenig wie die neueste Verfassung Rußlands. In einem Lande wo *weder* eine *bürgerliche* Öffentlichkeit noch eine *proletarische* existiert, eine Sowjetunion ohne lebende Sowjets, in einer solchen Gesellschaft sind Verfassungen primär Legitimationsversuche im Rahmen internationaler Kräftekonstellationen. Vor Belgrad die "demokratischen" Rechte und die "kommunistischen" Ziele abstrakt zu verkünden, sagt uns noch nichts. Was uns nicht alles schon in dieser Welt von den herrschenden Klassen versprochen wurde. In West wie in Ost. Carter redet von Menschenrechtsmißachtung in Rußland und Osteuropa, ist die Lage der nationalen Minoritäten in Amerika dadurch besser geworden? Die neue Linke, die die Unerläßlichkeit des Insistierens auf der Demokratie als Grundvoraussetzung der Sozialismusfrage stellt, muß in ihrer Kritik der "beiden Systeme" radikal sein. D. h. aber auch, sozialistische Übergangsprogramme zu entwickeln. Daran mangelt es noch am meisten. Und dennoch ist der eingeschlagene Weg richtig. Eine sozialistische und kommunistische Theorie, die seit Jahrzehnten unterentwickelt gehalten wurde in den beiden Lagern, muß sich erst einmal wirklich wiedergewinnen. Die Renaissance des kritischen Materialismus, jenem Fundament des emanzipatorischen Klassenstandpunktes, bestände gerade darin, dem Glauben an Moskau, Peking usw. ein Ende zu bereiten und *glaubwürdig zu werden*. Allein der konkreten Wahrheit verpflichtet zu sein, und möge diese anderen und uns noch so schlecht schmecken.

Ob in der BRD in absehbarer Zeit die "zweite Restaurationsperiode" (O. Negt) sich voll durchsetzen wird, hängt nicht primär von internationalen Zusammenhängen, sondern zu allererst von den Kräfteverhältnissen im Lande ab. Natürlich werden aber die sozialistisch-kommunistischen Strömungen in Westeuropa Auswirkungen zunehmend auf uns haben. Wenn die BRD nicht zur Speerspitze der äußersten Reaktion von Straußß-Dregger wird, sondern durch neue Linksversuche in Kommunal- und Landtags-Wahlen darauf verweisen kann, daß die jetzigen Kräfteverhältnisse nicht der vollen Wirklichkeit entsprechen, dann würden sich daraus neue Kräftekonstellationen ergeben. Das letzte Wort ist da noch nicht gesprochen.

Beide Systeme geraten in verschiedener Art und Weise in einen Krisenzusammenhang mit widersprüchlichen Tendenzen. Die strukturelle Arbeitslosigkeit und die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals sind in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern voneinander nicht zu trennen. Die industrielle und intellektuelle Reservearmee wird in den nächsten Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit wachsen, es sei denn durch konventionelle Rüstungssteigerung 'relativiert' werden. Die Verhandlungen über Abrüstung usw. stecken in einer Sackgasse. Auf beiden Seiten wird fieberhaft weitergerüstet. In den Comecon-Ländern wird erneut versucht, den technologischen Abstand zu vermindern dem Westen gegenüber. Über diese erhöhte Stufe von Industrialisierung und Militarisierung kommt es notwendigerweise zu einem elementaren Widerspruch zwischen der von Moskau aufgezwungenen *Herrschaftsweise* und den neuen *Entwicklungsbedürfnissen* der Arbeiter, Werktätigen, Intellektuellen und Studenten. Ganz zu schweigen von den demokratischen Traditionen in der osteuropäischen Arbeiterklasse. Warum denn sonst verfolgt der DDR-Geheimdienst z. B. bis in die kleinsten Regungen der konkreten Individualität hinein die Menschen in seinem Machtbereich, bis über die Grenzen hinaus? Dieses hyperdespotische Verhalten der Parteiführung gegen W. Biermann, nun gegen Havemann, J. Fuchs

und andere Freunde von uns ist nur scheinbar absurd. So scheinbar absurd wie in der BRD die konkrete Individualität computergemäß gesteuert und kontrolliert wird. In beiden Systemen geht es um die Ungebrochenheit, das Kontinuum von Herrschaft. Die Wanzenminister von West und Ost etc. sind sich darin schon längst einig. Wann werden wir uns in Ost und West den schwierigen Bedingungen gemäß in unserem demokratischen und sozialistischen Kampf gegen dieses bisher ungebrochene Kontinuum von Herrschaft in Mitteleuropa einigen? Daß in allen der herrschenden Parteien einzelne Demokraten und einzelne Sozialisten sind, darf nie (!) aus dem Auge verloren werden bei diesen Kämpfen. Die Bedeutung des *Kampfes um Menschenrechte* in Ost und West, der Bedingungen gemäß, wird bisher zumeist übersehen.

Anmerkungen

(1) Die Diskussion nach 1905/06, im besonderen, s. von mir "Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen", Berlin 1974, S. 114 ff, S. 316 ff, behandelt die Leninschen Analysen über eine sich anzeigende Restauration. Dem Olle-Wolter-Verlag ist zu danken, den auf deutschem Boden zurückgehaltenen Marx-Text über die "Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts" vor kurzem herausgegeben zu haben. Der Kommentator des Textes, Bernd Rabehl, rezipiert zwar endlich die asiatische Konzeption bezüglich der Entwicklung Rußlands, schreckt aber davor zurück, das Problem der "asiatischen Restauration" durchzudenken. Darum ist verständlich, daß er der Auseinandersetzung mit meinen "Thesen" (Rabehl) ausweicht.

(2) Lenin, Zur Frage der Nationalitäten, Berlin 1960. Vergessen wir nicht, woraus sich die übernommene Staatsmaschine bildete: ca. 2 Millionen Bürokraten der asiatisch-zaristischen Tradition waren übernommen worden. Die ca. 30.000 Bolschewiken gingen in diesem Meer notwendigerweise unter. Lenin sprach nicht umsonst von der "bürokratischen Utopie" eines "Gesamtplans fur uns", "Arme Schlucker" und *sozialistische* Gesamtplanung schließen sich aus. *Halbasiatisch* bezieht sich bei Marx primär auf die Rassen- und Nationalitäten-Zusammensetzung, darum spricht er von den halb-asiatischen, halb-orientalischen Wirren Rußlands. Während er von den *asiatischen*, orientalischen Wirren Chinas schreibt. Wenn bei ihm von dem *asiatischen Despotismus* Rußlands die Rede ist, so bezieht sich das auf die über die Mongoleneroberung entstandene asiatische Herrschafts- und Ausbeutungsstruktur.

(3) Trotz Fraktionsverbot (1921), trotz Ausschaltung der Opposition (1926-28) laufen die Bürokratisierung der Staatsmaschine mit 'Sowjetöl' und der der Partei nicht total identisch. Medwedew verweist darauf, daß 'erst' nach der Ermordung Kirows die Bürokratisierung von Staats- und Parteimaschine vollendet wird.

(4) Es wäre sicherlich nicht unwichtig, 60 Jahre nach 1917 danach fragen zu dürfen, was da im Oktoberaufstand "revolutionär" und was "Putsch" war. Die Frage des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus im Veränderungsprozeß einer Gesellschaft darf dabei nicht aus dem Auge gelassen werden, so wenig wie das Verhältnis von "Diktatur des Proletariats" und Demokratie. In Rußland waren ca. 600.000 Industriearbeiter vorhanden und ungeheure Millionen Bauern. Was haben solche Bedingungen mit einer "Diktatur des Proletariats" zu tun?

(5) Es ist bezeichnend für die Schranken des 20. Parteitags, daß es bis heute zu keiner Veröffentlichung der ZK-Diskussionen, der Alternativvorschläge der Bucharin-Fraktion kam. So will man Herrschaft durch systematisierte Geschichtslosigkeit absichern.

(6) Stalin, Werke, Bd. 11, S. 285 ff.

(7) S. I. Deutscher, Trotzki (1921-1929), S. 422. Als früherer "Trotzkist", d. h. den Ideen der 4. Internationale nahe, kann er die Konsequenzen nicht ziehen. Ein "deformierter Arbeiterstaat" ist halt keine asiatische Restauration mit sozialistischen Floskeln der Rechtfertigung. Der arme Herr Steigerwald von der DKP ernennt die Gen. Havemann, Biermann und mich zu "Konterrevolutionären". Die Sprache der "Prawda" der 30er Jahre ist uns nicht unbekannt. Wir mögen mit den Trotzkisten wesentliche Differenzen haben, untereinander Meinungsverschiedenheiten aufweisen, – daß wir mit E. Mandel aber mehr Gemeinsamkeiten haben als mit Herrn Steigerwald, ist ohne Zweifel.

(8) Unter linken Geistern wird die Auflösung der NEP gern als "historische Notwendigkeit", "zweite russische Revolution" gesehen. Für wen war es? Unter welchen historischen Bedingungen? Die westeuropäische ursprüngliche Akkumulation ist in keiner Art und Weise mit den russischen Arbeits- und KZ-Lagern zu vergleichen. Aus den westeuropäischen Jahrhunderten der Qual entstand eine "moderne bürgerliche Gesellschaft" mit der in ihr ausgebeuteten und potentiell dieselbe Ausbeutung brechenden Arbeiterklasse. Aus den russischen Jahrzehnten nach 1917 wurde bisher primär eine alte Geheimdiplomatie des ZK-Reiches, aber nicht eine Befreiung der Arbeiterklasse.

(9) S. Wittfogel, Orientalischer Despotismus, S. 544 ff. Mein Freund G. Berkhahn verwies mich allerdings darauf, daß W. im Nachwort seiner "Beiträge zur marxistischen Ästhetik" (1971 eine teilweise neue Position einnimmt.

(10) W. Spohn, Die technologische Abhängigkeit der Sowjetunion vom Weltmarkt, in: Probleme des Klassenkampfs.

(11) Für Marx eine unzweideutige Sache, s. bei mir a.a.O. S. 51 ff.

(12) Die Differenz der geschichtlichen Lage und Entwicklung Persiens und der Rußlands ist mir so klar wie die tiefen geschichtlichen Gemeinsamkeiten des asiatischen und orientalischen Despotismus dieser beiden Länder. Dregger, Strauß, Biedenkopf, Kohl, Albrecht, Todenhöfer usw. sind für den Schah und gegen Breshnew. Eine ideologische Differenz schließt eine Identität der Herrschaftsweise nicht aus. Monopolbourgeoisie und Monopolbürokratie mögen einander sogar militärisch bekämpfen, die gemeinsamen Herrschafts- und Ausbeutungsgrundlagen gehen dabei nicht verloren.

(13) Bucharin durfte ihm sogar noch die "Sowjetverfassung" schreiben. Um kurz danach hingerichtet zu werden. Wie vorausgesehen.

(14) Brecht sagt: "Durch die Rüstung ist das russische Proletariat notwendigerweise schwer zurückgeworfen worden; und zwar teilweise auf längst überholte Stadien..." (in: W. Benjamin, Versuche über Brecht, 1971).

(15) Lenin über Stalins Weg. Stalin und Hitler mögen phänomenologisch ähnlich sein, herrschaftsstrukturell identisch sein – aber die geschichtliche und sozial-ökonomische Differenz darf nie unbeachtet bleiben.

(16) R. Lorenz, Sozialgeschichte der Sowjetunion 1, 1917-1945.

(17) Der bisher breiteste erneute Versuch, mit der Geschichte Osteuropas vor und nach dem 20. Parteitag der KPdSU theoretisch und politisch sich widersprüchlich und interessant zu beschäftigen, S. Wilke, Crusius, Suhrkampverlag; mit Beiträgen von Medwedew, Havemann, Brand, Rabehl, Marek usw.

(18) Der West-Berliner SDS hatte das 1967 begriffen, machte eine Veranstaltung mit ca. 4.000 zumeist jungen Sozialisten darüber. Am gleichen Tag brachte das Schöneberger Rathaus ca. 2.000 auf die "Beine".

(19) Der Konflikt zwischen Rußland und China ist der zwischen einer *asiatischen Industriegesellschaft* und einer *asiatischen Agrargesellschaft*. Maos Sorgen waren und die der heutigen Machthaber sind gerade der zunehmende Abstand in der Entwicklung. Ihre Furcht vor potentiellen Angriffen hat darin ihren Sinn. Die Bündnisse der Chinesen mit allen möglichen "antisowjetischen" Richtungen liegen darin. Es wäre aber völlig falsch, unseren Weg dem chinesischen gleichzusetzen. Die Schranken einer asiatischen Industriegesellschaft zeigen sich darin, daß die vom ZK-Reich zumeist über die *militärische* Unterstützung der Völker der unterentwickelt gehaltenen Nationen nicht hinwegkommen. Nicht verwunderlich.

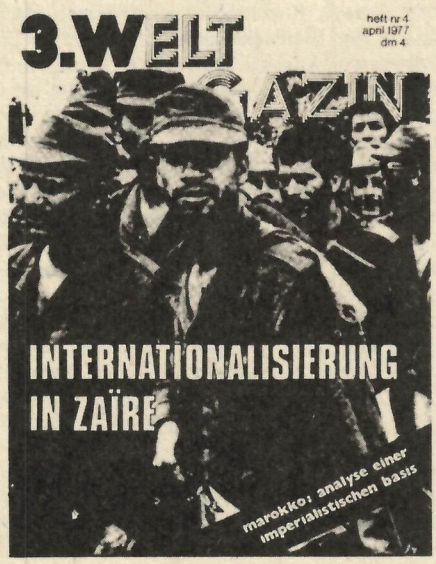
das erste 3.WELT MAGAZIN in der BRD
Ihr background zu Fragen der internationalen Entwicklung

Wir versuchen nicht nur, im Konflikt zwischen Industriestaaten und sogenannten Entwicklungsländern, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten Stellung zu beziehen, sondern die Abläufe imperialistischer Unterdrückung dokumentarisch nachzuweisen.

So werden im Heft Nr. 3/4 die ANC (African National Congress of South Africa) Dokumente zusammengefaßt und analytisch verarbeitet, auf denen alle Presseberichte über die nukleare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika beruhen.

Das Magazin erscheint jeden Monat. Authentischer Background und aktuelle Informationen werden übersichtlich vermittelt. Dazu gehören Photoreportagen, Berichte von internationalen Konferenzen, Filmbesprechungen und vieles mehr. Für ein weitergehendes Informationsbedürfnis haben wir den Informations-Block entwickelt:

Wichtige Themen werden 20-30 Seiten breiter behandelt und dokumentiert (auch einzeln erhältlich). Also die Möglichkeit, einen kurzen Überblick zu Fragen der internationalen Entwicklung zu finden, ebenso wie Grundlagen für eine tiefergreifende Auseinandersetzung.



3.W M

pdw progress dritte welt

Jahresabonnement DM 48,--
Studenten/ZDL/WDL DM 32,--
Postkarte genügt!
Absenderangabe nicht vergessen!

Sonderdrucke:

- DEMOKRATISCHE ARABISCHE REPUBLIK SAHARA
  Befreiungskampf und internationale Einflüsse
  32 Seiten Dokumentation, DM 3,00
- GHASSAN KANAFANI
  Palästinensische Kultur und nationale Befreiung
  32 Seiten Kulturbeilage; DM 3,00
- NUKLEARE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUNDESREPUBLIK UND SÜDAFRIKA
  Dokumentation des African National Congress of South Africa 20 Seiten; (vergriffen)
- ISRAEL-SÜDAFRIKA: KOOPERATION IMPERIALISTISCHER VORPOSTEN
  32 Seiten; DM 3,00
- LIBANON-KRIEG: POLITISCHE UND SOZIALE HINTERGRÜNDE
  32 Seiten; DM 3,00
- INDONESIEN
  Subimperialistisches Zentrum auf Zeit?
  24 Seiten; DM 2,00
- MAROKKO: ANALYSE EINER IMPERIALISTISCHEN BASIS
  32 Seiten, DM 3,00
- OMAN: REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION
  32 Seiten; DM 3,00

PROGRESS DRITTE WELT VERLAG – BUSCHSTRASSE 20, 5300 BONN 1, POSTFACH 1528, TEL 21 34 64

Entstehung und Struktur der Atomindustrie

Gruppe "Kritik der Berufspraxis"/Lutz Mez

Wir gehen davon aus, daß die Auseinandersetzungen um die Einführung der Kernenergie auch weiterhin, und das kann durchaus heißen für einige Jahre, eine zentrale politische Aktivität für heutige und künftige AKW-Gegner bleiben wird. Dazu ist es notwendig, die politischen und ökonomischen Prozesse nachzuvollziehen, die zum heutigen Stand von Kernenergieindustrie und ihrer Grundlage, der Politik der staatlichen Unterstützung, geführt haben. Unsere Motivation, den Kampf gegen die Ausbreitung dieser Technologie aufzunehmen, sollte sich nicht auf den unmittelbaren Zusammenhang etwa der Unfallgefahren beschränken, wobei deren Bedeutung keineswegs entkräftet werden soll. Für eine langfristige Strategie müssen wir auch die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Prozesse und Interessenstrukturen verstehen.

Von der Bombe zur Investitionsmacht

Der oft mühsame Weg der Kernenergie von Otto Hahns Experimentiertisch zur propagandistischen Wunderwaffe gegen die ökonomischen Probleme des Spätkapitalismus ist durch verschiedene Strukturen geprägt, die zudem für die einzelnen Länder spezifisch sind. Ein Merkmal wird die Kernenergie nie ablegen können: ihre enge Verflechtung mit der militärischen Entwicklung. Dadurch wurden materielle Voraussetzungen und militärische Paralleleffekte gesetzt: Uranabbau und -anreicherungsanlagen, die Entwicklung von Leichtwasserreaktoren und Brütern, wobei prinzipiell auch 'friedlich' nutzbare Energie abfällt. Die zivile Nukleartechnologie darf insbesondere für die Pionierländer USA und Großbritannien als 'Abfallprodukt' der militärischen Entwicklung gelten. Im Unterschied zu derartigen Verquickungen wie die von Teflonpfannen und Raumfahrt, Taschenrechner und Vietnambombern, wird sie diesen Makel jedoch schwer loswerden: im Falle der meisten Exportgeschäfte (Indien, Brasilien, Iran, Pakistan z. B.) erweist er sich wieder als der springende Punkt. Die heutige weltmarktbeherrschende Stellung der US-Hersteller Westinghouse und General Electric erklärt sich durch deren früheres Engagement zur Entwicklung von nuklearen U-Bootantrieben, die von ihnen geprägte Leichtwassertechnologie ist letztlich durch so gesetzte Bedingungen zum Zuge gekommen. In den USA gab es Widerstände von den verschiedensten Seiten gegen die Entwicklung ziviler Reaktoren, was sich in einer für 'Fortschrittstechnologien' sehr langen Pause zwischen Entdeckung und kommerzieller Anwendung ausdrückt.

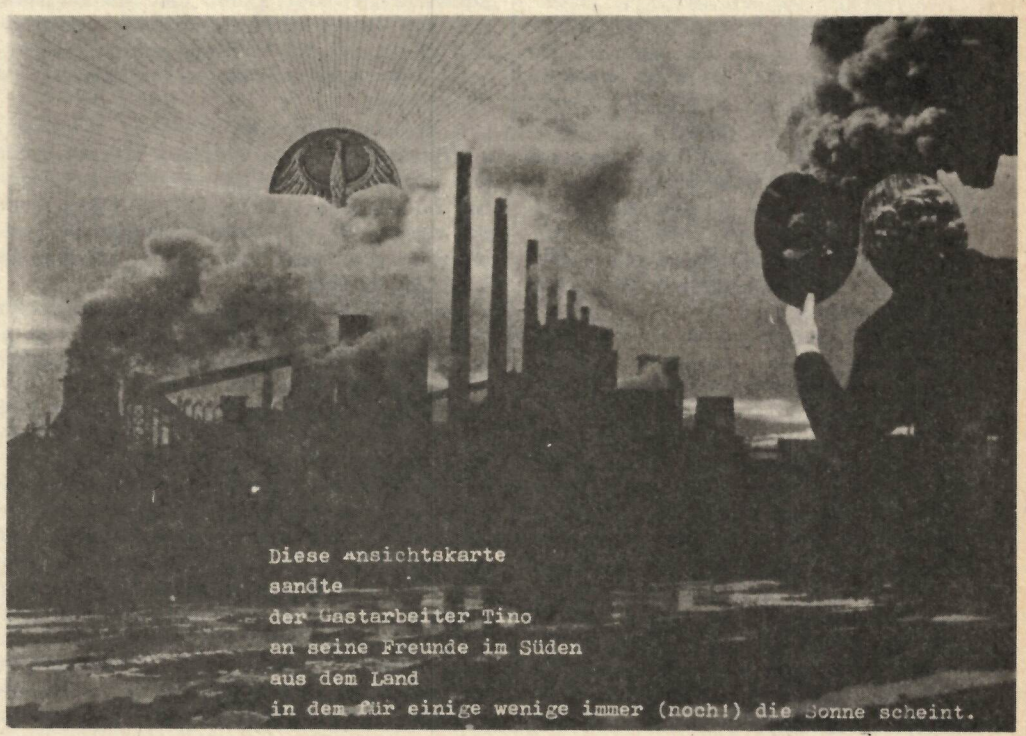
Für die BRD sind die Ausgangsbedingungen etwas anders: erst Mitte der 50er Jahre fielen die alliierten Restriktionen für den Umgang mit radioaktiven Stoffen. Gleichzeitig liefen in den USA, der UdSSR und Großbritannien die ersten Großkraftwerke, die ersten Exportaufträge zeichneten sich ab und weltweit wurde eine wahre Euphorie durch die 'gebannte Kraft des Atoms' verbreitet. Für die stark am Export orientierte extensiv wachsende westdeutsche Industrie erschien es lebenswichtig, den Anschluß an den Weltmarkt zu erhalten. Gleich fünf Firmen bzw. Konsortien wollten in das technologisch unsichere, aber ökonomisch zukunftsträchtige KKW-Geschäft einsteigen. Die immensen Kosten für Forschung und Entwicklung glaubte man damals schon auf den Staat abwälzen zu können; dieser wiederum hatte seine politischen Gründe, sich für die Einführung der Kernenergie stark zu machen. Zum einen der intime Zusammenhang zur Bombe, der es nicht einmal dem Atomminister Strauß damals (1956) abverlangte, offen für die nukleare Aufrüstung der Bundeswehr einzutreten. Zum anderen wurden die quantitativen Möglichkeiten der Kernenergie schon immer weit überschätzt, sie wurde als schier unerschöpfliche Energiequelle für die rasche wirtschaftliche Entwicklung der BRD (mit Stromzuwachsraten von gut 10% pro Jahr?) angesehen, deren Ende nicht abzusehen war. 1956 hatte die Suezkrise die Risiken der Erweiterung des Ölsektors gezeigt (der 1955 erst 8,4% des Primärenergieverbrauchs deckte gegenüber 52% heute!), die heimische Kohle fing 1957 an zu kriseln.

Der Dritte im Bunde, die 'öffentliche' Wissenschaft, war gierig, mit dem bis dahin verbotenen Spielzeug ‚zu experimentieren. Seit Gründung der BRD arbeitete sie konsequent auf die Errichtung kernphysikalischer Forschungsanlagen hin, wozu vor allem leistungsfähige Reaktoren gehören. Die Geschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe ist ein Musterbeispiel für die Kooperation aller Beteiligten: als erste Großforschungsanlage sollte sie anfangs paritätisch von Industrie und Staat getragen werden. Gegenüber dem ersten Konzept erhöhten sich die Kosten jedoch bald auf fast das Zehnfache, was nur durch einen Bluff der beteiligten Experten erklärt werden kann. In der Folge wurde der Bund in Kooperation mit einigen Ländern in steigendem Maß dazu gezwungen, die immensen Kosten für die Atomprogramme zu tragen.

Der gesamte Sektor Kernenergie zeigt deutliche Verwandtschaft zum sogenannten 'militärisch-industriellen Komplex'. Wir fordern jedoch eine hiervon etwas differenziertere Betrachtung, da letzten Endes auch ein gesellschaftlich verwertetes und bezahltes Produkt (Energie, Elektrizität) ihn kennzeichnet. Dies hat Konsequenzen für die im Sektor Kernenergie zum Teil vernichteten, zum Teil akkumulierten Kapitalien. Eine polit-ökonomische Analyse dieses bedeutenden Sektors (geplante Investitionen 1975-1985: 130 Mrd. DM) steht noch aus.

Entwicklung der Atompolitik in der BRD

Mit der von der westdeutschen Industrie betriebenen Gründung der DAtk und des BMAt 1956 waren die organisatorischen Voraussetzungen



Photomontage: Kurt Jotter

Besondere Gefahren der Leichtwasserreaktoren

Für die Widerstandsbewegung gegen AKW hat die Durchsetzung der Leichtwasserreaktoren eine besondere Bedeutung: werden bei ihnen doch neben dem Problem der Endlagerung des Atommülls vor allem die Gefahren von Wiederaufbereitungsanlagen akut. So hat der Unfall in einer Wiederaufbereitungsanlage – wegen der Konzentration des Spaltmaterials – ungleich katastrophalere Ausmaße als in einem einzelnen AKW.

Wären dagegen die Schnellen Brutreaktoren schon kommerziell anwendbar, würde sich das Problem der Wiederaufbereitungsanlagen nicht (in dieser Weise) stellen. Dafür träte aber eine ebenso gefährliche, wenn nicht bedrohlichere Lage ein: das beim Spaltprozeß anfallende Plutonium kann entweder zur weiteren Energieproduktion verwendet werden (was beim derzeitigen Stand unsinnig ist, denn bereits jetzt wird von den betriebenen AKW soviel hochgiftiges Plutonium erzeugt, daß seine Lagerung größte Schwierigkeiten macht); oder das Plutonium kann zum Bau von Bomben verwendet werden. Damit müßte sich die Widerstandsbewegung gegen die "friedliche" Nutzung der Atomenergie in viel stärkerem Maß als heute noch deren politisch-militärischer Bedrohlichkeit zuwenden.

für den Start der Atompolitik geschaffen. Dabei kam es am Anfang darauf an, die für den Aufbau einer zivilen Atomindustrie notwendigen Faktoren bereitzustellen: qualifizierte Arbeitskräfte, technologisches Wissen, Rohstoffe, Kapital. Die von der Bundesregierung einzuleitende Förderungspolitik mußte auf einen unbestimmten Zeitraum den ganzen Bereich von Forschung und Entwicklung bis zur technischen Realisierung umfassen, um einen schnellen Anschluß an die ausländische Entwicklung zu gewährleisten.

1956/57 wurden fünf Leistungsreaktortypen projektiert, die weniger unterschiedlichen technischen Konzeptionen entsprachen, als vielmehr die Konkurrenz- und Machtverhältnisse der beteiligten Konzerne widerspiegelten. Dieses "Eltviller Programm" wurde nach seiner Verabschiedung durch die DAtK von der Bundesregierung als erstes Atomprogramm übernommen. Die Realisierung dieses Programmes brachte jedoch erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Fertiggestellt werden konnte lediglich das 15 MW Kernkraftwerk Jülich (1966) und das inzwischen wieder stillgelegte Kernkraftwerk Niederaichbach (1970).

1963 folgte dann das ebenfalls von der DAtK und der Reaktorindustrie erarbeitete 2. Atomprogramm. Die Reaktorstrategie knüpfte im verstärkten Maße an die in den USA gemachten Erfahrungen an: ein Nahprogramm (Übernahme der erprobten Leichtwasserreaktoren und Entwicklung des Hochtemperaturreaktors), ein Hilfsprogramm für die Entwicklung aller beim Kraftwerksbau erforderlichen Techniken, und ein Fernprogramm für die Entwicklung von Brutreaktoren.

Die folgenden Atomprogramme – das 3. Atomprogramm 1968-1972 und das 4. Atomprogramm 1973-1976 – sind durch eine weitgehende Verschiebung der Förderung von der Grundlagenforschung zur Kerntechnik gekennzeichnet. Während der Laufzeit des 3. Atomprogramms wurden die Leichtwasserreaktoren produktionsreif entwickelt. Das 4. Atomprogramm förderte schwerpunktmäßig den Hochtemperaturreaktor und schnellen Brutreaktor. Insgesamt wurden der Aufbau einer international konkurrenzfähigen Atomindustrie im Zeitraum von 1956 bis 1976 mit ca. 20 Mrd. DM staatlicher Gelder finanziert. Davon entfielen 7 Mrd. DM auf die Grundlagenforschung und 8 Mrd. DM auf die Kerntechnik, während für Sicherheitsforschung und Strahlenschutz in den zwanzig Jahren lediglich 700 Mio. DM aufgewendet wurden. Das gerade verabschiedete Energieprogramm schreibt die forcierte Förderung der Atomindustrie sowohl nominal als auch relativ fort.

Die Fehlschläge in der Entwicklung eigener Prototypen und das damit verbundene Scheitern des ersten Atomprogramms führten dazu, daß der Konzentrationsprozeß in der AKW-Industrie vorangetrieben wurde. Für die Entscheidung zugunsten der amerikanischen Leichtwasserreaktoren waren

Die Reaktortypen

Leichtwasserreaktor. Gewöhnliches, aber vollentsalztes Wasser dient als Kühlmittel des Reaktors; gleichzeitig erfüllt es auch eine Funktion beim Spaltungsprozeß des Brennmaterials (angereichertes Uran, das in der Natur nicht vorkommt). Die gebräuchlichsten Arten sind Siede- und Druckwasserreaktor.

Siedewasserreaktor. Durch den Spaltungsprozeß des Urans wird das Wasser verdampft und direkt auf die Turbinen geleitet. Die Abgabe von Radioaktivität an die Umwelt ist relativ hoch.

Druckwasserreaktor. Es bestehen 2 Wasserkreisläufe: im ersten wird das Wasser durch den Spaltprozeß erhitzt, siedet aber wegen des hohen Drucks, unter dem es steht, nicht. Mit diesem Wasser wird dasjenige im zweiten oder Sekundärkreislauf erhitzt, das dann die Turbinen antreibt.

Ein wesentliches Merkmal dieses Reaktortyps ist, daß der weitaus größte Teil der erzeugten Wärme (2/3) über ein weiteres Kühlsystem an die Umwelt abgegeben wird.

Hochtemperaturreaktor. Er unterscheidet sich weitgehend von den obengenannten Reaktoren. Als Kühlmittel dient nämlich ein Gas, Helium. Der Spaltprozeß selbst findet in einem Graphitmantel statt. Anstelle eines Brennmaterials werden zwei verwendet: angereichertes Uran und Thorium. Dies wird im Laufe des Spaltprozesses zu Uran 233, das wiederum in einem anderen Reaktortyp direkt als Brennmaterial verwendet werden kann.

Schneller Brutreaktor. Der hauptsächliche Unterschied zu allen anderen Reaktortypen liegt darin, daß anstelle der bei diesen Typen anfallenden abgebremsten Neutronen (Teilen des Atoms mit den beim Spaltprozeß anfallenden 'schnellen' Neutronen operiert wird, nachdem die Spaltung in Gang gesetzt ist. Dabei entsteht wiederum spaltbares Plutonium.

Nach einer Anlaufphase benötigen die Schnellen Brüter deshalb kein Uran mehr, sondern das "erbrütete" Plutonium dient selbst als Brennmaterial. Doch ebenso geeignet wie begehrt ist dies Plutonium für die Herstellung von Bomben. ★

Die Anti-AKW-Aktion in Seabrock/USA . . .

Nicht Masse und Militanz sind entscheidende Merkmale der Aktivitäten der Clamshell Alliance im Kampf gegen das KKW-Seabrock, sondern die Vorbereitung und Organisation. Die Organisationsweise der Clamshell ist ein Versuch, die lokale Bevölkerung ebenso wie Kernkraftgegner an anderen Orten zu mobilisieren und auf basisdemokratische Art einen Zusammenschluß zu bilden, in dem die lokale Bevölkerung nicht von außen dominiert wird und keine selbsternannten Avantgarden die Führung übernehmen können. Die betonte Ablehnung von Militarismus, die Aufforderung zur Disziplin sind Vorsichtsmaßnahmen, die Lernprozessen aus der Bewegung der 60er Jahre Rechnung tragen: die Gewaltdrohungen der Behörden phantasievoll zu unterlaufen, die Ebene des Kampfes versuchen selbst zu bestimmen, sich nicht in militante Aktivisten und teilnehmende Beobachter zu zersplittern, die leicht voneinander zu isolieren sind. Clamshell repräsentiert ein neues politisches Bewußtsein in den USA, das der Sektiererei der alten "Neuen Linken" überdrüssig ist – deshalb interessant auch für uns.

Die "links"-Redaktion

Better active today than radioactive tomorrow", mit diesem Slogan traten am 30. April 1977 2000 Demonstranten zu einer Besetzung des KKW Seabrock in New Hampshire an. Dies war der erste Versuch einer Massenbesetzung in den USA.

Seabrock (etwa 6000 Einwohner) liegt ungefähr 70 km von Boston an der Atlantikküste. Früher war die einheimische Bevölkerung auf Muschelfang, Landwirtschaft und Kunsthandwerk spezialisiert. Landwirtschaft und Muschelfang verloren an Bedeutung, und an deren Stelle siedelte sich Industrie an. Dennoch lebte ein nicht unbeträchtlicher Teil der Menschen weiterhin vom Fischfang. Umliegende Gegenden wurden in Naturschutzgebiete umgewandelt.

In den späteren 60er Jahren kaufte die Public Service Company (PSC) große Teile von Land auf und verkündete dann im Mai 1968 den Bau von zwei 1150 Megawatt-Reaktoren im Werte von 2 Milliarden Dollar, um den wachsenden Energiebedarf der Wirtschaft zu decken. Mit Ausnahme der Fischerfamilien, die beunruhigt über die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage waren, wurde die neue Industrie allgemein wegen der Schaffung von Arbeitsplätzen begrüßt. Durch unkontrolliertes Wachstum kam es jedoch zu immer größeren wirtschaftlichen und sozialen Problemen: Lebensqualität nahm ab, Wasserrationierung wurde eingeführt, man wußte nicht, wohin mit dem Müll, der Bau von Wohnungen wurde 1973 gestoppt, und die Vermögenssteuer wurde immer unerträglicher.

In einer Volksabstimmung sprach sich die Mehrheit der Bevölkerung 1976 gegen den Bau des KKW´s aus. Trotzdem aber gewährten Bundesbehörden im Juli 1976 die erste Teilgenehmigung.

Als Reaktion auf diese Ereignisse bildete sich die Clamshell Alliance (wörtlich: Muschelschalen). Von Anfang an war die Clamshell eine Grassroot-Organisation (Basisbewegung mit bald 40 Regionalgruppen. Am 1. August 1976 versuchten 18 Clam-Mitglieder, unterstützt von 600 Sympathisanten, demonstrativ den Bauplatz zu besetzen und wurden verhaftet. Schon am 22. August erschienen 180 Platzbesetzer und 1200 Sympathisanten. Auch hier schritten Polizeikräfte ein und verhafteten alle. Im Oktober organisierte die Clamshell eine alternative Energieausstellung und eine Kundgebung gegen Kernenergie, an der 5000 Menschen teilnahmen. 5000 Unterschriften waren gegen den Bau des KKW´s in Seabrock gesammelt worden und wurden der PSC übergeben.

Bis zum April 1977 geriet die PSC immer mehr in Schwierigkeiten: verstärkter Druck der Bevölkerung; Probleme mit der Nuclear Regulatory Comission wegen des Kühlsystems. Im November 1976 wurde ein Baustopp verfügt, weil das ins Meer zu leitende Kühlwasser sich um 22 Grad erhitzen würde, die Temperatur des Meerwassers im Küstengebiet erheblich erhöhe und so eine ökologische Katastrophe auslösen würde. Als einzige Alternative hierzu blieben nur noch Kühltürme, die die Powercompany schon längst als unökonomisch abgelehnt hatte. Bis heute hat sie schon über eine Million Dollar in das KKW investiert.

Die erste Massenbesetzung am 30. April 1977 war schon lange gründlich vorbereitet worden. Überall in New Hampshire und auch in anderen Bundesstaaten übten sich Kernkraftgegner in gewaltfreiem zivilem Ungehorsam und bildeten Affinitygroups (selbstversorgende Einheiten). Jede Affinitygroup (A-group) besteht aus 10 – 20 Mitgliedern, die sich untereinander kennen, einen Gruppensprecher wählen und eine Person, die Außenkontakte aufrecht erhält. Es war Pflicht für jeden Besetzer in solch einer A-group zu sein. Von jedem Besetzer wurde dadurch erwartet, folgende Regeln, die in einem Besetzer-Handbuch beschrieben sind, zu kennen und zu befolgen:

1) Alle Besetzer müssen vorbere

vornehmlich traditionelle Kapitalverflechtungen und Lizenzabkommen der westdeutschen Konzerne AEG und Siemens ausschlaggebend. An der AEG war bis 1976 General Electric (GE) mit 10,7% beteiligt, und die AEG entwickelte aufgrund von GE-Lizenzen bis 1972 Siedewasserreaktoren in der BRD. Zwischen Siemens und Westinghouse bestand ein Lizenzabkommen für die Druckwasserlinie, das 1965 in einen fünfjährigen Kooperationsvertrag überging.

Durch die im Jahre 1967 an AEG und Siemens erstmals erteilten rein kommerziellen Aufträge zum Bau der AKW in Würgassen und Stade erhielten beide Konzerne erheblichen Auftrieb gegenüber der nationalen Konkurrenz. Die Maschinenbaukonzerne – Gute-Hoffnungs-Hütte, Krupp – wurden ganz aus der Entwicklung und dem Bau von AKW gedrängt und beschränkten sich fortan auf die Zulieferung von Baukomponenten.

Siemens und AEG gelang es, ihre führende Position auf dem westdeutschen AKW-Markt entscheidend auszubauen, als im Frühjahr 1969 die Kraftwerks-Union (KWU) gegründet wurde. Anfänglich diente die KWU nur zur Abwicklung der gemeinsamen konventionellen Kraftwerksprojekte, da aufgrund der unterschiedlichen Lizenzen ein Einbringen der Reaktorabteilung durch die amerikanischen Lizenzgeber verhindert wurde. Seit 1973 wickelt die KWU auch die AKW-Projekte ab.

Für die AEG entwickelte sich das Reaktorgeschäft dennoch zum finanziellen Dabakel. Zahlreiche technische Pannen, Unfälle und Betriebsstörungen verzögerten die Inbetriebnahme des AKW Würgassen von 1971 auf November 1975 und brachte der AEG Mehraufwendungen von 400 Mio. DM ein. Konstruktive Änderungen und Umbauten an den Folgeprojekten und Rückstellungen für weitere Verluste ließen das gesamte finanzielle Engagement der AEG im AKW-Bau auf 1,5 Mrd. DM ansteigen. Der Rückzug der AEG aus dem Kernkraftwerksgeschäft war unausbleiblich. Zwei Jahre Verhandlungen zwischen AEG und Siemens brachten Siemens seit April 1977 die Alleinherrschaft über die KWU. Damit fand der Konzentrationsprozeß unter den westdeutschen Herstellern seinen vorläufigen Abschluß. Die Siemens-KWU-Gruppe ist mit derzeit 19 Aufträgen im Inland und sieben Projekten im Ausland der bedeutendste Hersteller in der BRD. Über die Tochtergesellschaft Interatom ist die KWU auch am Bau des SNR-300 in Kalkar beteiligt. Der Weltmarktanteil der KWU betrug 1976 etwa 10%.

Die Drohung für morgen: radioaktive Abfälle

Tendenzen auf dem Reaktorweltmarkt

Nach dem Stand Mitte 1975 waren weltweit 156 Atomkraftwerke mit zusammen rd. 71.000 MW Nettoleistung in Betrieb. Davon sind 113 Leichtwasserreaktoren, das sind 72% der Reaktoren, die 82% der Leistung bringen.

Im Bau oder bestellt waren zu diesem Zeitpunkt

. . . ein Beispiel für Widerstand

tende Übungen gewaltfreier Aktion mitgemacht haben, bevor sie an der Besetzung teilnehmen dürfen.
2) Keine Waffen jeglicher Art.
3) Zu jeder Zeit ist es verboten zu laufen.
5) Keine Bewegungen nach Dunkelwerden.
6) Kein Durchbrechen von Polizeiketten.
7) Keine Hunde.
8) Keine Drogen oder Alkohol.
9) Im Falle von Konfrontation sofort hinsetzen.

Am Samstag, 30. April, ging die Aktion dann los. Die Mehrheit näherte sich dem Bauplatz vom Land, aber es kamen auch Gruppen aus dem Norden und Süden über Sumpfgebiete, und etwa 100 kamen mit Booten aus dem Osten. Eine Gruppe wurde von Krabbenfängern an Land gebracht, nachdem ihr Boot kenterte. Nachdem die Campingausrüstung aufgestellt war, wurden die Straßen der Zeltstadt benannt. Eine erhielt den Namen Karen Silkwood, sie wurde durch einen dubiosen Autounfall getötet, nachdem sie Informationen über ein Kernkraftwerk an die Presse weitergeben wollte, eine andere wurde Ho-chi-Minh-Pfad, zum Gedenken an den 2. Jahrestag der Befreiung Vietnams genannt. Eine der A-groups gab sich den Namen Soveto als Zeichen der Solidarität mit allen Unterdrückten, und die gesamte Gegend in Seabrock wurde umbenannt in Freebrock.

Es war eine ausgezeichnete Stimmung, und Entscheidungen wurden schnell und energisch getroffen und allgemein beachtet. Am nächsten Morgen traf man sich, um zu entscheiden, ob man die Bauarbeiter beim Betreten des KKW´s hindern sollte oder den Bau einer Stadt beginnen sollte, um noch mehr Leute zu gewinnen. In einem Dorf in der Nähe nahmen Tausende an einer Sympathiekundgebung teil.

Um ein Uhr stellte der Gouverneur Thompson ein Ultimatum: sofortiges Verlassen des Bauplatzes oder Verhaftung. Die Besetzer packten alle ihre Sachen zusammen und setzten sich auf den Boden in ihren A-groups. Bundespolizei und Nationalgarde trafen um 15.30 Uhr ein und begannen mit Verhaftungen. Die meisten Demonstranten ließen sich widerstandslos festnehmen, andere blieben bei der Festnahme sitzen. Alle blieben diszipliniert bei der Verhaftung und folgten dem Aufruf, freundlich und gewaltlos mit den Polizisten umzugehen.

Zuvor ließ Gouverneur Thompson erklären, daß er sich nicht von ein paar tausend Demonstranten erschrecken lasse; später nannte er die Besetzung eine der "bestgeplantesten kriminellen Aktivitäten" und bezeichnete die Besetzer als "Terroristen". Es dauerte 14 Stunden, bis der Platz geräumt war. Da nicht genügend Platz für alle Festgenommenen vorhanden war, wurden sie auf verschiedene Lagerkasernen verteilt, nachdem viele für mehr als 12 Stunden in Bussen ohne Verpflegung und Waschgelegenheit die Nacht unter unangenehmsten Bedingungen verbringen mußten.

Die Polizei versuchte später, bei Festnahmen die A-groups auseinanderzureißen, um so leichter ihren Widerstandswillen zu brechen. Wegen der Anzahl der Gefangenen dauerte die Festlegung der Kaution bis zu mehreren Tagen. Für diejenigen, die aus verschiedensten Gründen schnell 'raus mußten, wurde gesammelt, die meisten übten sich in "Kautionssolidarität", d. h. sie alle weigerten sich zu bezahlen, auch die, die nur kleine Kautionen zu bezahlen hatten.

Die Kosten für Verpflegung betrugen 50.000 Dollar pro Tag. Der Gouverneur rief zwar zu Spenden auf, um die Kosten zu decken und richtete später eine Anfrage an staatliche Behörden, um Geld zu bekommen, hatte damit aber keinerlei Erfolg. Aus ökonomischen Gründen mußten alle Verhafteten nach 11 Tagen freigelassen werden und warten nun auf ihren Prozeßbeginn.

Etwas besseres für die Kernkraftgegner hätte sich Gouvernuer Thompsen gar nicht ausdenken können, als alle zusammen einzusperren und sie auch noch zu verpflegen. Durch die gute Vorbereitung in den A-groups gelang es der Polizei nicht, die Gruppen zu spalten und ein Chaos unter den Demonstranten zu bewirken; z. B. ließen sich die Frauen nicht von den Männern trennen und die Männer nicht von den Frauen. Wenn Spaltungen doch glückten, dann bildeten sich sofort neue A-groups. Beispiel für eine kleine, aber sehr wirkungsvolle Aktion war das Zusammenbinden aller Schuhe, um den Befehl, daß jeder verpflichtet sei, jederzeit Schuhe zu tragen, zu vereiteln. Da ihnen jeder technische Kontakt zur Außenwelt abgeschnitten wurde, organisierten die festgenommenen Demonstranten spontan einen sehr wirkungsvollen Zetteldienst zur Aufrechterhaltung der Verbindungen.

Es kam keine Langeweile auf, weil sich z. B. Theatergruppen bildeten, Musik gemacht und getanzt wurde und sich vor allem überall politische Arbeitsgruppen bildeten, die in ihren Gedanken schon längst bei neuen Aktionen waren ...

Weitere Informationen, Kontaktadresse: Friedhelm Darimont, 4920 Piney Branch Rd. N.W., Washington, D.C. 20011

Photo: A. Löwenbein

weitere 358 AKW, von denen 317, d. h. 89% Leichtwasserreaktoren sind, die 92% der Gesamtleistung aller AKW bringen sollen.

Aufgrund dieser Daten kann von einer eindeutigen Tendenz zur Weltmarktbeherrschung durch den Leichtwasserreaktor gesprochen werden, wobei der Druckwasserreaktor eine zunehmend wichtigere Rolle spielt als der Siedewasserreaktor (siehe Kasten "Leichtwasserreaktoren"). Die restlichen Reaktorlinien wie Schwerwasserreaktor und Gas-Graphit-Reaktor verblassen daneben ebenso wie die sogenannten "fortgeschrittenen" Reaktorlinien: Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter. Ihr Anteil am Reaktorweltmarkt ist auf der Basis der vorliegenden Informationen in absehbarer Zeit nicht zu revidieren. Als Hauptgrund können vor allem zunehmende Schwierigkeiten technologischer wie auch ökonomischer Art bei der Entwicklung der Reaktorsysteme angegeben werden. In den letzten Jahren hat es eine Reihe schwerer Rückschläge gegeben.

So ist in den USA die Entwicklung und Markteinführung von Hochtemperaturreaktoren, die vor allem von dem Konzern General Atomic (einer Tochter der Öl-Mulites GULF Oil und Royal Dutch/Shell) getragen wurde, in eine schwere Krise geraten, weil der Prototyp-Reaktor nicht in Betrieb genommen werden konnte. Daraufhin wurden alle vorliegenden Aufträge für die weitere Nutzung – es waren etwa 10 – entweder storniert oder zurückgegeben. Zur Zeit ist nur noch ein einziger Hochtemperatur-Prototyp im Bau, der THTR-300 in Uentrop bei Hamm. Die Finanzierung dieses Projektes ist beispielhaft für die weitgehende Übernahme der Forschung und Entwicklung in der Atomindustrie durch den Staat:

Beim Beschluß des Baues im Jahr 1969 betrug der Anteil der Landes- und Bundesmittel knapp 75%. Weitere 18% waren durch ein Darlehen gedeckt, das die Betreiber aufnahmen, der Rest von ihnen selbst. Die Gesamtkosten im Jahr 1976, mit 1,3 Mrd. DM fast auf das Doppelte gestiegen, teilen sich auf in gut 76% Landes- und Bundesmittel, 22% werden durch Darlehen finanziert, den Rest trägt ein Konsortium. Mit der Inbetriebnahme wird nicht vor 1979 gerechnet.

Aufgrund der Fehlschläge in den USA ist außerdem sicher, daß die Markteinführung von Hochtemperaturreaktoren um Jahre zurückgeworfen wurde. Die Nutznießer der Forschungssubventionen für den THTR-300 wären auch nicht die deutsche AKW-Monopolgruppe um die Siemens AG, sondern die Multis, die hinter der Hochtemperatur-Reaktorbau GmbH (HRB) stehen, die BBC und General Atomic International. Die HRB taucht zunächst gar nicht bei der Finanzierung auf, erst im Konsortium trägt der kommerzielle Weiterverwerter ganze 1,8% der Gesamtkosten.

Mit dieser Förderungspraxis wird die Entwicklung der Nukleartechnologie natürlich zu einem risikolosen Geschäft der Atomindustrie.

Die zweite "fortgeschrittene" Reaktorlinie, der Schnelle Brutreaktor, soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung in den 90er Jahren kommerziell verfügbar sein. In den USA fällt die Entscheidung, ob Schnelle Brüter auf kommerzieller Basis errichtet werden sollen, nicht vor 1986. Die Regierung Carter hat sich schon jetzt gegen die Brüter-Entwicklung ausgesprochen.

Bislang existieren die Schnellen Brüter nur als Versuchs- und Prototyp-Reaktoren, die meisten mit sehr geringer Leistung. Drei haben eine Leistung zwischen 250 und 300 MW. Von allen wird der französische Prototyp Phénix am positivsten beurteilt, obwohl ein Nachweis darüber, ob dieser Reaktor wirklich brütet, d. h. mehr Brennstoff erzeugt als er verbraucht, noch nicht vorliegt. Acht Schnelle Brüter mit Natrium (einem Metall, das bei etwa 100° C flüssig wird) als Kühlmittel werden zur Zeit gebaut oder sind fest geplant. Bei günstigen Betriebserfahrungen mit den Prototypen sollen in den 80er Jahren Demonstrationskraftwerke mit Leistungen zwischen 1.000 und 2.000 Megawatt gebaut werden. Erst danach können kommerzielle Großkraftwerke entstehen, die eine möglichst hohe Brutrate erzielen müssen, um den Anforderungen an einen Brutreaktor zu genügen.

Es ist deswegen nicht absehbar, wann die "Markteinführung" der Schnellen Brüter erfolgt bzw. ob sie überhaupt stattfindet. Die Gründe dafür liegen nicht nur im technischen Bereich. In der "Bürgerinformation Kernenergie" des Bundesforschungsministeriums heißt es dazu: das Tempo der Markteinführung wird von der Möglichkeit internationaler Kooperation beeinflußt. Diese Formulierung betrifft vor allem die Entwicklungskosten. Sie sind so hoch, daß sie bereits nach dem heutigen Stand kaum von einem Nationalstaat allein aufgebracht werden können. Eine amerikanische Schätzung aus dem Jahre 1975 veranschlagte die Entwicklung der Schnellen Brüter bis zur Markteinführung auf 10,7 Mrd. Dollar, das sind 25,3 Mrd. DM. Die Kostenexplosion bei der bisherigen Entwicklung ist deswegen eine der Ursachen für die Hinterfragung. Außerdem ist ein Prioritätenkonflikt zwischen Fusions- und Brutreaktoren-Entwicklung entstanden. Mit der Fusionsforschung und -förderung ist neuerdings die Entwicklung der Lasertechnologie verbunden, der man auf militärischem Gebiet noch wahre Wunder zutraut. Zwei derart kostspielige Entwicklungen sind nicht gleichzeitig zu finanzieren.

Auch die EG-Länder werden Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Brüterentwicklung haben. Es existiert zwar bereits eine Zusammenarbeit zwischen der BRD, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Italien sowie den USA. Inwieweit die nationalen Interessengegensätze und Konkurrenzmechanismen der Atomindustriekonzerne sich vereinheitlichen bzw. gleichschalten ließen, ist schon für die mittelfristige Perspektive fraglich. Einerseits ist eine Zusammenfassung aller Kenntnisse aus den Projekten SNR-300 und Phénix vorgesehen. Die gemeinsame Lizenzgesellschaft von Framatome und Interatom soll dann SNR-Kraftwerke bauen. Andererseits ist das französische Demonstrationskraftwerk Super-Phénix, dessen Inbetriebnahme bereits für 1981 geplant ist, nicht miteinbezogen. Die Kostenexplosion und Staatsübernahme der Forschungs- und Entwicklungskosten bei den SBR kann am Beispiel des SNR-300, der in Kalkar/BRD gebaut wird, verdeutlicht werden. Die Gesamtkosten sind in den vergangenen dreieinhalb Jahren um rund 50% gestiegen (von 1,7 auf 2,5 Mrd. DM), ein Ende ist nicht abzusehen. Während der Staat jedoch seinen Anteil entspechend steigern müßte, konnte es sich die Industrie leisten, ihren Teil von 0,6% auf 0,4% der Gesamtkostenfinanzierung zu senken.

Zusammenfassend lassen sich Rolle und Stellenwert der Atomenergie etwa folgendermaßen definieren: Die "Notwendigkeit" der Förderung der Nukleartechnologie bzw. des Energieträgers Atomenergie ergab sich aus energiepolitischen, militärischen und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des bestehenden Systems. Da derartige Ziele aber in einer kapitalistischen Systemstruktur kontrovers sind, hängt der Grad der Durchsetzung der Atomtechnologie von den politischen, ökonomischen und sozialen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft ab. Widerstand gegen Atomkraftwerke beinhaltet also, daß eine Widerstandsstrategie auf allen drei Ebenen Angriffspunkte bestimmen und Zielsetzungen haben muß, die auf eine Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses abstellen.

WYHLARBEIT

Rundbrief der Projektgruppen >AKW und Umweltschutz< im Sozialistischen Büro

Der Rundbrief WYHLARBEIT dient in erster Linie dem Informations-, Erfahrungs- und Materialaustausch der Projektgruppen AKW und Umweltschutz im Sozialistischen Büro. Der Rundbrief ist also vorerst als "interner" Informationsträger konzipiert. Das schließt jedoch nicht aus, daß der Rundbrief auch über das SB hinaus Verbreitung finden sollte. Viele Aktive in der AKW-Bewegung haben ein Interesse daran, die Materialien, die zum Thema AKW und Umweltschutz im Sozialistischen Büro erarbeitet und diskutiert werden, kennenzulernen. Der Rundbrief WYHLARBEIT sollte in seiner jetzigen formalen und inhaltlichen Ausrichtung als Experiment verstanden werden, weshalb auch darauf verzichtet wird, bereits ein festes Abonnement für den Rundbrief einzurichten. Der Rundbrief soll über die Projektgruppen AKW und Umweltschutz, bei Veranstaltungen der Anti-AKW-Bewegung bzw. der Bürgerinitiativen, über SB-Büchertische und den linken Buchhandel vertrieben werden. Außerdem ist es möglich, gegen Voreinsendung von DM 6,-- (Briefmarken, Bargeld oder Verrechnungsscheck beilegen) sich die O-Nummer sowie die ersten drei regulären Ausgaben des Rundbriefs WYHLARBEIT direkt vom Verlag des SB zuschicken zu lassen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4. Aus dem Inhalt der O-Nummer (Mai 1977): • Rede von Heinz Brandt in Gorleben am 12. März 1977 • Das Atomklo – Thesen zur Bedeutung von WAA für die Atomindustrie • Katastrophenschutzplan für Fessenheim geklaut! Aus dem Inhalt der Nummer 1 (Juli 1977): • Grohnde: Kühlturmgelände besetzt • Entwicklung der Atomindustrie in der BRD • Repressionen gegen AKW-Gegner • Lied, Theaterstück, Spiele.

Betroffenheit und Politisierung

Anmerkungen zur Geschichte der außerparlamentarischen Opposition

Andreas Buro

Der Versuch, die Entwicklung der außerparlamentarischen und linken Opposition als Kontrastprozeß zur kapitalistischen Restauration und zur Integration der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in das spätkapitalistische System in wichtigen Stationen und Aspekten nachzuzeichnen, reitet nicht auf einer Welle von Nostalgie, sondern legitimiert sich aus den Schwierigkeiten und Möglichkeiten, die die Linke heute in der BRD hat. Gegenwärtig werden in kollektiven Anstrengungen von heterogen zusammengesetzten Bürgerinitiativen Konflikte um die Erhaltung ökologischer, materieller und sozialer Bedingungen von Lebensqualität ausgetragen. Sie drängen in Konfrontationen mit Staatsmacht und Wirtschaftsinteressen, aber auch im Gefolge mit dem jeweiligen eigenen Bewußtsein von Gesellschaft darauf, große Teile der Gesellschaft in politisierende Massenlernprozesse einzubeziehen, und zwar auch Teile, die sich bisher nicht an außerparlamentarischer Bewegung beteiligt hatten. Für die Linke in der BRD ergibt sich damit die Chance, ihre Isolierung zu durchbrechen und einen Prozeß der Politisierung nach links zu fördern. Ob sie allerdings in der Lage sein wird, diese Chance zu nutzen, ist ungewiß. Eine der Bedingungen dafür ist, daß sie sich ihrer eigenen historischen Situation bewußt wird und sich erneut, wie in den 60er Jahren, als eine kämpfende und lernende emanzipative Bewegung begreift, daß sie ihre historischen Larven beiseitelegt und sich in ihrem Verhalten auf die politisierenden Lernprozesse einstellt, die heutige "Anti-Atom- und Bürgerrechtsbewegungen" mühevoll zu durchlaufen haben werden, wenn sie sich nicht vorher, von linker Arroganz und Dogmatik abgestoßen und von rechter Demagogik verführt, dem Trend der entpolitisierenden Politisierung nach rechts anschließen – eine Gefahr, die nicht hoch genug einzuschätzen ist.

In der Krise der bürgerlichen Gesellschaft, auf die die Linke als Vehikel von Politisierung so lange – und historisch gesehen so oft mit getäuschten Erwartungen – hoffte, und auf die sie so wenig vorbereitet ist, kann die Erinnerung an den eigenen Entstehungsprozeß helfen, die Perspektiven gegenwärtiger Möglichkeiten zu verdeutlichen. Freilich kann die folgende Skizze nicht mehr als ein rudimentärer Versuch sein, weitere Diskussion zur Nutzbarmachung kollektiver Erfahrungen anzuregen.

Die Skizze unterliegt einer einschneidenden Einschränkung. Sie versucht nicht, parallel und verflochten mit der Entfaltung der außerparlamentarischen Bewegung die sozio-ökonomische und politische Entwicklung der Bundesrepublik darzustellen. Sie kann deshalb nicht die Entwicklung der APO erklären, sondern nur ihren Verlauf in einigen wichtigen Stationen angeben.

Für mich ist es keine Frage, daß sich der gesamte soziale Massenlernprozeß, von dem hier die Rede ist, trotz seiner verwirrenden und widersprüchlichen Einzelbewegungen in der Tendenz auf die Herausbildung einer emanzipativen, systemkritischen und notwendig an den eigenen Problemen dieser Gesellschaft orientierten sozialistischen Bewegung richtet. Ob diese Bewegung aber weitere gesellschaftliche und politische Relevanz gewinnen wird, hängt nicht nur von den objektiven ökonomischen und politischen Entwicklungen ab, sondern auch von der subjektiven Motivation und Handlungsweise ihrer Träger. Diese aber entspringt nicht zuletzt aus persönlicher Betroffenheit und Verletzung der subjektiven moralischen Werte.

Hier liegt das verbindende Element zu späteren oppositionellen Ansätzen, besonders auch der jüngsten Zeit, die sich in Bürgerinitiativen für die Erhaltung der Umwelt, für menschenwürdiges Leben oder gegen bedrohliche Aspekte der Nutzung von Kernenergie wenden. Persönliche Betroffenheit meinte damals und heute, daß im Bewußtsein tief verwurzelte Werte in bezug auf ein richtiges und gutes Leben bedroht wurden. Diese Werte waren damals nicht zuletzt geprägt von den Idealen der bürgerlichen Gesellschaft, ihren Ideologien und den nach 1945 einsetzenden Bemühungen, bürgerliche Demokratie in ihren Werthaltungen deutlich vom Faschismus abzugrenzen. Die damalige „Reeducation" der Alliierten war von vielen, deren Sozialisation im Zeitalter des Faschismus oder der Nachkriegszeit der 40er oder 50er Jahre erfolgte, sehr ernst genommen worden. Die von ihr hervorgehobenen Werte der bürgerlichen Demokratie wurden nun aber gerade von den Kräften wieder bedroht, die als Staats- und Kulturapparate diese Werte selbst offiziell vertraten. Da galt es, als einzelner aufzustehen, zu warnen und sich mit allen seinen Möglichkeiten dafür einzusetzen, daß verhängnisvolle Irrtümer und Fehlentwicklungen vermieden wurden. Moralische Betroffenheit war so zentrale Motivation, um die Kraft aufzubringen, in einer ablehnenden Umwelt aus einer Position der materiellen Schwäche heraus zu mahnen und, wenn nötig, Widerstand zu leisten. Persönliche Betroffenheit war und ist aber auch ein Moment, das dazu führt, sein Anliegen nicht in abgehobener, abstrakter Weise, sondern konkret festgemacht an offensichtlichen Problemen vorzubringen. Träger des Protestes waren so vor allem immer wieder die, die sich unmittelbar moralisch oder auch, wie in der Gegenwart, materiell betroffen fühlten, nicht aber selbsternannte Stellvertreter. Stärke der Motivation und Konkretheit des Bezugs waren damals wie heute entscheidende Voraussetzungen, um Veränderungen nicht nur gegen herrschende Interessen, sondern auch gegen ideologisch verstelltem und den eigenen Interessen gegenüber deformiertem Bewußtsein durchzusetzen.

Der lange, kollektive Lernprozeß

Der gemeinsame Lernprozeß ist bis in die 60er Jahre hinein durch das Fehlen einer einflußreichen und dezidiert sozialistischen Bewegung gekennzeichnet. Die Zerschlagung der sozialistischen und kommunistischen Kader im Faschismus, die antikommunistische und konterrevolutionäre Tradition in Deutschland und die Auswirkungen des "realen Sozialismus" stalinistischer Ausprägung haben verhindert, daß sich dieser Prozeß von Beginn an mit sozialistischen Analysen und Perspektiven zentral auseinandersetzen mußte. Er machte sich deshalb vor allem an den Vorgaben der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer Ideologie und Politik fest.

Die an ihm beteiligten Kräfte zeichneten sich zweitens durch eine hohe Heterogenität aus. Da eben nach 1945 keine politisch entschiedene Arbeiterbewegung wieder entstand, da die kulturelle Tradition weitgehend unterbrochen war, und schließlich, da auf Grund der Verlierer-Sieger-Situation der Einfluß der progressiven Kräfte Westeuropas gering blieb, war nicht nur eine einzige Kraft für den außerparlamentarischen Lernprozeß vorherrschend prägend. Es wirkten vielmehr sehr unterschiedliche Kräfte aus den verschiedensten Lebens- und Erfahrungszusammenhängen aufeinander ein. Teile der Arbeiterbewegung waren ebenso vertreten wie Gruppierungen aus dem antifaschistischen Widerstand, der bekennenden Kirche, des liberalen Bürgertums, Anknüpfungen an pazifistische Traditionen des In- und Auslandes, Bezüge auf Jugendbewegungen der 30er Jahre und eben viele einzelne, die in diesen Prozeß einbezogen wurde.

Freilich spielten zunächst auch, besonders in der Kampagne gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 50er Jahre, Ressentiments eine wichtige Rolle, die scheinbar auf gekränktem Nationalbewußtsein, tatsächlich aber auf Verdrängung und Trotzhaltung beruhten. Sie waren durch Vorwürfe der Siegermächte in bezug auf das Verhalten der Deutschen während des Faschismus erzeugt worden und verstärkten sich sogar zeitweise, als der Kalte Krieg nachträglich scheinbare Rechtfertigung für den brutalen Angriff auf die Sowjetunion lieferte. Freilich fielen so mobilisierte Kräfte aus der Kampagne gegen die Remilitarisierung wieder heraus, als nämlich deutlich wurde, daß der Bundesrepublik eine wichtige Rolle bei der „Verteidigung der Freien Welt" zugewiesen und die Entnazifizierung als Pflichtübung mehr und mehr zur Farce wurde. Sie „waren nun wieder wer" und konnten sich schnell mit der wachsenden Bedeutung der Bundesrepublik identifizieren. Am deutlichsten ließ sich dieser Wandel an der schnell veränderten Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den Kriegsdienstverweigerern erkennen. War in der ersten Hälfte der 50er Jahre die „Ohne-mich-Bewegung" in bezug auf die Remilitarisierung außerordentlich populär, so waren Kriegsdienstverweigerer, die also Argumente ernst genommen und Konsequenzen für sich gezogen hatten, bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre eine isolierte und diffamierte Minderheit.

Schließlich ist ein drittes wichtiges Charakteristikum des außerparlamentarischen Lernprozesses zu nennen: Er wurde während der ganzen Zeit thematisch von Rüstungs- und Abrüstungsfragen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, bestimmt. Damit war ein durchgehendes Thema vorhanden, das zwar in sehr unterschiedlichen Aspekten behandelt wurde, aber es doch erlaubte, daß sich durchgehendes Engagement an ihm festmachte. Mit ihm war also auch eine langfristige politische und selbstaufklärerische Arbeit als Möglichkeit vorgegeben. Da politische Massenlernprozesse mühselige Formierungs- und Entwicklungsstadien durchlaufen, liegt hierin eine wichtige Vorbedingung für die Entfaltung des gesamten Prozesses. Das ihn verbindende Moment ging allerdings über das gemeinsame Thema von Rüstung und Abrüstung hinaus. Es lag in einer geschärften Sensibilität für die Bedrohung der Entfaltung des Individuums, für Gerechtigkeit in der Gesellschaft und für ihre Demokratisierung als Voraussetzung von Emanzipation. Für viele kam hierzu die traumatische Furcht vor einer Wiederholung des Faschismus. Je stärker die Restauration des Kapitalismus dessen von Konkurrenzzwang geprägten deformierenden oder brutalen Züge hervorbrachte und je größer die Differenz zwischen postulierten Werten und Normen der Gesellschaft und ihrer politischen Praxis wurde, desto weniger konnten diese so Sensibilisierten sich auf bestehende organisierte Zusammenhän-

Daten zur außerparlamentarischen Bewegung

Kampf gegen die Wiederbewaffnung: Beginn etwa 1950. Endet kurz nach dem Höhepunkt, der Verkündung des Paulskirchen-Manifestes im Februar 1955. Zu diesem Zeitpunkt hat der Bundestag den Pariser Verträgen zugestimmt, die die BRD in die NATO usw. eingliedert. Im Juli 1955 unterzeichnet der Bundespräsident Heuß die Wehrgesetze. (Literatur mit weiteren Hinweisen: Hans Karl Rupp: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1970)

Kampf dem Atomtod: Breite, von SPD und Gewerkschaften weitgehend kontrollierte Bewegung gegen Atombewaffnung. Auftakt dazu wird vor allem das 'Göttinger Manifest' der 18 namhaftesten deutschen Atomforscher im April 1957. Bereits in der zweiten Hälfte 1958 flaut die Bewegung wieder ab. Der Berliner Studentenkongreß vom Januar 1959, bei dem vorsichtig die Deutschlandfrage neben der A-Waffenproblematik einbezogen wird, markiert nicht nur das praktische Ende dieser Bewegung, sondern zeigt schon Tendenzen zur Verselbständigung der Opposition gegenüber den großen traditionellen Organisationen. Aber es scheitern noch alle anderen Versuche der Verselbständigung dieser Opposition. Die SPD orientiert sich in dieser Zeit bereits auf 'ihren historischen Kompromiß'. Im November 1959 beschließt sie das Godesberger Programm. (Literatur s. o.)

Ostermärsche der Atomwaffengegner: Sie beginnen, initiiert von pazifistischen Gruppen, 1960 in Norddeutschland, weiten sich schnell über die ganze BRD aus, integrieren Strömungen aus anderen Teilen der Opposition (so z. B. aus der Arbeiterbewegung, Kirche, liberalen Opposition usw.) und werden mit ihren bis dahin ungewohnten Demonstrationsformen zu Sammelbecken. Ihre Aktionen erstrecken sich bald auf das ganze Jahr. Die bundesweite Organisation nennt sich später 'Kampagne für Abrüstung' und noch später 'Kampagne für Demokratie und Abrüstung', was ihre Lernschritte signalisiert. SPD und Gewerkschaften können der Massenbewegung gegenüber auf Grund des großen Engagements in den eigenen Reihen Unvereinbarkeit zwischen Ostermarsch und ihren Organisationen nicht durchsetzen. Beim Höhepunkt der Bewegung (Mitte bis 2. Hälfte der 60er Jahre) beteiligen sich nicht nur mehrere Hunderttausend an vielen hundert Veranstaltungen und Aktionen, es werden auch zunehmend weitere Themen wie Vietnam, Pressekonzentrationen, Notstandsgesetze usw. aufgegriffen. Ende der realen Bewegung 1969. (Literatur: Karl A. Otto: Vom Ostermarsch zur APO, Frankfurt 1977, Campus-Verlag)

Studentenbewegung: Entsteht aus unterschiedlichsten Zusammenhängen; so aus Konflikten im und um den zunächst sozialdemokratischen Studentenverband SDS, universitären Konflikten z. B. in Berlin an der FU oder dem Kampf gegen Atombewaffnung, aber auch aus sich verändernden Ausbildungs- und Berufsbedingungen. Selbständige Massenmobilisierung beginnt ab 1965 (Redeverbot für Kuby und disziplinarische Maßnahmen gegen Krippendorff an der FU). 1965/66 Vietnam-Demos in Berlin, 1967 Erschießung von Benno Ohnesorg bei einer Demo gegen den Schah, 1968 Internationaler Vietnam-Kongreß, Attentat auf Rudi Dutschke, Springer-Kampagne, Kampf gegen die Notstandsgesetze, (große Teach-ins an den Universitäten). Der SDS als Organisator löst sich 1969 auf. (Literatur mit weiteren Hinweisen: Margareth Kukuck: Student und Klassenkampf, Hamburg 1974, Verlag Association) ★

ge stützen; und desto stärker wurde die Tendenz, sie als Außenseiter abzustempeln und hinauszudrängen. Waren sie in den 50er Jahren, also während der Kampagne gegen die Remilitarisierung mit dem Höhepunkt der Verkündung des „Deutschen Manifestes" in der Paulskirche im Januar 1955 und der Bewegung „Kampf dem Atomtod" 1957-1959, noch sehr weitgehend an die traditionellen großen Organisationen der Arbeiterbewegung, also an die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, gebunden, so war es gerade die zunehmende Integration dieser großen Organisationen in den restaurierten Kapitalismus, die eine selbständige Organisierung außerparlamentarischer Aktionen erzwang. Mit dem Godesberger Programm der SPD war nicht nur das klassenkämpferische Element der Sozialdemokratischen Partei anscheinend endgültig zu Grabe getragen worden. Offensichtlich waren SPD und Gewerkschaftsführungen in Orientierung auf die angestrebte Große Koalition auch nicht länger bereit, den Kampf gegen die Massenvernichtungsmittel und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Nuklearwaffen weiterzuführen. Der Kurs der SPD zielte darauf, sich in die bestehenden Machtstrukturen als Juniorpartner einzufügen, wobei die Programme von gestern und ihre Träger zu lästigen Hemmschuhen für schnelle Manöver wurden. Die daraus folgende de facto Liquidierung der Bewegung „Kampf dem Atomtod" bewirkte, daß die in ihr engagierte Opposition ihre Handlungsplattform verlor.

Nicht von ungefähr fällt auch in die Zeit Ende der 50er Jahre und Anfang der 60er Jahre die Ausstoßung sozialistischer Kräfte aus den Gewerkschaften und der SPD, die im Ausschluß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes SDS ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Hiermit wurden Kräfte aus bisherigen Erwartungen, Bindungen und Loyalitäten gedrängt, deren moralisches und politisches Engagement Resignation verhinderte und die deshalb tendenziell und über verschiedenste Formen der Organisierung von Aktivitäten zum Ausgangspunkt einer selbständigen Opposition wurden. Die Politik der Organisationen der traditionellen deutschen Arbeiterbewegung erzeugte so ihren Widerspruch, die APO.

Selbstorganisierung – eine neue Qualität

An dieser Stelle setzte der erste große Fortschritt der außerparlamentarischen Bewegung ein. Über die Ostermärsche schaffte sie sich eine erste selbständige Organisationsstruktur, die später durch die Studentenbewegung – insbesondere den SDS – ausgeweitet wurde. Damit einher ging die Herstellung einer neuen „Gegenöffentlichkeit", die sich nicht allein auf Demonstrations- und Aktionsformen (Märsche, Provokationen, massenhafte Diskussionen usw.) stützte, sondern nun auch über eigene Zeitungen, Schriftenreihen und Vertriebsmöglichkeiten verfügte (Argument, Neue Kritik, Informationen zur Abrüstung/Außerparlamentarische Opposition u.v.m. sind in dieser Zeit entstanden). Durch diese neue organisatorische Selbständigkeit konnte sich die außerparlamentarische Bewegung von der Bevormundung durch die großen Organisationen freimachen, ja geradezu ihre spezifischen Diskussionsthemen in diese auch gegen den Willen der Bundesvorstände hineintragen. Dadurch wurde die Basis der großen Organisationen (also vor allem SPD, Gewerkschaften, Kirche und z. T. Liberale) in eine Doppelstruktur eingebunden, die auch durch die Apparate-Drohung mit Ausschlußverfahren nicht beseitigt werden konnte, sondern sie zur mißmutigen Duldung zwang. Mit dieser neuen Selbständigkeit der außerparlamentarischen Bewegung wurde nun auch das Tor aufgestoßen für unbehinderte Diskussion von Interessen und Formulierung und Praktizierung von Alternativen ohne beengende taktische Rücksichtnahmen.

Diese neue Phase brachte sogleich die Erkenntnis, daß Appelle an die Herrschenden nicht zu argumentativer Auseinandersetzung führten. Obwohl man zunächst nur Irrtümer der Regierung korrigieren und Fehlschritte verhindern wollte, wurde die Bewegung schnell mit der ganzen Skala von Diffamierungsmöglichkeiten der Herrschenden konfrontiert. Daraus folgte die Erkenntnis, daß Abrüstung als zentraler Schritt der Friedenssicherung nicht durch den Dialog mit „denen da oben" erreicht werden könnte, sondern allenfalls nur durch massenhafte Verbreitung der Einsicht in ihre Notwendigkeit. Dem entsprach eine entscheidende Veränderung innerhalb der Abrüstungsbewegung. Die Appelle an die Herrschenden wurden aufgegeben zugunsten einer Orientierung auf die Mobilisierung möglichst vieler Menschen gegen das Wettrüsten. Basisorientierung, wenngleich auch zunächst relativ unspezifisch war hier deutlich angelegt.

Das Ausmaß der Diffamierung der Abrüstungsbewegung und die Irrationalität im Verhalten der Herrschenden selbst, ihre Argumentlosigkeit, waren für die außerparlamentarische Bewegung geradezu Anreiz, immer intensiver der Frage nachzugehen, warum denn Abrüstungsschritte trotz allgemeiner Lippenbekenntnisse nicht durchgesetzt werden konnten. Die Frage wurde unabweisbar: waren nicht andere Motive für die Verweigerung erster Abrüstungsschritte durch die Regierung wichtiger als die wenig überzeugenden, meist aus dem militärtechnischen Bereich stammenden Hinweise. Die brutalen Interventionen in Vietnam und in anderen ehemaligen Kolonialländern ebenso wie die Tendenzen zur Verstärkung des autoritären Staates, die Forcierung von Notstandsgesetzen und die selbst erfahrene Manipulation der Massenmedien haben dann dazu beigetragen, diese Frage immer bohrender werden zu lassen. Damit wurden notwendigerweise die Legitimationsideologien der bürgerlichen Gesellschaft der Bundesrepublik mehr und mehr in Frage gestellt. Deshalb lag der nächste wichtige Lernschritt in der Einsicht: Rüstung steht in enger Beziehung zu den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen. Abrüstung kann nicht isoliert von diesen, sondern nur im Rahmen gesellschaftlicher Veränderung durchgesetzt werden.

Wenn ich die außerparlamentarische Bewegung als einen durchgehenden kollektiven Lernprozeß begreife, so impliziert dies, daß nicht alle Beteiligten den ganzen Prozeß durchlaufen, aber daß Erfahrungen und Einsichten aufgehoben, vermittelt, diskutiert und weitergegeben werden. Wenn dies konstituierende Bedingung des kollektiven Lernprozesses ist, können in seinem Verlauf immer wieder neue Gruppierungen aufgenommen werden, die ihre spezifischen Erfahrungen, aus anderen Zusammenhängen gewonnen, einbringen und dadurch zur Bereicherung des Lernstoffes beitragen. Doch ihre Bedeutung kann noch entscheidend darüber hinausgehen! Können sie doch durch Einbringung neuer Denkansätze aus einem bestimmten Arbeitszusammenhang Anstöße geben, die den gesamten Prozeß voranreiben und Schranken überwinden helfen.

Studentenbewegung und der Schritt zur systemkritischen Opposition

In diesem Sinne hatte die Studentenbewegung, obwohl viele ihrer Exponenten sich nicht zuletzt auch an der Rüstungs-Abrüstungsfrage politisch sozialisiert hatten, ein qualitativ neues Eleme

n den kollektiven Lernprozeß hineingetragen. Ihre Konflikte und ihre Erfahrungen machten sich viel stärker an den gesamtgesellschaftlichen Problemen der kapitalistischen Industriegesellschaft und ihres imperialistischen Verhaltens fest. Sie war deshalb viel besser als die Ostermarsch-Bewegung auf die gesellschaftskritische Erklärung der politischen Phänomene in der BRD vorbereitet. So konnte sie gerade in der Phase, in der die Ursachen von Abrüstungsfragen zunehmend gesellschaftskritisch hinterfragt wurden, die kollektiven Lernschritte außerordentlich beschleunigen. In dieser Phase wandelte sich so notwendig die vornehmlich auf Abrüstung bezogene Kampagne immer mehr zu einer Bewegung, die sich nun auf den gesamten Komplex gesellschaftlicher Reproduktion richtete. Hiermit wurden weite Felder für den analysierenden Erkenntnisdrang der am Prozeß Beteiligten freigelegt. Das so dem Blick freigegebene Neuland „Gesellschaft" veranlaßte nicht nur Studenten, sondern ebenso Jungarbeiter, etablierte Intellektuelle, Schüler, Gewerkschafter und viele andere mehr, alte Werte und Normen über Bord zu werfen und neu und radikal zu denken. Doch gleichzeitig mit diesem Aufbruch wurde eine Grenze für den gesamten gemeinsamen Lernprozeß erkennbar.

Hinter der Frage von Rüstung und Abrüstung, dem zentralen Leitmotiv bis zu den mittsechziger Jahren, war die Notwendigkeit der Änderung von Gesellschaft erkennbar geworden. Aber in welchen Schritten und durch welche Kräfte sollten und konnten Änderungen erfolgen? Es war weder eine gemeinsame Basis noch eine dominierende Kraft, weder eine hinreichende Theorie der spätkapitalistischen Gesellschaft noch eine überzeugende Strategie vorhanden, um weitere Schritte des Prozesses angeben und damit die heterogenen Kräfte zusammenhalten zu können. Freilich verdeckten die großen Aktionen 1967 und 1968 die Existenz dieser Grenze. Doch sie waren mehr Ausdruck moralischer Empörung über die Lun auf dem Neuland der Gesellschaft vorgefundenen schweren Defekte als langfristig tragfähige Perspektive, mehr Kritik der Gesellschaft als selbstkritische Strategie. Doch auch in ihnen, heute nur verschleiert durch die 'Patina der großen Kämpfe', schien bereits die Ungewißheit über den möglichen einzuschlagenden Weg an der Frage der Gewaltanwendung bei den Blockaden der Springer-Druckhäuser auf. Als sich dann im Sommer 1968 die herrschende Koalition in Bonn von der Demonstration der 80.000 Notstandsgegner in der Bundeshauptstadt nicht beeindrucken ließ, sondern durch die Verabschiedung der Gesetze ihren Bund besiegelte, wurde die Rat- und Hilflosigkeit der APO offensichtlich. Der restaurierte Kapitalismus erwies sich als genug widerstandsfähig, um nach Überwindung erster Überraschung in vielfältiger und wirksamer Form zu reagieren. Im einfachen Zugriff war diese Gesellschaft, wie mancher geglaubt hatte, der vom Papiertiger gesprochen hatte, nicht zu verändern.

Erst auf diesem Hintergrunde werden neue Entwicklungen verständlich, gewinnen bestimmte Ereignisse ihr Gewicht. So z. B. der Trend zu 'revolutionärer' Subkultur, die zunehmende Abhebung studentischer Opposition von den anderen Kräften der APO, die ihren radikalen Forderungen nicht folgen konnten, die CSSR-Intervention mit der demonstrativen Orientierung der neuen DKP an der Sowjetunion. Damit wurden spezifische Ansätze sichtbar, die nicht mehr mit den bisherigen Strukturen der Kooperation heterogener Kräfte vereinbar waren. Allen diesen differierenden Erscheinungen lag zugrunde, daß eine integrierende und alle heterogenen Kräfte der APO befriedigende Antwort auf die durch den Lernprozeß erreichte Fragestellung, wie nämlich diese Gesellschaft zu verändern sei, nicht gegeben werden konnte.

Die oft hämisch geäußerte Behauptung, die außerparlamentarische Bewegung sei Ende der 60er Jahre gescheitert, ist falsch und wird auch durch ihre ständige Wiederholung nicht besser. Freilich, wenn man die außerparlamentarische Bewegung an ihren deklarierten Zielen mißt, etwa der Durchsetzung von Abrüstung, der Verhinderung der Notstandsgesetze oder der Beseitigung der Pressekonzentration, so hat sie ihr Ziel nicht erreicht. Doch solche Messung ist nur vordergründig richtig. Die eigentliche Wirkung der APO liegt in ihrer großen Wirkung auf Bewußtseinsbildung, und zwar nicht nur im engen Bereich ihrer Unterstützer, sondern weit darüber hinaus. Wer Bewußtsein über Gesellschaft und kritische Einstellung zu gesellschaftlichen Prozessen etwa zu Beginn der 60er Jahre und im Anfang der 70er Jahre miteinander vergleicht, wird außerordentliche Wandlungen in fast allen Bereichen feststellen. Es wurden nicht nur die Konflikte der Klassengesellschaft wieder thematisiert, die Amoralität und Skrupellosigkeit imperialistischer Politik am Beispiel Vietnam weiten Teilen der Bevölkerung nahegebracht, die Sensibilität für die verschleierten Mechanismen von Unterdrückung in unserer Gesellschaft durch die Diskussion über antiautoritäre Erziehung geschaffen und Gefühl für die Möglichkeit des Widerstandes, des Beharrens auf Autonomie von Interessendurchsetzung erzeugt, auch die Reformansätze seit dem Regierungsantritt der SPD/FDP stützten sich weitgehend auf die Energien, Hoffnungen und Perspektiven, die durch die außerparlamentarische Opposition geschaffen und freigesetzt worden sind. Aber auch die Möglichkeit der „neuen Ostpolitik" der SPD hatte zur Voraussetzung, daß die im Kalten Krieg verfestigten Klischees des Antikommunismus im Bewußtsein der Bürger angeschlagen und damit tendenziell forträumbar waren.

Die große Experimentierbaustelle der APO wird eröffnet

Das schnelle Versanden der Reformperiode zeigt allerdings, daß diese Kräfte trotz großer Wirkung schwach und zerstreut waren, so daß sie eine dauerhafte, sich selbst auf stets höherem Niveau reproduzierende Bewegung noch nicht herstellen konnten. Die neuen Fragen am Ende der 60er Jahre, die weit über das Problem der Rüstung hinausgingen und die gesamte Gesellschaft im Blick hatten, konnten von keiner Seite auch nur ansatzweise befriedigend analytisch und strategisch beantwortet werden. Ansätze zu Antworten entstanden nicht als gemeinsame Vorlagen, sondern jeweils nur als Arbeit an Teilprojekten der APO. Die große Experimentierbaustelle der außerparlamentarischen Bewegung, nun orientiert auf gesamtgesellschaftliche Veränderung in Richtung auf Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft und Schaffung einer nicht-entfremdeten sozialistischen, war eröffnet. Was sich auf dieser Baustelle alles abgespielt hat, die Versuche, sich aus den Krakenarmen der entfremdeten Gesellschaft zu befreien und für sich und die ganze Gesellschaft neue Wege zu finden, sind so mannigfaltig, daß sie hier nicht einmal aufgezählt werden können. Sie reichen von reformerischen Versuchen, über die Suche nach einem Dritten Weg, sozialistischen Basisansätzen, hartnäckigen sozialen Kämpfen mit exemplarischem Charakter, wie die Hausbesetzungen, politischen Orientierungsversuchen und zielgerichteten Kampagnen internationaler Solidarität, Aufbauorganisationen für streng hierarchische Kaderparteien bis hin zur Vorstellung der RAF, mit Gewalt in diesem hochindustrialisierten Land einen Focus gesellschaftlicher Veränderung schaffen zu können. Blendende Ideen, sichere Sackgassen, Masken und Kostüme aus aller Herren Länder und Geschichtsepochen der Arbeiterbewegung waren hier in bunter Mischung genauso zu finden, wie zähe Arbeit, ständig erneutes Engagement trotz tiefer Frustration und Verunsicherung, viel Witz und Mut im Kampf gegen übermächtige Apparate und selbst unter zynischer Maske moralische Empörung und Motivation. Traum und Hoffnung aller Gruppierungen der APO in dieser neuen Phase war und ist es, Analysen

er erste Ostermarsch 1958 in England von London zum Atomwaffenlaboratorium Aldermaston

und Handlungsperspektiven zu entwickeln, die die Einheit des Prozesses wiederherstellen, selbst wenn sich gegenwärtig einzelne Teile der Linken erbittert gegeneinander wenden. Vorläufig aber besteht diese Einheit nicht und kann auch nicht durch papierne Resolution mit Aussagen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner hergestellt werden

Die Phase der Reorientierung

Wegen der fehlenden gemeinsamen Perspektive fand eine Reorientierung der heterogenen außerparlamentarischen Bewegung statt. Die im gemeinsamen Lernprozeß gewonnenen Erkenntnisse und ersten Ansätze für partielle Veränderungen sollten nun in den jeweils eigenen politischen und sozialen Wirkungsfeldern der verschiedenen Kräfte eingebracht werden.

In diesem Prozeß der Reorientierung entwickelten sich die Jungsozialisten von einem unbedeutenden Parteianhängsel zu einer politisch dynamischen Gruppe mit dem Ziel der Veränderung der Sozialdemokratischen Partei. Ihre Doppelstrategie, die sich zum einen eine Basis in der Bevölkerung schaffen, zum anderen auf die Prozesse innerhalb der Partei richten sollte, die durch Basismobilisierung reformerische, reformistische, ja sozialistische Impulse in die SPD hineintragen wollte, ist ohne die APO-Vergangenheit nicht zu denken. Für diesen Teil des APO-Bauplatzes sprach, daß bestehende Kontakte zur Bevölkerung und insbesondere zur Arbeiterschaft vielleicht aufgenommen, durch die Partei vielfältige Wirkungsmöglichkeiten erreicht und sozialistische Traditionen innerhalb der SPD neu belebt werden könnten. In der Tat dürfen die Bewußtseinsanstöße, die von den Jusos ausgegangen sind, nicht unterschätzt werden, auch wenn heute die Doppelstrategie gescheitert ist, die Integrationsmechanismen der Partei sich als stärker erwiesen haben als die durch die Jusos erreichte Basismobilisierung und diejenigen, die nicht systemstabilisierend integriert werden konnten, wieder mehr und mehr aus der SPD ausgegrenzt werden.

Vergleichbar den Jusos konzentrierten sich andere Kräfte, etwa aus dem kirchlichen und liberalen Bereich, aus der gewerkschaftlichen Jugend- und Bildungsarbeit und dem allgemeinen Bildungssektor auf ihre dortige Arbeit. Auch wenn sich die alten Institutionen und Apparate fast durchweg als elastisch und integrationsfähig erwiesen, und wenn in den 70er Jahren unter den Bedingungen weltweiter Rezession, der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und der Abbremsung von Reformen zugunsten von autoritärer Stabilisierungs- und Repressionspolitik, diese Gruppierungen in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern sehr zurückgedrängt worden sind, so haben sie doch wirkungsvollen Einfluß ausgeübt. Sie haben verhindert, daß Liberale, Geistliche und Gewerkschafter einfach zur meist konservativen Tagesordnung zurückkehren konnten und bewirkten, daß immer wieder viele Junge in neue nachholende Lernzyklen politischer Sozialisation einbezogen wurden. Es ist zu vermuten, daß gerade ihre meist wenig spektakuläre Arbeit viel zur Entfaltung von Bürgerinitiativen beigetragen hat.

Weniger von Reorientierung ist bei den Kräften zu sprechen, die in der außerparlamentarischen Kampagne unter dem Aspekt von Bündnispolitik mitgearbeitet hatten. Die 1956 verbotene KPD z. B. hatte in die außerparlamentarische Kampagne zwar die politische und organisatorische Erfahrung ihrer Mitglieder einbringen können, jedoch kaum ihre politische Theorie und Perspektive. Nachdem die Grundlage dieses „Bündnisses" entfallen war und Möglichkeiten offenen Auftretens mehr und mehr gegeben waren, konnten sie sich wieder an ihrer Parteipolitik und der ihnen vorbildlich erscheinenden sowjetischen Politik orientieren. Ihre neuen Bemühungen verliefen so weitgehend in ihren traditionellen politischen Arbeitsweisen und enthielten deshalb die geringsten innovativen Auswirkungen, wenngleich sich ihr Spielraum durch die Arbeit der außerparlamentarischen Bewegung und ihre Mitarbeit darin ausgeweitet hatte.

Radikale Ansätze

Der lange Lernprozeß der APO hatte aber auch viele politisiert, denen eine Reorientierung zur Einbringung ihres Lernergebnisses in ihre ursprünglichen Arbeitsfelder nicht möglich oder nicht wünschenswert schien. Hierbei handelte es sich in besonderem Maße um die große Zahl von Intellektuellen, die im Rahmen der Studentenbewegung, aber auch im Zusammenhang der Kampagne für Demokratie und Abrüstung politisiert worden waren. Sie verfügten meist nicht über einen reaktivierbaren Gruppenbezug oder werteten etwa SPD und Gewerkschaften nicht als ausreichendes Betätigungsfeld für ihre politische Motivation. Eine andere große Gruppe waren die Jugendlichen, die gerade in der Schlußphase des außerparlamentarischen Lernprozesses verstärkt einbezogen worden sind. Die Bewegung der Jungarbeiter, die oppositionellen Schülerverbände waren Arbeitszusammenhänge der APO gewesen.

Auch wenn diese Teile der APO in der Zwischenzeit aus der betrieblichen, schulischen oder universitären Bildung in Berufe hinübergewechselt waren, blieben sie – wenngleich auch viele in Vereinzelung zurückfielen, resignierten oder sich nicht selten in subkulturellen Zusammenhängen entpolitisierten – vielfach weiter politisch interessiert und engagiert. Sie waren zwar auch in der Regel in ihrem jeweiligen Tätigkeitsfeld politisch-integrativen Zwängen ausgesetzt, doch wurden sie von diesen nicht in gleichem Maße erfaßt wie diejenigen, die ihre Arbeit wieder auf Parteien oder festgefügte Organisationen wie die Kirchen ausgerichtet hatten. Da sie meist neue politische Zusammenhänge bildeten, waren sie außerdem nicht gezwungen, sich beständig mit bestehenden Traditionen auseinanderzusetzen, sich an diesen abzuarbeiten und ihnen sich möglicherweise in dem einen oder anderen Sinne anzupassen. Sie bildeten deshalb im Rahmen ihrer neu entstehenden Organisationen häufig die radikalen politischen Keme.

Die Reorientierung der außerparlamentarischen Bewegung brachte gerade für diese Gruppen negative Begleiterscheinungen mit sich. War in der Phase des gemeinsamen Lernprozesses die gesamte Bewegung durch Heterogenität, also damit auch durch eine große Vielfalt von Kräften gekennzeichnet, – was keineswegs nur hinderlich war, sondern immer auch dazu zwang, sich mit anderen Erfahrungen und Motivationen auseinanderzusetzen – so trat in der Phase der Reorientierung, da viele wieder in ihre spezifischen Wirkungsbereiche zurückkehrten, eine Entmischung der APO ein. Am stärksten waren natürlich jene Gruppierungen davon betroffen, die sich nicht auf schon bestehende Zusammenhänge reorientieren konnten. Bei ihnen dominierten nun Intellektuelle und Jugendliche. So lösten sich vielfach Erfahrungen und Traditionen aus der Arbeiterbewegung, die im Ostermarsch und der Anti-Notstandsbewegung durchaus noch präsent gewesen waren, von den politisch radikalsten Gruppen ab. Abhebung von der gesellschaftlichen Realität und Abstraktheit der politischen Entscheidungen bedrohten deshalb diese Gruppen, als sie bei Rücknahme staatlicher Reformbereitschaft und verstärkter Repression und der damit einhergehenden Beschränkung ihrer Einflußmöglichkeiten in Isolation gedrängt wurden. Anscheinend waren sich alle Gruppen dieser Art mehr oder weniger solcher Gefahr bewußt. Denn als oberstes strategisches Ziel nannten sie immer wieder, durch Herstellung einer festen Verbindung zu anderen Teilen der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, dieser Isolierung zu entgehen. Gelungen ist dies bis zur Gegenwart allerdings kaum. Versuche von Studenten, durch Industriearbeit in Fabriken Zellen zu bilden, schlugen meist ebenso fehl wie Bemühungen, von außen he Kontakte zu Betriebsbelegschaften zu knüpfen oder wie die naive Scheinlösung, sich selbst ein fach zur Vorhut der Arbeiterklasse zu ernen nen.

Trotz der Gemeinsamkeiten dieser Kräfte, die i der Reorientierungsphase nicht auf bereits be stehenden Ansätze Bezug nehmen konnten, ent wickelten sich die einzelnen Konstruktionen in großen Experimentierbaugelände der APO seh unterschiedlich. Sie entsprachen widersprüchli chen Bedürfnissen, die jedoch insgesamt in de nun zu pauschal als „Neue Linke" bezeichnete Gruppierung wirksam waren. Diese Bedürfniss wurden vielfach getrennt voneinander zur Selbstzweck der einzelnen Organisationsansätz und schließlich dann häufig gegeneinander ge wendet. Jeder Ansatz, der einzelne Bedürfniss verabsolutierte, mußte notwendigerweise eine Teil der Realität ausblenden. Dies aber bedeu tete Verlust der Möglichkeit, richtig zu lerner Deformationen des politischen Bewußtseins wu den unausweichlich.

Zwischen Ungeduld und Dogma

Das wohl eindruckvollste Widerspruchspaar de „Neuen Linken" findet sich zwischen den un mittelbaren emanzipativen Ansprüchen der spon taneistischen Gruppen einerseits und den durc Dogma und starre Hierarchie scheinbar psych sche Sicherheit bietenden Parteiaufbauorgan sationen vom ML-Typ. Während die Baustell der spontaneistischen Gruppen ihre Aktivität a dem Bedürfnis nach „Zärtlichkeit und Liebe", als der unmittelbaren Überwindung von Entfremdun orientiert und so das Ziel des „guten Lebens und der „nicht-deformierten Persönlichkeit" nich aus den Augen läßt, gerät ihre Unmittelbarke leicht in Gefahr, die Wege und Voraussetzunge einer langfristigen und sicher harten Auseinande setzung aus den Augen zu verlieren. Gerad weil sich die schwierigen Entfaltungsbedingunge mit dem Wunsch nach unmittelbarer Emanzipatio in einem so widersprüchlichen Verhältnis befi den, weil die Mühsal langfristig orientierter po tischer Arbeit mit der in ihr notwendig enthalte nen Frustration so sehr im Gegensatz zu unmi telbaren Bedürfnissen steht und weil die theo retische Verarbeitung so unterschiedlicher Erfah rungen aus einer derartig komplexen Industri gesellschaft oft so wenig emotionalen Bedürfni sen entspricht, sind die spontaneistischen Gru pen immer wieder der Versuchung ausgesetz die notwendigen Vorbedingungen von gesellscha licher Emanzipation zu verdrängen. Damit ab geht tendenziell die Gefahr von Theorielosigke Entpolitisierung und Aufgabe geplanter und o ganisierter politischer Arbeit einher.

Die ML-Parteiaufbauorganisationen ziehen au den schwierigen Bedingungen die entgegeng setzte Konsequenz, indem sie durch abstrak autoritäre Vereinheitlichung und strenge Diszip ihre Handlungsfähigkeit herzustellen suchen. D ihr Autoritätsanspruch nicht aus ihrer Geschich oder eigenen Handlungen abgeleitet werden kan versuchen sie, ihre Legitimität durch Bezug a ausländische real-sozialistische Staaten zu g winnen. Die Legitimation wird dadurch zur Gr teske, daß die gewählten Vorbilder, so etwa d Chinesische Kommunistische Partei, unter andersartigen Bedingungen arbeiten, daß d Übertragung ihrer Maximen auf unsere Verhä nisse zur Schmierenkomödie geraten muß. Fr lich kann die Linke von chinesischen oder kore nischen Kommunisten lernen. Sie kann aber d ren Politik, die aus besonderen Bedingungen e wächst, nicht zur Richtschnur für hiesige po tische Arbeit machen. Diese „dogmatischen" A beiter auf der linken Experimentierbaustelle o entieren sich auch nur scheinbar an Formen fr herer revolutionärer Bewegungen. In Wirklichk stellen ihre Verhaltensweisen Rationalisierung von gegenwärtigen Bedürfnissen dar. Ich b haupte, daß das wesentliche Motiv der Mitarb

n diesen Organisationsformen darin liegt, daß viele, besonders auch Jüngere, in dieser komplizierten und durch die Auflösung bisheriger Bindungen psychisch verunsicherten Gesellschaft das überwältigende Bedürfnis haben, einen festen Anhaltspunkt zu gewinnen, an dem sich ihre Identität entwickeln kann. Doch diesen festen Punkt, diesen unumstößlichen Fels als Position zur sicheren Deutung unserer Gesellschaft und als Grundlage für die Strategiebildung sozio-ökonomischer Veränderungen gibt es nicht.
Hier zeigt sich eine grundlegende Schwierigkeit für alle Kräfte, die auf progressive Veränderung von Gesellschaft gerichtet sind. Denn es gibt nur täglich tausend neue und häufig widersprüchliche Erfahrungen, die in einem ständigen und mühseligen Prozeß aufgearbeitet, eingeordnet und für Erklärung von Realität und Strategiebildung ausgewertet werden müssen. Die neuen Erfahrungen stellen immer wieder bereits gewonnene Erkenntnisse infrage, müssen es auch, um dadurch angesichts der sich ändernden Realität angemessene Analysen und Schlußfolgerungen produzieren zu können. Wer trotzdem auf dem „festen Fels" beharrt, kann ihn für sich nur sichern, indem er immer mehr widersprechende Realität aus seinen Überlegungen ausblendet, um seine reine Lehre zu erhalten. Realität ausblenden heißt aber, daß nicht mehr der Realität entsprechende Strategien entwickelt werden können. Der Weg ins Abseits ist somit vorgezeichnet. Dieser kann eine Weile unter der Bedingung strenger Disziplin und Hierarchisierung ertragen werden. An die Stelle von Analytikern treten dann Verkünder, an die Stelle von kritischem Denken tritt Glauben, Kritik wird zum Klassenverrat, Kritiker werden zu Klassenfeinden, aus der angestrebten Solidarität entsteht erbitterte Feindschaft. Die daraus sich entwickelnden Verkehrsformen zwischen den Linken werden nicht selten zur traumatischen Erfahrung der Linken. Doch auch die Mitglieder dieser Organisationen müssen ihre Reproduktion im normalen Leben dieser Gesellschaft finden. Da sie sich der Realität also nicht entziehen können, werden sie über kurz oder lang mit dem Dogma brechen müssen oder es so verinnerlichen und so weltabgewandt nur noch praktizieren können, daß auch hier sektiererische Entpolitisierung mit politischem Anspruch unvermeidlich wird.

Der mühsame Weg zum Massenbewußtsein

Zwischen dem skizzierten Widerspruchspaar liegen die Experimentierbaustellen, die sich auf das mühsame Vorhaben eingelassen haben, durch Basisnähe Realität und Erfahrung aufzunehmen und gleichzeitig diese immer wieder zu einer verallgemeinerten politischen Einschätzung zu verarbeiten. Hierzu gehören vor allem Gruppen, die in spezifischen Themen arbeiten: dauerhafte Internationalismusgruppen, Initiativen in Arbeitsfeldern und sozialen Bereichen. Häufig ist ihre Tätigkeit auf einzelne Arbeitsgebiete begrenzt, was für sie Beschränkung der Möglichkeiten von Verallgemeinerung ihrer Erfahrungen bedeutet. Den umfassendsten Versuch, aus verschiedenen sozialen Bereichen und Arbeitsfeldern sozialistische Politik zu entwickeln und gewonnene Erfahrungen immer wieder zu integrieren, um von hier aus neue Bestimmungen für konkrete Arbeit zu gewinnen, hat wohl das Sozialistische Büro unternommen. Es übernimmt nicht traditionelle Organisationsmuster, sondern versucht, angemessene Formen der Organisierung politischer Arbeit bezogen auf die gegenwärtig in der Bundesrepublik herrschenden sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse zu finden. Seine Baustelle ist dadurch gekennzeichnet, daß Arbeitsfelder vom Betrieb bis zu den Ausbildungsstätten reichend jeweils am Ort und überregional integriert werden sollen, um aus den gemeinsam aufgearbeiteten unterschiedlichen Erfahrungen neue Ansätze für weitere politische Arbeit zu gewinnen. Lokale Gruppierungen versuchen, die komplexen jeweiligen Erfahrungen vor Ort aufzuarbeiten und dienen als ständige Integrationsstelle für die Arbeitsfelder.
Solche Vorhaben werden sich freilich von beiden Seiten des Widerspruchspaars Vorwürfe gefallen lassen müssen. Einerseits, daß sie häufig nicht mit klaren, eindeutigen und einheitlich vertretenen „Positionen" und „Linien" bei der Hand sind, sondern vielfach mit „ja" und „aber" argumentieren. Dieser Vorwurf ist sicher richtig, wenn auch nicht treffend, da die spätkapitalistische Gesellschaft in sich selbst so widersprüchlich ist und nicht aus Ja-Nein-Elementen besteht. Der Vorwurf von der anderen Seite, solche Arbeit würde sich von der Basis leicht abheben, würde zu langsam und vorsichtig auf aktuelle Vorkommnisse reagieren und könnte zum techno- oder bürokratischen Betrieb verkommen, ist nicht leicht zu nehmen. In der Tat besteht die Gefahr, daß diejenigen, die komplexe Realität aufnehmen und verallgemeinern wollen, selbst in Immobilismus geraten, da sie die vielfachen Widersprüche nicht zu klaren Stoßrichtungen politischer Arbeit ummünzen können. Sie leben in der ständigen Gefahr, die Verarbeitung der Widersprüche, ihre Integration und Verallgemeinerung zum Selbstzweck werden zu lassen und sich damit als handelndes Subjekt zurückzuziehen. So berechtigt diese Befürchtungen sind, so wenig ist zu erkennen, daß es eine Arbeitsform gibt, die solche Gefahren der Deformation ausschließt. Weil dies so ist, dürfen sich solche APO-Baustellen auch nicht gegen die Kritik von außen abschotten, sondern müssen sie als wesentliche Bedingung ihrer eigenen Entwicklung begreifen.
Das zentrale Problem derjenigen Ansätze der außerparlamentarischen Bewegung, die sich nicht auf vorhandene Konstellationen reorientieren konnten, liegt – nicht zuletzt ausgelöst auch durch den geschilderten sozialen Entmischungsvorgang – darin, daß ihr Zugang zu Massenbewußtsein und damit ihre Einwirkung darauf beschränkt ist. Solcher Zugang ist allenfalls, und auch hier nur sehr begrenzt, im Bildungswesen vorhanden. In fast allen anderen Bereichen ist er mit punktuellen Ausnahmen rudimentär. Diese Trennung von Massenbewußtsein gefährdet nicht nur den Realitätsbezug der „Neuen Linken" und damit ihre Wirkungs- und Ausbreitungsmöglichkeiten, sondern in Zeiten verstärkter Repression gegen alle progressiven Ansätze auch ihre Widerstandskraft. Denn diese hängt gerade von der Basisverankerung, d. h. der Fähigkeit der Linken ab, die tatsächlichen Konflikte dem vorherrschenden Bewußtsein aus den erkennbaren gesellschaftlichen Veränderungen zu erklären und daraus notwendige Schritte der Gegenwehr verständlich zu machen.
Angesichts des in dieser Gesellschaft weit verbreiteten konservativen Massenbewußtseins, der Verunsicherung durch eine schwere wirtschaftliche Krise, und der Verteufelung und Bedrohung aller progressiven Ansätze durch Radikalenerlaß und generelle Repression hat sich Mitte der 70er Jahre Frost auf die APO-Baustelle gelegt. Die, die sich reorientierten, sind weitgehend in die Defensive geraten. Die dogmatisch Verfestigten blenden sich selbst aus der Realität aus. Die Spontaneisten kämpfen um ihre politische Perspektive und die auf Integration gerichteten Ansätze laufen Gefahr, sich in Innenbeschäftigung zu verlieren. Repression fördert Entpolitisierung dort, wo nicht der historische Bezug des eigenen Entwicklungsganges und Lernprozesses erhalten bleibt, wo Erfahrung nicht aufgehoben werden kann und dadurch nicht für die immer wieder notwendige realitätsbezogene Bestimmung des eigenen politischen Standortes im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Kräften zugänglich ist. Mit scheint, daß mit dem Einfrieren der Baustelle der Lern- und Experimentierprozeß der außerparlamentarischen und linken Bewegung wie Ende der 60er Jahre an eine neue Grenze gelangt ist. Ging es damals um den Übergang von einer systemimmanenten zu einer systemkritischen Opposition, so geht es jetzt darum, von einer abstrakten Opposition, der es aus den angedeuteten Gründen nicht gelang, Zugang zu Massenbewußtsein zu gewinnen, den Weg zur Bildung einer konkreten und lernenden systemkritischen Opposition zu finden. Konkret meint das, daß die drängenden und Betroffenheit erzeugenden gesellschaftlichen Probleme mit den Betroffenen zusammen angegangen werden. Dies nicht etwa im Sinne maximalistischer Lösungen, sondern um gemeinsam gehbare oder erkämpfbare Schritte zur Veränderung aufzuzeigen. Die Linke darf vor den konkreten Problemen nicht länger in abgehobene Allgemeinplätze fliehen und nicht einfach Wirklichkeit mit Wunschbildern konfrontieren. Nur wenn sie am bestehenden Bewußtsein, das aus gesellschaftlichen Konfliktlagen heraus nach Veränderung drängt, ansetzt, wird sie zu ihm Zugang finden und damit ihre eigene Isolierung und Gefährdung durch Repression und Stagnation überwinden können.

Krisenfolgen und Bürgerinitiativen als neue Ansatzpunkte

Repression fördert nicht nur Resignation und Entpolitisierung, Angst und opportunistische Anpassung. Offensichtlich stellt sie auch eine Provokation dar, die zu politisch und moralisch motiviertem Widerstand herausfordert. Sie zwingt dazu, den Realitätsbezug zu verstärken und Möglichkeiten der Kooperation zu überprüfen; denn Realitätsverlust erhöht die Gefährdung ebenso wie sektiererische Eigenbrödelei. Der Pfingst-Kongreß gegen politische und ökonomische Unterdrückung zeigte so nicht nur eine massenhafte Beteiligung verschiedener Spektren der „Neuen Linken", sondern auch ein Ausmaß an Gesprächsbereitschaft, das neue Chancen der – sicher mühsamen und lange dauernden – Überwindung wenigstens einiger Gräben auf der APO-Baustelle signalisiert.
Zur Anknüpfung an Massenbewußtsein zeigen sich gegenwärtig zwei Ansatzpunkte. Erstens wird Integration in das herrschende Gesellschaftssystem immer schwieriger, weil durch Verschärfung von Konkurrenz und Krise materielle Gratifikationen nicht mehr vergeben werden können. Stattdessen werden Realeinkommenssenkungen, verstärkter Leistungsdruck und Dequalifikation, so z. B. durch Arbeitslosigkeit und Verschlechterung von Ausbildung, zugemutet. Das System der Massenintegration wird mithin brüchi-

ajz-druck+verlag

erstes verlagsprogramm 1977

marina conrad
politische bildung in der hauptschule
zur kritik der richtlinien für den politikunterricht des landes nrw
13.–

manfred glagow
umweltgefährdung und staatl. regulierung
die ursachen von umweltschaden in kapitalist gesellschaftssystemen u die frage nach der notwendigkeit staatl interventionen am beispiel des wasserbereichs
april 13.–

horst r schneider
handlungspielräume in der sozialarbeit
einführung in die konstitutionsanalyse sozialer problemlagen und die funktions- und restriktionsanalyse staatlicher interventionen
marz 16.–

horst r schneider
soziologen im berufsfeld der sozialarbeit/ sozialplanung
empirische analyse zur berufssituation berufsperspektive und qualifikationsproblematik von soziologen in der sozialarbeit
april 13.–

ajz-dokumentation 1+2 3.50/4.50
bericht über die arbeiterjugendzentrumsbewegung/ 2bände
die entwicklung um den kampf für ein selbstverwaltetes jz

rosa winkel? 7.80
das ist doch schon lange vorbei...
über die direkte linie der schwulenunterdrückung vom faschismus bis heute und was schwule dagegen tun
materialien zum gleichnam film von christiane schmerl. peter recht. detlef stoffel

ajz-druck+verlag gmbh
heeper str. 132 48 bielefeld 1

ger als in den vergangenen Jahrzehnten, was auch durch zunehmende Repression auf den verschiedenen Ebenen nicht ausgeglichen werden kann. Freilich führen weder ökonomische Krisen noch geschwächte Integrationskraft automatisch zu sozialrevolutionärem Massenbewußtsein. Auch konservative, autoritäre und faschistische Ideologien kämpfen um Einfluß und werden sich angesichts der spezifischen deutschen Traditionen in der Bundesrepublik leichter als sozialistische Tendenzen durchsetzen. Trotzdem erhöhen sich auch die Wirkungsmöglichkeiten der Linken. In der repressiven Krisensituation entsteht eine größere Offenheit von Bewußtsein, weil unmittelbar berührende Probleme so offensichtlich sind, daß erneut über sie und ihre Bewältigung nachgedacht werden muß. Die Aufgabe, die sich daraus für die Versuchsbaustelle der außerparlamentarischen Bewegung von einst ergibt, liegt darin, diese immer sogleich durch Angst wiederum begrenzte, von der Krise erzeugte Offenheit für die Überwindung ihrer Isolation zu ihrer Ausweitung und damit für die Forführung von Massenlernprozessen auf breiter Basis zu nutzen.

Der zweite Ansatz für Sensibilisierung von Bewußtsein zeigt sich in den vielfältigen Bürgerinitiativen, die häufig weit ab von der Baustelle der Linken entstanden sind. Sie sind meist Ausdruck direkter materieller und moralischer Betroffenheit und so eng mit dem Bedürfnis nach Veränderung verbunden. Ihr Ausgangspunkt von Denken und Handeln ist in der Regel systemimmanent. Wo sie die Möglichkeit haben, sich genügend lange an einem gesellschaftlich zentralen Thema (so z. B. Kernenergie oder Ausbildung) abzuarbeiten, wird ihr Lernen auch sie an die Grenze bringen, an der die Fragen nach den gesellschaftlichen Ursachen der Konflikte hervorbrechen.

Freilich wird das Lernen der Bürgerinitiativen anders verlaufen. Denn sie werden viel stärker als die APO der 60er Jahre bereits in ihren Anfängen mit linken Analysen, Handlungsvorschlägen, aber auch mit linker Bevormundung durch Führungsansprüche selbsternannter „Avantgarden" und mit linker Arroganz konfrontiert werden. Doch linke Führungsansprüche sind unberechtigt, von Arroganz ganz zu schweigen! Die Bürgerinitiativen tun gut daran, sie zurückzuweisen, aber dabei doch nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Denn sie können aus den Fehlern wie aus den Einsichten und Erfolgen der außerparlamentarischen Bewegung lernen, wie deren Probleme schnell zu denen der Initiativen werden können. Den linken Gruppen aber fällt die Chance zu, mit den Bürgerinitiativen in behutsamer und mehr zu- als vorarbeitender Kooperation Formen zu entwickeln, in denen eine emanzipativ-kritische Politisierung sozialer Bewegungen geleistet werden kann. Die Bedeutung dieser Aufgabe kann gar nicht unterschätzt werden, denn eines kann mit großer Sicherheit gesagt werden: Das Wachsen der Linken in der BRD wird nicht über herkömmliche Parteiarbeit erfolgen, sondern über die Politisierung der immer neu an den Miseren des hochentwickelten Kapitalismus entstehenden Konflikten und der daraus folgenden sozialen Bewegungen.

Voraussetzungen für die Fortführung des kollektiven Lernprozesses

Bieten auch die genannten Ansatzpunkte zum Erreichen von Massenbewußtsein Möglichkeiten zur Fortführung des Lernprozesses über die neue Grenze hinweg, so ist doch keineswegs sicher, ob sie für die Fortführung der Arbeiten an der APO-Baustelle tatsächlich genutzt und die Voraussetzung dafür von der außerparlamentarischen Bewegung geschaffen werden können. Zu ihnen gehört, die Erinnerung an die eigene Geschichte wieder herzustellen und die Verdrängung des eigenen politisierenden Lernprozes-

ses als historischem Vorgang zu überwinden. Erst dadurch kann die außerparlamentarische Bewegung den eigenen historischen Standort klären und die Beliebigkeit strategischer Orientierungen abstreifen. Dann kann sie auch die vielfache historische Maskerade ablegen, die viele ihrer Baustellen auszeichnet, und die unsinnigen Orientierungen an nachkapitalistischen Staaten aufgeben, deren Entwicklungen unter ganz anderen Bedingungen verlaufen. Die eigene politische Bestimmung kritiklos an ihnen festzumachen, muß nicht nur immer wieder zu dümmlicher Selbstkastrierung führen, sondern auch zum ständigen Verfehlen gesellschaftlicher Realität und damit von Massenbewußtsein. An die Stelle der Masken und „Religionen" muß konkrete Auswertung politischer Erfahrung der revolutionären, sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegungen treten. Nicht um deren Organisationsformen und Strategien etwa direkt zu übertragen, sondern um ihre widersprüchliche Entfaltung, ihre Erfolge, wie ihre Fehler kennenzulernen und ihre Bezogenheit auf die jeweils herrschenden historischen Bedingungen zu analysieren. Die falsche Solidarität mit den erfolgreichen Revolutionären und ihren Parteien muß deshalb vom Tisch zugunsten einer kritischen Solidarität mit den sozialrevolutionären Bestrebungen.

Unklar ist auch, wieweit sich eine zweite Voraussetzung für das Erreichen von Massenbewußtsein herausbildet. Gesellschaftliche Lernprozesse verlaufen nicht nur als kognitive Vorgänge. Auch das Subjekt mit seinen emotionalen Bedürfnissen geht in sie ein. Deutlich ist das bei der Entstehung des Ostermarsches gewesen, als Motivation durch moralische Bindung einen wesentlichen Bestandteil der Antriebskräfte darstellte. Auch die dogmatischen Gruppen der Linken zeigen, wie sehr subjektive emotionale Bedürfnisse nach Identifikation und Sicherheit gestaltend am Lernprozeß beteiligt sind. Solange aber die Linke diese emotionalen Bedürfnisse nicht oder kaum oder zumindest nicht besser als die bestehende kapitalistische Konsum-Konkurrenzgesellschaft befriedigen kann, wird es ihr nicht gelingen, sich glaubhaft als Promoter zu besserem Leben darzustellen. Gegenwärtig werden die Verkehrsformen der Linken untereinander nicht selten zum Schreckensbild. Schlimmer als konkurrierende Kleinkapitalisten kämpfen sie gegeneinander, wobei nur die eigene konkurrenzhafte Durchsetzung Ziel und Legitimation von Umgangsformen und Argumenten darstellt. Gelingt es nicht, solidarische Verkehrsformen an die Stelle von konkurrenzhaftem Verhalten treten zu lassen, wenigstens einen Zipfel der Qualität der neuen, angestrebten sozialistischen Gesellschaft erkenn- und fühlbar zu machen, so wird Sektierertum und Isolierung nicht überwunden. Viel mehr werden Motivationen der Linken bis zu vielfacher Resignation abgebaut werden.

Die unmittelbare Entwicklung in Europa wird von der westdeutschen Linken sicherlich nur langsam und in bescheidenem Ausmaße beeinflußt werden können. Trotzdem kann sie eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht zu verhindern, daß die BRD zur Vormacht der Unterdrükkung der westeuropäischen Linken wird, wie es sich gegenwärtig schon andeutet. Voraussetzung für die Übernahme einer solchen wichtigen Funktion ist aber, daß der durch die außerparlamentarische Bewegung eingeleitete Lern- und Politisierungsprozeß nicht sektiererisch versandet, sondern sich weiterentwickelt und neue soziale Bewegungen einzubeziehen vermag. Dies hängt sicherlich nicht von objektiven Bedingungen allein ab, sondern in hohem Maße auch von der subjektiven Handeln, dem Bemühen um politische Erkenntnis, der Stärke der moralisch gestützten Motivation von Einzelnen und Gruppen und von ihrem Vermögen, Offenheit gegenüber der komplexen Wirklichkeit zu ertragen, um dadurch soziales und politisches Lernen weiterführen zu können. Daß dies möglich ist und wir uns an den eigenen Haaren aus dem Sumpf der Entfremdung, wenn auch nur mühsam und stückweise, herauszuziehen vermögen, dies können wir aus der Geschichte der außerparlamentarischen Bewegung als große Ermutigung aufnehmen.

Tagung des SB zur Gewerkschaftsfrage

Am 11./12. Juni 1977 fand in Frankfurt-Harheim unter Beteiligung von 350 Genossinnen und Genossen eine Tagung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro zur Diskussion der Bedingungen und Perspektiven sozialistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit statt. In den letzten Jahren hat sich angesichts sinkender wirtschaftlicher Wachstumsraten, einer breiten Rationalisierungswelle und daraus resultierender Wiederkehr von Massenarbeitslosigkeit die ökonomische und soziale Lage der Lohnabhängigen tiefgreifend zu verändern begonnen. Zu welchen Bewußtseinsveränderungen hat dies bei Arbeitern und Angestellten geführt? Inwieweit haben sich die Bedingungen politischer und gewerkschaftlicher Arbeit von Sozialisten verändert? Wo sehen sie Ansätze für eine Stärkung der eigenen gewerkschaftlichen und politischen Arbeit? – Das waren zentrale Fragen, die auf dieser Tagung zur Diskusion standen. Zunächst wurde in drei Arbeitsgruppen diskutiert.

In Arbeitsgruppe 1 "Die soziale und wirtschaftliche Lage der Lohnabhängigen und ihre Reaktionen auf die Krise" zeigte die Diskussion, daß von einem einheitlich sich verändernden Bewußtsein der Kollegen nicht ausgegangen werden kann. So existiert weiterhin ein Kern von Lohnabhängigen, die auch heute noch von der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze überzeugt sind. Nur eine Minderheit verfügt bislang über aktive Kampferfahrungen. Zunehmend größer wird die Zahl derer, die arbeitslos sind oder unter Verzicht auf gewerkschaftlichen und rechtlichen Schutz die schlechtesten Arbeiten häufig sogar unter dem Tariflohn annehmen müssen. Gerade hier erschweren jedoch oft Isolierung und Konkurrenz das Entstehen von Solidarität in besonderem Maße.

Die Notwendigkeit differenzierter Analysen erwies sich auch in den Diskussionen der Arbeitsgruppe 2 "Sozialisten und Gewerkschaften". Zwei unterschiedliche Tendenzen in der Einschätzung der Gewerkschaften zeigten sich hier im Verlauf der Diskussion.

Die eine geht davon aus, daß die Gewerkschaften mit anhaltender Krise zunehmend unter Legitimationsdruck hinsichtlich der von ihnen bislang betriebenen sozialpartnerschaftlichen Politik kommen und unter dem Druck der gewerkschaftlichen Basis zu einer konsequenteren Interessenvertretungspolitik gezwungen werden können. Eine sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsstrategie muß infolgedessen von der Veränderbarkeit der Gewerkschaften ausgehen und das Schwergewicht der eigenen Arbeit auf den Versuch der Einflußnahme auf die Gewerkschaftspolitik legen.

Für eine Initiative des SB zur Stärkung des Widerstandes gegen die Arbeitslosigkeit

Auf einer zentralen Mitgliedertagung des Bereichs Betrieb und Gewerkschaft im SB am 21./22. Mai 1977 in Kassel wurde ein Vorschlag zur Durchführung einer breiten, vom SB getragenen Initiative gegen die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen diskutiert und als Antrag der Arbeitsgruppentagung des SB zur Gewerkschaftsfrage, die am 11./12. Juni 1977 in Frankfurt-Harheim stattfand, vorgelegt. Dieser Vorschlag einer Initiative zur Stärkung des Widerstandes gegen die Arbeitslosigkeit wurde in die Diskussionen der AG-Tagung aufgenommen und fand in Frankfurt-Harheim die grundsätzliche Zustimmung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Inhalt und Stoßrichtung einer derartigen, von den lokalen und regionalen Gruppen, den Arbeitskreisen Betrieb und Gewerkschaft und den Arbeitsfeldern und Projekten zu tragenden Initiative, die u.a. auch in eine zentrale bzw. regionale Großveranstaltung(en) münden könnte, konnten an diesem Wochenende nicht ausführlich diskutiert werden. Es ist deshalb Aufgabe des Delegiertenrats des SB und der in dem Antrag vorgesehenen Vorbereitungstagung, baldmöglichst über die Konkretisierung einer solchen SB-Initiative gegen die Arbeitslosigkeit die Diskussion aufzunehmen und ein Konzept zu erarbeiten, mit dem eine solche Initiative in allen Bereichen und auf allen Ebenen unserer politischen Arbeit praktisch in Gang gesetzt wird. Der von der zentralen Mitgliedertagung des Bereichs Betrieb und Gewerkschaften entwickelte und von der Arbeitsgruppentagung in Frankfurt-Harheim übernommene Vorschlag hat folgenden Wortlaut:

Seit einigen Jahren steigen in den kapitalistischen Industriestaaten die Arbeitslosenzahlen. In der BRD liegt die Zahl der Arbeitslosen seit Jahren über der Millionengrenze. In wenigen Jahren wird diese Zahl wahrscheinlich auf mehrere Millionen ansteigen. Betroffen sind nicht nur die bereits Arbeitslosen, sondern auch die mit Entlassungsdrohungen unter Druck gesetzten Beschäftigten und alle, die es – wie insbesondere Schulabgänger und Frauen – zunehmend schwerer haben, überhaupt noch einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Im SB haben wir von dieser Entwicklung bislang vorwiegend publizistisch Kenntnis genommen. Praktisch aufgenommen haben wir diese Frage bis heute nur unzureichend, obwohl sich gerade hier die tiefgreifenden Veränderungen in den Existenzbedingungen der westdeutschen Arbeiterklasse besonders auffällig zeigen. Praktisch aufnehmen aber heißt, diese Tendenzen nicht nur kommentierend zu begleiten oder resignativ festzustellen, daß das Arbeitslosigkeitsproblem so lange unlösbar sein wird, wie es den Kapitalismus gibt, sondern für hier und heute Ansatzpunkte praktischen Widerstandes gegen die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu entwickeln.

Den Widerstand gegen die Arbeitslosigkeit zu einer praktischen politischen Aufgabe zu machen, heißt einerseits, den Widerstand gegen die in der BRD um sich greifende Repression fortzusetzen, wie dies das SB mit der Kampagne gegen politische und ökonomische Unterdrückung und dem Pfingstkongreß 1976 versucht hat. Andererseits aber geht es hier um eine Form des Widerstandes, für den besondere Handlungsformen zu entwickeln sind und dem eine spezifische Stoßrichtung zu geben ist.

In ihrer täglichen politischen Praxis sind die Genossinnen und Genossen in Betrieben und Verwaltung in immer stärkerem Maße gezwungen, das Problem der Rationalisierung und der damit einhergehenden Entlassungsstrategien des Kapitals aufzugreifen. Viele von uns sind selbst – sei es aus politischen Gründen, sei es als Opfer der anhaltenden Rationalisierungswelle – von Arbeitslosigkeit bedroht oder bereits betroffen. Angesichts derartiger Entwicklungen geht vom Bereich B&G die Initiative aus, um im SB aufzufordern, dem Widerstand gegen die Arbeitslosigkeit eine praktische Perspektive zu geben.

Die Arbeitsgruppentagung am 11./12. Juni 1977 sollte dazu dienen, nicht nur die Frage sozialistischer Gewerkschaftsarbeit zu diskutieren, sondern in diesem Zusammenhang auch die politischen Aktivitäten des SB für die nächste Zeit schwerpunktmäßig auf ein uns alle betreffendes Ziel zu richten: eine Widerstandsstrategie gegen die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu entwickeln und – soweit dies in unseren Kräften steht – praktisch umzusetzen.

Der erste Schritt sollte darin bestehen, eine Vorbereitungstagung zur Diskussion einer Widerstandsstrategie gegen die Arbeitslosigkeit durchzuführen. Auf dieser Tagung sollten drei zentrale Fragen diskutiert werden:

I. Arbeitslosigkeit in der BRD – Bestandsaufnahmen:

1. Staatliche Konzepte zur Lösung der Arbeitslosenfrage;

2. Arbeitslosigkeit in der BRD im internationalen Zusammenhang;

3. Rationalisierungsstrategien in Betrieb und Verwaltung und mögliche Widerstandsformen;

4. Darstellung und Kritik der gewerkschaftlichen Konzeptionen zur Lösung der Arbeitslosenfrage;

5. Spezifische Formen der Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, die angesichts ihrer quantitativen und qualitativen Bedeutung gesondert diskutiert werden müßten (Angestellten-, Frauen-, Jugend-, Ausländer-, Akademiker- und Dauerarbeitslosigkeit);

6. Soziale und psychische Auswirkungen von Arbeitslosigkeit/Abwehr- und Widerstandsmöglichkeiten von Arbeitslosen.

II. Praktische Einwirkungsmöglichkeiten für das SB:

1. Möglichkeiten der Unterstützung betrieblicher Abwehrkämpfe gegen Rationalisierung und Entlassungen;

2. Möglichkeiten der Entwicklung einer alternativen Gewerkschaftsstrategie des Widerstandes gegen die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen;

3. Unterstützung von Widerstandsformen seitens der Arbeitslosen;

4. Ausbau des Arbeitersolidaritätsfonds.

III. Zum weiteren Vorgehen:

Diese Vortagung sollte dazu dienen, Möglichkeiten und Stoßrichtung praktischer Aktivitäten des SB gegen die Arbeitslosigkeit zu diskutieren. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme bereits gemachter Erfahrungen und laufender Aktivitäten gegen die Arbeitslosigkeit ist die Frage zu diskutieren, welche Funktion eine breite Initiative gegen die Arbeitslosigkeit für die eigene praktische Arbeit haben kann. Aktivitäten im Rahmen dieser Initiative sollten einerseits mit bereits existierenden Praxisansätzen der Arbeitsfelder und der lokalen Gruppen verbunden sein, zum anderen aber auf eine möglichst breite und übergreifende öffentlichkeitswirksame Mobilisierung zum Widerstand gegen die Arbeitslosigkeit ausgerichtet sein. Getragen werden sollen die Aktivitäten von den lokalen/regionalen Gruppen und den Arbeitsfeldern. Die lokal, regional und in den Arbeitsfeldern entwickelten Aktivitäten sollten durch zentrale öffentlichkeitsorientierte Aktivitäten gestärkt werden.

Aufgabe der Vorbereitungstagung wäre es, die hier nur in der Tendenz formulierte Konzeption einer breiten Initiative des SB zur Unterstützung des Widerstandes gegen die Arbeitslosigkeit im Hinblick auf ihre praktischen Realisierungsmöglichkeiten zu konkretisieren.

★

Die andere Argumentationsrichtung betont dagegen stärker den repressiven Charakter der gegenwärtigen Gewerkschaftspolitik, wie er sich insbesondere an den Unvereinbarkeitsbeschlüssen zeigt, und hebt die Schwierigkeiten einer breiteren Mobilisierung der Kollegen angesichts der Behinderung durch den Gewerkschaftsapparat hervor. Infolge dessen wird unabhängigen Widerstandskräften an der betrieblichen Basis, die inner- wie außergewerkschaftlich aktiv sind, eine besondere Bedeutung zuerkannt. Keineswegs tendiert diese Position jedoch dazu, die Arbeit in den Gewerkschaften aufzugeben oder zu vernachlässigen oder etwa neue, linke Gewerkschaften aufbauen zu wollen.

(Zur Dokumentation dieser bereits seit längerem im SB ausgetragenen Kontroverse siehe die im Verlag 2000 erschienene Broschüre "Materialien zur Gewerkschaftsdiskussion".)

Die Diskussionsbeiträge der Arbeitsgruppe 3 "Ansatzpunkte einer sozialistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" kamen überwiegend von Genossen aus dem Betriebsbereich. Eine längere Diskussion entzündete sich an einem Redebeitrag eines Hamburger Genossen. Seine These, losgelöst vom DGB einen Transportarbeiterverband im Hafen ins Leben zu rufen, wurde im Verlauf der Diskussion als nicht praktikabel und die Bewegung spaltend zurückgewiesen. Im übrigen, so erklärte der Genosse später, sei der Beitrag eher provokativ, die Diskussion anheizend, zu verstehen gewesen. Ziel der Arbeitsgruppe war es, Ansatzpunkte einer sozialistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu benennen. Als möglicher Ansatz kollektiven Handelns über den Arbeitsbereich hinaus wurde der Reproduktionsbereich genannt. Hier beginnen sich heute neue Formen von Kollektivität und gemeinsamen, selbstbestimmten Handelns herauszubilden. Weiterhin wurde zentral die Frage diskutiert, inwieweit es unter den heutigen Bedingungen möglich ist, die DGB-Gewerkschaften zu zwingen, die Interessen der Kollegen kämpferisch wahrzunehmen.

Auf dem Schlußplenum wurde diese Frage im Hinblick auf die Entwicklung in der Berliner GEW diskutiert, wo auf Grund der Spaltungsmanöver rechter Gewerkschafter der alte GEW-Landesverband aus der GEW ausgeschlossen wurde und gegenwärtig als selbständiger gewerkschaftlicher Lehrerverband weiterbesteht, während von den rechten Gewerkschaften eine neue "GEW im DGB" gegründet wurde.

Eine Position vertrat auf der Arbeitsgruppentagung die Ansicht, man müsse unbedingt – auch um den Preis erheblicher Zugeständnisse – in den DGB-Gewerkschaften zu bleiben versuchen, um sich nicht von der Masse der Lohnabhängigen zu isolieren. Infolgedessen hätte man, wie von der Bundes-GEW gefordert, die Bundessatzung einschließlich der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in Berlin übernehmen müssen. Aus diesem Grunde müsse man als Sozialist auch in die neue "GEW im DGB"

eintreten. Die Notwendigkeit des Verbleibens im DGB gelte gerade für die Mitglieder einer Intellektuellengewerkschaft wie der GEW, die sich bei Isolierung von den Industriegewerkschaften schnell in einen ständischen Interessenverband verwandeln werde. Angesichts dieses besonderen Charakters des GEW sei auch die dort eingetretene Entwicklung nicht auf die Industriegewerkschaften übertragbar und habe keinen exemplarischen Charakter.

Demgegenüber wurde eingewandt, daß die am Beispiel der GEW-Berlin aufgeworfene Frage, um welchen Preis man in einer DGB-Gewerkschaft bleibe, durchaus exemplarischen Charakter habe und sich ähnliche Situationen für Linke bei der Frage der Kandidatur auf zweiten Listen bei Betriebsratswahlen, bei der Verteidigung von Gewerkschaftsausschlüssen bedrohter Kollegen usw. bereits heute immer wieder stellen. Damit wolle man keineswegs notwendige Differenzierungen zwischen Industrie- und Intellektuellengewerkschaften bestreiten.

Da heute in beiden Berliner Lehrerverbänden SB-Genossen mitarbeiten, hat die hier diskutierte Problematik eine unmittelbare Aktualität (siehe auch die GEW-Diskussion in "links" Nr. 81, 82, 86, 87). Fest stand für die Teilnehmer der Arbeitsgruppentagung, daß nicht durch Abstimmung mehrheitlich darüber entschieden werden sollte, welche der beiden sich gegenüberstehenden Positionen die "richtige" und für das SB zukünftig "verbindliche" ist. Allen war klar, daß das SB diese Spannung aushalten muß und daß es heute darauf ankommt, die Entwicklung in der Berliner GEW genau zu verfolgen und zu diskutieren und aus den dort gemachten Erfahrungen zu lernen. Nicht den Graben zu vertiefen, den die Spaltung der Berliner GEW hervorgerufen hat, kann unser Interesse sein, sondern darauf hinzuwirken, daß die in den beiden Verbänden aktiven Genossen solidarisch zusammenarbeiten und dazu beitragen, daß die beiden Verbände wieder zusammenkommen. Dies durch Verwirklichung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft in der GEW, das es den heute zwangsweise außerhalb der GEW organisierten Lehrern ermöglichen würde, sich ohne den Preis der politischen Selbstaufgabe wieder in einer DGB-Gewerkschaft zu organisieren. **H. E. BRAND**

Zur Gewerkschaftsfrage

Materialien zu dieser SB-Arbeitstagung zur Gewerkschaftsfrage sind enthalten in der Broschüre "Materialien zur Gewerkschaftsdiskussion" (Preis DM 5,--) und im Informationsrundbrief (Mitgliederrundbrief) des SB, Ausgabe 34 (Unkostenbeitrag DM 1,--). Diese Materialien können gegen Vorauszahlung (Briefmarken, Bargeld, Scheck o. ä. beilegen) vom Sozialistischen Büro angefordert werden. Es ist beabsichtigt, den Verlauf der Arbeitsgruppentagung in einem späteren Informationsrundbrief in seinen wichtigsten Diskussionsabläufen zu protokollieren; über das Erscheinen dieses Informationsrundbriefs wird zu gegebener Zeit in "links" informiert.

Neues aus Göttingen

Am 25.4.1977 wurde in den "Göttinger Nachrichten" der inzwischen wohlbekannte Bubacknachruf veröffentlicht, der Anlaß zu scharfen Reaktionen des Staates und der bürgerlichen Medien-Öffentlichkeit war, den Göttinger AStA und seine "Anhänger" als Terroristensympathisanten zu diffamieren (siehe "links" Juni 1977). Nach dem Ultimatum des Rektors Beug, bis zum 11.5. den Artikel zu widerrufen, kam es zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen Staat und Studenten.

Am 11.5. wird auf einer Uni-VV beschlossen, bis zum 16.5. zu streiken, um Solidarität mit dem AStA zu bekunden und unabhängig von Differenzen über den Artikel in der Studentenschaft die Einmischung des Staates und des Rektorats in die Pressefreiheit der AStA-Organe zurückzuweisen. Bis zum 16.5. wird gegen den teilweise sehr massiven Widerstand der Rechten an der Uni gestreikt. Am 16.5. verteilen der Rektor und die Dekane der Fakultäten Flugblätter, die zum Streikabbruch aufrufen und zur Mäßigung im politischen Vorgehen. In einer Pressekonferenz wird deutlich, daß an eine Amtsenthebung nicht gedac ist.

In einer Uni-VV wird am gleich Tag Aussetzung des Streiks b schlossen, bis weitere Disziplini rungsmaßnahmen, zum Beispiel nanzielle Forderungen an den ASt drohen. Am Nachmittag bestätigt d Verwaltungsgericht Hildesheim sofortige Vollziehbarkeit der Verf gung des Rektors, da "öffentlich Interesse" daran bestehe, daß si der AStA distanziert.

Am 17.5. lädt der Rektor den AS zu einer Besprechung über dies Urteil ein. Etwa 1000 Leute begl ten spontan den AStA. In einer E

Was erwarten unsere linken Studenten von den Herrschenden?

Der in "links" Juni 1977 veröffen lichte Beitrag der SB-Hochschu gruppe Göttingen, zu den Folg des Artikels, den der AStA-Gö tingen zum Tod des Genera bundesanwaltes Siegfried Buba verbreitete, veranlaßte mich, einig Gedanken und Äußerungen a meiner und meiner Arbeitskolleg Sicht beizusteuern. Es gibt im B trieb keinerlei Verständnis od auch nur emotionelle Zustimmu zu dem Mord an Buback. Den A tikel des Göttinger AStA bewert die Kollegen als Sympathieerkl rung für die Attentäter. Dazu g nügen die wenigen Zitate aus d Wunschvorstellungen eines St denten. In der Stellungnahme d SB-Hochschulgruppe Göttinge wird nun angeführt, es handele si um "subjektive, spontane Äuß rungen eines Genossen", wie selbst zugebe. So feine Unterschi de machen die Arbeiter aber nic Sie sehen dies als das wahre G sicht linker Studentengruppen.

Der Verfasser sagt schon im dr ten Satz, seine "Rülpser" würde vielleicht zu einer öffentlichen Ko troverse beitragen. Also haben und der Göttinger AStA bewu jene Angriffe provoziert, über d nun die linke Studentenschaft si beklagt. Was brauchen die rechte Kreise in der BRD mehr, als so che "klammheimlichen" Fre denausbrüche? Selbst die dista zierte Solidarität der SB-Hochschu gruppe Göttingen genügt da scho um bei der Masse der Bevölkerun Verständnis für ein verschärfte Vorgehen gegen linke Persone oder Gruppen in der BRD zu e zeugen. Was erwarten unsere li ken Studenten eigentlich von de Herrschenden? Haben sie tatsäc lich geglaubt, die seien nicht s wie sie die Linke selbst darstellt Hat man etwa erwartet, man we de wohlwollend über solche En gleisungen schweigen, sie nic nutzen? Lebt die linke Studente schaft vielleicht nach dem dümm sten aller Sprichwörter: "Viel Fein viel Ehr!"?

Was können die Träume von de Verbrecheralbum und den öffen lichen Vernehmungen nach der R volution anders bewirken, als ei Eskalation der Berufsverbotsprax und Repression... WILLI MICHE

klärung betont der AStA nochmals, daß er zur Veröffentlichung von strittigen Artikeln steht und sich nicht distanziert, da der Göttinger AStA nicht den Mord an Buback zu verantworten habe und niemals ein Aufruf zur Unterstützung von Terrorismus stattgefunden habe. Dies betrachte der AStA als hinreichend, um der Verfügung Genüge zu leisten. Der Rektor erachtet diese Erklärung wiederum als nicht hinreichend. Dennoch verbreitet der NDR die Nachricht, der Göttinger AStA habe sich von dem Artikel distanziert. Es herrscht daraufhin zunächst Ruhe. Die Angriffe auf den AStA scheinen zum Stillstand zu kommen. Am Freitag vor Pfingsten, am 27.5., rollt dann – vollkommen unerwartet – eine Staatsschutzübung ab, die es in Göttingen in diesem Umfange nie gegeben hat.

Etwa 1000 Polizisten waren in Göttingen zusammengezogen worden, unter deren Schutz in den Morgenstunden eine großangelegte Durchsuchungsaktion ablief: Zwei Druckereien wurden von der Polizei besetzt, der 'Rote Buchladen', das KBW-Büro, die AStA-Gebäude sowie 17 Privatwohnungen. Umfangreiches Material wurde beschlagnahmt. Hausdurchsuchungsbefehle wurden zum Teil nicht vorgezeigt. Auf einigen wurde als Begründung dieser Aktion Veruntreuung von AStA-Geldern im Zusammenhang mit Brokdorf (Miete für Busse) angegeben. Weitere zahlreiche Rechtsbrüche konnten registriert werden. Die Betroffenen wurden teilweise von der Anwesenheit in den durchsuchten Räumen abgehalten bzw. wurden die Räume während ihrer Abwesenheit aufgebrochen und durchsucht. In zwei Fällen wurden auch hinzugezogene Rechtsanwälte abgewiesen. Wie später offiziell verlautet, suchte man im wesentlichen nach dem Verfasser des Buback-Artikels.

Göttingen nach der Polizeiaktion: Studenten demonstrieren schweigend mit Maulkörben, als würden sie zur Hinrichtung geführt. Bild aus "Göttinger Betriebsexpress"

Im Verlaufe des Vormittags versammeln sich immer mehr empörte Studenten auf dem Campus. Mittags findet eine Demonstration mit etwa 2000 Teilnehmern statt. Im Verlauf der Demonstration betritt ein Teil der Demonstranten den Bahnhof und besetzt die Gleise, um bundesweit auf die Vorgänge in Göttingen hinzuweisen. Als die Polizei eintrifft, gibt der AStA „Befehl", sofort die Schienen zu räumen. Im Begriff, den Bahnhof zu verlassen, werden die Demonstranten, die sich nicht schnell genug von den Schienen entfernen, heftig von der Polizei angegriffen und verprügelt. Es gibt Verletzte.

Um 16 Uhr findet eine Abschlußkundgebung statt, auf der der Beschluß gefaßt wird, am Samstag weiterzudemonstrieren.

Am 28.5. findet erneut eine Demonstration mit 3000 Teilnehmern statt. Delegationen aus anderen Universitätsstädten nehmen teil, um ihre Solidarität zu bekunden.

In den Pfingstferien herrscht Ruhe. Am 5.6. droht Ministerpräsident Albrecht den Studenten mit Semesteraberkennung, falls es im Wintersemester zu Streikaktionen kommen sollte.

Am 7.6. entscheidet das Verwaltungsgericht in Hildesheim: Distanzierung bis Mittag 12 Uhr am 8.6. durch eine Presseerklärung des AStA; Keine Stellungnahme zu allgemeinpolitischen Fragen; Bei Zuwiderhandlung je beanstandetem Fall 2000.-- DM Zwangsgeld; Verbreitung des Buback-nachrufs bleibt weiterhin verboten. Der AStA distanziert sich nicht. In einer weiteren Verhandlung verzichtet das Gericht dann auf die Forderung nach Distanzierung. Die anderen Punkte bleiben weiterhin bestehen.

Am 10.6. werden die Ergebnisse der Polizeirazzia vom 27.5. bekanntgegeben. Bei zwei Studenten wurde Material gefunden, das ihre Mitarbeit am Buback-Artikel belege.

Am 15.6. findet ein landesweiter Demonstrations- und Aktionstag statt. Etwa 7000 Leute beteiligen sich. Auf einer Kundgebung auf dem Markt spricht unter anderem auch Erich Fried. Abends findet eine Diskussionsveranstaltung mit Erich Fried, Peter Brückner und einem Anwalt des Roth/Otto-Prozesses statt, sowie ein umfangreiches Kulturprogramm.

Versucht man nun, die Vorgänge der letzten Wochen aus der Distanz zu analysieren, so wird eines besonders deutlich, nämlich daß der Buback-Artikel in den „Göttinger Nachrichten" tatsächlich – und gerade dies hatte der AStA auch immer wieder gegenüber der studentischen und auch der bürgerlichen Öffentlichkeit betont – nur ein Vorwand dafür dar-

Gegen falsche Solidarisierung

Es ist nötig geworden, ohne Beifall von der falschen Seite zu scheuen und ohne damit die Kritik an den Rechtswidrigkeiten der Prozesse gegen "Terroristen" und den Haftbedingungen der wegen Handlungen aus politischen Motiven Inhaftierten zu mindern, ebenso rücksichtslos klarzustellen:

Es muß zwar die Kritik an diesen Rechtswidrigkeiten – und zwar um des Rechtsstaates willen, an dessen grundlegenden Prinzipien die sozialistische Bewegung sehr interessiert ist – weitergehen; es darf daraus aber keine Solidarisierung mit den von diesen Rechtswidrigkeiten Betroffenen folgen.

2. Die Arbeiterbewegung hat gewußt, weshalb sie von jeher in der vordersten Front der Kriegsgegner stand. Jeder Krieg erschüttert die auf schwachen Füßen stehende Rechtsstaatlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft und brutalisiert deren Institutionen und Menschen, die in ihnen tätig sind. Die Nachahmung der lateinamerikanischen Stadtguerilla bei uns bringt den anti-imperialistischen Kampf in die blutige Form des Krieges, bevor diese Form des Kampfes durch die Machthaber aufgezwungen wurde. Es war vorauszusehen und wurde genugsam gewarnt: Die bürgerlichen Rechtsinstitutionen und ihre Träger werden das nicht aushalten. Alle jene Rechtswidrigkeiten samt den übrigen Repressalien, die Transformation zum autoritären Staat, sind (neben anderen Ursachen) auch Folgen der Kriegsaktionen gegen diesen Staat. Über diese Folgen zu jammern, nachdem man sie selbst heraufbeschworen hat, ist kindisch.

2. Die Aktionen der RAF und ihrer Nachfolger und Nachahmer beweisen ihren pseudo-revolutionären Charakter: Seit der Baader-Befreiung im Mai 1971 hatten von ihnen nur die zwei, zu denen die Stammheimer selbst sich bekannt haben – die Bombenanschläge auf amerikanische Institutionen in Heidelberg und Frankfurt 1972 – eine politische Tatmotivation. Alle übrigen – Bankeinbrüche, Geiselnahmen, Polizisten-Erschießungen – dienten der Selbst-Reproduktion der Gruppe. Nie wurde etwas im Interesse der von dieser Gesellschaft Unterdrückten unternommen. Ausschließlich mit ihrer Selbst-Reproduktion beschäftigt, unterschieden sich ihre Handlungen nicht mehr von denen einer kriminellen Gruppe. Das gilt auch für die als "Bestrafung" ausgelegte Ermordung Bubacks.

3. Die Bezeichnung dieser Ermordung als "Hinrichtung" bedeutet, daß diese "Revolutionäre" die Todesstrafe wieder einführen, während wir in diesem durch sie und durch eine sie als Vorwand benutzenden Gegenpropaganda hysterisch gemachten Volk schwer genug zu kämpfen haben, daß der Fortschritt der Abschaffung der Todesstrafe erhalten bleibt. Daß außer Buback noch seine zwei Begleiter erschossen wurden, ist entweder Ausdruck der inzwischen eingefressenen Menschenverachtung – oder es soll bedeuten, daß die "Todesstrafe" nun auf alle Angehörigen des Justiz- und Polizeiapparates ausgedehnt wird. Der nihilistische Wahnsinn, der damit an die Stelle des antiimperialistischen Kampfes getreten ist, ist nunmehr offenkundig.

4. "Distanzierung" genügt hier nicht mehr. Es muß klargestellt werden: Diese selbsternannten, selbst keinerlei Solidarität mit anderen Sozialisten praktizierenden "Guerilleros" haben aufgehört, Genossen zu sein. Sie sind objektiv Bundesgenossen und Werkzeuge der Reaktion geworden. Das ist es, was sie endlich einsehen müssen, und diese Einsicht wird ihnen verbaut durch Kundgebungen der Solidarität mit ihnen.

5. Darum: Die Zustände in unserer Strafjustiz, in der politischen Justiz und in den Haftanstalten sind vielfach so miserabel, daß Kritik und Protest sie in aller Schärfe treffen müssen. Dabei darf es aber weder um Sonderforderungen für die politischen Gefangenen gehen noch um Rechtfertigung ihrer Handlungen und ihrer verderblichen Strategie. Es kann immer nur um alle Opfer dieser Zustände gehen.

6. Die drei Stammheimer Gefangenen sind auf politischem Wege zu ihrer irrigen Strategie gekommen. Meine Achtung ihrer Person und ihres Kampfes ums Überleben ist trotz der Kritik unvermindert. Sie kann sich nur darin ausdrükken, daß wir sie nicht zu Objekten unseres Mitleides machen, sondern sie als verantwortliche Subjekte ansprechen. Darum haben sie jetzt von uns vor allem anderen dies eine zu hören: Schluß mit der blödsinnigen Parole: "Den Widerstand bewaffnen!", die sie vor kurzem noch herausgegeben haben! Statt dessen sollen sie endlich alle ihre Sympathisanten innerhalb und außerhalb der Gefängnisse auffordern, mit der heimtükkischen und idiotischen, politisch und menschlich gleich verwerflichen Morderei und dem kindischen Basteln von Sprengsätzen aufzuhören und die Mühe politischer Arbeit auf sich zu nehmen. Das ist der einzige Beitrag zum anti-imperialistischen Kampf, den sie nach dem Schaden, den sie angerichtet haben, jetzt von der Zelle aus leisten können.

HELMUT GOLLWITZER

Solidarität oder Distanzierung: Falsche Alternative

Der Brief des Genossen Klein an den Spiegel (20/1977), in dem er seine Abkehr von der "westdeutschen Guerilla" begründet, hat den eingespielten Mechanismus der Alternative von Solidarität und Distanzierung, der die westdeutsche Linke seit den ersten Aktionen der RAF gelähmt hat, gesprengt. Dieser Brief überzeugt, weil er aus der "Praxis" selbst kam, die ihn "zum Kotzen und vor allem zum Nachdenken" brachte, weil er ein hohes persönliches Risiko beinhaltete, nämlich selbst ein Opfer der Gewalt zu werden, und weil er konkret war, möglicherweise zwei Menschen das Leben gerettet hat (von denen wir nun erwarten, daß sie künftig ihre Einflüsse in der BRD auch für Hans-Joachim Klein geltend machen). Unsere Solidarität muß uneingeschränkt dem Genossen Klein gelten.

Die falsche Alternative von Solidarität und Distanzierung liegt in der Identitätsschwäche der Linken und ihrem damit zusammenhängenden gebrochenen Verhältnis zur Öffentlichkeit begründet. Das ständige Gejammer darüber, daß die Medien die Aktivitäten der Linken verzerren und entstellen, ergänzt sich mit dem sektiererischen Abkapseln, die eigene Argumentation nur innerhalb der Linken zu führen. Exemplarisch hat das der Buback-Artikel in der Göttinger Studenten-Zeitung und die studentische Verteidigungskampagne gezeigt. Das sektiererische Selbstbewußtsein des Autors ("Ausgewogenheit, stringente Dialektik und Widerspruch – das ist mir alles piep-egal") kann vielleicht einen Seminarmarxisten provozieren; seine "klammheimliche Freude" ist aber nicht nur die Formulierung eines persönlichen Problems, sondern ein gebotener Vorwand für die Isolierung der Studentenproteste und damit eine politische Dummheit allerersten Ranges. Das Geschrei gegen die demagogische Ausnutzung dieses Fehlers zur Liquidierung der verfaßten Studentenschaft durch die staatstragenden Parteien, das kommentarlose Nachdrucken durch andere Zeitungen, mit der Angst vor Distanzierung begründet, macht den verlorenen Boden nicht nur nicht wett, sondern drängt die Verteidiger auf ein Terrain, auf dem sie nichts mehr gewinnen können: sie berufen sich auf die Pressefreiheit. Die Ratlosigkeit des Artikels wird unter dem reaktionären Propagandafeuer zum verzweifelten Appell an die liberale Substanz des Grundgesetzes – das überzeugt dann niemanden mehr. Der Solidarisierungszwang verkehrt die radikale Absicht in ihr Gegenteil.

Der Brief des Genossen Klein war ein Anfang, diese Zwänge aufzubrechen. Solidarisierung um jeden Preis, nur um die eigene Radikalität unter Beweis zu stellen, fetischisiert eine Einheit, von der wir alle wissen, daß sie nicht vorhanden ist. Das Einigende kann nicht allein beim Gegner liegen. Stammheim versöhnt nicht mit der Praxis der RAF. Die Praxis der "westdeutschen Guerilla", die "zu Mitteln und Methoden griff, für die ich früher auf die Straße gegangen wäre" (Klein in seiner Ablehnung dieser Art von "revolutionärer"

Gewalt), ist doch kein Kredit, der durch Isolationshaft wieder eingelöst werden kann. Solidarität kann materialistisch nur begriffen werden als ein praktischer sozialistischer Schritt, mit dem sich die Kämpfenden gegen Unterdrückung und Ausbeutung an die Seite der Opfer dieser Gesellschaft stellen. Solidarität ist die überzeugte und überzeugende Verwirklichung der Interessengleichheit aller Unterdrückten, eben ein Schritt zur Emanzipation von Zwängen. Wer die Gesellschaft verändern will, darf nicht erwarten, daß ihm die Solidarität der Unterdrückten zusteht, sondern er muß sie durch seine Praxis erwerben, die den Unterdrückten durchschaubar und legitim erscheinen muß. Darüber entscheidet weder eine sich abkapselnde linke noch die bürgerliche Öffentlichkeit.

DETLEV CLAUSSEN

stellte, einen Großangriff auf die Institution AStA und das politische Mandat zu starten, und über eine allgemeine Kriminalisierung, Diffamierung, Spaltung und individuelle Verängstigung des AStAs bzw. der linken Studentenschaft den Boden dafür zu bereiten.

Der Verzicht auf die Forderung nach Distanzierung, das plötzliche Schweigen um den Buback-Arikel sowie das gerichtliche Verbot des allgemeinpolitischen Mandats (bei Zuwiderhandlung muß der AStA künftig pro beanstandetem Artikel 2000 DM zahlen) macht dies deutlich.

Die großangelegte Razzia verfolgte neben dem Ziel, den Verfasser des Buback-Artikels zu finden, auch das Ziel, weitreichende Materialien über die gesamte Linke in Göttingen zu sammeln. Unter dem Vorwand, dem AStA Hinterziehung studentischer Gelder nachzuweisen, wurden in einem Aufwasch der linke Buchladen, das KBW-Büro und Wohnungen von Studenten, die letztes Jahr den AStA stellten, mit der jetzigen Aktion folglich nichts zu tun haben können, ebenfalls mitdurchsucht.

Die Polizei und Staatsanwaltschaft mißachtet selbst anerkannte Rechtsgrundsätze: Staatsanwälte wurden bei den Hausdurchsuchungen als "neutrale" Zeugen selbst mitgebracht, Rechtsanwälte der Betroffenen abgelehnt, Durchsuchungen ohne Anwesenheit der Betroffenen vorgenommen, Türen gewaltsam geöffnet, empörte Passanten verprügelt. Der Staat zeigt Stärke, die Öffentlichkeit schweigt oder klatscht Beifall, da es nicht um die Demokratie, sondern gegen den "Terroristensumpf" geht. Was hat der Staat erreicht? Es gelang ihm, die Linke in Göttingen (und auch anderswo) zu diffamieren, sie in die Ecke der Kriminalität zu rücken. Dies gelang vor allem durch den Massiveinsatz der Medien, die in erschreckender Einseitigkeit (Report, ZDF-Magazin, Zeit usw.) die Bevölkerung falsch informierten. In Göttingen haben die Studenten auf jeden Fall (besonders durch die massiven Angriffe und Diffamierungen des "Göttinger Tageblatt") kaum noch Rückhalt in der Bevölkerung. Die studentischen Protestaktionen selbst rüttelten vielleicht wenige Liberale auf, viele aber werden ihre Vorurteile bestätigt sehen.

Eines ist allerdings mit Sicherheit nicht erreicht worden, nämlich die Isolierung des AStAs bzw. die Verängstigung der Studenten, Aufspaltung und Zerschlagung des Widerstandspotentials (Demos und UniVVs waren niemals so gut besucht, wie in dieser Auseinandersetzung!).

Trotz aller Differenzen ist sich die Linke an der Uni einig im Kampf für das allgemeinpolitische Mandat. 4000 Studenten demonstrierten Mitte Juni erneut für den Erhalt des politischen Mandats, das sind mehr, als überhaupt Studenten linke Gruppen bei den letzten AStA-Wahlen wählten!

Es zeigte sich ebenfalls, daß der AStA richtig einschätzte, daß es bei der Hetze gegen den AStA nicht um die Distanzierung von dem Artikel ging. Denn obwohl der AStA der Forderung im Sinne des Rektors nicht genügend nachkam, dem Gericht abe die Erklärung des AStA genügte, blie dennoch das Verbot des politische Mandats bestehen.

Dies beweist, daß opportunistisch und legalistische Kräfte wie die Jusc und der MSB unrecht hatten, wer sie durch permanente Kritik am ASt und durch die Forderung nach D stanzierung meinten, so den Angr auf das politische Mandat abwehre zu können. Der Vorwurf, der Bubac Artikel hätte nicht gedruckt werde dürfen, trägt nichts zur Verbesseru der Strategie von Linken bei. Eric Fried stellte richtig fest, daß dies Artikel eine klare Absage an de Terrorismus darstellt, daß die ein oder andere Unstimmigkeit in e ner solchen Äußerung nicht da führen dürfe, sich selbst zu zensi ren und sich unter einen völlig u angemessenen Perfektionsdruck z stellen! Auch einige Genossen in d "links"-Redaktion sollten nicht v Opportunismus umfallen, sonde Farbe bekennen.

SB-HOCHSCHULGRUPP GÖTTINGE

Hamburg: Streik mit Signalwirkung?

Vom 9.-20. Mai fand an den Ha burger Hochschulen ein Streik sta der sich sowohl gegen die Durc setzung des HRG und den Ha burger Entwurf eines Hochschulg setzes richtete, als auch gegen E dungsnotstand, Arbeitslosigkeit, s ziale Misere, Abbau demokratisch Rechte und Berufsverbote.

Dem waren im Wintersemester dreitägiger Streik und weitere Akt nen an einzelnen Fachbereichen v angegangen, so die Auseinanders zungen um die Diplom-Prüfun ordnung bei den Politologen und Streik der Germanisten gegen d Hochschulrahmengesetz.

Nach außen hin schien der Str zunächst durchaus erfolgreich verla fen zu sein: eine Demonstration, der sich ca. 14000 Schüler und S denten beteiligten, darunter 5 Hochschullehrer, und eine Vera staltung zum Landeshochschulges mit Biallas, dem Senator für Ku und Wissenschaft, die ca. 5000 Kc militonen besuchten, waren A druck für die Proteste gegen derzeitigen Verhältnisse an den Ha burger Hochschulen und die droh de Durchsetzung des HRG.

Daß der Streik jedoch ganz and beurteilt werden muß, läßt sich a dem übrigen Verlauf ablesen.

Diesmal wollte der AStA mit H des Konzepts der 'demokratisch Gegenhochschule' (DGH) die "Ri tung deutlich machen, in die e demokratische Reform des Ho schulwesens ablaufen müßte". Entscheidung, daß gestreikt werd sollte, war bereits im Winterser ster gefallen, indem sich per Ur stimmung etwa 6000 der 28000 Ha burger Universitätsstudenten da

usgesprochen hatten. Zu Beginn es Sommersemesters galt es folgch nur noch, den vom gewerkschaftlich orientierten AStA (Juso lochschulgruppe, SHB, MSB) präentierten "Streikstundenplan" zu eschließen.
Vie äußerlich die demokratische Genhochschule den meisten Kommiton(inn)en war, zeigte sich auch aran, daß die DGH-Veranstaltunen – ob uniweit oder fachbezogen – im wesentlichen von ihren Initiatoren besucht wurden. Ein studensches Interesse, das sich in vorandenen Arbeitszusammenhänen hätte entwickeln können, spieelte sich nur selten in diesen Vernstaltungen wider. Alternativthemen wie Abrüstung, Hochschulreformierung, Veranstaltungen zu Problemen der Atomenergie, Bildungsökonomie, aber auch fachbezogene Veranstaltungen, beispielsweise über eine Veränderung des Grundstudiums für die Soziologen, wurden den Kommiliton(inn)en in Vorlesungsverzeichnismanier dargeboten. Die Frage aber, "wie vermitteln wir uns gegenseitig in solidarischen Lernprozessen die Einsicht für ein gemeinsames Sich-zur-Wehr-setzen gegen die zunehmenden Repressionen", blieb undiskutiert.
Die Politik des Hamburger AStA (seit 5 Jahren in "gewerkschaftlich orientierter" Hand) steht in der Tradition objektivistischer Programmatik und ihrer zu Tode gerittenen Aktionsformen: Bafög-Rallies, Sternmärsche, VDS-Aktionstage, und zuguterletzt wird das Kampfmittel Streik überstrapaziert. In jahrelangem Gewöhnungsprozeß werden die Studenten zu Objekten dieser Politik degradiert, die ihre Grundlage in der eigenen Parteibasis hat: Es existieren zum Teil recht gut arbeitende Fachgruppen des MSB, die annähernd 20 Fachschaftsräte an der Universität werden bis auf zwei Ausnahmen von ihm, in Zusammenwirken mit der Juso-Hochschulgruppe und dem SHB, gestellt.
Regt sich unter den Kommiliton(inn)en Widerstand gegen eine solche Politik, wird versucht, ihn zu ersticken, sobald er nicht in den Rahmen der Programmatik der Parteipolitik paßt. Das zeigt sich z. B. in Vollversammlungen, in denen durch Taktiererei Diskussionsprozesse abgewürgt werden. Darüber hinaus ist Hamburg – als MSB-Hochburg – zum Experimentierfeld der 'programmierten Studentenbewegung' geworden: So sollte auf der letzten Uni-Vollversammlung über den Streik im Wintersemester abgestimmt werden, um Positionen für einen bundesweiten Wintersemesterstreik festzulegen. Allerdings konnte darüber bei einer Beteiligung von nur etwa 1000 Kommiliton(inn)en keine Entscheidung getroffen werden. Das Ganze stand vor dem Hintergrund, daß die Basisgruppen und die Juso-Hochschulgruppe im VDS bisher einen bundesweiten Streik ablehnten.
In diesem Rahmen der Parteiinteressenpolitik steht auch die Weigerung des AStAs, sich gegen die Kriminalisierungsversuche des Göttinger AStAs zu solidarisieren.
Die ADK (Aktion demokratischer Kampf, besteht im wesentlichen aus dem SSB, der Hochschulgruppe des KB), der alte Gegenspieler der gewerkschaftlich orientierten Kräfte, weist nach den Verlusten bei den Fachschaftsratswahlen des letzten Jahres immer mehr Perspektivlosigkeit auf – politische Auseinandersetzungen bestehen darin, "den Reaktionären die Uni heiß zu machen." Das aktionistische Konzept verbaut Politisierungseffekte. Nach punktuellen Aktionen wie z. B. einer Seminarsprengung bleibt zu oft das isolierte Subjekt übrig und Gegenwehr endet in Resignation.
Im Schatten dieser eher objektivistischen, über die Köpfe der Betroffenen hinweggehenden Politik haben in den letzten Semestern Kommiliton(inn)en über Seminarinitiativen und Basisgruppen begonnen, ihre existenziellen Interessen, d. h. die inhaltlichen Erwartungen an das Studium und die Bedingungen, unter denen studiert wird, zu diskutieren. Während die etablierten studentischen Parteien nur vermittelt über Fragen wie HGR und Bafög oder ob Inhalte reaktionär sind oder nicht, diese Probleme streifen und damit unzureichend in der Lage sind, für den einzelnen zu übersetzen, was dahinter steckt und wie er selbst davon betroffen ist, bemühen sich Seminarkollektive wieder um die Diskussion dieser Fragen in den einzelnen Seminaren.
In diesen Seminarkollektiven ist zunächst die gemeinsame Vorbereitung auf die sogenannten inhaltlichen Diskussionen im Seminar möglich. Der Versuch aber, in den Seminarkollektiven nicht allein voneinander abgehoben bestimmte Inhalte zu erörtern, sondern das eigene Interesse an den jeweiligen Inhalten und im weiteren an dem Studium selbst zum Thema zu machen, führt dazu, daß die Inhalte und die Bedingungen, unter denen sie angeeignet werden, nicht mehr voneinander getrennt werden können. Seminarkollektive, die meistens entstehen, weil in den überfüllten Seminaren kaum noch substanzielle Auseinandersetzungen stattfinden, rücken die von den studentischen Parteien nur noch formalisiert thematisierten persönlichen Schwierigkeiten mit dem Studium wieder ins Blickfeld. Sie können damit zugleich einer Entwicklung begegnen, die individuellen Schwierigkeiten mit dem Studium und der späteren Be-

Sommeruniversität für Frauen

om 3.-8. Oktober 1977 findet die . Sommeruniversität für Frauen n der Freien Universität Berlin tatt. Schwerpunktthema: Frauen ls bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte. Dazu schreibt die Vorereitungsgruppe: „Wenn wir dies Jahr auf den Schwerpunkt „bezahlte und unbezahlte Arbeit" kon-

entrieren wollen, so heißt das einesfalls, daß diese Sommeruniersität hauptsächlich ein Treffen on Soziologinnen und Arbeitsissenschaftlerinnen werden soll. n Gegenteil. Arbeitsplatz und ausarbeit sollen von möglichst ielen Seiten betrachtet werden: iterarische Arbeiten (z. B. Gedich-e, Kurzgeschichten) gehören ebenso dazu wie literaturwissenschaftche Studien, empirische Unterchungen, die historisch oder egenwartsbezogen sein können, enauso wie vorwiegend theoretiche Überlegungen, wirtschaftsissenschaftliche ebenso wie echtswissenschaftliche Arbeiten. esonders wichtig finden wir, daß rauen über ihre Erfahrungen mit rbeitsämtern, Personalbüros und ewerkschaften berichten. Notendig sind vor allen Dingen Beiäge von einzelnen Frauen und on Gruppen, die begonnen haben ch zur Wehr zu setzen gegen das urückdrängen in die unbezahlte ausarbeit, gegen Rationalisierunen am Arbeitsplatz und gegen die erschlechterung der staatlichen ienstleistungen."
teressentinnen wenden sich bitan: Hanna Zidella, Kantstr. 125, 000 Berlin 12.

V. Achberger Jahreskongreß

30. Juli bis 7. August 1977
Free International University
Kassel, Documenta VI

DIE KONTROVERSE UM DIE MENSCHENRECHTE

Stehen wir vor der Notwendigkeit einer Systemveränderung in Ost und West?

Die Herausforderung der Menschenrechte durch

- die ökologische Krise
- den Ost-West-Gegensatz
- den Nord-Süd-Konflikt
- geistige, politische und ökonomische Unterdrückung
- Arbeitslosigkeit und Inflation

Die Verwirklichung der Menschenrechte durch

- die Neue Gesellschaft eines Sozialismus des Dritten Weges

Arbeitsgruppen, Diskussionen, Vorträge (u. a. mit Vertretern von Bürgerrechtsbewegungen aus kapitalistischen und staatskommunistischen Ländern)

Veranstalter:
Achberger Institut für Sozialforschung e. V.
Kuratorium:

Dr. German Andreew, Heidelberg; Ernest Bader, Wollaston; Günter Bartsch, Bielefeld; Vadim Belotserkovsky, München; Prof. Joseph Beuys, Düsseldorf; Heinz Brandt, Frankfurt; Prof. Ivan Bystrina, Berlin; Prof. Walter Dirks, Wittnau; Prof. O. K. Flechtheim, Berlin; Wilfried Heidt, Achberg; Prof. Joachim Hellmer, Kiel; Prof. Leif Holbaek-Hanssen, Bergen-Norw.; Dr. Vladimir Horsky, Heidelberg; Prof. Arthur Jores, Hamburg; Prof. Robert Jungk, Salzburg; Dr. Heinz Kloss, Mannheim; Prof. Jiri Kosta, Frankfurt; Ruth und Jan Kotik, Berlin; Prof. Rudolf Künstlinger, Köln; Prof. Vladimir Kusin, Glasgow; Dr. Hans E. Lauer, Basel; Prof. Eugen Löbl, New York; Dr. Ivan Pfaff, Rastatt; Dr. Josef Pokstefl, Köln; Prof. Radoslav Selucky, Ottawa; Prof. Ota Sik, St. Gallen; Prof. Hans-J. Stegemann, Berlin; Prof. Ivan Svitak, Chico; Mikis Theodorakis, Athen; Dr. Rhea Thönges, Kassel; Prof. Boris Tullander, Uppsala; Prof. Lothar Udert, Bochum; Prof. Fritz Vilmar, Berlin; Prof. Egbert Weber, München; Prof. Folkert Wilken, Freiburg.

Nähere Informationen und Anmeldung: Achberger Institut für Sozialforschung, 8991 Achberg-Siberatsweiler, Tel.: 08380/471

„Mer sin eifach wider do ...", in Heiteren, Gernsheim, Fessenheim und überall sonst ...

Jetzt gibts wieder eine Dopper-Lp vom Widerstand gegen AKWs im Elsaß, der Schweiz und Baden. Diesmal sind Reden, Gedichte und Lieder zu hören, hauptsächlich in Mundart. Die meisten sind von Kaiserstühlern und Elsässern gemacht und werden auf Festen und Veranstaltungen in der Region immer wieder gesungen und vorgetragen (außer den Reden natürlich, die wurden meist zu besonderen Anlässen hergestellt und dort auch gehalten). Auf solchen Veranstaltungen wurden auch die meisten Lieder für die Platte aufgenommen.
Näheres darüber und auch über andere Zusammenhänge kann man aus dem hervorragenden Beiblatt ersehen, das zur Platte gehört und ausführlich auf Einzelheiten eingeht. Die Platte dokumentiert den Anfang einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Bevölkerung am Oberrhein im Kampf gegen AKWs und Umweltverschmutzung. Die Entdeckung gemeinsamer Interessen im Kampf gegen die Industrialisierung des Oberrheins (Kaiseraugst, Marckolsheim, Wyhl, Gerstheim und Heiteren) hat dazu geführt, daß längst vergessene geschichtliche und kulturelle Zusammenhänge wieder ausgegraben wurden. So beziehen sich einige Lieder auch auf die gemeinsame Geschichte der Region, andere auf kulturelle Ereignisse. Bemerkenswert ist der Austausch von Texten und/oder Melodien zwischen Baden, dem Elsaß und der Schweiz. Ernst Born übernimmt in der „Ballade von Kaiseraugst" den Refrain von Bukins Lied "mer sin eifach wider do" und Walter Moßmann "In Mueders Stübele" wird in vielen Umtextungen und Variationen, die aus aktuellen Situationen entstehen, in der Dreiländerregion gesungen. Die Lieder von Brumbt und Keck sind in der Schweiz und Baden genauso bekannt und in Gebrauch genommen wie die von Born und Moßmann im Elsaß.
Die Platte "Dreyeckland" wurde herausgegeben von den Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und Trikont. Sie kostet DM 25.-- und ist zu beziehen über die BI Geschäftsstelle c/o Lore Haag, Hauptstr. 53, 7831 Weisweil.

Demokratische Initiative Aachen

Die Demokratische Initiative Aachen hat in ihrer Dokumentation 3 einen Lagebericht mit praktischer Absicht zu Selbstverständnis und Aufgabenbereichen der DI vorgelegt. Das Papier gliedert sich in fünf Teile: 1) Was führt uns zum gemeinsamen Handeln: Die Lage in der BRD; 2) Das Selbstverständnis der Demokratischen Initiative Aachen; 3) Ziele und Aufgaben; 4) Zur Organisationsstruktur der DI; 5) Zur bisherigen Geschichte der Demokratischen Initiative Aachen. Die Dokumentation 3 ist erhältlich gegen Voreinsendung von DM 1,50 in Briefmarken durch die Adresse Adalbert Evers, Elsaßstr. 55 a, 5100 Aachen.

rufsperspektive immer stärker ins Private abzudrängen. In Seminarkollektiven können gerade solche Formen der Selbstrepression wieder in die Diskussion zurückgeholt werden. Es sei denn, die Defizite universitären Studierens werden in privatistischem Rahmen auszugleichen versucht. Damit würden wir uns die Möglichkeit nehmen, die uns selbst entfremdeten Seminarstrukturen aufzubrechen und hierdurch ein Bewußtsein von unserer eigenen Handlungsfähigkeit zu erlangen.

Die Schwierigkeiten solcher Basisgruppenarbeit bestehen derzeit vor allem darin, daß zwar Ansätze für eine Arbeit in den Seminaren entwickelt werden und auf dieser Ebene auch in Hochschulpolitik eingegriffen wird, dies aber meistens Aktivitäten sind, die unter den einzelnen Initiativen kaum vermittelt sind. Dementsprechend ist auch die Ebene der Verallgemeinerung dieser Probleme unterentwickelt. Das läßt sich auf den Entwicklungsstand einer solchen Politik zurückführen: Die Gruppen konstituieren sich aus dem Interesse an einer die eigenen Bedürfnisse umfassenden Seminar- und Fachbereichsarbeit heraus, in die zugleich verschwommen eine Negation bisherigen Studierens eingeht. Damit bleiben die Ansätze eigenständiger Politik zunächst einmal auf sich bezogen, ebenso sind die Grenzen, die Universitäten auf diesem Wege zu verändern, bisher kaum näher bestimmt worden.

Darüber aber solidarische Diskussionen zu führen, verlangt, daß neue Formen studentischer Öffentlichkeit entwickelt und alte wieder mit "Inhalten" gefüllt werden, zumal gerade in Hamburg die formalisierten Auseinandersetzungen der traditionellen studentischen Parteien die Bereichs- und Universitätsvollversammlungen dominieren.

Wenn überhaupt nichtorganisierte Vertreter aus Basisgruppen oder Seminarkollektiven zu Wort kommen, offenbart sich häufig eine unheilvolle Arbeitsteilung zwischen ihnen und den alteingesessenen Studentenpolitikern. Letztere entwerfen die verschiedenen Linien der Politik und tragen ihre (Schein)lösungen vor, während die Vertreter der Basisgruppen allein aus der Sicht subjektiver Betroffenheit heraus die universitären Verhältnisse kritisieren.

Im Augenblick versuchen einzelne Basisgruppen, die eigenen Defizite aufzuarbeiten, indem in Arbeitsgruppen, z. B. über Berufsperspektive, die Arbeit in den Seminarkollektiven und die Konzeption von Basisgruppenarbeit eingehend diskutiert wird. Dabei soll vor allem über die Auseinandersetzung mit einer späteren Berufs- und Lebensperspektive die Universitätsisolation aufgehoben werden. Die Diskussion über außeruniversitäre Arbeitsprojekte könnte sich für Studium und politische Praxis an der Universität insofern fruchtbar auswirken, als die einzelnen Kommiliton(inn)en von daher Anregungen erhalten, wie und unter welchen Bedingungen sie ein eigenes, nicht bürgerlich qualifiziertes Wissen erwerben können.

SB-HOCHSCHULGRUPPE IM ISZ HAMBURG

Arbeitsfeld Bildungsarbeit

Na endlich! Es gibt wieder einen Informationsaustausch zwischen Bildungsarbeitern im SB und seinem Umfeld. Wir haben aus verschiedenen Gründen nicht versucht, einen regelmäßigen öffentlichen Info Arbeiterbildung erneut ins Leben zu rufen.

Der erste "interne" Rundbrief wurde im Mai an die Mitarbeiter im Arbeitsfeld und die Teilnehmer der letzten Tagungen verschickt. Wir sind zwar nicht scharf darauf, noch eine weitere Masse von Briefen abzuschicken, andererseits nehmen wir an, daß unsere Interessentenliste veraltet und unvollständig ist. Somit bitten wir alle wirklich an dem AF interessierten Genossinnen und Genossen, uns zu schreiben und den Rundbrief anzufordern. Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Nie wieder Faschismus — Ein Bericht —

Wir alle wissen vom KZ Dachau. Dachau war eines der ersten Konzentrationslager in Deutschland. In Dachau sind ein Großteil der KZ-Kommandanten ausgebildet worden. Hier sammelte die SS ihre ersten Lagererfahrungen. In Dachau wurden abscheuliche pseudomedizinische Höhendruck- und Unterwasserversuche, Malaria- und Eiterexperimente durchgeführt. Vom alltäglichen Grauen des Lebens im KZ ganz zu schweigen. Hier waren politische Gefangene, Geistliche, rassisch Verfolgte und Kriminelle eingesperrt. Das KZ Dachau, von 1934 an systematisch ausgebaut, war in Deutschland ein Begriff: die Bevölkerung sagte vielfach von jemandem, der ins Konzentrationslager kam, nunmehr: "Er ist in Dachau!", auch wenn er in eines der anderen Lager eingeliefert wurde. Das KZ Dachau ist so in besonderer Weise Symbol für den nationalsozialistischen Terror. Und ausgerechnet in Dachau wollten die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, demonstrieren und eine Landesversammlung abhalten. Das alles am 7. Mai, einen Tag vor (!) dem Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus. Das geht zu weit, das muß verhindert werden! Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und andere Organisationen riefen zu einer Kundgebung in Dachau auf. Auch wir fuhren nach Dachau. Dort erfuhren wir dann, daß aufgrund internationaler und nationaler Proteste die Veranstaltung der Nationaldemokraten von der Stadtverwaltung in Dachau doch noch verboten worden war. Aber in Fürstenfeldbruck, nur wenige Kilometer entfernt, war sie genehmigt worden.

Gewiß, die Verlegung ist ein Erfolg der Antifaschisten. Aber die Neonazis wollten und durften immer noch demonstrieren am 7. Mai. Spontan entschlossen sich die Demokraten, nach Fürstenfeldbruck zu fahren. Wir konnten dort zunächst die Antifaschisten nicht finden. Das Martinshorn und Blaulicht von 12 Mannschaftswagen wies uns schließlich den Weg. Wir kamen kurz nach der Polizei am Frühlingsfestplatz von Fürstenfeldbruck an. Die Polizei stürmte auf eine Gruppe von etwa 300 Demonstranten mit roten Transparenten zu. Wie wir später erfuhren, standen hinter den Genossen, für uns nicht sichtbar, die Neonazis. Die waren noch weniger und hatten ihren Fanfarenzug schon abblasen müssen. Sie konnten ihre Kundgebung nicht abhalten und auch nicht durch die Stadt marschier
weil die Gegendemonstranten sie a
gedrängt hatten und nicht wegließ
Die Polizei stellte sich dazwisch
mit Front zu den Antifaschisten.
hatten Angst. Dann reihten wir u
doch ein. Zusammen mit den ande

neu neu neu neu neu neu ne

IAB

Studien zu Imperialismus · Abhängigkeit · Befreiu

**Herausgeber: W. Biermann, A. Bur
A.G. Frank, B. Heinrich, A. Klönn
R. Kößler, Sch. Ravasani, Chr. Sigris
D.Y. Song, SOAK-Verlag**

*Ziel der Zeitschrift ist, über a
tuelle Entwicklungen des Imp
rialismus zu informieren. E
zweiter Schwerpunkt liegt auf d
konkreten Analyse ökonomisch
und politischer Abhängigkeit
Ländern der kapitalistischen Pe
pherie. Ferner sollen die unte
schiedlichen Konzeptionen ur
Wege aus dieser Abhängigkeit e
örtert werden (Autozentriert
Kapitalismus, Neudemokratisch
Ordnung, Befreiungs- und Wide
standskampf).*

**Schwerpunktthemen der ersten
vier Ausgaben:;**

**Imperialismus-Analyse . . Mai 7
Afrika . . . . . Juli 7
Multinat. Konzerne . . . Okt. 7
Iran . . . . . Dez. 7**

Erscheint vierteljährlich, ca 64
Einzelexemplar 5,-; Abo für vi
Nummern 16,- + 2,- Portokoste

Probeexemplare anfordern

SOAK Verlag 3000 Hannove
Am Taubenfelde 30, Tel. 1761

Neue Infos der Arbeitsfelder

Info Gesundheitswesen, Heft 9, 64 Seiten, DM 3,50, Thema: Krankenhaus, Sparmaßnahmen und Tarifrunde.

Der von Hamburger und Münchner Genoss(inn)en erarbeitete Info enthält folgende Beiträge: Auswertung der Tarifrunde 76/77 • ÖTV-Gewerkschaftsarbeit am Krankenhaus • Krankenhausbedarfsplan — Analyse, Umsetzung und Widerstand gegen den Plan am Beispiel Hamburg • Gesellschaftspolitischer Bezug des Gesundheitswesens • Krankenhausfinanzierungsgesetz • Zur Hamburger Krankenhausplanung • Gegen Standesprivilegien — Für eine soziale Medizin: Stellungnahmen zum Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz • Zur Ausbildungssituation der Krankenpflegeschüler • Bespitzelung im öffentlichen Dienst • Drogenabhängige als Opfer der Gesundheitspolitik des Senats • Bericht des Sanitätsausschusses der BUU zu Grohnde. Weiterhin enthält der Info zahlreiche kurze Erfahrungsberichte aus dem Hamburger Gesundheitsbereich, sowie Kurzinformationen, Hinweise und Kleinanzeigen.

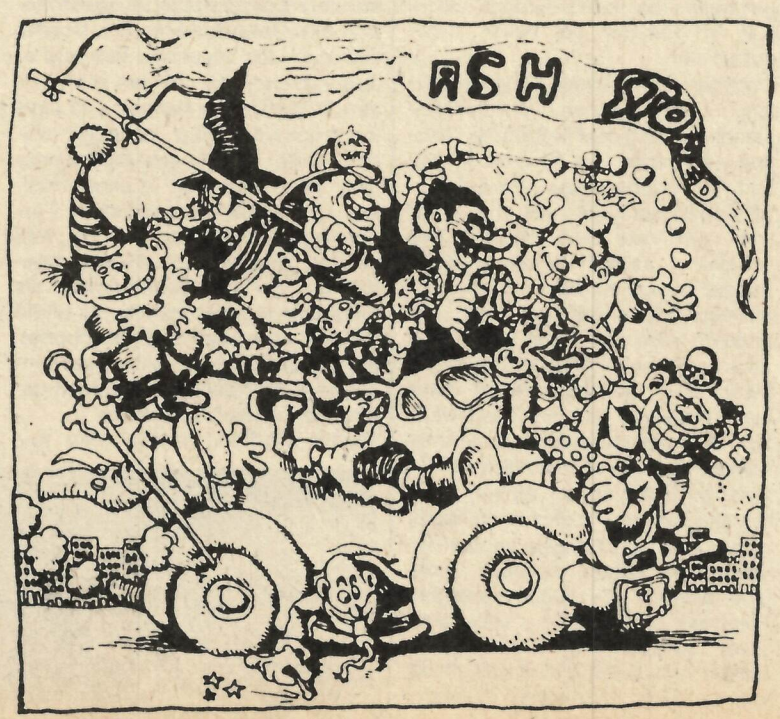
Info Arbeitsfeld Schule, Heft 29, 64 Seiten, broschiert, Preis DM 3,50. In dem vorliegenden Heft 29 sind Beiträge über Lehrerzentren u Lehrerzentrumsinitiativen sow Anmerkungen zum Referendar enthalten. Ferner wird die Kampa ne des KBW untersucht, die un der Parole "Weg mit dem Note terror" eher dazu beiträgt zu v unsichern, als daß sie dazu v hilft, an dem bestehenden Note system etwas zu verändern. A schlußreich sind die Ergebnis einer empirischen Untersuchu über die Einstellungen von Jun lehrern, arbeitslosen Lehrern u Lehrerstudenten, die als Ausz einer Promotion erscheint. Die Untersuchung setzt sich u. a. au kritisch mit den Ergebnissen v Hopf und Lehmann auseinand Ferner wird der erste offizielle B rufsverbotsfall im Saarland dok mentiert. Außerdem enthält das H zwei Berichte über die Lande vertreterversammlungen der GE in Hessen und Niedersachsen.

Die Informationsdienste der S Arbeitsfelder können gegen V auszahlung (in Briefmarken, B geld oder als V-Scheck der B stellung beifügen) direkt bezog werden bei Verlag 2000 GmbH Postfach 591, 6050 Offenbach die Broschüren sind jedoch au in jeder linken Buchhandlung hältlich.

ar die Angst viel kleiner. Da war
n Gefühl von Solidarität – ganz
nfach über alles Trennende hinweg.
ie Polizei versuchte uns abzudrän-
en und einzukreisen. Wir fingen an,
ie Moorsoldaten zu singen. Und da
aren ja auch die alten Kämpfer da-
ei, die das KZ mitgemacht haben,
nd die sangen mit. Die alten Kämpfer
eben uns, unsere Angst, in der wir
o dicht zusammenrückten und das
loorsoldatenlied sangen – ich weiß
icht, ob ihrs verstehen könnt: wir
aben geheult. Und die Polizei? Die
og sich zurück. Um 13 Uhr war
ann die Demonstrationsgenehmi-
ung der Neonazis abgelaufen. Wir
eßen sie einzeln zu ihren Wagen
ehen und wegfahren.
Vir hatten gewonnen. Diesmal.
Was uns besonders zu denken gibt:
n Presse und Rundfunk wurde er-
taunlich wenig über diesen Vorfall
erichtet. **MEDIENGRUPPE DES SZ MÜNCHEN**

Pfingsttreffen der alternativen Selbsthilfegruppen in Frankfurt

Von heute aus betrachtet müssen
ir sagen, daß wir dem Kapitalismus
eindlicher gegenüberstehen als je
uvor. Feindlicher und radikaler inso-
ern, als wir heute definitiv wissen,
as uns dieses verfluchte System
les vorenthält. Wir haben auch
über von einem anderen Leben ge-
chwärmt, aber das war alles soweit
eg. Das ist jetzt anders.
Vir leben jetzt anders. Wir arbeiten
ehr als je zuvor, schaffen bis zu
2, 14 Stunden am Tag, und die
rbeit macht uns weit weniger kaputt
ls die 8 Stunden vorher im Be-
eb. Der Sinn unserer Arbeit ist
tzt klarer, sie ist weit weniger ent-
emdet."
o die ASH-Bonames (Arbeiter-
elbsthilfe) auf dem von ihr organi-
erten Pfingstkongreß in Frankfurt
om 27.-30. Juni, zu dem ein gro-
er Teil der in der BRD aktiven
elbsthilfegruppen gekommen war.
chon im Januar hatte es in Nürn-
erg ein Selbsthilfetreffen gege-
en, aus dem der Vorschlag zum
fingstkongreß hervorgegangen
ar. Die ASH beabsichtigte, wichtige
ragestellungen in der Alternativ-
ewegung aufzugreifen. Wie ist das
elbstverständnis der SH-Gruppen?
ine politische Bestimmung des An-
ruchs, 'alternativ zu leben und zu
rbeiten', sollte mit der Realität in
en Gruppen, mit den gesellschaft-
chen Perspektiven verbunden wer-
en. Die unterschiedlichen Modelle
der Selbsthilfebewegung sollten
ch vorstellen können, Auskunft über
ren Aufbau, ihre einzelnen Entwick-
ngsabschnitte geben. Die Lernpro-
esse sollten erkennbar werden, die
ufgabe und Funktion von Sozial-
beitern in diesen Gruppen bestimmt
erden.
ngesichts der immer zahlreicher wer-
denden Initiativen, der wachsenden administrativen Behinderung und der politischen Repression gegenüber Selbsthilfegruppen wird eine praktische und politische Kooperation immer notwendiger. Rechts- und Finanzprobleme, Versicherungen, Schaffung neuer Arbeitsbereiche wie gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Schaffung eines Solidaritätsfonds sollten angegangen werden.
Insgesamt sind ca. 300 Leute nach Frankfurt gereist, 25 Selbsthilfegruppen aus den Regionen Berlin, Frankfurt, Stuttgart, Köln, München, Mannheim, Bremen, Nürnberg, Essen, Freiburg und Kassel waren vertreten. Zu der erwarteten Perspektivdiskussion ist es nicht gekommen, nicht zuletzt auf Grund der sehr heterogenen Bedürfnisse der Teilnehmer. Viele der interessierten Sozialarbeiter, in der Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen konfrontiert, wollten etwas über den Aufbau, die praktischen Schwierigkeiten der Gruppen erfahren, während die Selbsthilfegruppen die konkrete Kooperation, die Lösung ihrer Alltagsprobleme im Auge hatten. So lief die Diskussion im Plenum sehr unstrukturiert, nur einzelne Arbeitsgruppen brachten konkrete Ergebnisse. Vor allem der Erfahrungsaustausch der Selbsthilfegruppen zeitigte Konsequenzen: So wurde ein Delegiertentreffen in Stuttgart verabredet. Diese Delegiertentreffen sollen ab sofort die Zusammenarbeit der Gruppen sicherstellen. Inzwischen hat das Delegiertentreffen das erste Mal stattgefunden, zu dem 12 Gruppen ihre Vertreter geschickt hatten. Ein Solidaritätsfonds gegen Repressionen wurde eingerichtet. Austausch von Genossen/innen zwischen einzelnen Initiativen soll entwickelt werden. Die Projekte wollen sich so untereinander besser kennenlernen und vor allem Qualifikationen weiter vermitteln. Die Emmaus-Gruppe Duisburg hat einen Auftrag von einer Sozialen Wohnbaugesellschaft erhalten, für 20.000 DM einen Campingplatz auszubauen. Dies soll nach Vorstellung der Genossen das erste gemeinsame Projekt vieler Selbsthilfegruppen werden, die hierzu Vertreter zu einem gemeinsamen Arbeitseinsatz delegieren wollen. Dies soll auf dem nächsten Treffen des Delegiertenrates näher koordiniert werden. Dieser Delegiertenrat wird vor allem von schon stabilisierten Gruppen wie der ASH-Bonames, dem SSB (Soziale Sondermaßnahme Berlin), der Emmaus-Gruppe in Stuttgart und den Mannheimer, Freiburger und Bremer Gruppen getragen. Die bekannten Gruppen wie der SSK in Köln, die Dortmunder Selbsthilfe, waren weder nach Frankfurt noch nach Stuttgart gekommen.
Wie lassen sich nun diese Selbsthilfegruppe strukturieren?
Hinter Alternativgruppen verbirgt sich eine sehr vielschichtige und widersprüchliche soziale Bewegung, die von der AAO-Kommune über Landkommunen und selbstorganisierte Arbeits- und Ausbildungskollektive reicht. Eine nähere Beschreibung der Projekte ist zu ihrer politischen Einschätzung unerläßlich.
Es gibt Selbsthilfegruppen, die autonom produzieren bzw. Waren verteilen. Sie arbeiten in der Stadt und befinden sich in Konkurrenz zu kapitalistischen Kleinbetrieben. Meist sind es KFZ-Gruppen, wie die SSB in Berlin, Gruppen, die Umzüge organisieren, eigene Trödelmärkte haben (Emmaus Stuttgart, ASH-Bonames) oder Waren, wie Brot oder andere Lebensmittel, herstellen (Wiesbaden). Sie sind mal mehr, mal weniger in der linken 'Szene' verankert und können sich dadurch reproduzieren.
Nur wenige Gruppen gehen selbständig das Ausbildungsproblem an. Dazu die Bremer Gruppe:
„Wir wollen verschiedene Lehrwerkstätten aufbauen, wie Holz, Metall, und das verbinden mit Schulausbildung. Wir wollen die Trennung von schulischer und praktischer Ausbildung aufheben. Wenn wir eine bestimmte Größe erreicht haben, stellen wir Anträge, daß wir als Ausbildungswerkstatt anerkannt werden, in der späteren Phase folgt dann der Antrag, daß die Berufsschulpflicht in der Werkstatt abgeleistet werden kann. Zur Zeit glauben wir eher daran, von der Industrie- und Handels-



olle&wolter

G. Armanski, B. Penth, J. Pohlmann
Lohnarbeit im öffentlichen Dienst der BRD
Staatstreue oder Klassenkampf?
358 Seiten DM 19,80

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE 8/9/10
SPANIEN
Themen des Heftes:
Fraktionen des Bürgertums; Nationalitätenfrage; Etappen der kapitalistischen Akkumulation; Struktur und Haltung der Armee; Strategie und Scheitern der traditionellen Arbeiterbewegung; Entstehung einer neuen Arbeiterbewegung im Faschismus – ihre Organisationsformen; Geschichte der KP Spaniens.

Neu im Juni
KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE Nr. 13
ITALIEN
Dieses Heft behandelt zwei zentrale Aspekte der gegenwärtigen Situation Italiens: die politische Kräftekonstellation im Innern und die ökonomische Situation des Landes vor allem im Hinblick auf seine außenwirtschaftliche Abhängigkeit.
Beiträge von Krippendorf, Flores, Moretti, Claudin, u.a.
Einfachheft DM 6.–; Doppelheft DM 9.–; Dreifachheft DM 15.–; Abo, 4 Nr. incl. Porto DM 21.–

LATEINAMERIKA
HANDBUCH 1
☆ ☆ *Zur kapitalistischen Entwicklung und politischen Repression* ☆ ☆
Hrsg.: V. Bennholdt-Thomsen, T. Evers, K. Meschkat, C. und U. Müller-Plantenberg, W. Olle und W. Schöller
Informationen, kritische Analysen und Diskussionen in- und ausländischer Autoren stehen im Mittelpunkt des ersten Handbuches. In **Länderberichten** *werden Grunddaten und ein Abriß der jüngsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der einzelnen Latein- und Mittelamerikanischen Staaten gegeben. Daneben stehen* **detaillierte Studien** *über die argentinischen Gewerkschaften, Arbeitslosigkeit u. Repression in Chile u.a.;* **analytische Beiträge** *zum Problem von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum (Singer) und* **Diskussionen** *über die Unterentwicklung des Marxismus in Lateinamerika (Mires) u.v.a.*
ca. 300 Seiten, ca. DM 22,– – erscheint im Juni

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte
Berlin, 16. 21. Dezember 1918
Stenographische Berichte
Dieses Buch ist ein historisches Dokument ersten Ranges. Es protokolliert mitten im Ringen der Novemberrevolution die Auseinandersetzungen über den künftigen Weg Deutschlands nach dem Sturz des Kaiserreichs.
220 Seiten DM 24.80
Format DIN A 4

DEUTSCHE ERSTVERÖFFENTLICHUNG
244 Seiten, DM 19.80
Karl Marx
DIE GESCHICHTE DER GEHEIMDIPLOMATIE IM 18. JAHRHUNDERT
ÜBER DEN ASIATISCHEN URSPRUNG DER RUSSISCHEN DESPOTIE
Mit einem ausführlichen Kommentar von D. B. Rjasanov: „Karl Marx über den Ursprung der russischen Vorherrschaft in Europa".
Mit einer Einleitung von Bernd Rabehl: „Die Kontroverse innerhalb des russischen Marxismus über die asiatischen und westlich kapitalistischen Ursprünge von Gesellschaft, Kapitalismus und zaristischem Staat in Rußland".

Richard Müller
Geschichte der deutschen Revolution Drei Bände
Die klassische Chronik der Novemberrevolution und ihrer Vor- und Nachgeschichte hat kein professioneller Historiker sondern einer geschrieben, den sich die Arbeiter selbst an ihre Spitze gestellt haben.
Band 1. Vom Kaiserreich zur Republik 220 Seiten DM 8.80
Band 2. Die Novemberrevolution 296 Seiten DM 12.80
Band 3. Der Bürgerkrieg in Deutschland 260 Seiten DM 9.80

Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pf-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

kammer anerkannt zu werden, als die Anerkennung als Ersatzschule zur Berufsschule durch die Bildungsbehörden."
Besondere Schwierigkeiten bei diesen Projekten machen die Gewerbeaufsicht und die Handwerkskammern. Die Kollektive wollen ihre Arbeitskraft gemeinsam, in einem Lebens- und Lernprozeß qualifizieren. Dabei steht nicht nur die technische Ausbildung im Vordergrund. Das Zusammenwohnen in einer Wohngemeinschaft – für viele Projekte eine unabdingbare Voraussetzung – ermöglicht gemeinsame Selbstveränderung.
Andere Gruppen versuchen, indem sie das soziale und psychische Elend der Gesellschaft aufgreifen, mit den Betroffenen ein anderes Leben in Kollektiven zu organisieren. Sie führen den Kampf gegen die Zustände in Erziehungsheimen, in Knästen und psychiatrischen Kliniken. Diese mit den SSK-Gruppen vergleichbaren Projekte haben ihren Rückhalt meist in der undogmatischen Linken am Ort, werden ab und an von fortschrittlichen Verwaltungen unterstützt.
Initiativen, die halb offiziell oder städtisch bzw. staatlich oder kirchlich organisiert sind, entstehen meist durch Aktivitäten von Pädagogen und Sozialarbeitern und sind meist in Jugendzentren oder -häusern untergebracht. Die Jugendlichen sollen von der Straße geholt, beschäftigt und eingegliedert werden. Konflikte und Entwicklungen in diesen Projekten hängen stark vom politischen Verhalten der Sozialarbeiter ab. Wenn es ihnen gelingt, die Jugendlichen in die Auseinandersetzungen mit dem Amt usw. einzubeziehen, dadurch bei ihnen einen Lernprozeß einzuleiten, kann sich ein solches Projekt im Interesse der Jugendlichen entwikkeln.
Selbsthilfegruppen setzen sich einer beständigen Zerreißprobe zwischen Marktmechanismen und ihren Emanzipationsinteressen aus. Da sie in meist handwerklichen Produktionszweigen arbeiten, über sehr geringes konstantes Kapital verfügen, ist die Selbstausbeutung ein für sie strukturelles ökonomisches Prinzip. Im Unterschied jedoch zu der Produktionslogik kapitalistischer Betriebe haben sie die Hierarchie im Arbeitsprozeß zugunsten selbstbestimmter Kooperation abgestellt. Jeder Arbeits- bzw. Ausbildungsschritt wird gemeinsam geplant. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen, ihre geschlechtsspezifischen Rollen werden aufgehoben. Die Trennung von Hand- und Kopfarbeit wird nicht länger akzeptiert. Die Verantwortlichen für Buchhaltung, Planung wechseln wie die zu erfüllenden Aufgaben im Arbeitsprozeß. Jeder soll alles machen, wenigstens verstehen können. Viele dieser Initiativen wollen durch diese Arbeits- und Lebensorganisation ein Stück 'Einheit von Leben und Politik' vorwegnehmen, im Bewußtsein der Konkurrenz, den Zwängen und der Repression nicht ausweichen zu können. Hierin unterscheiden sie sich von den selbstgenügsamen Landkommunen, bei denen gesellschaftliche Veränderung als praktisch gelebte Perspektive nicht mehr existiert. Diese Alternativbewegung ist also keine Fluchtbewegung, sondern ein Versuch von Arbeiterjugendlichen und arbeitslosen oder proletarisierten Akademikern, eine praktische und zugleich politisch offensive Antwort auf die Dauerarbeitslosigkeit zu geben.
Die AA-Kommune versuchte, sich auch auf dem Frankfurter Pfingsttreffen als Alternativgruppe vorzustellen. Ihr erteilten jedoch die Selbsthilfegruppen eine deutliche Abfuhr. Zu Delegiertentreffen sind nur noch Vertreter von nicht hierarchisch strukturierten Gruppen zugelassen, die durch ihre Arbeit die Entwicklung einer sozialistischen Lebensperspektive vorantreiben wollen. Eine politische Auseinandersetzung und Abgrenzung von den AA-Gruppen wird jedoch immer notwendiger. Ihre Attraktivität für proletarische Jugendliche wird größer, da sich die AAO in ihren mit Meistern betriebenen Werkstätten als Ausbildungsmöglichkeit für von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche anbietet. Dies muß gemeinsam mit den übrigen Selbsthilfegruppen verhindert werden.

CHRISTOPH POTTING

Aktionstage "Lebendiger Staat"

Im Rahmen ihrer neuen Strategie "Bürgerdialog" (oder auch offensiver Staatsschutz) läßt die Bundesregierung eine von einer Werbefirma gestaltete Ausstellung unter dem Namen "Lebendiger Staat" durch die Lande ziehen.
Im Rahmen der Ausstellung werden auch verschiedene Veranstaltungen durchgeführt. Dabei sind die Herrschaften v. a. auch bemüht, Bürgerinitiativen, Frauengruppen, 'Dritte Welt'-Gruppen etc. einzubeziehen. Hier in Bonn ist ihnen das bis auf die ASF (Sozialdemokratinnen) nicht gelungen, da keine Gruppe bereit war, im Rahmen der Aktion "L.S." aufzutreten.
Dagegen haben einige Gruppen (bislang Frauengruppen, Zivildienstleistende und SB) mit Flugblättern, Ständen etc. gegen die Ausstellung agitiert. Wir haben dabei sehr gute Erfahrungen gemacht, weil zum einen wohl sehr viele Leute (meist so ab 16 Uhr – nach Feierabend) in die Ausstellung gehen oder sich die Veranstaltungen anschauen, und zum anderen viele von ihnen bereit sind, über das Gesehene/Gehörte zu diskutieren, weil die Verarschung durch die Ausstellung und die "ausgewählten" Informationen, die man dort bekommt, ziemlich offensichtlich ist.
Also, wir SBler sollten auch in anderen Städten den "Lebendigen Staat" nicht sang- und klanglos an uns vorübergehen lassen, sondern denen eine bißchen die Suppe versalzen. Folgende Aktionstage "Lebendiger Staat" stehen bevor: Bielefeld, Alter Markt, vom 5.-16.7.; Lübeck, Markt, vom 2.-13.8.; Hannover, Osterstr./Ecke Karmarschstr., vom 19.-30.7.; Hamburg, Mönckebergstr., vom 16.-27.8.; Wilhelmshaven, Rathausplatz, vom 30.8.-10.9.; Oldenburg, Markt, vom 13.-24.9.; Essen, Kennedyplatz, vom 27.9.-8.10.; Düsseldorf, Marktplatz, vom 11.-22.10.
Einiges Informationsmaterial über die Aktionstage "Lebendiger Staat" könnt ihr erhalten bei der SB-Initiative Bonn, c/o Barbara Senft, 53 Bonn, Hausdorffstr. 101. **SB-BONN**

Treffen: Feministischer Alltag

Auf dem Münchener nationalen Frauenkongreß hat sich eine Arbeitsgruppe zu dem Problemkreis "Feminismus und Arbeit" gebildet. Dabei hat sich herausgestellt, daß es in vielen Städten bereits Gruppen gibt, die sich mit der Frage der Durchsetzung feministischer Inhalte im Alltag und mit den frauenspezifischen Erfahrungen am Arbeitsplatz – wir verstehen auch den Haushalt als Arbeitsplatz – befassen, bzw. daß ein großes Interesse von Frauen, solc Gruppen zu bilden, besteht.
Ein Ergebnis des Münchener Kongre ses war, daß für den 22./23.10. d ses Jahres ein Treffen zu dies Thema geplant wurde, das vom Fra enzentrum Neu-Isenburg und d Gewerkschaftsfrauen Frankfurt v bereitet wird und in Neu-Isenbu bei Frankfurt stattfinden soll. Aus d zusammengetragenen Erfahrung und Diskussionen in München hatt sich folgende Aspekte ergeben:

- Selbsterfahrung von Frauen a dem gleichen Berufsbereich (tech Berufe, juristische Berufe, Sozi arbeiterinnen usw.).
- Selbsterfahrung von Frauen a verschiedenen Berufsbereichen.
- Was heißt feministischer Inhalt Beruf? Was heißt feministisches Ve halten am Arbeitsplatz?
- Mütter und Berufstätigkeit.
- Arbeitsplatz Haushalt/Hausarbe
- Sollen sich Frauen – ob Hau frauen oder Berufstätige – in ein Frauengewerkschaft organisieren?
- Frauen und Arbeitslosigkeit, Fo derungen gegen Frauenarbeitslos keit.

Die genannte Vorbereitungsgrup zum Treffen "Feministischer Allta

Zum Tode unseres Genossen Walter Dörke

Am 20. Juni 1977 verunglückte unser Genosse Walter Dörken zusammen mit einer griechischen Genossin bei einem Autounfall tödlich. Sein Tod beendet ein kurzes, aber politisch bewußtes Leben, das er engagiert für einen Sozialismus der Selbstbestimmung und Selbstorganisation führte.
Walter Dörken wurde am 9.10.1943 in Swinemünde geboren. Er wuchs in Alsdorf bei Aachen auf. Nach dem Abitur studierte er Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Köln. Von Anfang an war er in der Kölner Studentenbewegung und in der Außerparlamentarischen Opposition aktiv.
Sein Verständnis von Sozialismus schloß immer schon das konkretpraktische Eintreten für die besonders Entrechteten, Ausgestoßenen und Unterdrückten ein. Bereits während des Studiums betreute er Jugendliche, die vor den repressiven Zuständen in Heimen und Landeskrankenhäusern geflohen waren. Eine Wissenschaftlerkarriere und seine Mitarbeit in einem Kölner sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut brach er ab, weil er den bürgerlichen Forschungsbetrieb, der die Untersuchten als Forschungsgegenstände, als bloße Objekte behandelt und festschreibt, als unvereinbar mit seiner persönlichen Betroffenheit und seinen politischen Absichten erlebte.
Walter Dörken brachte sich nun ganz in die Arbeit des SSK u dessen Projekte ein. Aus den E fahrungen dieser Arbeit entsta 1973 die Initiative zu dem selbs verwalteten Jugendhof Kollek Klever Hof, zu deren Geling Walters Ermutigungen und un müdliche Unterstützung maßge lich beitrugen. Im Klever Hof ben heute 8 - 12 Jugendliche m zwei nichtprofessionellen Betre ern zusammen, die ihre Ausbildu im Heim und beim SSK erhalt haben.
Neben der Förderung des Kolle tivs Klever Hof, der Betreuung v Michael und Rolf, deren "Vormun er war, arbeitete Walter seit 19 als Berufsschullehrer. Er sah d se Tätigkeit nie als Job, sonde schloß gemeinsame Aktivitäten m den Schülern auch im außersch lischen Bereich in sie ein.
Seit 1973 nahm Walter am A bau der Kölner SB-Gruppe te Er war einer unserer aktivsten G nossen in den Arbeitsfeldern Sch le und Sozialarbeit und gehö zu den Mitbegründern des Köln Lehrer- und Sozialarbeiterze trums.
Wir haben in Walter Dörken ein Mitkämpfer verloren. Sein Tod re ein Loch neben und in uns. S ne praktische Umsicht, seine G duld und seine solidarische K tik werden uns fehlen.

GENOSSINNEN UND GENOSS DER KÖLNER SB-GRUP

am 22./23. Oktober 1977 in Neu-senburg bittet um frühzeitige Beant-wortung folgender Punkte, um das nationale Treffen entsprechend vor-gestalten zu können: Name der Gruppe, Zahl der Gruppenmitglie-der, Wie lange besteht die Gruppe? Vertretene Berufe, Arbeitsthemen, Kontaktadresse, Interesse am Tref-en? Mit voraussichtlich wie vielen Frauen? Themenvorschläge für das Treffen.

Kontaktadresse: Frauenzentrum Dreieich, Im Buchenbusch 29, 6078 Neu-Isenburg.

Neues vom SB-Arbeitsfeld Kirche

Zum ersten Mal hat sich das Ar-beitsfeld Kirche dem linken und rech-en Publikum gezeigt. Im Markt der Möglichkeiten auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Ber-n vom 8.-12.6. hatte die Frankfurter Gruppe einen Stand aufgebaut mit iversen Schriften, Kaffee, Tee und euten zum Reden. Durch dieses Engagement konnten Kontakte zu efreundeten Gruppen aufgenom-nen werden, die zum Teil in derssel-en Großkoje wie wir vertreten wa-en. Etwa 50 neue Interessenten aus em Bereich der Kirchen und der irchlichen Werke ließen ihre Adres-en hier, hitzige Diskussionen ent-tanden mit Besuchern, die Sozia-smus und Christentum nicht in ei-en Zusammenhang bringen konnten nd sich mit antikommunistischen arrieren den Weg dazu verbau-n.

as überregionale Treffen am 11. uni während des Kirchentags ar die erste Bilanz einer einjährigen Initiative, die für dieses Arbeitsfeld vom Pfingstkongreß 1976 ausgegangen war. Genossen aus Frankfurt, Stuttgart, Heidelberg, Göttingen und München berichteten von ihren Erfahrungen und Problemen, von den einzelnen Interessenten am Arbeitsfeld Kirche zur Bildung einer lokalen Gruppe zu kommen.

Breiten Raum nahm die Diskussion um die Perspektiven künftiger Arbeit ein. Das Verhältnis des Arbeitsfeldes zum Sozialistischen Büro war dabei ein wichtiger Punkt. Die bisherigen Reaktionen einiger SB-Genossen – skeptisch, ratlos, entsetzt, verunsichert über das Interesse mehrerer hundert Leute aus dem kirchlichen Bereich (auf Grund eines Hinweises in "links") – veranlassen uns, die Funktion eines Arbeitsfeldes Kirche im SB zu klären. Z. B. ist es für die Diskussion sozialistischer Politik wichtig, die Bedeutung der Kirchen als gesellschaftliche Institutionen zu untersuchen. Welche Auswirkungen haben z. B. der Tendenzschutz und die Tatsache, daß bisher nur eine Landeskirche die ÖTV als Tarifpartner anerkennt, wenn die Kirchen in der BRD mit die größten Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst sind? Eine andere Aufgabe bestünde darin, über linke christliche Gruppen und Bewegungen in der BRD und Westeuropa zu informieren und mit ihnen Kontakt aufzunehmen.

Nach dem Kirchentag sind die Interessenten und Gruppen aufgerufen, sich an der Vorbereitung der Versammlung europäischer Christen vom 7.-10. Oktober 1977 in Darmstadt zu beteiligen, die an die Bedeutung des Darmstädter Wortes nach 30 Jahren erinnert. Das Darmstädter Wort beinhaltet u. a. das Schuldbekenntnis der Kirche, nicht eindeutig und entschieden genug dem nationalsozialistischen Gewaltregime entgegengetreten zu sein, eine Absage an den Antikommunismus, die politische Forderung nach einer menschlicheren Neuordnung der Gesellschaft.

Das nächste überregionale Treffen des Arbeitsfeldes ist im März 1978 geplant. Wer nähere Infomationen über das Arbeitsfeld Kirche wünscht, kann sich den Rundbrief (in Nummer 4 u. a. Bericht über den Kirchentag) zuschicken lassen gegen Voreinsendung von DM 5.-- in Briefmarken über Arbeitsfeld Kirche im SB, c/o Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1.

Landeskirchenamt Hannover gegen Th. Müntzer-Haus

Am 31. Mai hat das Landeskirchenamt Hannover das Thomas Müntzer Haus der ESG Hannover "vorübergehend geschlossen". Zunächst wurde für diese Maßnahme die Benennung des Hauses nach Thomas Müntzer angegeben. Inzwischen erklärt das Landeskirchenamt offen, daß die Schließung des Hauses ein erster Schritt zur Aufhebung der "Engführung von ESG-Arbeit" sein solle, daß durch die Einsetzung von drei neuen Studentenpfarrern zum 1. August ein "neuer Anfang in der ESG gesetzt werden" soll.

Die Räume des Thomas Müntzer Hauses sind von mehreren ESG-Gruppen sowie einigen Gastgruppen zu Arbeit, Veranstaltungen und Festen genutzt worden; alle Gruppen sind jetzt ohne Arbeitsräume. Die ESG-Gruppen konnten bisher mehrere Initiativen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. So fand u. a. vom 21.-25.2.1977 ein Hungerstreik iranischer Studenten gegen die Zusammenarbeit zwischen SAVAK und BRD-Behörden statt, so führten die hannoverschen Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke am 20. März eine Pressekonferenz zu dem Vorgehen der Polizei in Grohnde und bei einer Demonstration in Hannover durch.

Diese Öffentlichkeit ist dem Landeskirchenamt unliebsam; der Vizepräsident erklärte gegenüber den Betroffenen der ESG in einem Gespräch am 3. Mai, es sei für die Kirche nicht immer opportun, zu aktuellen politischen Fragen öffentlich Stellung zu nehmen. Das Landeskirchenamt bezeichnet die Arbeit der ESG Hannover als einseitig, unterstellt ihr "Unwahrhaftigkeit", da sie z. B. bei Aussagen zu Unterdrückung und Folter bestimmte Länder auswähle: Iran, Lateinamerika, Südafrika. Was nach Meinung des Landeskirchenamtes das Gesicht der ESG beherrschen soll, ist die Tendenz zu evangelischer Arbeit.

Im Gegensatz dazu steht die bisherige Arbeit der ESG Hannover in der Tradition der Evangelischen Studentengemeinden in der BRD und Berlin-West, die sich als ökumenische und politische Studentengemeinde versteht. Die Arbeitsprojekte der ESG Hannover stehen im Zusammenhang mit Vorhaben der ESG-Gesamtarbeit. Die Angriffe gegen sie sind ein Schlag gegen die gesamte ESG.

Die ESG Hannover fordert, daß das Landeskirchenamt

- das Thomas Müntzer Haus sofort wieder öffnet,
- den Mitarbeiterkreis als Sprecherrat für die ESG anerkennt,
- baldmöglichst Gespräche mit dem Mitarbeiterkreis aufnimmt,
- keine Studentenpfarrer gegen das Votum des Mitarbeiterkreises einsetzt.

Neben der Solidarität hannoverscher Studenten, Gruppen und Einzelpersonen kann auch überregionale Unterstützung helfen, das Landeskirchenamt zum Überdenken seiner "Lösung" zu bringen.

Unterstützt die ESG Hannover durch Proteste an das Landeskirchenamt (Rote Reihe 6, 3000 Hannover) und durch Solidaritätserklärungen an die ESG Hannover, c/o Mechthild Menge, Lärchenstr. 7a, 3000 Hannover.

Indianische Woche in der BRD

Die "Gesellschaft für bedrohte Völker" ist die einzige Menschenrechtsorganisation im deutschen Sprachgebiet, die ihre Arbeit ausschließlich bedrohten und verfolgten rassischen, ethnischen und religiösen Minderheiten widmet, sowohl im Westen als auch in den Ländern des Ostens und der Dritten Welt. In den nächsten Monaten wird die "Gesellschaft für bedrohte Völker" sich vor allem der Situation der indianischen Urbevölkerung in Nord-, Süd- und Mittelamerika zuwenden. Neben ausführlichen Informationsmaterialien, die wir in Zusammenarbeit mit Ethnologen und Journalisten erstellen, werden wir uns auch an eine breite Öffentlichkeit im deutschsprachigen Bereich wenden. Zum ersten Mal ist daran gedacht, Repräsentanten der wichtigsten indianischen Organisationen und Zeitungen aus Nord-, Süd- und Mittelamerika zusammen mit zwei bedeutenden indianischen Sängern in die Bundesrepublik einzuladen. Im Rahmen einer "Indianischen Woche" sollen jeweils in Hamburg, Frankfurt, Berlin und München eine Reihe von Informations- und Kulturveranstaltungen stattfinden, um einen möglichst großen Kreis von Interessenten für die Situation der 30 bis 40 Millionen Indianer, die in internationalen Insti-

tutionen und bei internationalen Konferenzen gewöhnlich nicht vertreten sind, zu erreichen.
Es sollen eingeladen werden Vertreter der indianischen Zeitung "Akwesasne Notes" (USA), "Indigena" (Mexico), "Unidad Indigena" (Kolumbien), "Chicham" (Ecuador)) und "Minká Noticero" (Bolivien), ferner Repräsentanten der "National Indian Brotherhood" (Kanada), der "American Indian Movement" (USA), der "National Indian Association of Panama" (Panama), des "Consejo Regional Indigena del Cauca" (Kolumbien), der "Promocion Campensina Minká" (Bolivien) sowie weiterer Organisationen aus Venezuela, Peru und Brasilien.
Da die Rundreise der indianischen Delegation erhebliche finanzielle Mittel beanspruchen wird, rufen wir hiermit zu Spenden für diese Veranstaltungsreihe auf, die unter dem Stichwort "Indianerbesuch in der Bundesrepublik" zu überweisen sind an "Gesellschaft für bedrohte Völker", Gemeinnütziger Verein e.V., Postscheckkonto Hamburg 297793. Gegen Voreinsendung von DM 5,-- in Briefmarken schicken wir einige Materialien und auch Informationen über die geplante "Indianische Woche". Unsere Adresse: Gesellschaft für bedrohte Völker, Parkallee 18, 2000 Hamburg 13.

Dokumentation über Zensur zensiert!

Wer Dokumentationen über den von der sozialliberalen Bundesregierung kreierten neuen Strafgesetzparagrafen 88a herstellt und verbreitet, muß selbst mit Polizeimaßnahmen rechnen. Seit Wochen laufen Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder des "Verbandes des linken Buchhandels" (VLB), dem linke Buchhandlungen und Verlage angehören. Hausdurchsuchungen mit viel Polizei fanden statt.
Warum? Die VLB-Mitglieder haben vor einiger Zeit gemeinsam eine Dokumentation herausgebracht – mit dem Titel "88a in Aktion, oder: wie man Bücher verbrennt, ohne sich die Finger schmutzig zu machen", eine Dokumentation, die sich mit den Auswirkungen des von der Bundesregierung kreierten neuen Zensurparagrafen 88a befaßt. Im August 1976, kurz nach Verabschiedung des Gesetzes, waren nämlich Buchläden in etlichen bundesdeutschen Städten durchsucht worden – gefahndet wurde im Auftrage der Bundesanwaltschaft nach der Flugschrift "Revolutionärer Zorn", einem Blatt, das von den "Revolutionären Zellen" herausgegeben wird und RAF-Ideologie und -Praxis propagiert. Dieses Blatt war den Buchhändlern unaufgefordert zugeschickt worden.
In der genannten Dokumentation ist eben diese Durchsuchungsaktion dokumentiert. Abgedruckt darin sind Stellungnahmen des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, der Humanistischen Union, der Deutschen Jungdemokraten, des PEN-Zentrums. Außerdem Artikel bundesdeutscher Tageszeitungen und Zeitschriften zu diesem Thema. Und natürlich auch – als Dokument deutlich gemacht und mit einer politischen Kritik versehen – jene Flugschrift "Revolutionärer Zorn".
Eben diesen Abdruck aus dem "Revolutionären Zorn" nahm die Politische Polizei auf Initiative der Staatsanwaltschaft Frankfurt zum Anlaß, gegen den VLB und seine Mitglieder vorzugehen. Zahlreiche Mitglieder erhielten Anzeigen – darunter auch der Verlag des SB, der Verlag 2000. Polizei wurde in Marsch gesetzt. Im hannoverschen "Internationalismus-Buchladen" konfiszierten Kriminalbeamte – ohne Beschlagnahmebeschluß eines Richters – Ende März 13 Exemplare der Dokumentation. Polizeiaktionen fanden statt gegen den ABC Buchladen in Kassel, die Carl von Ossietzky Buchhandlung in Oldenburg und weitere linke Buchläden.
Anfang Juni tauchte Polizei in den Räumen des "Büchertisch-Kollektivs" an der PH Lüneburg auf, um nach der 88a-Dokumentation zu forschen. Neben mehreren Dokumentationen über politische Haft und politische Verfolgung in der BRD ließen die Beamten auch persönliche Notizen der Heimgesuchten mitgehen. Ebenso die gesamte Korrespondenz der Buchhandlung. In der PH Lüneburg selbst rissen sie ein Plakat ab, das auf den § 88a eingeht.
Fazit: Nunmehr fallen Dokumente über die Zensur in der PRD (Polizeirepublik Deutschland) selbst der Zensur zum Opfer. Jedenfalls wird jeder geringste Anlaß von bundesdeutschen Staatsschützern benutzt, um linke Verlage und Buchhandlungen zu kontrollieren und zu kriminalisieren. **HANFRIED SCHERER**

Bericht über ein Internationalismus-Seminar in Salecina

Vom 20.-23. Mai fand in der Stiftung Salecina (in der Nähe der schweizerisch-italienischen Grenze am Malojapaß) ein Seminar über die Probleme der italienischen, schweizerischen und westdeutschen Linken angesichts der Krise statt, das von der Italienarbeitsgruppe im Westberliner SB gemeinsam mit dem Genossen Theo Pinkus vorbereitet worden war (vgl. auch seinen Bericht im "Zeitdienst"). Wir haben diese Initiative nicht als gewöhnliches Seminar verstanden, sondern als einen ersten Versuch in Richtung auf eine neue Form von Internationalismusarbeit, die über die bisherige Identifikation auch von großen Teilen der undogmatischen Linken vorgestern mit Portugal, gestern mit dem 'Eurokommunismus' (und morgen vielleicht mit Frankreich?) hinausweisen kann. Wir haben darum – als Italienarbeitskreis – die Diskussion mit den italienischen und schweizerischen Genossen nicht mit irgendwelchen abgehobenen 'Italieneinschätzungen' vorbereitet, sondern mit Reflexionen auf die (nicht nur) von der ökonomischen Krise bestimmte ideologisch repressive und dogmatisch verhärmte Situation *hier in der BRD*, die die Bedingungen auch für unsere Internationalismusarbeit, für unsere strategischen Überlegungen und praktischen Handlungsorientierungen setzt. (Wir werden die von uns vorbereiteten Papiere gemeinsam mit den Diskussionsbeiträgen der italienischen Genossen und den Ergebnissen der Diskussion wahrscheinlich veröffentlichen, damit sie auch für die bundesdeutsche linke Diskussion fruchtbar gemacht und gegebenenfalls kritisiert werden können.)

Schwierigkeiten und Aufgaben linker Politik

Nur auf diese Weise war es dann auch möglich, über die gewaltigen Unterschiede der Auswirkungen der Krise in Italien, der Schweiz und der BRD hinaus, ohne jedoch von ihnen zu abstrahieren, die Gemeinsamkeiten oder doch zumindest 'Parallelitäten' der politischen Probleme anzusprechen, vor denen nicht nur die Neue, sondern die gesamte Linke in den resp. Ländern steht. Ohne hier der ausführlichen Auswertung bereits vorgreifen zu können, kann doch festgestellt werden, daß die zentrale Aufgabe der Linken in der Krise darin besteht, der *sozialen und politischen Disgregation innerhalb* der abhängigen Klassen und Schichten selbst (die in Italien derzeit dram tische Schärfe angenommen ha entgegenzuwirken. So wirken in d BRD sowohl die ökonomische E wicklung als auch die Vergesellsch tungsformen des Sozialstaats in Ric tung *korporativer Zersetzung* v Widerstandspotential der Arbeite klasse bzw. anderer subaltern Schichten. Dementsprechend w auch die Verteidigung der bestehe den sozialen Errungenschaften n möglich sein, wenn jene Getrennth von Arbeitsmarkt, Lohnpolitik, Au bildungssystem, sozial(staatlich) Leistungen, Umwelt, Lebensqualität in der Abwehr überwunden wird, d eine wesentliche Grundlage der b uns unerschütterten Hegemonie d herrschenden Klassen bildet. In d BRD wie in Italien ist dabei – a der Grundlage völlig verschieden politischer Kräfteverhältnisse – ei starke *Ungleichzeitigkeit von Po sierungsprozessen* der verschied nen gesellschaftlichen Gruppen fe zustellen. Die Risse zwischen d Politiken der traditionellen Arbeit parteien, der Gewerkschaften, d Bürgerinitiativenbewegungen u den 'autonomen' Bewegungen s dafür deutliches Zeichen.
Übereinstimmung bestand dabei z schen italienischen und deutsch Genossen darüber, daß in der Üb windung solcher hermetischen A riegelung verschiedener Schich und Politisierungsprozesse vone ander (in der BRD etwa zwisch Gewerkschaften und Anti-KKW- tiativen, Antirepressionskampagn etc.) *die* Aufgabe der Linken beste Nur in diese Richtung könne in Ital der Zerfall der linken Massenba verhindert werden, in der BRD e gesellschaftliche Relevanz linker P tik längerfristig überhaupt angestr werden. Übereinstimmung besta ferner darin, daß im Spätkapitalism

Schwulentheater: Männercharme

"Brühwarm" – die Schwulentheatergruppe aus Hamburg – reist seit einigen Wochen mit ihrem neuen Stück Männercharme durch die Lande. Ihre Auftritte sind eingebettet in die linke Subkultur – es strömen die emanzipationswilligen Heterosexuellen, die Schwulengruppen und – ein bißchen scheu zwar – die durch öffentliche Ankündigungen angesprochenen Schwulen.
Die Atmosphäre ist emotional; die vier Theatermacher suchen vor dem Stück den persönlichen Kontakt zu ihrem Publikum. Sie präsentieren auf der Bühne ihre Verwandlung in wunderschöne Tunten (weiblich geputzt) und maskenhafte Stückespieler – gleichzeitig sie selbst und Betrachter aus einer überzogen gespielten Rolle. Langsam führen diese Vorbereitungen in die Szenenfolge hinein. Im Zentrum des Stücks steht die Sexualität – verkümmert durch gesellschaftliche Normen und Verbote (sinnlich gemacht in den Geistern: Orgasmuszwang, Schuldgefühl, Wichsfantasie) und brutalisiert durch die gesellschaftliche Außenseiterrolle, die sich in der Redu zierung auf sexuelle Technike einerseits und die emotionale Konkurrenzkämpfe um Beziehu gen in der abgeschlossene Schwulenszene ausdrücken. E ist kein Aufklärungsstück üb Schwulenprobleme, nicht prim eine Reflexion über die gese schaftlichen Bedingungen der p litischen, sozialen und sexuelle Existenz von Schulen, sondern e ne radikale Auseinandersetzun mit den Alltagsproblemen – mit Ro lenfixierungen, Männlichkeitsno men, Elterndruck und Altwerde Das Stück macht Spaß, es rei mit, weil es clownhaft, im Show gewand in der ironischen Distan wechselnd, mit der Darstellun starker persönlicher Betroffenhe in die eigenen Schwierigkeiten d Selbstfindung, Emanzipation un die Form, Beziehungen anzugehe hineintrifft.
Theater als Genuß und als ein von Emotionen, Erfahrungen au gehende Gesellschaftskritik, ist d Devise dieses Schwulenspektakel Kontaktadresse: Brühwarm, Höpe 10, 2000 Hamburg 62

eine solche 'Vereinheitlichung' nicht
on oben, über eine (Kader)Partei
eninistischen Zuschnitts möglich ist.
Ein 'Programm' für linke Politik muß
ielmehr 'auf der Ebene des Mach-
aren' ansetzen. Es muß aus den
ehr unterschiedlichen Erfahrungen
twa von Bürgerinitiativen und Ge-
werkschaftern heraus konkrete Hand-
ungsalternativen formulieren kön-
en (im Unterschied etwa auch zu
en SB-Thesen).
Wenn in der Diskussion in Salecina
mmer wieder *'Demokratisierung'* als
er Angelpunkt für sozialistische Po-
tik in der BRD angesprochen wur-
e, wenn von der westdeutschen Lin-
en gefordert wurde, ihren 'Agnosti-
ismus gegenüber den Institutionen'
ufzugeben (im Kommunalbereich,
ber auch, wie ein italienischer Ge-
osse forderte, gegenüber der re-
räsentativen Demokratie, d. h. in der
uche nach möglichen Verbindun-
en von direkter und delegierter De-
okratie ...), so war damit das zen-
ale Problem der marginalisierten und
ersplitterten westdeutschen Linken
egenüber dem fast geschlossenen
ystem der politischen Repräsenta-
on durch die drei Staatsparteien
emeint: *Durch welche Politikformen
önnen wir dazu beitragen, daß sich
oziale Konflikte überhaupt wieder
olitisch und institutionell artikulieren?*

Das Interesse von PdUP-Manifesto

or diesem Hintergrund wurde dann
uch die Frage nach Charakter und
erspektive sozialistischer Organi-
erung konkret und kontrovers disku-
ert (und hier zeigten sich bei den
alienischen Genossen aus der Neu-
n Linken ähnliche 'Fronten' wie bei
ns). Um zu dokumentieren, welche
rwartungen von Teilen der italieni-
chen Linken, vertreten durch PdUP-
anifesto, an die sozialistische Be-
egung in der BRD, speziell auch
is SB, formuliert wurden, zitieren
r Passagen aus einem ausführlichen
ericht, den der Genosse Furio Ce-
tti für die zeitung 'il manifesto' (vom
6.77) unter dem Titel "Welche Ein-
eitsstrategie gegen die europäische
usterity-Politik? Ein Seminar über
e Krise und die Linke in der BRD,
r Schweiz und in Italien" geschrie-
en hat:
e neuen sozialen Bewegungen in
r BRD (Bürgerinitiativen, neue
udentenbewegung usw.) und die
ch in ihnen ausdrückende "Forde-
ng nach mehr Demokratie", der
usschluß Benneters aus der SPD
s Zeichen für die innerparteiliche
epression gegen Linke, sowie die
nfähigkeit der DKP, eine glaubwür-
ge linke Alternative darzustellen,
nd der "allgemeine Rahmen, in dem
ch einige in Salecina anwesende
enossen gefragt haben, ob nicht
r Zeitpunkt nun nahe sei, in dem
s Sozialistische Büro von einem
ro zur Koordination von Kollekti-
n, von Arbeits- und Interventions-
uppen, was es heute ist, umge-
ndelt werden müsse in ein Zen-
m programmatischer Erarbeitung
d politischer Orientierung, in dem
e demokratischen Kräfte in der SPD,
e parteilosen oder parteienttäusch-
n Genossen der Neuen Linken und
selbst die Bürgerinitiativen – zu dem Zeitpunkt, an dem sich ihre Auseinandersetzung mit dem Staat abzeichnet – einen festen Bezugspunkt finden können. Es geht dabei nicht darum, den existierenden Splittern der Massenbewegung eine Minikaderpartei überzustülpen, und noch weniger darum, die Avantgarde für einen (in der BRD wahrlich nicht auf der Tagesordnung stehenden) 'Kampf für den Sozialismus' aufzubauen: worum es vielmehr geht, ist, die Keime einer demokratischen Alternative, die innerhalb der Gesellschaft und sogar in versprengten Bereichen auf der politischen Ebene in der BRD vorhanden sind, aus dem Stadium ihrer spontanen Keimung "im gesellschaftlichen Bereich" dadurch herauszuführen, daß eine erste politische Zusammenfassung versucht wird. (Kann sich doch dieses Stadium bis ins Unendliche fortsetzen und auch zum bequemen Refugium werden.) Bei diesen Fragestellungen werden die deutschen Genossen zu einem Reifungsprozeß gedrängt, der hinausgeht über den Spontaneismus und den Ökonomismus zu einer Entdeckung des Politischen, bei der die Reflexion der theoretischen (Gramsci) und politischen Erfahrung der italienischen Linken ... eine große Rolle gespielt hat. Daher haben wir von der PdUP per il communismo es für richtig gehalten, zu dieser Diskussion ihrer politischen Perspektiven einen Beitrag zu leisten. Wir haben dabei einerseits zwar die aktuellen Schwierigkeiten der italienischen Linken und den Niedergang der (Fabrik-, Zonen-, Stadtteil- etc.) Rätebewegung und ihrer politischen Zielsetzung keineswegs verhehlt – gerade ausgehend von unserer Erfahrung aber haben wir andererseits die Verknüpfung von Massenbedürfnissen und Programm als konstitutives Element für eine politische Kraft betont und dabei den zentralen Stellenwert der Problematik des Staates und der Beziehung zwischen direkter und repräsentativer Demokratie für die politische Entfaltung einer sozialen Bewegung unterstrichen. Diese Beziehung ist auch in der BRD aktueller als es den Anschein hat, wenn man etwa an die Notwendigkeit denkt, den Bürgerinitiativen eine institutionelle Verankerung und Wirksamkeit zu verleihen.

Warum sind wir an der Diskussion interessiert, die sich im SB und der nicht gettoisierten Linken über diese Themen – sicher auf der Basis unterschiedlichster Positionen und mit noch gänzlich offenem Ausgang – eröffnen kann? Ich glaube, die italienische Linke hat ein starkes Interesse an der Entstehung und Festigung von Kräften, die aus dem Innern der BRD eine autoritäre Perfektionierung des 'Modells Deutschland' als Exportgut verhindern können. Alles irgend Mögliche muß in Bewegung gesetzt werden gegen die Einkommenspolitik und die Einbindung der Gewerkschaften in die kapitalistische Krisenverwaltung, gegen das Bemühen, die Mitbestimmung in die Richtung einer korporativen Integration der betrieblichen Vertretungsorgane zu lenken, gegen die technokratische Entwicklungsprogrammierung und gegen die Unterdrückung basisdemokratischer Ausdrucksmöglichkeiten: all dieser Widerstand kann nicht nur dazu dienen, den internationalen Druck auf die italienische Arbeiterbewegung abzuschwächen, sondern auch dazu, die in den historischen Parteien der italienischen

Linken bestehenden Tendenzen zu bekämpfen, neue Aufgaben als 'Ordnungsfaktor' und zur sozialen Befriedung zu übernehmen. Der Kampf um die Demokratie ist also heute in der BRD das vereinheitlichende und realistische Ziel der demokratischen, sozialistischen, kommunistischen oder ideologisch nicht festgelegten Kräfte wie der Umweltschützer. Nur über diesen Kampf kann die Gewerkschaftsbewegung gegen die äußere wie innere Normalisierung wieder Spielräume von Autonomie zurückerobern, können die Bürgerinitiativen politische Schlagkraft finden und kann die Linke ihre Kriminalisierung und das Abenteuertum vermeiden. Das dritte Russell-Tribunal, das sich zusammensetzen wird, um die Verletzung der demokratischen Rechte in der BRD zu untersuchen, ist also das konkret internationalistische Ziel, für das auch von italienischer Seite ein großer Einsatz und Beitrag kommen muß."

Frage(n) der Organisierung

Was diese Diskussion angeht, so war unter den Diskussionsteilnehmern strittig, ob eine politische Artikulation sozialer Interessen gegen die kapitalistischen Mechanismen ökonomischer und politischer 'Krisenlösungen' in der BRD durch eine neue vierte (linkssozialistische) Partei aktuell befördert werden könnte – s. die Passagen von Cerutti – oder ob eine solche Partei die heute realistischen Politisierungs- und Handlungsmöglichkeiten der Bürgerinitiativen z. B. nicht eher behindern könnte. (Die 'Ökologisten' in Frankreich haben ihren 10%-Wahlerfolg gerade nicht als sozialistische Partei, sondern als unabhängige Wählergemeinschaft – mit allerdings linker Wählerbasis – gehabt; das Wahlkartell der italienischen Neuen Linken dagegen hat ihre politischen Potenzen kaum parlamentarisch zum Ausdruck bringen können.) In diesem Zusammenhang spielte auch die Frage nach der Formierung einer linken Strömung in der SPD eine Rolle. Dabei würde u.a. die Frage aufgeworfen, ob nicht die Linke außerhalb der SPD neben der notwendigen und daher selbstverständlichen Solidarität mit den linken Strömungen in den Jusos auch Bezug auf die oppositionellen Tendenzen in einigen SPD-Landesverbänden (Baden/Württemberg; Schleswig/Holstein) zur Politik der Schmidt-Regierung nehmen sollte. Diese Frage erhalte deshalb Bedeutung, weil, im Gegensatz zu den Jusos, diese oppositionellen Formierungen auf eine Tradition in der Partei verweisen könnten und – unter anderem in der Anti-KKW-Bewegung – eine soziale Basis ihrer Politik hätten.

An dieser Stelle konnten nur einige für die westdeutsche Linke wichtige Diskussionspunkte und Kontroversen des Salecina-Seminars angedeutet werden, das erst ein wichtiger Anfang für neue Formen von Zusammenarbeit zwischen der Linken in Westeuropa sein konnte. Bei weiteren Arbeiten in diese Richtung wird es stärker als bisher darauf ankommen, auch praktische Formen der Unterstützung der linken Kräfte zu diskutieren, die in den verschiedenen westeuropäischen Ländern gegen die Bedrohung der Demokratie und der Arbeiterbewegung durch die westdeutsche Vorherrschaft eintreten. Der Aufbau einer 'europäischen Gegenöffentlichkeit' zum 'Modell Deutschland' anläßlich der Einberufung des Russell-Tribunals wird hierbei eine zentrale Aufgabe sein.

ITALIENARBEITSKREIS IM SB WESTBERLIN

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Egbert Jahn, Jan Kuhnert, Roland Roth (im Sinne der Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Jutta Rücker, Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28, (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,80, Jahresabonnement DM 20,-- zuzüglich DM 5,-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Bensheim •

Rotbuch Verlag:

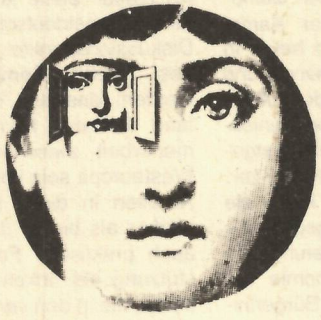
Potsdamer Straße 98 1000 Berlin 30 Telefon (030) 2 61 11 96

Rotbücher

Rotbuch 162:
Thomas Brasch
Vor den Vätern sterben die Söhne
Erzählungen
112 Seiten. DM 8.–
ISBN 3-88022-162-6

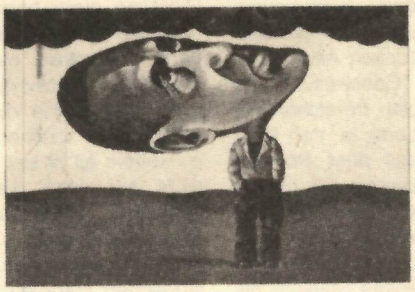
Rotbuch 163:
Götz Aly
›Wofür wirst du eigentlich bezahlt?‹
Möglichkeiten praktischer Erzieherarbeit zwischen Ausflippen und Anpassung
144 Seiten. DM 7.– (Abo 6.–)
mit Abbildungen
ISBN 3-88022-163-4

Rotbuch 164:
Birgit Pausch
Die Verweigerungen der Johanna Glauflügel
Erzählung
96 Seiten. DM 7.–
ISBN 3-88022-164-2



Rotbuch 165:
Sigrid Fronius
Nicht besiegt und noch nicht Sieger
Argentinien und die Entwicklung der peronistischen Arbeiterbewegung
144 Seiten. DM 8.– (Abo 7.–)
mit Abbildungen
ISBN 3-88022-165-0

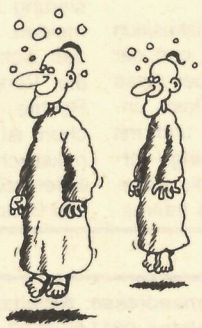
Rotbuch 166:
Dario Fo
Bezahlt wird nicht!
Eine Farce
Mit einem Vorwort von Peter O. Chotjewitz
112 Seiten. 7.–
ISBN 3-88022-166-9



Rotbuch 167:
Hellmuth Schehl
Vor uns die Sintflut?
Ökologie, Marxismus, und die herrschende Zukunftsgläubigkeit
128 Seiten. DM 6.– (Abo 5.–)
ISBN 3-88022-167-7

Rotbuch 168:
Aras Ören
Privatexil
Gedichte
72 Seiten. DM 7.–
ISBN 3-88022-168-5

Rotbuch 169:
Li Yi Zhe/ Helmut Opletal/ Peter Schier
China: wer gegen wen?
›Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus‹ – eine Wandzeitung der außerparteilichen Opposition Analyse und Dokumentation
144 Seiten. DM 8.– (Abo 7.–)
mit Abbildungen
ISBN 3-88022-169-3



Kursbücher

Kursbuch 47:
Frauen
192 Seiten. DM 8.– (Abo 6.–)
ISBN 3-88022-847-7

Kursbuch 48:
Zehn Jahre danach
192 Seiten. DM 8.– (Abo 6.–)
ISBN 3-88022-848-5

Frauen und Film

Frauen und Film 11:
Feministische Filmtheorie
56 Seiten mit Fotos. DM 5.–
ISBN 3-88022-611-3

Frauen und Film 12:
Filmemacherinnen
56 Seiten mit Fotos. DM 5.–
ISBN 3-88022-612-1

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Prokla 26
192 Seiten. DM 9.– (Abo 7.–)
ISBN 3-88022-526-5

Prokla 27
160 Seiten. DM 9.– (Abo 7.–)
ISBN 3-88022-527-3